

Unsere Zahlen. Eure Zukunft.



Inhalt

2	VORWORT
6	KONZERNLAGEBERICHT
60	KONZERNABSCHLUSS
154	INFORMATIONEN
155	BESTÄTIGUNGSVERMERK
158	GLOSSAR
162	KONTAKT UND IMPRESSUM

Die Wiener Stadtwerke auf einen Blick

Kennzahlen – Highlights 2024

in Mio. EUR	2023	2024	Veränderung in %
Umsatzerlöse	6.224	4.973	-20
Jahresüberschuss	762	208	-73
Finanzergebnis	103	210	104
Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	1.286	1.347	5
CAPEX-Ratio* in %	21	27	+6,4 Prozentpunkte
Geplante Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände 2025 bis 2029	8.821	9.413	7
Bilanzsumme zum 31.12.	18.473	16.827	-9
Langfristige Vermögenswerte zum 31.12.	14.525	13.953	-4
Eigenkapital zum 31.12.	8.935	7.970	-11
Eigenkapitalquote zum 31.12. in %	48,4	47,4	-1 Prozentpunkt
Beschäftigte** in Ø FTE	16.793	17.940	7
Lehrlinge	484	563	16

* CAPEX-Ratio = (Immaterielle Vermögenswerte + Sachanlagen)/Umsatzerlöse * 100.

** Mitarbeiter*innen auf WSTW-Gruppenebene (konsolidierte und nicht konsolidierte Unternehmen) inkl. Lehrlinge.

Jahresüberschuss

208 Mio. EUR
(-73 %)

Beschäftigte

17.940
(+1.147)

Stabile
Eigenkapitalquote

47,4 %
(-1 Prozentpunkt)

Investitionen in Sachanlagen
und immaterielles Vermögen

1.347 Mio. EUR
(+5%)

Liebe Wienerinnen und Wiener, sehr geehrte Damen und Herren,

2024 war ein herausforderndes Jahr. Ein Jahr, das uns die Bedeutung stabiler Infrastruktur und verlässlicher Versorgung auf eindrucksvolle Weise vor Augen geführt hat – und uns zugleich darin bestärkt hat, weiter entschlossen in die Zukunft zu investieren.

Als Wiener Stadtwerke Gruppe tragen wir Verantwortung für das, was Wien ausmacht: Lebensqualität, Sicherheit und Nachhaltigkeit. In einer Zeit, die von geopolitischer Unsicherheit, volatilen Energiepreisen und wachsendem Veränderungsdruck geprägt ist, konnten wir auch 2024 unsere Rolle als Rückgrat der Stadt eindrucksvoll bestätigen. In den wesentlichen Infrastrukturleistungen konnten die Menschen in unserer Stadt auch diesmal wieder voll auf

uns zählen. Dabei kümmern wir uns nicht nur um das bloße Erbringen der Leistungen, sondern auch darum, dass diese Leistungen für möglichst jede*n leistbar bleiben.

Unsere Verantwortung in der Gegenwart

Wirtschaftlich war das Jahr geprägt von einem deutlichen Rückgang der Energiemarktpreise – mit entsprechenden Auswirkungen auf unsere Umsätze. Der Konzernumsatz belief sich auf rund 4,97 Milliarden Euro, was einem Rückgang von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Jahresüberschuss des Konzerns beläuft sich auf 208 Millionen Euro. Diese Entwicklung ist maß-



geblich geprägt durch Wertminderungen auf Kraftwerksanlagen, gestiegene Personalaufwände und höhere betriebliche Aufwendungen in Instandhaltungen und EDV-Aufwendungen. Gleichzeitig zeigt das positive Finanzergebnis mit 210 Millionen Euro, dass wir dank Investitionen in unsere strategischen Beteiligungen unsere Position weiter stärken konnten.

Mit der erfolgreichen Neuaufnahme einer Revolving Credit Facility (RCF) in Höhe von zwei Milliarden Euro konnten die Wiener Stadtwerke eine wichtige Maßnahme zur Absicherung von erhöhten Liquiditätsbedarfen in volatilen Energiemärkten setzen. Diese syndizierte Kreditlinie mit einem Konsortium aus acht österreichischen wie internationalen Banken gewährleistet, dass Wien Energie in den nächsten Jahren effizient und zeitnah auf Veränderungen der Energiemärkte reagieren kann. Die gute Bonität des Konzerns wurde auch durch die internationale Ratingagentur Fitch unterstrichen, die das AA- Rating der Wiener Stadtwerke bestätigte.

Unser Antrieb für die Zukunft

Unsere Investitionstätigkeit haben wir konsequent ausgeweitet. Mit 1,35 Milliarden Euro wurden mehr Mittel als je zuvor für die klimafitte Weiterentwicklung unserer Netze, Fahrzeuge, Kraftwerke und digitalen Systeme bereitgestellt. Dabei flossen 95 Prozent der Investitionen in Sachanlagen – ein klares Bekenntnis zu langfristiger Infrastruktur. Besonders hervorzuheben ist der weitere Ausbau der U-Bahn-Linien U2/U5, die Dekarbonisierung der Fernwärme, der konsequente Ausbau der Photovoltaik, Investitionen in Windkraftanlagen, die Stärkung der Stromnetze sowie Innovationen in den Bereichen digitale Stadtmodelle, Elektromobilität und Kreislaufwirtschaft.

Diese Investitionen sind kein Selbstzweck. Sie sind ein zentraler Hebel, um unsere ambitionierten Ziele umzusetzen: Wien bis 2040 zur klimaneutralen Stadt mit höchster Lebensqualität zu machen. Der Weg dorthin erfordert nicht nur technologische Innovation, sondern auch gesellschaftliche Verantwortung – etwa bei der Leistung von Energie und Mobilität oder bei der sozialen Absicherung von Transformationsprozessen.

Ein besonderes Augenmerk lag 2024 daher auch auf unseren Mitarbeiter*innen. Mit rund 18.000 Kolleg*innen stellen wir eine der größten Unternehmensgruppen Österreichs. Die neue Generation an Fachkräften, die wir ausbilden und fördern, ist dabei ebenso wichtig wie jene Expert*innen, die seit Jahrzehnten für unsere Qualität stehen. In Bereichen wie Digitalisierung, KI, Elektrotechnik, Klimaschutz oder Barrierefreiheit bauen wir unser Know-how systematisch aus. Mit Programmen zu Diversität, Weiterbildung und Gesundheit stärken wir ein Arbeitsumfeld, das Sicherheit und Zukunftsperspektiven bietet.

2024 war auch ein Jahr, in dem wir gefeiert haben: unser 75-jähriges Bestehen als Unternehmensgruppe. Dieses Jubiläum war nicht nur Anlass für Rückschau, sondern auch eine Standortbestimmung: Wo stehen wir, und wie wollen wir in den kommenden Jahrzehnten Verantwortung übernehmen? Der öffentliche Diskurs über Klimaschutz, leistbare Versorgung und moderne urbane Infrastruktur hat uns in unserem Weg bestärkt. Unsere Rolle als größter kommunaler Infrastrukturdienstleister Österreichs ist heute bedeutender denn je – gerade auch in einer Zeit, in der Vertrauen in Institutionen nicht selbstverständlich ist.

Wir wollen die Metropolregion Wien mit innovativen, leistbaren und sicheren Lösungen für die Mobilitäts- und Energiewende versorgen. Dafür braucht es ein starkes Fundament, kluge Entscheidungen und eine klare Vision. Dass wir all das auch unter herausfordernden Rahmenbedingungen bewahren konnten, ist ein Verdienst aller, die an der Umsetzung mitgewirkt haben: im operativen Alltag wie in strategischen Weichenstellungen, in kleinen Details wie in großen Projekten.

Wir danken allen, die diese Leistung möglich machen: unseren Mitarbeiter*innen, unseren Partner*innen in der Stadt Wien, in der Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – und nicht zuletzt den Menschen dieser Stadt, für die wir arbeiten.

Wien braucht Verlässlichkeit. 2024 haben wir sie bewiesen. 2025 wird zeigen, was wir gemeinsam bewegen können.

Mit besten Grüßen

Peter Weinelt
Generaldirektor

Monika Unterholzner
Generaldirektor-Stellvertreterin

Roman Fuchs
Generaldirektor-Stellvertreter



Die Geschäftsführung: Peter Weinelt, Monika Unterholzner und Roman Fuchs (v.l.n.r.)



Peter Weinelt, Generaldirektor

Peter Weinelt lenkt seit dem 1. Jänner 2024 die Geschicke der Wiener Stadtwerke. Er verantwortet die Bereiche Energie, Netze und Personal. Peter Weinelt studierte Energietechnik an der TU Wien und startete seine Laufbahn bei Wienstrom/Wien Energie Stromnetz, wo er zwischen 2006 und 2012 die Geschäftsführung innehatte. Nach weiteren Stationen u. a. als Vorstandsdirektor der Wiener Netze wechselte er 2016 in die Konzernführung als Generaldirektor-Stellvertreter.

Monika Unterholzner, Generaldirektor-Stellvertreterin

Monika Unterholzner ist seit dem 1. Jänner 2024 Mitglied der Generaldirektion. Sie verantwortet die Bereiche Mobilität, Bestattung, Friedhöfe, IT, Sicherheit und Innovation. Monika Unterholzner studierte Handelswissenschaften an der WU Wien und startete ihre Laufbahn bei der Europäischen Kommission. Nach weiteren Stationen bei der Wirtschaftsagentur Wien und Hafen Wien trat sie 2013 in den Wiener Stadtwerke Konzern ein, wo sie zwischen 2017 und 2023 die WIENER LOKALBAHNEN GmbH führte.

Roman Fuchs, Generaldirektor-Stellvertreter

Roman Fuchs ist seit dem 1. Jänner 2024 Mitglied der Geschäftsführung. Er verantwortet die Bereiche Finanzen, Immobilien und Recht. Roman Fuchs ist Betriebswirt. Nach seinem Laufbahnstart bei der CA-Leasing wechselte er 2001 zur Macquarie Bank Ltd. in London. 2009 trat er in die Wiener Stadtwerke Holding AG ein, wo er 2014 die Leitung der Abteilung Konzernfinanzen übernahm. Zwischen 2017 und 2023 führte er die WIPARK Garagen GmbH.

Konzern- lagebericht 2024

7	1 GRUNDLAGEN DES WIENER STADTWERKE KONZERNES
26	2 WIRTSCHAFTSBERICHT
44	3 CHANCEN UND RISIKEN
52	4 AUSBLICK

Standards und Richtlinien

Alle Daten und Berechnungsgrundlagen dieses Lageberichts sind an den internationalen Rechnungslegungsstandards (nach International Financial Reporting Standards – IFRS) ausgerichtet.

Die zahlenmäßige Darstellung erfolgt in Millionen Euro (Mio. EUR). Aufgrund der Darstellung in Mio. EUR kann es zu Rundungsdifferenzen kommen.

1 Grundlagen des Wiener Stadtwerke Konzerns

1.1 Geschäftstätigkeit

Der Wiener Stadtwerke Konzern ist ein moderner Infrastrukturdienstleister und der größte Klimaschutzkonzern in Wien und Umgebung. Er zählt zu den größten Mischkonzernen und Arbeitgebern Österreichs mit hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die wirtschaftliche Tätigkeit umfasst die Bereiche Energie, Netze, Verkehr, Bestattung und Friedhöfe sowie Garagen. Die Bereiche Energie und Netze umfassen die Sparten Produktion, Vertrieb sowie Netzbetrieb, wodurch eine zuverlässige Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Kälte gewährleistet wird. Die Services der Wiener Stadtwerke umfassen weiters den Bereich des ÖPNV: den Öffentlichen Personennahverkehr (Wiener Linien und Wiener Lokalbahnen), die Bestattung und Friedhofsverwaltung sowie Garagen (Wipark). Die zuverlässigen Dienstleistungen tragen wesentlich zur hohen Lebensqualität Wiens bei. Dies wird durch zahlreiche Studien bestätigt.

Die Unternehmen des Wiener Stadtwerke Konzerns müssen sich in weiten Teilen in einem liberalisierten, gleichzeitig aber auch in einem regulierten Umfeld behaupten. Während beispielsweise die Absatzmärkte der WIEN ENERGIE GmbH sowie ihrer Tochter WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG vollständig dem Wettbewerb unterliegen, erfolgt die Tariffestlegung für die Strom- und Gasnetze der Wiener Netze durch den staatlichen Regulator Energie-Control Austria (ECA).

Energie

Als größter regionaler Energieanbieter Österreichs versorgt Wien Energie etwa zwei Millionen Menschen sowie rund 230.000 Gewerbe- und Industrieanlagen in und um Wien mit Strom, Erdgas, Wärme, Kälte und innovativen Energiedienstleistungen. Strom und Wärme erzeugt Wien Energie aus erneuerbaren Energiequellen wie Sonnen-, Wind- und Wasserkraft sowie Biomasse in Abfallverwertungs- und in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK). Darüber hinaus ist Wien Energie auch im Telekommunikations- und Elektromo-

bilitätsbereich tätig und erbringt weitere Energie- und Infrastrukturdienstleistungen. Wien Energie steht zu 100 Prozent im Eigentum der WIENER STADTWERKE GmbH. Mit Innovation und Forschung gestalten die Wiener Stadtwerke die nachhaltige Energiezukunft aktiv mit.

Netze

Die WIENER NETZE GmbH ist Österreichs größter Kombinetzbetreiber. Die Netze verbinden über zwei Millionen Menschen in Wien, Teilen von Niederösterreich und des Burgenlandes und versorgen sie mit Wärme, Licht und Energie.

Die Wiener Netze verantworten die Netzstrategie und -planung und bauen, erweitern und betreiben Wiens Netze. Sie sind für Zähler und Daten verantwortlich, kümmern sich um ein integriertes Sicherheitsmanagement und organisieren den Umstieg auf Smart Metering. Als Unternehmen bieten die Wiener Netze vielfältige Netzdienstleistungen an – u. a. zu Schaltanlagen und Transformatoren oder Sicherheitsprüfungen von Gasanlagen. Wenn Strom, Gas oder Fernwärme trotzdem einmal ausfallen sollten, sind 24-Stunden-Teams sofort rund um die Uhr im Einsatz.

Verkehr

Die Wiener Linien sind der führende Mobilitätsdienstleister in Wien und fungieren als direkter Ansprechpartner für die Stadt in Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Neben dem Betrieb von U-Bahn-, Straßenbahn- und Autobuslinien übernehmen sie alle Aufgaben des Verkehrs-Managements, wie Betriebszeiten- und Intervallplanung, Linien- und Haltestellenplanung für alle Verkehrsträger, Marketing und Vertrieb sowie die Betriebslenkung. Darüber hinaus sind sie für die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur und der einzusetzenden Fahrzeuge verantwortlich sowie für die Instandhaltung aller Anlagen zuständig.

Mit diesen Kompetenzen wird ein integriertes Gesamtnetz für den öffentlichen Verkehr (ÖV) in Wien angeboten und dabei ein hohes Augenmerk auf die bestmögliche Effizienz und das Heben von Optimierungspotenzialen gelegt. Gleichzeitig soll den Fahrgästen unter Wahrung bzw. Ausbau der Qualität ein attraktives Preis-Leistungs-Verhältnis geboten werden. Um die moderne und urbane Mobilität für die Kund*innen so einfach wie möglich zu gestalten, übernehmen die Wiener Linien weiterhin verstärkt Informations- und Koordinationsleistungen in vielfältigen Bereichen und sehen sich für die Planung sowie den ständigen Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes verantwortlich. Zukünftige Schwerpunkte liegen auf dem Bau des Linienkreuzes U2xU5, dem Betrieb von vollautomatischen U-Bahnen, dem Ausbau der Straßenbahninfrastruktur und der Dekarbonisierung der Busflotte.

Es wird auch eine Mobilitäts-App (WienMobil) betrieben, wodurch den Kund*innen eine digitale „All-in-One“ Mobilitäts-Anwendung für den innerstädtischen öffentlichen Verkehr geboten wird. Zusätzlich schreitet die Umsetzung der WienMobil Stationen kontinuierlich voran. Die Mobilitätsstationen umfassen neben verschiedenen Sharing-Angeboten (z. B. E-Car, E-Bike, Lastenfahrrad) auch Fahrrad-abstellboxen und E-Ladesäulen bei Stationen/Haltestellen der Wiener Linien.

Die WIENER LOKALBAHNEN GmbH (WLB) ist Betreiber der Badner Bahn zwischen Wien Oper und Baden Josefsplatz. Diese Bahnstrecke ist eine wichtige Pendlerverbindung im südlichen Umland Wiens. Die Badner Bahn ist in den Verkehrsverbund Ostregion (VOR) integriert. Darüber hinaus bietet der Konzernbereich Wiener Lokalbahnen über die Tochtergesellschaft Wiener Lokalbahnen Verkehrsdienste GmbH (WLV) Fahrtendienste und private Reisen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität an. Dies umfasst neben Schüler*innen- und Regelfahrten im Auftrag der öffentlichen Hand auch Freizeitfahrten, die durch die Kund*innen selbst beauftragt werden. Des Weiteren betreibt die WLV im Auftrag der Wiener Linien Rufbus-Linien und Buslinien und entwickelt ihr Angebot kontinuierlich weiter. Um die Geschäftsfelder kontinuierlich zu erweitern und Potenziale auszuschöpfen, bieten die WLV mit ihren Kleinbussen und speziellen vollelektrischen Lieferfahrzeugen ebenfalls Liefer- und Botenfahrten an. In den vergangenen Jahren wurde das bisherige Kerngeschäftsfeld der Fahrtendienste um Lieferdienste und On-Demand-Personenbeförderungen erweitert und Synergien innerhalb des Wiener Stadtwerke Kon-

zerns genutzt. Die Wiener Lokalbahnen Cargo GmbH (WLC), ebenfalls ein Tochterunternehmen der Wiener Lokalbahnen, organisiert insbesondere Ganzzugs-Verkehre im kombinierten Güterverkehr quer durch Europa, ist als Verschubdienstleister aktiv und betreibt eine eigene Schulungseinrichtung für Bahnberufe am Standort Hafen Wien.

Bestattung und Friedhöfe

Die BESTATTUNG WIEN GmbH ist das größte Bestattungsunternehmen Österreichs und auch Europas. Das Traditionsunternehmen hat seit Bestehen mehr als zwei Millionen Beerdigungen – von Trauerfeiern im engsten Familienkreis bis hin zu großen Staatsbegräbnissen – und weltweite Überführungen organisiert. Die Bestattung Wien betreibt in Wien 23 Kundenservicestellen. Die speziell geschulten Mitarbeiter*innen beraten eingehend und organisieren abhängig von den Wünschen der Hinterbliebenen individuelle, würdige Trauerfeiern. Das Leistungsspektrum der Bestattung Wien reicht von der Abholung der Verstorbenen über die umfassende Organisation der Beerdigung, das Abhalten der Trauerfeier bis hin zur Bestattungsvorsorgeberatung. Auch spezielle Angebote wie Naturbestattungen, Diamantbestattungen, historische Trauerkutschen, Totenmasken, Kirchenaufbahrungen und Seebestattungen werden angeboten.

Die Geschäftstätigkeit der FRIEDHÖFE WIEN GmbH umfasst die vier Bereiche Friedhöfe, Friedhofsgärtnerei, die Steinmetzwerkstätte am Wiener Zentralfriedhof sowie das Krematorium am Friedhof Feuerhalle Simmering. Im Bereich Friedhöfe werden Grabnutzungsrechte für Grabstellen verschiedener Art angeboten (Sarg- und Urnengrabstellen). Um dem Trend der Urnenbeisetzung sowie der naturnahen Bestattung folgen zu können, werden zusätzlich verschiedene Gemeinschaftsgrabanlagen angeboten (Baum-, Rasen-, Strauch-, Urnengarten, Waldgräber, Familien- und Freundschaftsbäume, Regenwasserurnen, Wiener Naturgrab) sowie Urnengräber für gemeinsame Mensch-Tier-Beisetzungen. Im Bereich Friedhofsgärtnerei werden Grabpflegen und Grabschmückungen durchgeführt sowie Floristikprodukte (Trauer- und Anlassfloristik) angeboten. Der Bereich Steinmetzwerkstätte bietet umfangreiche Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Errichtung und Erhaltung von Grabanlagen an. Das Krematorium führt Kremationen im Auftrag von Bestattungsunternehmen, Krankenhäusern und im Rahmen von Körperspendeprogrammen durch.

Garagen

Gegenstand der WIPARK Garagen GmbH ist der Betrieb und das Management von Garagen und Kraftfahrzeugabstellplätzen jeder Art sowie die Planung und Durchführung von Bauprojekten, welche die Parkraumbewirtschaftung oder die Errichtung und den Betrieb von Parkgaragen betreffen. Die Wipark unterhält neben den Garagenstandorten keine weiteren Zweigniederlassungen.

1.2 Unternehmensstrategie

Der Wiener Stadtwerke Konzern ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für die Metropolregion Wien und ein attraktiver Arbeitgeber für rund 18.000 Mitarbeiter*innen. Das Unternehmen leistet einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Wiens und sichert dem Standort seine weltweit anerkannte hohe Lebensqualität. Die Wiener Stadtwerke nehmen ihren gesellschaftlichen Auftrag mit dem Anspruch der wirtschaftlichen Effektivität und operativer Effizienz wahr. Nur ein wirtschaftlich solider Konzern kann eine gesicherte Versorgung der Wiener*innen mit qualitativ hochwertigen sowie ökologisch nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen sicherstellen und vorausschauend in den Ausbau zukunftssicherer Infrastruktur investieren.

Als diversifiziert aufgestellter Konzern sind die Wiener Stadtwerke zum Teil sehr anspruchsvollen rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Deshalb steuert die WIENER STADTWERKE GmbH die Unternehmen des Konzerns anhand individuell abgestimmter Vorgaben und Kennzahlen.

Um diesen Anforderungen Rechnung tragen zu können, sind in der Strategie des Wiener Stadtwerke Konzerns insbesondere die nachhaltige Sicherung einer stabilen finanziellen Basis und die Unterstützung der Stadt Wien auf ihrem Weg zur Smart Klima City als zentrale Ziele fest verankert. Dadurch soll einerseits die Grundlage für zukünftig notwendige Investitionen in ihren Bereichen Energie, Netze, Mobilität, IT, Garagierung sowie Bestattung und Friedhöfe geschaffen werden und andererseits ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der – bereits sehr hohen – Lebensqualität in Wien geleistet werden. Konkret setzen die Wiener Stadtwerke zur Umsetzung der Smart Klima City-Rahmenstrategie der Stadt Wien zahlreiche Maßnahmen im Bereich der Infrastrukturentwicklung, für den Klimaschutz und zur weiteren Innovationsförderung um.

Die Wiener Stadtwerke verstehen sich als Klimaschutzkonzern und wollen dies verstärkt internen sowie externen Stakeholder*innen gegenüber zum Ausdruck bringen. Diesbezüglich wird die Konzernstrategie stets weiterentwickelt mit einem wichtigen Schwerpunkt auf den Klimaschutz: Der Wiener Stadtwerke Konzern ist gemeinsam sorgsam und setzt Impulse zum Klimaschutz mit nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen. Dabei stehen stets die Bedürfnisse der Kund*innen im Mittelpunkt aller Bemühungen. Die Unternehmen der Wiener Stadtwerke orientieren sich gemeinschaftlich an dem Ziel, der leistungsfähige Gesamtanbieter für Infrastrukturservices in der Metropolregion Wien zu sein. Diese Rolle als zentrale Anlaufstelle wird durch verstärkte Zusammenarbeit und Nutzung von Synergien im Konzern, Optimierung der internen Prozesse und Effizienz sowie Verankerung der Leistungsorientierung als Teil der Unternehmens- und Führungskultur ausgebaut. Dies garantiert den Kund*innen im Großraum Wien umfassende Serviceleistungen und Angebote aus einer Hand.

Als Folge der Neuaufstellung der WIENER STADTWERKE GmbH wurde 2024 eine neue Vision und Mission erarbeitet. Darauf aufbauend wurde ein neuer Strategieprozess mit einem zehnjährigen Zeithorizont für die gesamte Wiener Stadtwerke Gruppe konzipiert, der 2025 erstmalig durchgeführt wird.

1.3 Entwicklung des Umfelds

1.3.1 Konjunkturelles Umfeld

Die Konjunkturschwäche der österreichischen Wirtschaft ist ausgeprägter und anhaltender als erwartet. Die Wachstumsaussichten für 2024 und 2025 wurden im Laufe des vergangenen Jahres stets weiter nach unten revidiert, so auch in der aktuellen Dezember-Prognose. Strukturelle Herausforderungen belasten die Wachstumsperspektiven. Die heimische Wirtschaftsleistung ist 2024 laut WIFO und IHS um 0,9% zurückgegangen. Damit gehört Österreich zu den Wachstums-Schlusslichtern in der EU. Die Rezession 2024 traf die Herstellung von Waren mit Wertschöpfungsverlusten von 4,5% sowie den Bau (-3,6%) und Handel (-2,0%) besonders stark. Die aktuelle Industrierezession ist die zweitlängste Krise der letzten 20 Jahre. Besser lief 2024 in manchen Dienstleistungsbranchen, die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen konnten 2024 um 6,1% zulegen.¹

Ein wichtiger Auslöser für die enttäuschende Konjunktorentwicklung in Österreich war die überdurchschnittlich hohe Inflation, welche die Löhne ohne entsprechende Produktivitätssteigerungen angetrieben hat. Die ungünstige Entwicklung von Produktivität, Lohnstückkosten und Energiepreisen im Vergleich zu internationalen Mitbewerber*innen belastet weiterhin das Exportgeschäft und die Profitabilität der heimischen Betriebe. Gemeinsam mit strukturellen Umbrüchen in der Automobilindustrie tragen diese Faktoren dazu bei, dass Investitionen entweder auf die lange Bank oder ins Ausland verschoben werden.²

Die Konjunkturindikatoren zeigen derzeit eine Bodenbildung, liefern aber keine Signale für einen unmittelbar bevorstehenden Aufschwung. Für das Jahr 2025 wird dementsprechend mit einer nur schwachen Erholung des realen BIP um 0,8% gerechnet. Erst für die Jahre 2026 und 2027 wird mit einer stärkeren zyklischen Erholung gerechnet.³

Kleine Wachstumsimpulse werden 2025 von Exporten und dem Konsum erwartet, während die Investitionstätigkeit das dritte Jahr in Folge sinken wird. Das Baukonjunkturpaket sowie das Auslaufen der KIM-Verordnung (Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung) tragen

laut WIFO zu einer leichten Stimulierung der Bauinvestitionen 2025 bei (WIFO: +0,5%), das IHS erwartet für 2025 hingegen leicht rückläufige Bauinvestitionen (-0,5%).⁴

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt im abgelaufenen Jahr reflektiert die Konjunkturschwäche. Die Beschäftigung hat gemäß IHS Winter-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2024–2026 im Großen und Ganzen stagniert, allerdings mit sektoral großen Unterschieden. Während Industrie und Bau merkliche Arbeitsplatzverluste verzeichneten, legte die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich aufgrund der regen Nachfrage im öffentlichen Sektor zu. In der aktuellen Rezession bremst weiters das demografisch bedingt nur langsam zunehmende Arbeitskräfteangebot den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Kritisch ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung die längerfristige Tendenz der Verringerung der geleisteten Arbeitsstunden zu sehen. Laut Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liegt das Arbeitsvolumen aktuell um 4,3% unter dem Vorkrisenniveau.⁵

Die Arbeitslosigkeit nahm dennoch deutlich zu. Im Jahresdurchschnitt 2024 betrug die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnungsweise 7,0% und war damit um gut 0,5 Prozentpunkte höher als im Vorjahr.⁶

Die OeNB prognostiziert in ihrer aktuellen Inflationsprognose einen Rückgang der HVPI (Harmonisierter Verbraucherpreisindex)-Inflationsrate von 7,7% im Jahr 2023 auf 2,9% im Jahr 2024. Im letzten Drittel des Jahres 2024 erreichte die Inflationsrate bereits wieder das EZB-Ziel von 2,0%.

Der Rückgang der Inflationsrate im Jahr 2024 geht auf alle Hauptkomponenten des HVPI zurück. Die Preise für Energieprodukte sanken im zweiten Halbjahr sogar, und die Inflationsraten in anderen Kategorien gingen deutlich zurück. Die Inflationsrate für Industriegüter ohne Energie liegt nun unter ihrem langjährigen Durchschnitt bei 0,5%.

Auch die Dienstleistungsinflation sank seit Jänner 2024 um fast zwei Prozentpunkte auf 4,9%, sie ist aber stets mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtinflation. Bei den Dienstleistungen verhindert die dynamische Lohnkostenentwicklung einen stärkeren Rückgang der Inflationsrate.⁷

1 https://www.wko.at/statistik/prognose/text-PDF.pdf?_gl=1*8yarh9*_ga*MTUyMjc0MTg0Mi4xNjc0NTc3MTU5*_ga_4YHGVSN5S4*MTY3NDU3NzE1OC-4xLjEuMTY3NDU3NzE2MS41Ny4wLjA – Abruf am 16.1.2025

2 Strukturprobleme bremsen Österreichs Wachstum – Abruf am 16.1.2025

3 <https://www.oenb.at/Geldpolitik/Konjunktur/wirtschaftsprognosen-fuer-oesterreich.html>, Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2024 bis 2027 vom Dezember 2024 (PDF) – Abruf am 16.1.2025

4 https://www.wko.at/statistik/prognose/text-PDF.pdf?_gl=1*8yarh9*_ga*MTUyMjc0MTg0Mi4xNjc0NTc3MTU5*_ga_4YHGVSN5S4*MTY3NDU3NzE1OC-4xLjEuMTY3NDU3NzE2MS41Ny4wLjA – Abruf am 16.1.2025

5 https://www.ihs.ac.at/fileadmin/public/2016_Files/Documents/2024/Winterprognose/IHS_Konjunkturprognose_2024_12_Winter.pdf - Abruf am 18.2.2025

6 https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-2441/kp_2024_04.pdf - Abruf am 16.1.2025

7 <https://www.oenb.at/Geldpolitik/Konjunktur/wirtschaftsprognosen-fuer-oesterreich.html>, Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2024 bis 2027 vom Dezember 2024 (PDF) – Abruf am 16.1.2025

Die wichtigsten Notenbanken der Industrieländer senkten zuletzt ihre Leitzinssätze. Der Zinskorridor in den USA beträgt nun 4,50% bis 4,75%, die Bank Rate im Vereinigten Königreich 4,75% und der Einlagensatz im Euro-Raum 3%. Die Geldpolitik wirkt damit bereits weniger restriktiv, sie dämpft die Konjunktur und die Preisanstiege aber immer noch. Dementsprechend wird auf den Finanzmärkten mit weiteren Leitzinssenkungen gerechnet, sodass die Zinsstrukturkurven zum Teil invers sind.⁸

Die derzeit unsicheren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die ambitionierten Klima- und Energieziele stellen die Wiener Stadtwerke vor große Herausforderungen. Diesen kann das Unternehmen durch konsequentes Arbeiten an neuen innovativen Dienstleistungen und Produkten, die bestmögliche Betreuung bestehender Kund*innen und durch permanente Effizienzsteigerung erfolgreich begegnen.

1.3.2 Rechtliches Umfeld

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Abteilung Recht und Vergabeangelegenheiten koordiniert ein konzernübergreifendes Netzwerk für rechtliche Angelegenheiten. Es stellt die Einhaltung der hohen rechtlichen Standards des Konzerns sicher.

Um den sich laufend verändernden Rahmenbedingungen erfolgreich begegnen zu können, werden von den jeweiligen Rechtsabteilungen regelmäßig Evaluierungen und Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, Rechtsgutachten bzw. rechtlichen Fragen mit dem Bezug auf den Wiener Stadtwerke Konzern durchgeführt. Die Mitarbeiter*innen der Rechtsabteilung stellen ihr Wissen den anderen Abteilungen in den einzelnen Unternehmensbereichen beratend zur Verfügung, um sie bei der Umsetzung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Neben dem üblichen Geschäftsbetrieb hat man sich im Geschäftsjahr 2024 intensiv mit der rechtlichen Problematik bei Preisanpassungsklauseln beschäftigt, da aufgrund der bestehenden gesetzlichen Regelungen im ElWOG (Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz), KSchG (Konsumentenschutzgesetz) und ABGB (Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch) sowie deren gerichtlicher Interpretation eine

branchenweite Rechtsunsicherheit darüber herrscht, wie Preisanpassungen rechtskonform umgesetzt werden können.

Datenschutz

Datenschutz ist für die Wiener Stadtwerke ein wichtiges Thema. Die Konzernrichtlinie betreffend die Datenschutzorganisation legt die Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Konzern fest. Die Datenverarbeitung wird durch einen Prozess für konzernrelevante Data Breach-Fälle ergänzt. Datenschutzrelevante Themen, die mehrere Konzernunternehmen betreffen, werden in regelmäßigen Abständen zwischen den Datenschutzverantwortlichen der Konzernunternehmen abgestimmt. Neue IT-Systeme werden vor ihrer Einführung datenschutzrechtlich geprüft. Einmal jährlich wird eine für alle Mitarbeiter*innen verpflichtende Datenschutz-Schulung durchgeführt.

Die Löschkonzepte für konzernweite Applikationen werden weiterhin laufend im Konzern abgestimmt und implementiert. Es wurden das konzernweite Statement zum Thema Generative KI vertieft, entsprechende Use Cases erstellt sowie die Anforderungen aus dem AI Act evaluiert. Für die künftige Einführung neuer Applikationen wurde ein einheitlich strukturierter Prozess aufgesetzt.

1.3.3 Branchenspezifisches Umfeld

Energie

Das energiepolitische und wirtschaftliche Umfeld in Europa und Österreich war auch 2024 von den Themen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Verbraucher*innenschutz geprägt. Die EU-Kommission hat Initiativen für grünes Gas und Wasserstoff sowie für die Umsetzung bereits beschlossener Pakete (Green Deal, Fit for 55) aufgesetzt. Auf nationaler Ebene wurden für die Energiewirtschaft wichtige Gesetzesinitiativen (Erneuerbare-Gase-Gesetz – EGG, Gesamtreform des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes – ElWOG, für Unternehmen und Kund*innen faire regulatorische Rahmenbedingungen für Preisänderungen) erneut nicht auf den Weg gebracht. Es ist absehbar, dass Strategien und Maßnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes auf nationaler Ebene vor neue Herausforderungen gestellt werden.

8 https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-2441/kp_2024_04.pdf - Abruf am 16.1.2025

Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union

Draghi-Bericht: Energieversorgung und Wettbewerbsfähigkeit

Mit dem 2023 begonnenen und im September 2024 veröffentlichten Draghi-Bericht^{9,10} rückte die Wettbewerbsfähigkeit Europas wieder in den Vordergrund. Er hebt die Energieversorgung als entscheidenden Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der EU hervor und fordert massive Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Infrastrukturen. Die EU-Kommission spricht sich erstmals für die Rolle von Kapazitätsmärkten in Europa aus, um eine stabile Stromversorgung zu gewährleisten. Von der seit Herbst 2024 tätigen neuen EU-Kommission ist zu erwarten, dass sie große Teile des Draghi-Berichts in ihre Arbeit einfließen lässt und einen Fokus auf Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und die Umsetzung der beschlossenen Klimaziele legen wird.

Reform des EU-Strommarkt-Designs

Die Reform der Elektrizitätsbinnenmarkttrichtlinie¹¹ und der zugehörigen Elektrizitätsbinnenmarktverordnung¹², kundgemacht am 16. Juni 2024, sollen den europäischen Stromsektor im Sinne des „Fit for 55“-Pakets und des europäischen Green Deals in Hinblick auf den Ukraine-Krieg und die Energiekrise modernisieren. Die Reform priorisiert nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern fokussiert auch auf Flexibilität, Verbraucher*innenschutz und Netzresilienz. Kernpunkte sind die stärkere Integration erneuerbarer Energien und die Förderung langfristiger Stromverträge wie Differenzverträge und Stromabnahmeverträge (PPAs), die stabile Preise und Investitionssicherheit gewährleisten sollen. Zudem soll die Flexibilität des Marktes durch den Ausbau von Energiespeichern und grenzüberschreitenden Netzkapazitäten verbessert werden. Verbraucher*innen werden u. a. durch erweiterte Rechte wie Preisgarantien, Eingriffsrechte zugunsten schutzbedürftiger Kund*innen und stärkere Transparenz geschützt. Weitere Ziele sind die Modernisierung der Märkte (mit Fokus auf Intraday-Märkte und Terminmärkte) und der Fördermechanismen, die Versorgungssicherheit sowie Wege, den Sekundärmarkt zu stärken, und die mögliche Einführung von regionalen virtuellen Hubs. Der Großteil noch notwendiger nationaler Umsetzungsmaßnahmen ist bis Ende 2025 zu erlassen.

Dekarbonisierung der Gas- und Wasserstoffmärkte – das Gas- und Wasserstoff-Paket

Die EU-Mitgliedstaaten konnten sich Ende Dezember 2023 im Rahmen des übergeordneten Pakets „Fit for 55“ auf eine Überarbeitung der EU-Gasmarkt-Richtlinie und der EU-Gasmarkt-Verordnung, das sogenannte Gas- und Wasserstoffpaket, einigen. Auf dieser Grundlage wurden mittlerweile die EU-Binnenmarkt-Richtlinie für erneuerbares Gas, Erdgas und Wasserstoff¹³ und die EU-Binnenmarkt-Verordnung¹⁴ für erneuerbares Gas, Erdgas und Wasserstoff am 15. Juli 2024 veröffentlicht. Die Richtlinienumsetzung in nationales Recht muss längstens binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten, also bis 5. August 2026, erfolgen.

Einheitliche regulatorische Rahmenbedingungen für die Errichtung und den Umbau der Wasserstoffinfrastruktur sollen eine Dekarbonisierung der Gas- und Wasserstoffmärkte ermöglichen. Im Fokus stehen der Hochlauf und die Förderung erneuerbarer Gase wie Biogas und Wasserstoff. Die Einigung legt Standards für Herkunftsnachweise, Marktintegration und Infrastruktur fest. Ein bedeutendes Element des Pakets ist die Umsetzung einer integrierten Netzplanung für Erdgas und Wasserstoff als europäisches Netzwerk zur Verteilung von grünem Wasserstoff. Ein wichtiges Instrument für den Ausstieg aus der fossilen Gasversorgung ist die Möglichkeit, Gasanschlüsse abzulehnen und Gasnetze stillzulegen. Grundlage für solche Stilllegungen bilden kommunale Wärmeplanungen und Netzentwicklungspläne. Technische Anpassungen und Kosten, insbesondere für bestehende Gasnetzbetreiber, bleiben herausfordernd. Die EU-Binnenmarkt-Verordnung für erneuerbares Gas, Erdgas und Wasserstoff verfestigt den Mechanismus für den gemeinsamen Gaseinkauf auf EU-Ebene, der ursprünglich als Notfallinstrument im Dezember 2022 temporär eingeführt worden war. Eine Teilnahme daran ist für die einzelnen Mitgliedstaaten jedoch freiwillig. Im Rahmen der Europäischen Wasserstoffbank soll ein ähnlicher Mechanismus für den gemeinsamen Wasserstoffeinkauf geschaffen werden.

⁹ European Commission, The future of European competitiveness, Part A, A competitiveness strategy for Europe, September 2024.

¹⁰ European Commission, The future of European competitiveness Part B, In-depth analysis and recommendations, September 2024.

¹¹ RICHTLINIE (EU) 2024/1711 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Richtlinien (EU) 2018/2001 und (EU) 2019/944 in Bezug auf die Verbesserung des Elektrizitätsmarktdesigns in der Union, ABl L vom 26.6.2024.

¹² VERORDNUNG (EU) 2024/1747 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Verordnungen (EU) 2019/942 und (EU) 2019/943 in Bezug auf die Verbesserung des Elektrizitätsmarktdesigns in der Union, ABl L vom 26.6.2024.

¹³ RICHTLINIE (EU) 2024/1788 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. Juni 2024 über gemeinsame Vorschriften für die Binnenmärkte für erneuerbares Gas, Erdgas und Wasserstoff, zur Änderung der Richtlinie (EU) 2023/1791 und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/73/EG, ABl L vom 15.7.2024.

¹⁴ VERORDNUNG (EU) 2024/1789 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. Juni 2024 über die Binnenmärkte für erneuerbares Gas, Erdgas sowie Wasserstoff, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1227/2011, (EU) 2017/1938, (EU) 2019/942 und (EU) 2022/869 sowie des Beschlusses (EU) 2017/684 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 (Neufassung), ABl L vom 15.7.2024.

EU-Gebäuderichtlinie

Die Verabschiedung der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD)¹⁵ verfolgt das Ziel, den Gebäudesektor bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Während Renovierungen und Heizungsumstellungen Mindeststandards für die Gesamtenergieeffizienz folgen sollen, müssen Neubauten ab 2028 dem Nullemissionsgebäude-Standard entsprechen. Mit ihren Renovierungspfaden müssen die Mitgliedstaaten aufzeigen, wie sie die Transformation des Gebäudesektors erreichen und die Renovierung von Gebäuden mit der schlechtesten Gesamtenergieeffizienz vorantreiben wollen. Gleichzeitig sehen die EU-Gebäuderichtlinie und insbesondere die EU-Energieeffizienzrichtlinie¹⁶ Maßnahmen gegen Energiearmut vor, um soziale Folgen der Renovierungskosten abzumildern.

Ausrichtung auf EU-Taxonomie und CSRD

Eines der Kernstücke des europäischen Green Deals ist die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) zur transparenten Berichterstattung nichtfinanzieller Unternehmensleistungen. Am 26. Februar 2025 wurde eine Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum Entwurf der Omnibus-Verordnung veröffentlicht, die wesentliche Erleichterungen im Nachhaltigkeitsbereich bringen soll. Falls die übrigen zuständigen Institutionen der Europäischen Union diesem Vorschlag zustimmen, bedeutet dies für die Wiener Stadtwerke Gruppe, dass die CSRD erst ab dem Geschäftsjahr 2027 verpflichtend anzuwenden ist.

Frühzeitig wurde ein umfassendes, konzernweites ESG-Programm gestartet, um die Vorgaben aus der Richtlinie und weiterer EU-Regulatorik spätestens bei Inkrafttreten zu erfüllen. Im Rahmen des vierjährigen Programms kam es bereits zur intensiven Auseinandersetzung mit den für die Stakeholder*innen und den Konzern wesentlichen Themen, dem Schaffen von Strukturen und Verantwortlichkeiten mit Fokus auf ESG, der Treibhausgasbilanzierung, Klimarisikanalyse oder auch der Taxonomiefähigkeit der wesentlichen Wirtschaftsaktivitäten des Konzerns. Die konsequente Auseinandersetzung mit verantwortungsvoller Unternehmensführung und seinen vielen Facetten wird in den kommenden Jahren die Unternehmensstrukturen und -prozesse der Wiener Stadtwerke Gruppe nachhaltig transformieren. Dadurch sind die Weichen für eine, auch in Zukunft, erfolgreiche Wiener Stadtwerke Gruppe gestellt.

EU-Lieferkettengesetz

Mit dem Inkrafttreten der Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (Corporate Sustainability Due Diligence Directive – CSDDD; „EU-Lieferkettengesetz“)¹⁷ am 25. Juli 2024 wurden einheitliche Verpflichtungen für ein nachhaltiges EU-Unternehmensrecht festgelegt. Ziel dieser Richtlinie ist es u. a., hohe Umweltschutzstandards in Lieferketten zu gewährleisten. Die CSDDD verpflichtet Unternehmen, negative Auswirkungen auf Menschenrechte und die Umwelt in ihrer Wertschöpfungskette zu vermeiden, abzuschwächen oder zu beenden. Die neuen Vorschriften sollen zur Erreichung der Ziele des Green Deals sowie der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) beitragen. Ursprünglich war die erste Anwendung der CSDDD für Großunternehmen ab 2027 geplant. Die Omnibus-Verordnung sieht hier eine Verschiebung um ein Jahr vor, sodass die Vorschriften nun erst ab 2028 greifen. Unternehmen erhalten dadurch eine längere Übergangsfrist, um sich auf die neuen Anforderungen vorzubereiten.

Weitere Meilensteine

Die adaptierten Leitlinien für Beschleunigungsgebiete¹⁸ definieren Prioritäten für erneuerbare Energien in der EU. Weiters setzen die Europäische Industrial Carbon Management Strategie¹⁹ und der Net Zero Industry Act²⁰ neue Standards für nachhaltige Industrieprozesse.

15 RICHTLINIE (EU) 2024/1275 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 24. April 2024 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, ABl L vom 8.5.2024.

16 RICHTLINIE (EU) 2023/1791 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. September 2023 zur Energieeffizienz und zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/955 (Neufassung), ABl L 231 S. 1 vom 20.9.2023.

17 RICHTLINIE (EU) 2024/1760 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. Juni 2024 über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 und der Verordnung (EU) 2023/2859, ABl L vom 5.7.2024.

18 VERORDNUNG (EU) 2024/223 DES RATES vom 22. Dezember 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/2577 zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien, ABl L vom 10.1.2024.

19 MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN, Auf dem Weg zu einem ehrgeizigen industriellen CO₂-Management in der EU, COM (2024) 62 final.

20 VERORDNUNG (EU) 2024/1735 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. Juni 2024 zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologien und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724, ABl L vom 28.6.2024.

Energie- und Klimapolitik in Österreich

Auf nationaler Ebene stehen die Umsetzung von zahlreichen auf EU-Ebene beschlossenen Richtlinien und die Verabschiedung überfälliger Rechtsakte an. Diese Herausforderungen werden von der neuen österreichischen Bundesregierung zu meistern sein. Die genaue Ausgestaltung bleibt abzuwarten.

Erneuerbare-Gase-Gesetz, Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz, Erneuerbare-Wärme-Gesetz

Die Gesetzesvorhaben wurden 2024 intensiv diskutiert, es konnte aber keine parlamentarische Einigung erzielt werden. Das bereits Ende Dezember 2023 beschlossene Erneuerbare-Wärme-Gesetz²¹ wurde am 28. Februar 2024 kundgemacht.

Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG)

Eine Gesamtreform des bestehenden Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (EIWOG) in Form eines neuen Elektrizitätswirtschaftsgesetzes (EIWG) hätte den österreichischen Strommarkt „fit für die Energiewende“ machen sollen. Ebenso im Zentrum standen die Stärkung der Kund*innenrechte, Transparenz und Informationspflichten. Allerdings blieben im Begutachtungsentwurf neben zweckmäßigen Neuerungen wesentliche Themen ungelöst. Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Form der bereits vorhandene Entwurf für ein EIWG dazu aufgegriffen wird.

Regulatorische Rahmenbedingungen für Preisanpassungen bei Energielieferungen

Aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine kam es zu Marktverwerfungen sowie stärkeren Steigerungen und Schwankungen bei den Energiepreisen. Das führte bei Energielieferverträgen zu Herausforderungen bei Preisanpassung und Gestaltung – auch vor dem Hintergrund der regulatorischen Rahmenbedingungen, einschließlich des Konsument*innenschutzgesetzes. Um Endkund*innen, besonders Verbraucher*innen, längerfristig stabile und leistbare Energiepreise sowie Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, bedarf es, im Interesse sowohl von Energieversorgern als auch von Kund*innen, geeigneter gesetzlicher Rahmenbedingungen für die zweckmäßige und rechtssichere Gestaltung von Preisanpassungen und deren Handhabung bei Dauerschuldverhältnissen für Energie.

Verlängerung strategische Gasreserve, Versorgungssicherheitskonzepte

Vor dem Hintergrund potenzieller Folgen des mit dem 31. Dezember 2024 ausgelaufenen Gastransitvertrags zwischen Russland und der Ukraine hat der österreichische Nationalrat im Juni 2024 Gesetzesänderungen²² beschlossen, um die strategische Gasreserve bis 2027 zu verlängern. Auch sollen große Gasversorger zur Erstellung von Versorgungssicherheitskonzepten verpflichtet werden.

Krisenfolgegesetz und Beweislastumkehr

Im Juni 2024 wurde ein Bundesgesetz zur Abmilderung von Krisenfolgen und zur Verbesserung der Marktbedingungen im Fall von marktbeherrschenden Energieversorgern beschlossen.²³ Das Gesetz ist bis zum 31. Dezember 2027 befristet und soll mehr Transparenz bei marktbeherrschenden Energieversorgern schaffen. Außerdem etabliert es das Prinzip der Beweislastumkehr zulasten von Energieversorgern.

Wasserstoffförderungsgesetz, integrierter österreichischer Netzinfrastukturplan

Im Juli 2024 wurde das Gesetz zur Förderung von Wasserstoffprojekten kundgemacht.²⁴ Es schafft die Grundlage für eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft in Österreich. Bereits im April 2024 wurde der integrierte österreichische Netzinfrastukturplan²⁵ präsentiert. Als strategisches Planungsinstrument sollen auf diese Weise die Infrastrukturnotwendigkeiten des zukünftigen Energiesystems ermittelt und sowohl bei Strom- als auch bei Gasnetzen notwendige Maßnahmen abgeleitet werden.

Österreichische Carbon Management Strategie

Da es in Zukunft trotz aller Bemühungen nötig sein wird, mit einem Rest an schwer bzw. nicht vermeidbaren Emissionen – sogenannten „Hard to abate“-Emissionen – umzugehen, wurde Anfang des Sommers 2024 nach der Europäischen Industrial Carbon Management Strategie auch die österreichische Carbon Management Strategie verabschiedet.²⁶ Zentrale Empfehlung der Strategie ist, das Speicherverbot von Kohlenstoff in Österreich aufzuheben und einen rechtlichen Rahmen für CO₂-Erfassung, Transport und Speicherung zu schaffen.

21 Bundesgesetz über die erneuerbare Wärmebereitstellung in neuen Baulichkeiten (Erneuerbare-Wärme-Gesetz – EWG), BGBl I 2024/8.

22 Änderung des Gaswirtschaftsgesetzes 2011, des Gasdiversifizierungsgesetzes 2022 sowie des Energielenkungsgesetzes 2012, BGBl I 2024/74 vom 5.7.2024.

23 Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Abmilderung von Krisenfolgen und zur Verbesserung der Marktbedingungen im Falle von marktbeherrschenden Energieversorgern erlassen wird, BGBl I 2024/73 vom 5.7.2024.

24 Bundesgesetz über die Förderung der Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff nicht biogenen Ursprungs sowie Bundesgesetz zur Begründung von Vorbelastungen, BGBl I 2024/69 vom 4.7.2024.

25 <https://www.bmk.gv.at/themen/energie/energieversorgung/netzinfrastukturplan.html> - Abruf am 16.1.2025

26 https://www.bmf.gv.at/themen/klimapolitik/carbon_management.html - Abruf am 16.1.2025

Wiener Klimagesetz (Entwurf)

Das Wiener Klimagesetz (Entwurf)²⁷ soll das Ziel der Klimaneutralität und die klimaneutrale Verwaltung bis 2040 verankern. Die Stadt Wien will damit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und gleichzeitig Maßnahmen bündeln, die sich mit den Auswirkungen des Klimawandels befassen. Darüber hinaus ist die Stärkung der Kreislaufwirtschaft in den Zielen verankert.

Wiener Wärmeplan 2040

Der Wiener Wärmeplan 2040²⁸ setzt Prioritäten, um im Bereich der Fernwärme auf erneuerbare Energien umzustellen. Er zeigt, welche alternative Wärmeversorgung bei Gebäuden, die derzeit noch mit Öl oder Gas geheizt werden, regional am besten geeignet bzw. verfügbar ist. Das ermöglicht eine gezielte Information der Gebäudeeigentümer*innen und der Bewohner*innen.

Witterungsverlauf²⁹

2024 war laut der vorläufigen Klimabilanz der GeoSphere Austria das mit Abstand wärmste Jahr der 257-jährigen Messgeschichte. Der Temperaturverlauf hat in vielerlei Hinsicht alles bisher Dagewesene übertroffen. Das extrem hohe globale Temperaturniveau sorgte bundesweit für durchgängig deutlich zu warme Verhältnisse. Kalte Luftmassen bringende Wetterlagen waren unterrepräsentiert. An fast allen Messstationen des Landes wurden neue Rekorde der Jahresmitteltemperatur erreicht. Im Flächenmittel (HISTALP-Tiefeland) ergibt das eine Abweichung zum Klimamittel 1991–2020 von +1,8 °C und zum Mittel 1961–1990 von +3,1 °C. Auch in den Gipfelregionen war es das wärmste Jahr. Die Anomalien zu den beiden Klimamitteln betragen hier +1,8 °C bzw. +3,0 °C. Somit war 2024 um 0,6 °C wärmer als das bisher wärmste Jahr 2023 (bzw. 2022 im Bergland). Die Wetterstation Wien-Innere Stadt verzeichnete mit 52 Hitzetagen sogar einen neuen Stationsrekord – der alte Rekord aus dem Jahr 2015 lag bei 46 Tagen. Die Niederschlagsmenge lag 2024 über die gesamte Fläche Österreichs gemittelt um 8 % über dem Durchschnitt. Es war damit eines der 30 niederschlagsreichsten Jahre in der 167-jährigen Niederschlagsmessreihe. Zu einem großen Teil ist dafür der extrem niederschlagsreiche September verantwortlich, der vor allem der Osthälfte Österreichs ver-

heerende Überschwemmungen brachte. 2024 war mit einer gemittelten Anomalie von -3 % etwa gleich sonnenarm wie 2023. Die Abweichungen waren aber nicht gleichmäßig über das Bundesgebiet verteilt. Im Südwesten, speziell in Osttirol und Oberkärnten sowie in Nordtirol entlang des Alpenhauptkammes, war es mit Defiziten zum Klimamittel 1991–2020 von 10 bis 20 % besonders sonnenarm. In Vorarlberg, im restlichen Nordtirol, in Unterkärnten, im Lungau und in der Steiermark entlang der Niederen Tauern sowie im Flachgau und Teilen des Innviertels lagen die Anomalien zwischen -5 und 10 %. In den meisten verbleibenden Landesteilen entsprach die Sonnenausbeute dem Klimamittel (Abw. +/-5 %). Im südlichen Wiener Becken und im Nordburgenland schien die Sonne gegenüber dem vieljährigen Mittel um 5 bis 9 % länger. Die Heizgradsummen – die in der Energiewirtschaft übliche Messgröße für den temperaturbedingten Energiebedarf – lagen im Versorgungsgebiet von Wien Energie im Berichtszeitraum um 16,1 % unter dem Vergleichswert aus den letzten 30 Jahren.

27 <https://www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/begutachtung/pdf/2024014.pdf> - Abruf am 16.1.2025

28 <https://www.wien.gv.at/pdf/ma20/wwp-a3-web-l111.pdf> - Abruf am 16.1.2025

29 GeoSphere Austria (vormals ZAMG), Wärmstes Jahr der Messgeschichte, 19.12.2024, www.zamg.ac.at/cms/de/klima/news/waermstes-jahr-der-messgeschichte-2, Abruf am 20.1.2025.

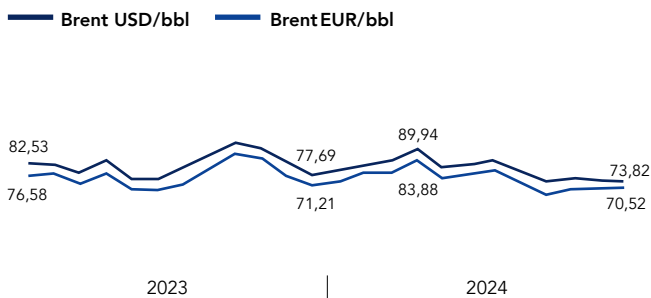
Preisentwicklungen

Preisentwicklung Rohöl

Während sich der Ölmarkt 2023 anfangs relativ stabil entwickelte, zeigte er sich im Verlauf des Jahres volatiler. Geopolitische Spannungen und wirtschaftliche Unsicherheiten beeinflussten die Preisentwicklung. Die im April 2023 angekündigten Förderkürzungen der OPEC+ hatten zunächst keinen erheblichen Einfluss auf die Preise, da Rezessionsorgen die Nachfrage dämpften. Erst im dritten Quartal 2023 setzte sich ein Aufwärtstrend der Ölpreise durch, unterstützt durch Exportkürzungen Saudi-Arabiens und Russlands. Im September führte eine knappe Angebotssituation in den USA zu weiteren Preisanstiegen. Die Nachfrage blieb aufgrund der wirtschaftlichen Lage in China und des Inflationenkampfs in den USA äußerst unsicher, was ebenfalls zur Preiserhöhung beitrug. Danach entspannte sich die Lage langsam.

2024 begann mit einem Anstieg der Ölpreise, ausgelöst durch den Nahostkonflikt. Im Sommer zeigte sich jedoch eine gegenläufige Entwicklung: Trotz saisonal bedingter Nachfrageresteigerungen drückten schwache Wirtschaftszahlen aus China auf die Ölpreise. Sorgen um die chinesische Konjunktur und Anzeichen wirtschaftlicher Schwäche in den USA und Europa verstärkten den Druck nach unten, wodurch die Rohölpreise im Juli deutlich nachgaben. Dennoch entwickelten sich die Preise nicht drastisch abwärts, weil das globale Ölangebot weiterhin knapp blieb und der Nahostkonflikt seinen Einfluss behielt – auch ohne direkten Zusammenhang mit dem Ölangebot. Ab Oktober 2024 hat sich der Ölpreis auf einem relativ stabilen Niveau eingependelt. Insgesamt blieben die Ölpreise 2024 von geopolitischen Spannungen, wirtschaftlichen Unsicherheiten und der globalen Nachfragesituation bestimmt.

Ölpreisentwicklung:

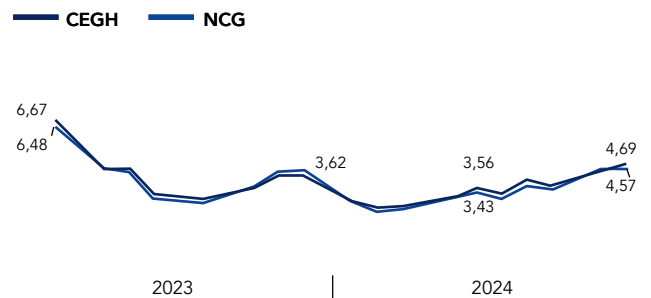


Quelle: Thomson Reuters (ICE Monatsmittel)

Preisentwicklung Erdgas (in ct/kWh)

Anfang 2023 setzte sich der Abwärtstrend der Gaspreise fort, gestützt durch Faktoren wie eine hohe Windstromproduktion, kontinuierliche LNG-Lieferungen und gut gefüllte Gasspeicher, die eine stabilisierende Wirkung auf die Preise hatten. Im Jahresverlauf blieben die Preise relativ konstant, da stabile Gaslieferungen und hohe Speicherstände in Europa die Preisschwankungen, die durch den wachsenden Wettbewerb zwischen Europa und Asien verursacht wurden, abfederten. Ein weiterer bedeutender Einflussfaktor war der milde Winter, der den Energieverbrauch für Heizung in vielen Ländern senkte, sowie der lange Sommer 2024, der es ermöglichte, Gas über einen längeren Zeitraum hinweg einzuspeichern. Ende September 2024 waren die europäischen Gasspeicher bereits zu über 95% gefüllt, was potenzielle Versorgungsengpässe zusätzlich abfederte. Die Kombination aus stabilen Gasspeichern und der globalen Marktanpassung verhinderte stärkere Preisschwankungen. Im vierten Quartal 2024 stiegen die Gaspreise leicht an, begünstigt u. a. durch eine höhere Nachfrage in Asien. Trotz dieser Entwicklungen verhinderten die stabilen Gasspeicher in Europa und die weiterhin verhaltene industrielle Nachfrage größere Preisschwankungen. Insgesamt verharrten die Gaspreise 2024 auf einem relativ stabilen Niveau.

Gaspreisentwicklung:



Quelle: Thomson Reuters (EEX NCG) bzw. Wien Energie Energiewirtschaft

Preisentwicklung Strom (in EUR/MWh)

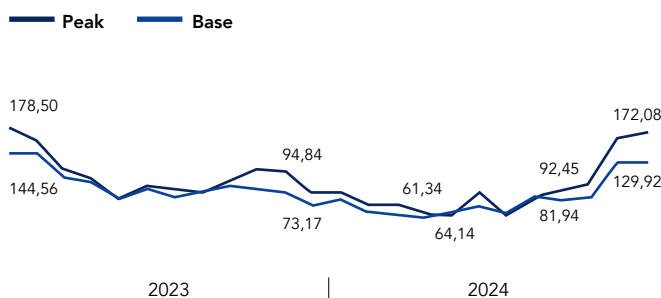
Anfang 2023 entspannte sich die Lage auf den europäischen Strommärkten merklich, nachdem im Jahr 2022 historische Höchststände erreicht worden waren. Der kontinuierliche Rückgang der Strompreise war zunächst vor allem auf milde Temperaturen und eine hohe Windstromproduktion zurückzuführen. Im ersten Halbjahr kam es zwar zu kurzfristigen Preisanstiegen, bedingt durch kältere Temperaturen und den wachsenden Wettbewerb um LNG mit Asien. Sie waren jedoch nur vorübergehend. Insgesamt wirkten Faktoren wie sinkende Kohle-, Gas- und CO₂-Preise sowie das anhaltend milde Wetter stabilisierend auf die Strompreise. So konnte sich 2023 eine allgemeine Preisstabilität einstellen, auch weil sich die Verfügbarkeit europäischer Kraftwerke nicht wesentlich veränderte.

2024 setzte sich die Preiskonsolidierung auf einem relativ niedrigen Niveau fort. Leichte Preisanstiege waren vor allem auf gestiegene Kosten für Emissionszertifikate und gelegentliche Rückgänge in der Produktion erneuerbarer Energien zurückzuführen. Im Herbst 2024 stiegen die Preise wieder deutlich an, bedingt durch die steigende Nachfrage in der Heizsaison, höhere Brennstoffkosten und die reduzierte Einspeisung aus erneuerbaren Quellen. Trotz dieser Entwicklungen blieben die Jahrespreise im historischen Vergleich moderat, unterstützt durch gut gefüllte Gasspeicher und eine insgesamt stabile Grundlastversorgung.

Preisentwicklung für CO₂-Emissionszertifikate (EZG 2011 in EUR/t)

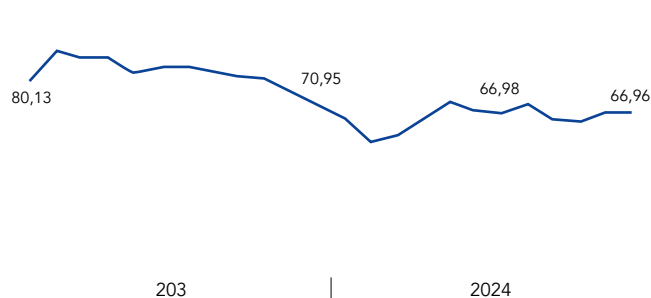
Anfang 2023 zeigte der CO₂-Zertifikatspreis eine volatile Entwicklung, die von makroökonomischen und politischen Faktoren geprägt war. Nach einer Phase relativ beständiger Preise zu Jahresbeginn, beeinflusst durch die angespannte Lage auf den Energiemärkten und die Reform des EU-Emissionshandels, setzte im Laufe des Jahres 2023 bis ins Jahr 2024 eine Abwärtsbewegung ein: Die milden Wintertemperaturen und der wachsende Anteil an erneuerbaren Energien in der Stromproduktion dämpften die Nachfrage nach Emissionszertifikaten. Der Abwärtstrend setzte sich bis 2024 fort, verstärkt durch eine Abschwächung der energieintensiven Industrieproduktion in der EU. Gleichzeitig sorgten höhere Energieeffizienz und der Einsatz alternativer Energieträger dafür, dass der Bedarf an CO₂-Zertifikaten weiter sank. Ab dem Frühjahr stabilisierte sich der Markt. Politische Diskussionen über mögliche Verschärfungen der Klimaziele und Maßnahmen wie die Begrenzung der Emissionszertifikate trugen zu dieser Erholung bei. Aufgrund kühlerer Herbsttemperaturen und des dadurch erhöhten Energieverbrauchs stabilisierte sich gegen Jahresende auch der Preis.

Strompreisentwicklung:



Quelle: Base/Peak (EEX-Marktpreise Monatsmittel)

CO₂-Zertifikatspreise:



Quelle: Thomson Reuters (ICE Monatsmittel)

Netze

Netzverlustentgelt

Im Zusammenhang mit den gestiegenen Kosten für die Beschaffung der Netzverluste wurde knapp vor Jahresende 2022 eine Unterstützung aus Bundesmitteln für das erste Halbjahr 2023 beschlossen; es wurde im Jänner 2023 deutlich erhöht und später auf das gesamte Jahr 2023 erweitert. Mit diesen Mitteln wurde unmittelbar der Einkauf der Netzverluste gestützt und reduziert dadurch den Aufwand der Netzbetreiber. Dies hatte zur Folge, dass seitens Energie-Control Austria (ECA) die Kostenbescheide der Netzbetreiber neu erlassen und die Systemnutzungsentgelte-Verordnung novelliert werden musste. Dies ist auch erfolgt, weshalb ab 1. März 2023 lediglich geringere Netzverlustkosten unter Berücksichtigung der Unterstützung aus Bundesmitteln an Kund*innen verrechnet werden.

Die Beschaffung und Weiterverrechnung seitens Austrian Power Grid (APG) erfolgte jedoch vorderhand weiter ohne Berücksichtigung der Unterstützung, da seitens des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) und des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) für die Auszahlung der Fördermittel der Abschluss von individuellen Verträgen mit sämtlichen Netzbetreibern Österreichs gefordert wurde. Diese Verträge lagen im Oktober 2023 vor und wurden von den Netzbetreibern rasch abgeschlossen. In der Folge wurden die entstandenen Differenzen ausgeglichen, wobei Finanzierungskosten aus der verzögerten Auszahlung der Zuschüsse nicht berücksichtigt wurden. Die zwischenzeitig entstandenen Finanzierungskosten – allein bei den Wiener Netzen rund 870.000 Euro – wurden jedoch von der ECA im Rahmen der Kostenprüfung bei sämtlichen betroffenen Verteilernetzbetreibern nicht als Netzkosten anerkannt. Seitens Wiener Netze und anderer Verteilernetzbetreiber wurden daher die jeweiligen Kostenbescheide in diesem Punkt angefochten.

Elektrizitätswesengesetz (EIWG)

Der Elektrizitätsmarkt hat sich seit der Verabschiedung des dritten Energiebinnenmarktpakets im Jahr 2009 und dem daraufhin erlassenen EIWOG 2010 stark gewandelt. Mit der fortschreitenden Dekarbonisierung des Energiesystems und der Entwicklung neuer Technologien vollzieht sich ein Prozess der zunehmenden Dezentralisierung der Energieerzeugung, der neue Marktakteure schafft. In Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/944 sollen mit einem neuen Elektrizitätswesengesetz (EIWG) die Rechte der Verbraucher*innen gestärkt und ihre aktive Teilnahme am Energiemarkt gefördert werden. Die bereits im Zuge des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzespakets geschaffene Möglichkeit, Energie in Energiegemeinschaften dezentral zu erzeugen, diese zu verbrauchen oder zu verkaufen, wird durch die Einführung des „Eigenversorgers“ erweitert, der zudem über Peer-to-Peer-Verträge eigenerzeugten Strom

aus erneuerbaren Quellen an Endkund*innen verkaufen kann. Auch Lieferverträge mit dynamischen Stromtarifen sollen die aktive Teilnahme am Strommarkt fördern, indem der Verbrauch an Marktsignale angepasst werden kann.

Mit dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzespaket (EAG-Paket) wurden bereits Teile der Richtlinie (EU) 2019/944 umgesetzt. Das im Gesetzgebungsprozess befindliche EIWG enthält jene legislativen Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Richtlinie (EU) 2019/944 vollständig umzusetzen und das nationale Elektrizitätsrecht an die unionsrechtlichen Entwicklungen anzupassen. Darüber hinaus sollen bestehende rechtliche Unklarheiten beseitigt und harmonisierte Regelungen durch die weitestgehende Vermeidung der doppelstöckigen Umsetzung über Grundsatz- und Ausführungsgesetze geschaffen werden – soweit ein Auszug aus den Erläuterungen zum EIWG-Gesetzespaket. Weitere vorgesehene wesentliche Änderungen aus diesem Gesetzespaket betreffen die gesetzlich verankerten Umsetzungsfristen für die Herstellung von Netzanschlüssen sowie eine angedachte Umstellung der Abrechnungen im Elektrizitätsbereich auf standardmäßige Monatsrechnung. Das Paket wurde Anfang 2024 in Begutachtung gebracht, dann jedoch – trotz bereits bestehender Säumigkeit bei der Umsetzung der EU-Richtlinie aus 2019 – in der Legislaturperiode nicht mehr beschlossen.

Fluorierte-Gase-Verordnung

Die Verordnung (EU) 2024/573 über fluorierte Treibhausgase ist am 11. März 2024 in Kraft getreten. Sie zielt darauf ab, die Emissionen fluorierter Treibhausgase in der Industrie schrittweise bis auf null zu reduzieren. Die Verordnung betrifft Kälte- und Klimaanlageanlagen, Wärmepumpen und Schaltanlagen. Die Wiener Netze sind hinsichtlich der Schaltanlagen betroffen, da diese im Hoch- und Höchstspannungsbereich seit Jahrzehnten und im Mittelspannungsbereich seit einigen Jahren gasisoliert errichtet wurden. Bis 2030 wird schrittweise ein vollständiges Verbot für die Inbetriebnahme von Mittelspannungsschaltanlagen, die fluorierte Gase (F-Gase) verwenden, und bis 2032 ein Verbot für derartige Hochspannungsschaltanlagen eingeführt.

Netzzutrittsentgelt von erneuerbaren Erzeugungsanlagen

Mit dem EAG-Paket 2021 wurden im EIWOG Pauschalen in Euro pro kW Anlagengröße eingeführt, die als Netzzutrittsentgelt beim Anschluss von erneuerbaren Erzeugungsanlagen verrechnet werden sollten. Die österreichischen Verteilernetzbetreiber haben daraufhin – in Abstimmung mit der E-Control Austria (ECA) – diese Pauschalen in allen Fällen in Rechnung gestellt, bei denen erneuerbare Erzeugungsanlagen ans Netz angeschlossen wurden. Dies gilt auch in Fällen, in denen bereits bestehende Anschlussanlagen (z. B. Verbrauchsanlagen) vorhanden waren.

Die Verrechnung bei bereits bestehenden Anschlüssen wurde daraufhin in mehreren Musterverfahren gegen verschiedene Verteilernetzbetreiber von Anlagenerrichtern bekämpft und als Erstes in einem Verfahren des Flughafens Wien gegen die Wiener Netze vom Obersten Gerichtshof entschieden, dies mit dem Ergebnis, dass die Verrechnung des pauschalen Netzzutrittsentgelts nicht zulässig ist, wenn „an einem bestehenden Netzanschlusspunkt (Anm.: der in der Vergangenheit vom Netzbenutzer auch bereits im Rahmen des Netzzutrittsentgelts bezahlt wurde) eines Netzbenutzers [...] eine Stromerzeugungsanlage angeschlossen (wird), die in der bestehenden Leitungskapazität des Netzanschlusses Deckung findet.“

In der Folge haben sämtliche österreichische Verteilernetzbetreiber – wie auch die Wiener Netze – in den Fällen, auf die diese Voraussetzungen zugetroffen haben, die seit 2021 verrechneten Netzzutrittspauschalen zurückgezahlt.

Europäische Methanemissionsverordnung

Am 5. August 2024 ist die VERORDNUNG (EU) 2024/1787 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. Juni 2024 über die Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/94 in Kraft getreten. Sie ist ein Teil des „Fit for 55“-Pakets der EU, das die Treibhausgasemissionen in der EU bis 2030 um mindestens 55% senken soll. Die Verordnung ist unmittelbar in den Mitgliedstaaten gültig und bedarf keiner gesonderten gesetzlichen Umsetzung. Sie verpflichtet Betreiber fossiler Energieinfrastrukturen, Methanemissionen regelmäßig zu messen sowie Leckagen schnell zu beseitigen und das Ablassen und Abfackeln von Gasen zu verringern. Der erste Bericht muss bis 4. August 2025 bei der zuständigen Behörde, welche per Ende 2024 noch nicht feststand, abgegeben werden. Seitens Wiener Netze wurden bereits intensive Vorbereitungen, noch vor Inkrafttreten der EU-Verordnung, getroffen. In den letzten 24 Monaten wurden alle Gasdruckregelstationen und Kernzonen überprüft. Ebenso wurde mit der Überprüfung des 4.629 Kilometer langen Gasnetzes begonnen. Diese soll bis Juli 2025 abgeschlossen sein.

Verkehr

Auf EU-Ebene stand das Jahr 2024 im Zeichen der Wahlen zum Europäischen Parlament. Die Wiener Linien haben mit dem Wiener Stadtwerke Büro in Brüssel und dem Internationalen Verband für öffentliches Verkehrswesen UITP³⁰ die wichtigsten Themen für die neue Legislaturperiode platziert. Dies betrifft vor allem die Erweiterung der Definition von

ÖPNV³¹ im Hinblick auf die letzte Meile sowie die Erhöhung der finanziellen Investitionen auch in bestehende Infrastrukturen für den ÖPNV und den Abbau der Ungleichbehandlung bei Datenteilung³². Weiters waren inhaltlich Digitalisierungs-, Energie- und Finanzierungsthemen relevant.

Am 1. August 2024 ist der EU AI³³ Act in Kraft getreten, eine wegweisende Initiative zur Förderung von sicherer und vertrauenswürdiger KI³⁴ in der EU. Die Kategorisierung der KI erfolgt dabei basierend auf ihrem Schadenspotenzial für die Gesellschaft. Je höher das Risiko, desto strenger sind die Regeln. Bei den Wiener Linien erfolgt derzeit eine Bewertung der einzelnen KI-Anwendungen im Sinne des AI Acts.

Auch die multimodale Reise (Reisen mit mehr als einem Verkehrsmittel, z. B. Flug und Bahn) stand im Fokus der Europäischen Kommission, wobei ein Entwurf zur Durchsetzung multimodaler Fahrgastrechte präsentiert wurde. Die Wiener Linien haben sich gemeinsam mit den Wiener Stadtwerken und der UITP weiterhin für einen Abschluss des Stadtverkehrs von der Regelung eingesetzt. Die Anwendung wird für den Stadtverkehr als unpassend gesehen (z. B. Verpflichtung zur Erstattung des Gesamtbetrags des multimodalen Beförderungsausweises und zur Leistung eines Ausgleichs, wenn der/die Passagier*in einen oder mehrere Anschlüsse verpasst) und würde zu einer unnötigen zusätzlichen Belastung führen.

Mit dem Social Climate Fund (SCF) wurde eine neue Fördermöglichkeit für die Bevölkerungsgruppen geschaffen, die durch die Ausweitung des Emissionshandelssystems auf Gebäude und Straßenverkehr innerhalb der EU am meisten betroffen sind. Die Definition von Mobilitätsarmut³⁵ ist beim SCF Dreh- und Angelpunkt, wobei für die Wiener Linien essenziell ist, dass die Definition den geografischen Zugang zu ÖV-Dienstleistungen sowie auch soziale Aspekte berücksichtigt. Gemeinsam mit der UITP haben sich die Wiener Linien auf EU-Ebene dafür eingesetzt. Auch bei der Erstellung des nationalen Klimasozialplans werden sich die Wiener Linien gemeinsam mit den Wiener Stadtwerken aktiv einbringen.

Auf nationaler Ebene war die Umsetzung des Barrierefreiheitsgesetzes (BaFG) für die Wiener Linien relevant. Die Richtlinie regelt, welche Produkte und Dienstleistungen künftig barrierefrei hergestellt und vertrieben bzw. angeboten und erbracht werden müssen. Die Wiener Linien sind von der Regelung vor allem in Zusammenhang mit den interaktiven Selbstbedienungsterminals (z. B. Fahrkartenautomaten, E-Paper – mit Ausnahme von Terminals, die in

30 UITP: Union Internationale des Transports Publics

31 ÖPNV: Öffentlicher Personennahverkehr

32 Öffentliche und private Unternehmen haben unterschiedliche Vorgaben für die Datenteilung.

33 AI: Artificial Intelligence

34 KI: Künstliche Intelligenz

35 Definition in der EU RL: „Mobilitätsarmut“ definiert den Umstand, dass Einzelpersonen und Haushalte nicht in der Lage sind oder Schwierigkeiten dabei haben, die Kosten für privaten oder öffentlichen Verkehr zu tragen, oder dass sie keinen oder nur beschränkten Zugang zu Verkehrsmitteln haben.

Fahrzeugen eingebaut sind) sowie den Dienstleistungen im elektronischen Geschäftsverkehr betroffen.

Im Jahr 2023 wurde durch die Cybersicherheits-Richtlinie NIS2³⁶ der Anwendungsbereich auf elf weitere kritische Sektoren erweitert (z. B. Abwasser, Verwaltung von IKT-Diensten, Lebensmittel, Chemie etc.). Außerdem ist jedes Unternehmen ab einer gewissen Größe davon betroffen. Es werden weitergehende Verpflichtungen durch die NIS2-Richtlinie eingeführt wie z. B. die Pflicht der Überprüfung der Cybersicherheit der Lieferant*innen durch betroffene Unternehmen und der umfassende Schutz der Netzwerke.

Im Frühjahr 2024 gab es den ersten Entwurf des nationalen NIS-Gesetzes, mit dem die NIS2-Richtlinie umgesetzt werden sollte. Dieser fand jedoch nicht die notwendigen Mehrheiten. Bis Oktober 2024 hätte die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden sollen. Da Österreich und auch einige andere EU-Mitgliedstaaten säumig sind, wurden seitens der Europäischen Kommission bereits Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Die Richtlinie ist seit Oktober 2024 unmittelbar anwendbar. Das neue NIS-Gesetz dazu wird voraussichtlich 2025 in Österreich in Kraft treten.

Die Wiener Lokalbahnen unterstützen ebenfalls den Ausbau von Mobilitätsangeboten im Verkehrsverbund oder auch Angebote wie das Klimaticket, um mehr Fahrgäste für den Bahn- bzw. Busverkehr zu gewinnen. Mehreinnahmen hieraus sind aufgrund der Bruttobestellung jedoch nicht für die Wiener Lokalbahnen zu erwarten. Auch dem Bestreben der öffentlichen Hand, vermehrt Angebote für die „Last Mile“ des Fahrgastes zu schaffen, stehen die Wiener Lokalbahnen positiv gegenüber und bieten diese an. Hier sind beispielsweise die easymobil-Stationen mit Sharing-Möglichkeiten zu nennen.

Bestattung und Friedhöfe

Das Angebot der Bestattung Wien erstreckt sich auch auf vorgelagerte Bereiche (z. B. Vorsorge) und nachgelagerte Bereiche (z. B. Nachbetreuung der Hinterbliebenen). In diesem Zusammenhang bietet das Unternehmen ein Abmeldeservice für Mitgliedschaften und kostenlose Trauerseminare für Angehörige an. Das Unternehmen ist seit jeher bemüht, eine Hebung des Berufsstands zu erzielen. Gleichzeitig soll mittels Aufklärung, Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit das Thema Tod enttabuisiert werden. Während bei der Bestattung Wien grundsätzlich pietätvolle Information im Vordergrund steht, wird im Rahmen des Bestattungs-

museums bewusst ein lockerer Umgang mit dem Thema Tod gepflegt, um auch jüngeren Bevölkerungsschichten den Zugang zu erleichtern.

Die Geschäftstätigkeit der Friedhöfe Wien entwickelt sich in Abhängigkeit von der Anzahl der Verstorbenen in Wien. Die Sterblichkeit in Wien ist in den letzten Jahrzehnten stark gesunken. In den letzten Jahren ist die Statistik Austria von einer Stabilisierung der Sterblichkeit ausgegangen. Bereits im letzten Jahr wurde diese Prognose geändert und es wurden weitere Reduktionen in den nächsten Jahren vorausgesagt, bis es dann wieder zu einem Anstieg auf das Niveau der Vorjahre kommt. Die Urbanisierung verstärkt den Trend, dass viele Beisetzungen im ursprünglichen Heimatland und nicht in Wien durchgeführt werden. Die Anzahl der Grabnutzungsrechte wird bisher kaum durch das wirtschaftliche Umfeld beeinflusst, jedoch von der sich ändernden Erinnerungs- und Friedhofskultur. Negativ wirken sich die langfristige Abnahme der Wertigkeit im Umgang mit dem Tod sowie die wachsende Zahl an Alternativangeboten aus, die sich mit der Möglichkeit der Feuerbestattungen eröffnet (z. B. Urne mit nach Hause nehmen, Waldbestattungen außerhalb von Wien, Verstreuungen der Asche in Flüssen etc.). Neue, noch nicht nachgefragte Trends, wie Reerdigung und Resomation könnten künftig ebenfalls zum Sinken der Nachfrage führen. Kleiner werdende Familien führen dazu, dass Familiengräber aufgelassen werden. Um diesen Trends entgegenzuwirken, optimiert Friedhöfe Wien laufend ihre Services – etwa durch Nutzung der Digitalisierung und Optimierung der Verwaltungsprozesse – und entwickelt aktiv die Friedhofskultur weiter. Der Wert der Friedhöfe als Ort der Begegnung, Erholung, Kultur und Natur wird durch zahlreiche Maßnahmen und Aktivitäten in den Vordergrund gestellt.

Garagen

In der Stadt Wien werden verkehrsberuhigende Maßnahmen zur Schaffung von mehr Lebensraum für die Bürger*innen getroffen und geplant. Nach der Einführung der flächendeckenden Kurzparkzone in Wien im März 2022 sind insbesondere verkehrsbeschränkende Maßnahmen im ersten Bezirk geplant; aber auch in verschiedenen anderen Bezirken ist Verkehrsberuhigung ein Thema. Grundsätzlich ist anzunehmen, dass sich die Reduktion von Parkflächen positiv auf den Geschäftsverlauf der Wipark auswirken wird. Die aktuellen Herausforderungen im Immobiliensektor haben keinen unmittelbaren Einfluss auf das operative Geschäft, haben jedoch Portfoliozuwächse ermöglicht.

36 NIS steht für Sicherheit der Netz- und Informationssysteme.

1.4 Mitarbeiter*innen

Rund 17.940 Mitarbeiter*innen (jahresdurchschnittliche FTE) der Wiener Stadtwerke Gruppe leisten einen wesentlichen Beitrag zur Absicherung der hohen Lebensqualität in Wien.

Personalstand

in Ø FTE	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Gemeindebedienstete vollkonsolidierte Unternehmen ¹	4.350	3.950	-400	-9
Dienstnehmer*innen der vollkonsolidierten Gesellschaften (KV)	11.179	12.496	+1.317	12
WSTW Konzern	15.529	16.446	+917	6
Lehrlinge	467	547	+79	17
Summe WSTW Konzern²	15.997	16.993	+996	+6
Gemeindebedienstete nicht konsolidierte Unternehmen ¹	1	1	0	0
Dienstnehmer*innen der nicht konsolidierten Gesellschaften (KV)	779	931	+152	20
WSTW-Gruppe	16.776	17.925	+1.148	7
Lehrlinge	17	16	-1	-9
Summe WSTW-Gruppe²	16.793	17.940	+1.147	7
Frauenanteil in % ³	21,2	22,2	+1,0	+5
Fluktuationsrate in % ⁴	9,8	8,9	-0,9	-9
Unfallhäufigkeit (meldepflichtige UiD je 1.000 MA)	16,1	16,4	+0	+2
Weiterbildungstage gesamt (exkl. Lehrlinge)	86.764	93.702	+6.938	+8

¹ Beamt*innen und Vertragsbedienstete

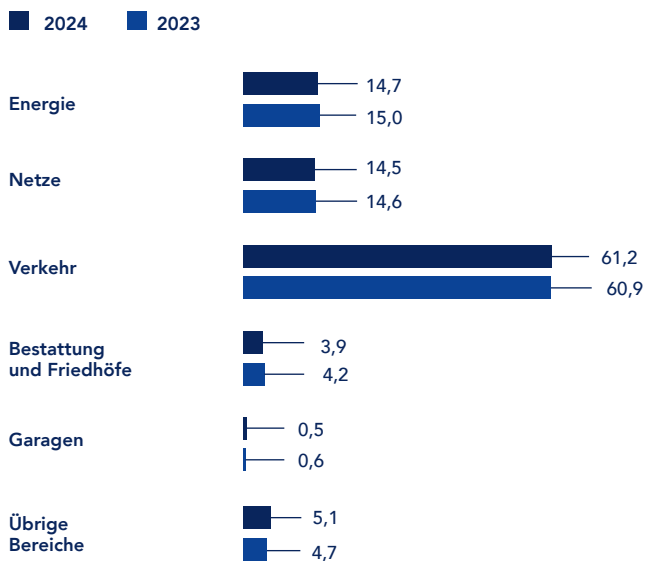
² Exkl. karenziertem Personal, Präsenz- und Zivildienstler

³ Anpassung in der Berechnungslogik (Personen in Karenz oder Präsenzdienst werden nicht mehr gezählt), Vorjahreswert zu Vergleichszwecken angepasst

⁴ WSTW Gesamtgruppen-Fluktuationsrate (inkl. KV/Beamt*innen/Vertragsbedienstete/Lehrlinge), ohne Ruhestandsversetzungen Beamt*innen

Die Kennzahlen wurden ohne Mitarbeiter*innen der GWSG berechnet. Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

Personalstand (in %)



Obige Grafik bezieht sich ausschließlich auf Mitarbeiter*innen des WSTW Konzerns (exkl. Lehrlinge).

Lehre läuft!

Mit September 2024 wurden 225 neue Lehrlinge in der Wiener Stadtwerke Gruppe aufgenommen. Mit einem Plus von 5 % gegenüber dem Vorjahr ist das ein starkes Zeichen für die zukunftsorientierte Ausbildung in der Wiener Stadtwerke Gruppe. Die jungen Talente werden in 19 Lehrberufen ausgebildet, darunter Elektrotechnik, Gleisbautechnik und Maschinenbautechnik. Zum Stichtag 31. Dezember 2024 befinden sich 680 Lehrlinge in Ausbildung.

In allen Lehrberufen besteht die Möglichkeit, die Lehre mit der Matura zu verbinden. Wer seine Lehre bei den Wiener Stadtwerken abgeschlossen hat, bleibt in der Regel im Unternehmen – die Übernahmequote liegt bei beachtlichen 80 %. Der Frauenanteil in technischen und handwerklichen Berufen konnte bis 2024 auf 30 % gesteigert werden. Damit nimmt die Wiener Stadtwerke Gruppe eine Vorreiterrolle ein und setzt weiterhin auf die Begeisterung von Frauen für technische Berufe.

Das zentrale Lehrlingsmanagement ist für die konzernweite Koordination und Weiterentwicklung der Lehrlingsausbildung zuständig. Auch das zentrale Recruiting ist hier angesiedelt. Um dem Fachkräftemangel und den Herausforderungen der Klimakrise erfolgreich zu begegnen, wird das Lehrangebot innerhalb der Wiener Stadtwerke Gruppe laufend angepasst und überarbeitet. Das bedeutet auch, den Ausbilder*innen die dafür notwendigen Weiterbildungen zu ermöglichen, um die Lehrausbildung auf höchstem Niveau zu halten.

Personalentwicklung

Die Abteilung Talentmanagement verantwortet drei und ab 2025 vier eng miteinander verzahnte Fachbereiche: Employer Branding, People Development & Processes und Learning & Talent Hub. Mit Jahreswechsel wurde das Portfolio um den Bereich internes Career Center erweitert.

Das Talentmanagement richtet sich konsequent an der Vision und Mission 2040 der Wiener Stadtwerke Gruppe aus und entwickelt evidenzbasiert gemeinsam mit den HR-Abteilungen aller Konzernunternehmen und relevanten Stakeholder*innen wirksame und inklusive Rahmen und Maßnahmen, um (potenzielle) Mitarbeiter*innen als Employer of Choice anzusprechen, in der Wiener Stadtwerke Gruppe zu entwickeln und die Mitarbeiter*innenbindung zu stärken. Die übergreifenden Verantwortungsbereiche tragen allesamt nachhaltig zur Gruppenwerdung der Wiener Stadtwerke bei.

Es werden alle Phasen der Employee Journey bespielt, mit Ausnahme der Phase des Recruitings, das in einer eigenen Fachabteilung organisiert ist, jedoch stark vernetzt mit der Abteilung Talentmanagement zusammenarbeitet – sei es im

Bereich des Qualitätsmanagements oder in Fragen des Employer Brandings und Personalmarketings. Die Bandbreite der Leistungen umfasst u. a. Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität, die Umsetzung konzernweiter Personalmarketingmaßnahmen, die Beratung, Konzeption und Weiterentwicklung von strategischen und gruppenweiten Personalentwicklungsinstrumenten und Etablierung einer Lernkultur, Rahmen und Prozesse entlang der Employee Experience (wie z. B. Onboarding-Mindeststandards, Performance Management und Exit-Gespräche) sowie konzernweite Mitarbeiter*innenbefragungen.

Mit dem Career Center wird das Portfolio ab 2025 um einen weiteren Fachbereich ergänzt, dessen Ziel es ist, die konzerninterne Jobmobilität zu fördern. Sowohl als Schnittstelle auf Unternehmensebene als auch in der individuellen Beratung werden gruppenweite und unternehmensspezifische Weiterentwicklungsmöglichkeiten transparent gemacht.

Gesundheit und Sicherheit

Die Gesundheit und der Schutz der Mitarbeiter*innen sind für die Wiener Stadtwerke Gruppe ein zentrales Ziel. Die umfangreichen Maßnahmen zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz gehen teilweise weit über die gesetzlich vorgeschriebenen Regelungen hinaus. Die Wiener Stadtwerke Gruppe sieht darin vor allem einen Teil der sozialen Verantwortung.

Zugleich ist die Wiener Stadtwerke Gruppe davon überzeugt, dass gesunde, arbeitsfähige und gut geschützte Mitarbeiter*innen in hohem Maße zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen. Um die Gesundheit zu sichern und langfristig zu erhalten, wurde in der Konzernleitung die Funktion „Strategisches Gesundheitsmanagement“ implementiert. Ziel dabei ist die systematische Entwicklung einer gesunden resilienten Organisation sowie die Verankerung von Gesundheit als Führungs- und Kulturthema in der Wiener Stadtwerke Gruppe. Dabei wird eine strukturierte Vernetzung bzw. ein entsprechend strukturierter Wissenstransfer ermöglicht und Synergien zu gesundheitsrelevanten (Zukunfts-)Themen identifiziert, um in Folge passgenaue Initiativen zu setzen.

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) orientiert sich an den strategischen Zielen des Konzerns und verfolgt im Besonderen folgende konzernübergreifende Ziele:

- Förderung, Verbesserung und Erhalt der Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter*innen,
- Reduzierung der krankheitsbedingten Fehlzeiten und Senkung von Arbeitsunfällen,
- Erhöhung der Gesundheitskompetenz der Mitarbeiter*innen durch Setzen von geeigneten Gesundheitsfördermaßnahmen sowie

- stufenweise Wiedereingliederung von langzeiterkrankten Mitarbeiter*innen.

Da die Tätigkeitsfelder innerhalb der Wiener Stadtwerke Gruppe sehr vielfältig sind, liegt die Umsetzung der zentralen Säulen des BGM in der Verantwortung der einzelnen Konzernunternehmen. So kann auf die unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnisse bestmöglich eingegangen werden. Die Konzernleitung unterstützt bei der Umsetzung und Einhaltung der gemeinsam definierten Standards. Dazu wurde ein konzernübergreifender BGM Arbeitskreis etabliert.

Im Bereich Arbeitssicherheit gab es konzernübergreifende Abstimmungen, um die Zusammenarbeit über die einzelnen Unternehmen zu stärken. In dem neu gebildeten Arbeitskreis Arbeitssicherheit sollen Zukunftsthemen erkannt und gemeinsam bearbeitet werden. Oberstes Ziel dabei ist es, das Sicherheitsbewusstsein durch alle Ebenen zu stärken. Eine strukturelle konzernweite Verankerung mit Ansprechpersonen für Gesundheit und Sicherheit, die gemeinsam den Arbeits- und Gesundheitsschutzbeirat bilden, unterstützt bei der Zielerreichung.

Betriebliches Gesundheitsmanagement und Arbeitssicherheit wurden als zentrale Kernthemen erkannt und in die zukünftige Gremienstruktur der Konzernleitung überführt sowie in einer Governance festgeschrieben.

Die Wiener Stadtwerke Gruppe bietet allen Mitarbeiter*innen und deren Angehörigen anonyme und kostenlose psychologische Unterstützung in schwierigen Arbeits- und Lebenssituationen. Die externe Beratungsstelle bei Health Consult ist unkompliziert per Telefon erreichbar. Intern stehen Betriebsärzt*innen und Arbeitspsycholog*innen für Beratung zur Verfügung.

Vielfalt, Inklusion und Barrierefreiheit

Vielfalt, Gleichstellung und Barrierefreiheit haben in der Wiener Stadtwerke Gruppe einen hohen Stellenwert und sind in der Governance des Konzerns als strategische Kernthemen geführt. Die organisationale Verankerung der beiden strategischen Kompetenzfelder „Vielfalt & Gleichstellung“ sowie „Barrierefreiheit und Menschen mit Behinderungen“ in der Abteilung Strategie im Chief Climate Office spiegelt dies wider. Die strukturelle, gruppenweite Verankerung wird über ein konzernweites Vielfaltsgremium mit Vertreter*innen aller Konzernunternehmen, eine Rahmenstrategie für Vielfalt und Gleichstellung und eine Konzernrichtlinie Barrierefreiheit und die darin geregelte Rolle der Beauftragten für Barrierefreiheit sichergestellt.

Vielfalt, Gleichstellung und Barrierefreiheit werden integriert mitbedacht. Es wird laufend daran gearbeitet, Vielfalt

in all ihren Facetten zu stärken und sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Produkte und Dienstleistungen der Wiener Stadtwerke Gruppe barrierefrei zu gestalten. Der Anspruch der Wiener Stadtwerke Gruppe als größte Infrastrukturdienstleisterin im Raum Wien ist es, im Sinne einer konsequenten Kund*innenorientierung, zu jeder Lebenslage die passenden Produkte und Dienstleistungen diskriminierungsfrei und barrierefrei anzubieten. Diesen Anspruch verfolgen die Wiener Stadtwerke auch nach innen.

Mit einer klaren Null-Toleranz-Haltung gegenüber sexueller Belästigung, Mobbing und Diskriminierungen in all ihren Formen und einer entsprechenden Unterstützungsarchitektur für Betroffene wird ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld als Grundlage für gelebte Vielfalt und Gleichstellung gefördert. Im Bereich der Personalentwicklung wird dies in diversen Trainings und Lehrgängen für Führungskräfte und Mitarbeiter*innen sowie auch in spezifischen Mentoring-Angeboten sichtbar. Auch im Lehrlingsmanagement des Konzerns werden gezielt Maßnahmen gesetzt. Ebenso wird ein verstärkter Fokus auf die Einstellung von Menschen mit Behinderungen gelegt – u. a. durch Kooperationen mit externen Organisationen und Einrichtungen und innovativen Trainings im Recruiting-Bereich.

Mit Blick in die Zukunft liegt das Ziel darin, die Themen Vielfalt, Gleichstellung und Barrierefreiheit weiter als Teil der unternehmerischen und sozialen Verantwortung der Wiener Stadtwerke Gruppe zu etablieren und noch stärker strukturell und prozessual in der Organisation zu verankern.

1.5 Compliance

Die Wiener Stadtwerke Gruppe trägt als DIE Infrastrukturdienstleisterin Wiens große Verantwortung dafür, die Stadt am Laufen zu halten. Nur wer moralisch einwandfrei und gesetzeskonform agiert, kann garantieren, dieser Verantwortung auch gerecht zu werden. Das ist mit ein Grund dafür, warum regelkonformes Handeln und Unternehmensethik einen so hohen Stellenwert für die Gruppe hat und für ihre tägliche Arbeit essenziell sind.

Aus diesem Grund wurde bereits vor einigen Jahren ein konzernweites Compliance-Management-System (CMS) eingerichtet, welches vom Compliance Officer der WIENER STADTWERKE GmbH gemeinsam mit den Compliance Officers in den Konzernunternehmen in regelmäßigen Abständen weiterentwickelt bzw. verbessert wird. Das CMS wird auch hinsichtlich der Wirksamkeit regelmäßig einer unabhängigen Prüfung unterzogen. Geschäftsführung und Aufsichtsrat erhalten eine regelmäßige Berichterstattung und bei Bedarf wird ad hoc berichtet. Zur Aufdeckung von

Compliance-Verstößen wurde neben anderen Meldekanälen ein konzernweites Hinweisgebersystem eingerichtet, welches den gesetzlichen Anforderungen zur Wahrung von Anonymität und Datenschutz entspricht und von den Mitarbeiter*innen, Kund*innen und Lieferant*innen auch genutzt wird. Im Geschäftsjahr 2024 wurde eine konzernweit einheitliche, digitalisierte Risikoanalyse durchgeführt und aus den identifizierten Risiken Maßnahmen zur Risikoreduzierung abgeleitet. Weiters erhielten die Mitarbeiter*innen konzernübergreifend Präsenz- und Onlineschulungen. An der Weiterentwicklung des CMS wurde auch im Geschäftsjahr 2024 aktiv gearbeitet. Die Einhaltung aller für den Konzern maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften wird von der Compliance-Organisation in Zusammenarbeit mit weiteren maßgeblichen Abteilungen überwacht und auch im Rahmen von risikoorientierten Compliance Checks kontrolliert.

1.6 Forschung und Innovation

Zukunftsfähigkeit

Die Wiener Stadtwerke Gruppe trägt einen großen Anteil an der herausragenden Lebensqualität in Wien und darüber hinaus. Mit ihren Tochterunternehmen sorgt sie mit viel Innovationskraft und Leidenschaft sowie mit großen Zukunftsprojekten und hohen Investitionen dafür, dass das Leben in der Metropolregion funktioniert – und das auch für künftige Generationen. Innovation ist für die Wiener Stadtwerke Gruppe weder ein Lippenbekenntnis noch Selbstzweck. Es geht ihr darum, die Bedürfnisse einer modernen Stadt und ihrer Bewohner*innen zu erfüllen und sie rund um die Uhr mit zukunftssicheren Angeboten und leistbaren Services zu versorgen. Das Kerngeschäft wird laufend ausgebaut und modernisiert. Neue Produkte und Dienstleistungen werden

für einen noch besseren Service und Komfort entwickelt. Zusätzlich dazu werden neueste Technologien und Lösungen erforscht, pilotiert und in das Portfolio aufgenommen.

Innovationskraft

Das Spektrum konzernweiter Innovationen ist breit und umfasst u. a. Bereiche wie künstliche Intelligenz, City-Logistik, 3D-Druck, Kreislaufwirtschaft, E-Mobilität, Geothermie, Energiegemeinschaften, Internet of Things, Wasserstoff, multimodale Mobilität, Robotik, Drohnen, Smart Grids, Plattformen, Datenanalysen und Speichertechnologien. Durch ein systematisches, konzernweites Trendscouting werden globale Entwicklungen kontinuierlich identifiziert, bewertet und als wertvolle Impulse in die Konzerngruppe eingebracht. Strategische Kooperationen mit Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Start-ups tragen dazu bei, die Innovationskraft nachhaltig zu stärken.

Empowerment

Mit dem Wiener Stadtwerke Zukunftsfonds setzt die Wiener Stadtwerke Gruppe auf ein starkes, konzerninternes (Teil-)Finanzierungsinstrument, um innovative und ökologische Projektvorhaben der Konzerngruppe voranzutreiben, diese strukturiert zu beschleunigen und sichtbar bzw. messbar zu machen. Somit werden die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und die Bestrebungen zur Erreichung der Klimaziele 2040 maßgeblich unterstützt. Im Jahr 2024 wurde der Zukunftsfonds mit insgesamt 4 Mio. EUR dotiert, wovon 29 Projekte eine Genehmigung für eine (Teil-)Finanzierung erhielten.

Zukunftsfonds der Wiener Stadtwerke

	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Budget des Zukunftsfonds (Mio. EUR)	3,0	4,0	+1,0	+33
Anzahl genehmigter Projekte:				
Konsolidierte Unternehmen	17	25	+8	+47
Nicht konsolidierte Unternehmen	4	4	+/-0	0
Genehmigte Projekte WSTW-Gruppe	21	29	+8	+38

Highlights

In diesem Jahr startete die Aspern Smart City Research GmbH (ASCR) in ihre dritte Programmperiode, die von 2024 bis 2028 läuft. Die Innovationspartnerschaft, bestehend aus den Wiener Stadtwerken, Wiener Netzen, Siemens, Wirtschaftsagentur Wien und Wien 3420, investiert 36 Mio. EUR in Energieforschung. Die dritte Phase des Forschungsprojekts baut auf einem „Living Lab“ und bereits etablierten Innovationen aus den beiden vorangegangenen Phasen auf und strebt nach einer ganzheitlichen Lösung für die Energiezukunft im urbanen Raum.

„Wie kann die urbane Energiewende gelingen?“, lautete die zentrale Frage des diesjährigen Smart City Summits, welcher erneut von den Wiener Stadtwerken als Partnerin unterstützt wurde. Expert*innen und Entscheidungsträger*innen diskutierten im Climate Lab, wie das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2040 in Wien erreichbar ist. Die stellvertretende Generaldirektorin Monika Unterholzner untermauerte im Rahmen ihrer Keynote die Bedeutung von Innovation, Kooperationen und den damit einhergehenden Investitionen, um die Klimawende zu meistern.

Im Oktober startete die neue Ära des Internets in Wien. Als erste Anbieterin in Wien hat Wien Energie ein echtes End-2-End-Glasfasernetz für Privathaushalte geschaffen. Das bedeutet: Glasfaser direkt in den Wohnraum der Kund*innen sorgt für gleichbleibende Geschwindigkeiten beim Down- und Upload – und das mit dem neuen Tarif „SuperSchnell 2500“ sogar mit bis zu 2.500 Mbit/s! Damit bietet Wien Energie das schnellste Internet für zu Hause.

Bis 2026 werden 550 Notsprecheinrichtungen in U-Bahn-Stationen und Aufzügen durch barrierefreie Notrufe ersetzt. Ergänzend zur Sprechfunktion können Notrufe künftig auch via Touchscreen abgesetzt werden. Für blinde Menschen sind die Bedienelemente der neuen Notrufeinrichtung mit Brailleschrift, taktilen Symbolen und taktiler Pyramiden-schrift versehen. Die Wiener Linien zählen zu den ersten Verkehrsbetrieben weltweit, die ihre Notrufeinrichtungen nach dem Mehr-Sinne-Prinzip gestalten.

Um der Nachfrage nach umweltbewussten Bestattungsprodukten gerecht zu werden, bietet die Bestattung Wien neben einem neuen Pilzsarg-Modell seit diesem Jahr auch die erste „lebende Urne“ an – eine absolute Innovation am Markt. Die neuartige Pilzurne besteht zu 100% aus natürlichen Stoffen. Die Myzelien, aus denen sich das Pilzgeflecht zusammensetzt, werden in einer geeigneten Passform in sieben Tagen ohne Einsatz von Wärme, Strom oder Licht herangezüchtet. Die Produktion der Urne verläuft CO₂-frei.

Einen absoluten Meilenstein in Sachen Innovation setzten in diesem Jahr auch die Wiener Linien mit dem Test des weltweit ersten Avatars, der Echtzeitstörungen im Öffi-Netz in Gebärdensprache übersetzt. Bereits seit 2021 wird das System vorbereitet, und etwa 5.000 Stationen sowie rund 30 Störungsszenarien wurden vorab in Gebärdensprache übersetzt.

56 Lehrlinge aus unterschiedlichen Konzernunternehmen der Wiener Stadtwerke Gruppe haben Ende April an einem Hackathon teilgenommen. Dabei durften sie in Zweier- oder Dreierteams App-Ideen entwickeln und erste Prototypen programmieren. Die einzige Vorgabe war: Die App sollte Wien noch lebenswerter und nachhaltiger machen. Ansonsten standen Kreativität, Innovation, Teamarbeit, Projekt- und Zeitmanagement sowie das Fordern und Fördern von digitaler Kompetenz im Zentrum des Wettbewerbs.

deeeep, das Gemeinschaftsunternehmen der OMV und Wien Energie, hat die erforderlichen Genehmigungsverfahren abgeschlossen und startete Ende 2024 mit der Bohrung für die Tiefengeothermie. Wien hat ideale Voraussetzungen für die Nutzung von Tiefengeothermie. Mittels Thermalwasser, das sich mehr als drei Kilometer unter der Erdoberfläche befindet, entsteht so ab 2028 klimaneutrale Fernwärme für bis zu 20.000 Haushalte.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsverlauf

2.1.1 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Energie

Erzeugung

in GWh	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Strom vollkonsolidierte Unternehmen	5.199,1	4.721,2	-477,9	-9,2
Wärme vollkonsolidierte Unternehmen	4.594,1	4.504,9	-89,2	-1,9
Gesamterzeugung WSTW Konzern	9.793,2	9.226,1	-567,1	-5,8
Strom nicht konsolidierte Unternehmen	276,4	248,1	-28,3	-10,2
Wärme nicht konsolidierte Unternehmen	117,4	121,8	+4,4	+3,7
Gesamterzeugung WSTW-Gruppe	10.187,0	9.596,0	-591,0	-5,8

Absatz

in GWh	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Wärme vollkonsolidierte Unternehmen	5.427,4	5.498,2	70,8	1,3
Gesamtabsatz WSTW Konzern	5.427,4	5.498,2	70,8	1,3
Strom nicht konsolidierte Unternehmen*	9.034,3	7.995,5	-1.038,8	-10,4
Erdgas nicht konsolidierte Unternehmen*	5.276,1	4.347,9	-596,9	-11,5
Gesamtabsatz WSTW-Gruppe	19.737,8	17.841,6	-1.896,2	-9,6

* Beinhaltet Daten der WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG sowie ENERGIEALLIANZ Austria GmbH

Die kalorische Stromerzeugung liegt aufgrund ungünstiger Marktbedingungen und der dadurch geänderten Fahrweise unter dem Vorjahresniveau. Das verbundene Unternehmen WIEN ENERGIE Bundesforste Biomasse Kraftwerk GmbH & Co KG produzierte bei erhöhter Fernwärmeauskopplung um 5,6% weniger Strom als 2023. Die Stromgewinnung aus Wasserkraft lag um 8,2% über der Vorjahresmenge. Ausschlaggebend dafür waren günstigere Wasserverhältnisse und das in der zweiten Jahreshälfte in Betrieb gegangene Wasserkraftwerk Pusterwaldbach.

Die Stromgewinnung aus Windkraft stieg gegenüber dem Vorjahr durch günstigere Windverhältnisse und das Repowering bei der Windparkbeteiligung Pama um 8,9%. Die Stromproduktion aus Sonnenenergie wurde 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 49,5% gesteigert, da zahlreiche Photovoltaikanlagen in Betrieb genommen werden konnten. Die Heizgradsummen lagen 2024 insgesamt um 1,4% unter dem Vorjahreswert. Durch die etwas niedrigeren Außentemperaturen während der Heizperiode kam es trotzdem zu einem geringfügig höheren Fernwärmeabsatz.

Netze

Netzdurchleitung regulierter Bereich

in GWh	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Strom	10.224,2	10.556,0	331,8	3,2
Erdgas	17.459,3	16.161,2	-1.298,1	-7,4
Gesamtdurchleitung	27.683,5	26.717,2	-966,3	-3,5

Netzdurchleitung Strom

Die gesamte Durchleitungsmenge liegt aufgrund einer höheren Abgabe in der zweiten Jahreshälfte über dem Vorjahreswert. Der deutliche Anstieg in Netzebene 3 ist auf eine erhöhte Durchleitung an den Großkunden Borealis zurückzuführen.

Netzdurchleitung Gas

Die Netzdurchleitungsmenge an Kraftwerke der Wien Energie sowie die Durchleitung an Heizwasserkessel und Müllverbrennungsanlagen ist maßgeblich durch den Kraftwerkseinsatzplan der Wien Energie bestimmt. Die Netzdurchleitungsmenge an Dritte (überwiegend Tarifkund*innen) liegt im Wesentlichen aufgrund der milden Witterung und der rückläufigen Anzahl an Netzkund*innen unter dem Vorjahreswert.

Verkehr

Fahrgäste

in Mio.	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Wiener Linien	792,0	873,0	+81,0	+10,0
Wiener Lokalbahnen (Bahnverkehr)	15,8	12,3	-3,5	-22,4
Gesamt	807,9	885,3	+77,5	+9,6

Platzkilometer

in Mio.	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Wiener Linien	20.553,5	20.869,2	+315,7	+1,5
Wiener Lokalbahnen	614,5	672,3	+57,8	+9,4
Gesamt	21.168,0	21.541,5	+373,5	+1,8

Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

Fahrscheinarten und Fahrgäste

Das Jahr 2024 zeichnete sich durch ein starkes Plus bei den Fahrkartenerlösen von 3,9% im Vergleich zum Vorjahr aus. Insgesamt stiegen die Erlöse von 629,7 Mio. EUR auf 653,9 Mio. EUR. Erfreulich dabei ist die starke Erlösbeteiligung von rund 14% in der Produktkategorie Klimatickets (Klimatickets Österreich und VOR Klimatickets Metropolregion). Insgesamt verzeichnen die Jahreskarten (inklusive Klimatickets) einen Anstieg um rund 7% zum Vorjahr. In der

Anzahl der Jahreskartenbesitzer*innen sind auch 141 Tsd. Jahreskarten für Senior*innen enthalten. Hinzu kommen knapp 226 Tsd. Klimatickets (Vorjahr: 189 Tsd.), wobei rund 180 Tsd. (Vorjahr: 151 Tsd.) auf das Klimaticket Österreich und 46 Tsd. (Vorjahr: 38 Tsd.) auf das VOR Klimaticket Metropolregion entfallen.

Platzkilometer

Die Platzkilometer sind bei den Wiener Linien gegenüber dem Vorjahr um rund 1,5% gestiegen. Insgesamt wurden 20.869 Mio. Platzkilometer geleistet, rund 17.431 Mio. Platzkilometer entfielen davon auf den Schienenverkehr.

Modal Split

Der Anteil des ÖV an allen zurückgelegten Wegen beträgt im Jahr 2024 34%. Dies entspricht einer Zunahme von zwei Prozentpunkten. Der Anteil des ÖV an allen Wegen ist damit erneut gestiegen. Der Fußverkehr ist von 32% auf 30% im Jahr 2024 zurückgegangen. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs konnte erstmals auf 25% reduziert werden. Der Radverkehrsanteil ist von 10% auf 11% gestiegen und konnte sich damit erneut verbessern.

Bestattung und Friedhöfe**Anzahl der Bestattungsleistungen**

	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Erdbestattungen	3.672	3.370	-302	-8,2
Feuerbestattungen	3.322	3.230	-92	-2,8
Durchführungen auf Anordnung der Sanitätsbehörde	1.099	1.044	-55	-5,0
Leistungen für fremde Bestatter	2.211	1.998	-213	-9,6

Anzahl der Friedhofsleistungen

	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Sargbeisetzungen	7.327	6.983	-344	-4,7
Urnenbeisetzungen	4.721	4.689	-32	-0,7
Grabverlängerungen	30.571	28.497	-2.074	-6,8
Kremationen	6.835	5.588	-1.247	-18,2

Bestattungsleistungen

Bei den sogenannten Hauptfällen, den Erd- und Feuerbestattungen, verzeichnet die Bestattung Wien mit 6.600 Fällen gegenüber dem Vorjahreswert mit 6.994 Durchführungen einen um 394 Fälle oder -5,63% geringeren Wert. Hauptgrund dafür dürfte eine geringere Sterblichkeit sein, was dadurch unterstrichen wird, dass auch die Friedhöfe Wien entsprechend geringere Beisetzungszahlen melden. Auch bei den Leistungen für Fremdbestatter wird mit 1.998 Fällen (Vorjahr: 2.211) eine geringere Anzahl dargestellt.

Friedhofsleistungen

Gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere bei den Sargbeisetzungen auf den von den Friedhöfen Wien verwalteten Friedhöfen ein Rückgang zu verzeichnen. Wie im Vorjahr ist davon auszugehen, dass der Grund dafür zum einen die geringere Sterblichkeit in Wien ist, zum anderen boomen alternative Bestattungsformen wie diverse Klosterwälder und ähnliche Begräbnisstätten, die vor allem im niederösterreichischen Wienerwald im Nordwesten Wiens eröffnet wurden.

In den Leistungsdaten hat die Anzahl der Grabverlängerungen im Vorjahresvergleich deutlich abgenommen. Neben einem gesellschaftlichen Wandel, der seit Jahren zu verzeichnen ist und wonach der Wert einer Grabstelle für Familie und hinterbliebene Bekannte und Freund*innen an Bedeutung verliert, dürften vor allem im abgelaufenen Jahr wirtschaftliche Gründe dazu geführt haben, dass Familien und Hinterbliebene Grabstellen nicht länger pflegen und betreuen wollen, sondern stattdessen Zusammenlegungen von Grabstellen durchführen oder auf diese gänzlich verzichten. Der Rückgang der Anzahl der durchgeführten Kremationen ist vor allem auf die Aufträge der Medizinischen Universität Wien zurückzuführen, die Anfang des Jahres nach einer verlorenen Ausschreibung an ein fremdes Bieterkonsortium vergeben wurden. In den vergangenen Jahren wurden bis zu 1.200 Kremationen jährlich von der Medizinischen Universität Wien beauftragt.

Garagen

	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Stellplätze Eigentum inkl. Pacht	13.891	13.849	-42	-0,3
Ø Einfahrten Kurzparker*innen pro Monat	156.626	172.777	+16.151	+10,3
Ø Dauerparker*innen pro Monat	10.207	9.760	-447	-4,4

Der Wegfall einer Pachtgarage und die Reduktion an Stellplätzen auf gepachteten Parkplätzen wird durch den Zuwachs an Stellplätzen durch die Inbetriebnahme der Eigengarage in der Litfaßstraße leicht kompensiert.

Die Anzahl der durchschnittlichen Kurzparkvorgänge pro Monat konnte im Vergleich zum Vorjahr ein Wachstum verzeichnen und steht in Korrelation zu den Kurzparkumsätzen. Die Anzahl der Dauerparker*innen liegt unter dem Vorjahreswert. Die Zunahme der Kurzparkvorgänge und die Reduktion der Anzahl an Dauerparker*innen spiegelt sich im gesamten Garagenportfolio wider.

2.1.2 Konzerngewinn- und Verlustrechnung (Kurzfassung)

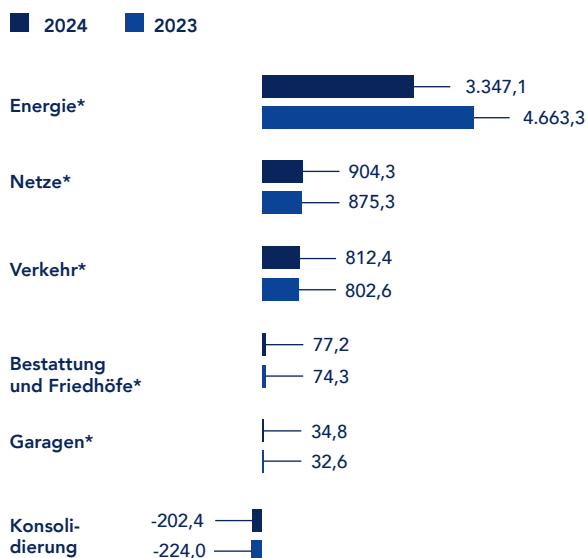
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. EUR	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Umsatzerlöse	6.224	4.973	-1.251	-20
Sonstige betriebliche Erträge	758	652	-106	-14
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	-3.998	-2.711	1.287	32
Personalaufwand	-1.334	-1.499	-165	-12
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-814	-918	-104	-13
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	202	111	-91	-45
EBITDA	1.038	609	-429	-41
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-377	-439	-62	-16
Wertminderungen und Wertaufholungen	-1	-179	-178	n.e.
Operatives Ergebnis (EBIT)	659	-10	-669	-101
Finanzierungserträge	312	403	91	29
Finanzaufwendungen	-209	-193	15	7
Finanzergebnis	103	210	107	103
Ergebnis vor Steuern (EBT)	763	201	-562	-74
Laufende Steuern	-1	7	8	n.e.
Jahresüberschuss	762	208	-554	-73
EBITDA bereinigt¹	1.038	618	-420	-40
Jahresüberschuss bereinigt²	763	444	-319	-42

¹ Bereinigung um einmalige bzw. seltene Aufwendungen und Erträge

² Bereinigung, zusätzlich zu den Effekten, die im EBITDA bereinigt werden, um Effekte aus Werthaltigkeitsprüfungen sowie um sonstige einmalige bzw. seltene finanzielle Aufwendungen und Erträge

Umsatzstruktur (in Mio. EUR)



Umsatzerlöse

Energie

Im Vergleich zum Vorjahr erlebten die Umsatzerlöse einen Rückgang. Dies resultierte vor allem aus den gesunkenen Strom- und Gasverkäufen aufgrund der geringeren Strukturierungs- und Optimierungserfordernisse des Portfolios sowie des niedrigeren Preisniveaus. Die Stromerlöse im regenerativen Bereich lagen infolge der nachlassenden Strompreise trotz der höheren Erzeugungsmengen unter dem Vorjahr. Darüber hinaus sanken wegen der geringeren Einkaufspreise auch die Erlöse aus der Wärme- und Kälteabgabe.

* Konzernbereichssicht vor Konsolidierung

Netze

Die Ermittlung der Umsatzerlöse erfolgt für die Wiener Netze als Netzbetreiber nach regulatorischen Vorschriften. Die Verbesserung zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus einer höheren Stromabgabe und den gestiegenen Netztarifen.

Verkehr

Im Jahr 2024 konnten die Umsatzerlöse der Wiener Linien gegenüber dem Vorjahr weiter ausgebaut werden. Dies ist vor allem auf Umsatzsteigerungen bei fast allen Fahrkartenkategorien, insbesondere auf Mehrerlöse bei „KlimaTicket Österreich“ und „VOR KlimaTicket Metropolregion“, zurückzuführen.

Bei den Wiener Lokalbahnen kam es ebenfalls zu einem Anstieg aus dem operativen Geschäft. Dieser wird durch einen Wegfall der Innenumsätze des Bereichs Infrastruktur ausgeglichen, die ab 2024 anders dargestellt werden.

Die Umsätze aus dem Güterverkehr sowie aus dem Speditionsverkehr der Wiener Lokalbahnen Cargo verringerten sich gegenüber dem Vorjahr; kompensierend wirkten höhere Umsätze in der Vermietung von Lokomotiven.

Die Steigerung der Umsatzerlöse der Wiener Lokalbahnen Verkehrsdienste im Vergleich zum Vorjahr ist auf die bessere Auftragslage sowie die Tarifanpassungen zurückzuführen.

Bestattung und Friedhöfe

Die Umsatzerlöse sind im Wesentlichen von der Entwicklung der Sterblichkeit in Wien sowie von der Konkurrenzsituation in der Wiener Bestattungsbranche abhängig. Trotz der geringeren Anzahl an Bestattungsdurchführungen sind die Gesamtumsätze aus Erd- und Feuerbestattungen in Summe gestiegen. Die Erlöse aus der Auflösung zukünftig abgegrenzter Grabentgelte sind 2024 höher. Die Umsätze durch Kremationen sind aufgrund einer verlorenen Ausschreibung leicht gesunken. Die Umsätze durch Beisetzungen sowie Hallen- und Kühlkammerbenutzungen sind trotz der geringeren Anzahl an Beauftragungen, die in erster Linie auf eine geringere Sterblichkeit in Wien zurückzuführen sind, leicht gestiegen.

Garagen

Die positive Entwicklung der Kurzparkumsätze verstärkte sich im Vergleich zum Vorjahr stetig. In Summe stiegen die Kurzparkumsätze. Auch die Dauerparkumsätze konnten im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. Darüber hinaus trugen u. a. Erlöse aus Raummieten oder Betriebsführungsentgelten zum Umsatzwachstum bei. Der neue Standort Litfaßstraße generierte ab Mitte November zusätzliche Umsätze.

Materialaufwand

Der Materialaufwand sank im Jahresvergleich deutlich. Hauptverantwortlich waren die geringeren Aufwendungen im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung des energiewirtschaftlichen Portfolios (in Gegenposition zu den geringeren Umsatzerlösen). Die Gasaufwendungen für die thermische Erzeugung lagen aufgrund der geringeren Strom- und Wärmeerzeugung unter dem Vorjahr. Weiters waren geringere Aufwendungen für den Eigenstrombedarf, den Energiekrisenbeitrag und für Ausgleichsenergie zu verzeichnen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand entwickelte sich entsprechend den Bezugserhöhungen, den kollektivvertraglichen Anpassungen, den Aufwendungen aus den Personalrückstellungen sowie den gestiegenen Personalstand.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Anstieg ist im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen für Instandhaltung und Fremdleistungen sowie gestiegene EDV-Aufwendungen zurückzuführen.

Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen wird im Wesentlichen durch das Ergebnis der WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG getrieben. Ebenfalls fließt das übernommene Ergebnis der VERBUND-Innkraftwerke GmbH sowie der ENERGIEALLIANZ Austria GmbH mit ein.

Wertminderungen und Wertaufholungen

Der Anstieg bei den Wertminderungen ist auf außerplanmäßige Abschreibungen bei diversen Kraftwerken der Wien Energie zurückzuführen.

Operatives Ergebnis (EBIT)

Für 2024 wird gegenüber dem Vorjahr ein schwächeres operatives Ergebnis ausgewiesen. Das niedrigere Ergebnis im Geschäftsjahr resultiert im Wesentlichen aus den Wertminderungen und höheren planmäßigen Abschreibungen, dem gesunkenen Ergebnisbeitrag der nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen und den gestiegenen Personalaufwendungen.

Finanzergebnis

Höhere Dividenden der Beteiligungen an der VERBUND AG, EVN AG sowie VERBUND Hydro Power GmbH führten zu einer Verbesserung. Ebenfalls positiv wirkten sich gestiegene Zinserträge sowie gesunkene Zinsaufwendungen aufgrund gesunkener Finanzschulden aus.

Jahresüberschuss bereinigt

Der Jahresüberschuss, bereinigt um Sondereffekte, sinkt aufgrund der oben beschriebenen Effekte aus dem operativen Ergebnis. Bereinigt wurden wesentliche einmalige Aufwendungen und Erträge, Effekte aus Anlagenbewertungen sowie aus Anlagen- und Grundstücksverkäufen.

2.1.3 Konzernbilanz**Konzernbilanz Vermögenswerte**

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Sachanlagen	5.084	5.170	86	2
Immaterielle Vermögenswerte	220	229	9	4
Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	177	348	171	96
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	6.936	6.018	-918	-13
Sonstige langfristige Vermögenswerte	1.068	1.222	154	14
Langfristige regulatorische Vermögenswerte	1.040	966	-74	-7
Langfristige Vermögenswerte	14.525	13.953	-572	-4
Vorräte	497	455	-42	-8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	375	351	-24	-6
Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	936	311	-625	-67
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	256	330	74	29
Kurzfristige regulatorische Vermögenswerte	126	153	27	21
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.757	1.273	-484	-28
Kurzfristige Vermögenswerte	3.948	2.874	-1.074	-27
Bilanzsumme	18.473	16.827	-1.646	-9

Konzernbilanz Eigenkapital und Schulden

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Eigenkapital	8.935	7.970	-965	-11
Langfristige Finanzschulden	1.174	974	-201	-17
Personalarückstellungen	4.461	4.699	238	5
Sonstige langfristige Rückstellungen	47	29	-18	-38
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	842	820	-22	-3
Latente Steuerschulden	324	211	-113	-35
Langfristige Schulden	6.848	6.732	-116	-2
Kurzfristige Finanzschulden	887	420	-467	-53
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	756	588	-168	-22
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	18	28	10	54
Sonstige kurzfristige Schulden	1.029	1.088	60	6
Kurzfristige Schulden	2.691	2.125	-566	-21
Bilanzsumme	18.473	16.827	-1.646	-9

Das Sachanlagevermögen bildet bei einem Infrastrukturdienstleister wie den Wiener Stadtwerken naturgemäß einen der größten Vermögenswertposten. Er liegt zum Bilanzstichtag 2024 mit 12.053,4 Mio. EUR (Vorjahr: 11.678,5 Mio. EUR) um ca. 3,2% über dem Vorjahreswert. Die Saldierung der Sachanlagen mit den dafür erhaltenen Investitionszuschüssen in Höhe von 6.883,4 Mio. EUR (Vorjahr: 6.594,8 Mio. EUR) verringert die Darstellung in der Bilanz. Damit entfallen rund 31% der Bilanzsumme auf Sachanlagen.

Der Bilanzansatz der nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen ist um 170,8 Mio. EUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf den positiven Bewertungseffekt aus dem Gemeinschaftsunternehmen WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG zurückzuführen.

Bei den langfristigen finanziellen Vermögenswerten ergibt sich der Rückgang vor allem aus der Bewertung der Beteiligung an EVN AG und VERBUND AG. Beide Titel sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Bei den sonstigen langfristigen Vermögenswerten zeigt sich eine Steigerung im Erstattungsanspruch an das Planvermögen.

Die Verringerung der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte ist auf einen Rückgang der Ausleihungen sowie der derivativen Finanzinstrumente zurückzuführen.

Das Eigenkapital des Wiener Stadtwerke Konzerns, der zu 100% im Eigentum der Stadt Wien steht, verringerte sich im Geschäftsjahr 2024. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die niedrigeren beizulegenden Zeitwerte der Beteiligungen an der VERBUND AG und der EVN AG zurückzuführen.

Die langfristigen Personalrückstellungen liegen mit 4.698,6 Mio. EUR und einem Anteil von etwa 27,9% an der Bilanzsumme um 5,3% über dem Niveau des Vorjahres. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Gehalts- und Pensionsabschlüsse zurückzuführen. Der Großteil der Rückstellungen entfällt auf Pensionsverpflichtungen. Aufgrund des sogenannten Zuweisungsgesetzes muss der Wiener Stadtwerke Konzern der Gemeinde Wien die Pensionsaufwendungen für die ihm zugewiesenen Mitarbeiter*innen – mit Ausnahme jener der Wiener Linien – zur Gänze ersetzen. Somit besteht für den Konzern eine mittelbare Pensionsverpflichtung.

Die langfristigen Schulden sind konstant geblieben. Die kurzfristigen Finanzschulden sinken im Wesentlichen aufgrund eines Rückgangs an Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, aus Derivaten sowie aus Lieferungen und Leistungen.

2.1.4 Investitionen

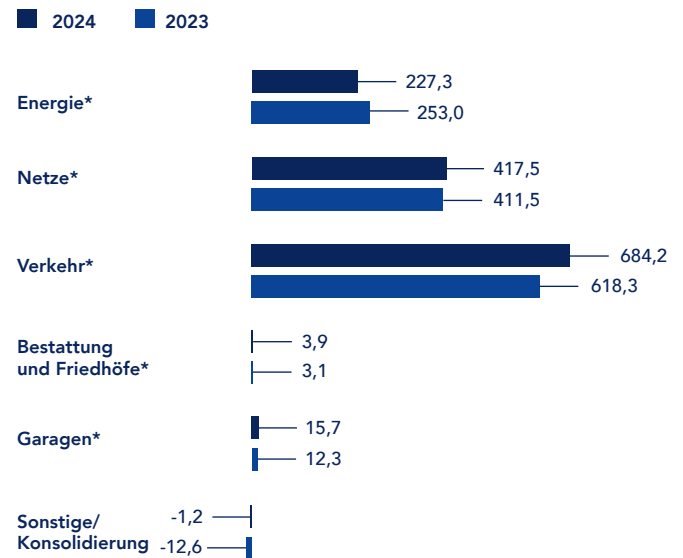
Investitionen

in Mio. EUR	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Sachanlagen	1.201	1.279	78	+7
Immaterielle Vermögenswerte	85	68	-17	-20
Summe Bruttoinvestitionen SAV und IAV	1.286	1.347	62	+5
Zuschüsse (IAS 20)	-545	-630	-83	-15
Summe Nettoinvestitionen SAV und IAV	740	717	-22	-3
CAPEX-Ratio*	21 %	27 %	+6,4	

* CAPEX-Ratio = (Immaterielle Vermögenswerte + Sachanlagen)/Umsatzerlöse * 100

Der Wiener Stadtwerke Konzern tätigte im Jahr 2024 Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte mit einem Gesamtvolumen von 1.347,3 Mio.EUR, wobei mit 1.279,4 Mio. EUR rund 95,0% auf Investitionen in Sachanlagen entfielen. Die CAPEX-Ratio verzeichnete 2024 einen Anstieg von 6,4 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.

Investitionen in Sachanlagen und in immaterielle Vermögensgegenstände (in Mio. EUR)



* Konzernbereichssicht vor Konsolidierung Bruttoinvestitionen

Energie

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände lagen leicht unter dem Vorjahresniveau und umfassten hauptsächlich Investitionen in Softwareentwicklungen und in Nutzungsrechte für Telekommunikationsnetze. Die Investitionen in das Sachanlagevermögen umfassten Investitionen in den Ausbau von regenerativen Energieerzeugungsanlagen (insbesondere Photovoltaik- und Windkraftanlagen), in regenerative Wärmeerzeugungsanlagen, in Fernwärme- und Kälteanlagen sowie in Bestandsanlagen.

Netze

Die Investitionen der Wiener Netze sind vor allem im Bereich Sachanlagen gestiegen und betreffen hauptsächlich Investitionen in der Sparte Strom.

Verkehr

Rund 54 % der Summe der Investitionen (exklusive Finanzanlagen) der Wiener Linien entfallen auf den U-Bahn-Neubau. Die derzeit geltende Finanzierungsform basiert auf dem ab 1. Jänner 2017 gültigen ÖPNV-Vertrag, der zwischen der Stadt Wien und den Wiener Linien abgeschlossen wurde. Demnach erfolgt die Finanzierung der Investitionen in Form einer Kapitalzufuhr. Der restliche Geldbedarf für die Betriebsführung wird in Form eines finanziellen Ausgleichs für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen durch die Stadt Wien an die Gesellschaft abgedeckt. In der Kapitalzufuhr sind Beträge enthalten, die die Stadt Wien wiederum von der Republik Österreich als Zuschuss für den U-Bahn-Neubau sowie als Finanzzuweisung für Personennahverkehrs-Investitionen (§ 23 Abs 2 FAG) erhält. Weiters werden Einnahmen aus der Dienstgeberabgabe zur Errichtung von U-Bahnen in Form der Kapitalzufuhr an die Gesellschaft weitergeleitet.

Bei den Wiener Lokalbahnen wurde bei den immateriellen Vermögenswerten vor allem in die Weiterentwicklung der easymobil-App investiert. Bei den Sachanlagen wurden weitere Investitionen in die Anschaffung der neuen Triebwagen TW500 getätigt. Weiters sind hier Investitionsausgaben in die Bauprojekte Abstellhalle Leersdorf und das Anlagen-Service-Center zu nennen. Im Bereich der Infrastruktur kam es zu Investitionen ins elektronische Stellwerk in Traiskirchen sowie zu Arbeiten an den neuen Gleichrichtern und verschiedenen Eisenbahnkreuzungen.

Bestattung und Friedhöfe

Im Jahr 2024 wurden Investitionen für Softwarelösungen insbesondere im Online-Bereich getätigt. Darunter fällt die Weiterentwicklung des Personalplanungstools inklusive EBA-Erweiterung sowie des Webshops des Bestattungsmuseums. Bei den Friedhöfen wurde die im Vorjahr begonnene Entwicklung und Einrichtung der elektronischen Bestatteranmeldung abgeschlossen und vorerst probeweise in Betrieb genommen. Weiters wurde in einen neuen Gebäudetrakt der Gärtnerei am Wiener Zentralfriedhof investiert. Die Inbetriebnahme ist im Frühling 2025 geplant. Außerdem wurde vermehrt in diverse Arbeitsmaschinen und Transportfahrzeuge investiert, wobei nach Möglichkeit E-Technologien der Vorzug gegeben wird.

Garagen

Insgesamt lagen die Investitionen im Jahr 2024 über dem Vorjahr. Wesentlich im Bereich der Sachanlagen wirkten sich der Kauf von Garagenplätzen in der Litfaßstraße, der Kauf der Garage Geblergasse sowie eine Kaufpreinsnachbesserung für das Grundstück Oberlaa, An der Kuhtrift, aus. Weitere Investitionen betrafen u. a. die Ausstattung von Garagen mit Kamera- und Videosystemen sowie die Umrüstungen auf LED-Beleuchtungen und den Einbau von intelligenten Steuerungssystemen. Softwarekosten für das konzernweite SAP S/4HANA Projekt der Wiener Stadtwerke Gruppe und Projektmanagement finden sich im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände wieder.

Sonstige/Konsolidierung

Diese Position umfasst die Eliminierung von konzerninternen Investitionen.

2.1.5 Konzernkapitalflussrechnung (Kurzfassung)

Konzernkapitalflussrechnung

in Mio. EUR	2023	2024	Abw. zu VJ +/-	Abw. zu VJ +/- %
Cashflow aus dem Ergebnis	947	785	-155	-16
Veränderung Working Capital	1.571	122	-1.452	-92
Cashflow aus operativer Tätigkeit	2.519	907	-1.607	-64
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-609	-998	-393	-65
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.408	-452	957	+68
Gesamtcashflow	502	-542	-1.044	-208

Der Cashflow aus dem Ergebnis liegt unter Vorjahresniveau. Das deutlich schwächere operative Ergebnis konnte auch nach Bereinigung um unbare Effekte nur teilweise durch höhere erhaltene Dividenden aus den Beteiligungen an VERBUND AG, EVN AG und VERBUND Hydro Power GmbH kompensiert werden.

Die Entwicklungen im Working Capital führen 2024 zu einem Mittelzufluss. In Summe errechnet sich daraus ein positiver operativer Cashflow in Höhe von 907 Mio. EUR.

Im Cashflow aus der Investitionstätigkeit spiegelt sich das hohe Investitionsvolumen der Wiener Stadtwerke wider. Der Wiener Stadtwerke Konzern finanziert seine Sachanlageinvestitionen zu einem großen Teil aus Investitionszuschüssen der öffentlichen Hand, die in erster Linie dem Verkehrsbe-

reich zugutekommen. Diese Investitionszuschüsse werden im Investitionscashflow ausgewiesen und vermindern somit den Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit zeigt hauptsächlich den Mittelabfluss aufgrund von Fremdkapitaltilgungen.

2.2 Umwelt und Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit als zentraler Unternehmenswert

Die Wiener Stadtwerke Gruppe bekennt sich klar zu ihrer Verantwortung für Umwelt und Gesellschaft und trägt wesentlich zur nachhaltigen Entwicklung in Wien und darüber hinaus bei. Nachhaltigkeit ist ein zentraler Unternehmenswert und umfasst die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Handlungsfelder des Konzerns. Als größter kommunaler Infrastrukturdienstleister Österreichs nutzt die Gruppe ihre bedeutenden Einflussmöglichkeiten und tätigt umfangreiche Investitionen, um eine klimafreundliche und zukunftsfähige Stadtentwicklung zu fördern.

Wichtige Zukunftsprojekte

Der Beitrag des Konzerns erstreckt sich auch 2024 über zahlreiche Schlüsselbereiche: von der Dekarbonisierung der Energieversorgung und der Förderung nachhaltiger Mobilität bis hin zu innovativen Ansätzen im Bereich Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung. Große Zukunftsprojekte wie der Ausbau des Öffi-Netzes durch die Verlängerung der U2 und den Bau der neuen U5, die Umsetzung des größten Geothermie-Projekts Österreichs durch die Wien Energie oder die Entwicklung eines CO₂-neutralen Betriebs für die Wiener Linien unterstreichen die Bedeutung des Konzerns für eine klimafreundliche Stadt. Des Weiteren wurde eine konzernweite Meta-Kreislaufwirtschaftsstrategie erstellt. Ergänzend dazu wurden 2024 umfangreiche Maßnahmen in den Bereichen Diversität, Barrierefreiheit und Weiterbildung umgesetzt, um ein integratives und zukunftsfähiges Arbeitsumfeld zu schaffen. Diese Projekte und Initiativen sind entscheidend für die nachhaltige Entwicklung Wiens und stärken die Position des Konzerns als Innovationsführer im Bereich kommunaler Infrastrukturdienstleistungen.

Forcierung ökologischer Vorhaben

Der „Wiener Stadtwerke Zukunftsfonds“ hat auch 2024 wieder zahlreiche Projektvorhaben der Konzernunternehmen unterstützt, um die Innovationskraft zu stärken und die Klimaschutzbemühungen zu forcieren. Insgesamt wurden in diesem Jahr 29 innovative und ökologische Projekte (teil-)finanziert.

Vom Zukunftsfonds unterstützte Vorhaben

Dekarbonisierung Donauinselfest

Bislang kamen auf dem Donauinselfest Dieselaggregate zum Einsatz, um den Strombedarf von mobilen Handymasten und zugehörigen Anlagen zu decken. Das Projekt der Wien Energie zielt darauf ab, erstmals auf dem Gelände der Donauinsel zu zeigen, wie ein solches Aggregat durch eine emissionsreduzierte Lösung ersetzt werden kann und somit Festivals zukünftig umweltfreundlicher gestaltet werden können. Eine mobile Brennstoffzelle wird durch ein Bündel von Wasserstoffflaschen mit Brennstoff versorgt, welches den grünen Wasserstoff in Strom und Wasserdampf umwandelt. Dieser Prozess erzeugt weder Treibhausgase noch luftverschmutzende Abgase und führt zu einer Einsparung von rund 450 Litern Diesel, die normalerweise für einen Generator gebraucht worden wären.

PV-Anlagen bei der U6 Floridsdorf

Die Glasfassade, beim Ausgang Rechte Nordbahngasse der U6-Station Floridsdorf, soll mit sogenannten Photovoltaik-Wafern ausgestattet werden. Eine Belegung der Glaselemente mit diesen Photovoltaik-Wafern könnte eine Doppelnutzung der Fassade zur Sonnenstromerzeugung ermöglichen, während die Fassade semitransparent erscheint. Durch die erstmalige Umsetzung einer fassadenintegrierten PV-Anlage kann dieser für die Wiener Linien neue Anlagentyp unter Realbedingungen getestet und Erfahrungswerte für potenzielle weitere Umsetzungsstandorte gesammelt werden. Die Modulfläche der Fassadenanlage beträgt etwa 656 m² mit einer Leistung von rund 80 kWp. Zusammen mit einer Dach-PV-Anlage von ca. 76 kWp wird eine Gesamtleistung von 156 kWp erwartet. Der gesamte erzeugte Strom kann direkt für den Betrieb der U-Bahnstation verwendet werden. Wenn zu Spitzenzeiten Überschussstrom anfallen sollte, kann dieser an Nachbarstationen abgegeben werden.

Wiener Ziegel

Das Projekt von Wiener Linien und Wienerberger AG forciert die Kreislaufführung von Aushubmaterialien aus U-Bahn-Bauprojekten zur Herstellung von mineralischen Bauprodukten, die in weiterer Folge in städtischen Bauprojekten verwendet werden. Ziel ist es, Ressourcenschonung zu fördern und regionale Wertschöpfung zu steigern. Wienerberger, ein regionaler Produzent von Baumaterialien, und Wiener Linien, ein Bauherr von Infrastrukturprojekten, teilen die Vision, ökologische Auswirkungen im Baubereich zu verbessern und Kreislaufwirtschaft zu fördern. Durch die Verlängerung der U-Bahn-Linie U2 und den Neubau der U5 entstehen erhebliche Mengen an Aushubmaterialien, die sich für eine Weiterverwendung eignen.

Natur- und Blumenwiese Smart Campus

Biodiversität bekommt einen immer wichtigeren Stellenwert, auch auf unternehmenseigenen Flächen. Die Wiener Netze identifizierten unterschiedliche Flächen von in Summe rund 4.000 m² als geeignet für Biodiversitätsmaßnahmen. Diese Flächen werden nun mit Natur- (rund 2.500 m²) bzw. Blumen- (rund 1.200 m²) und Wildwiesen (rund 300 m²) ausgestattet. Auch wird hierzu die MA 42, welche bis dato ohnehin für die Grünflächenpflege verantwortlich ist, hinzugezogen und stellt heimische Saadmischungen zur Verfügung. Ziel ist es, die Biodiversität am Wiener Netze-Gelände in Simmering zu erhöhen und das Bewusstsein diesbezüglich bei den Mitarbeiter*innen zu stärken. Ebenso ist es ein Ziel, eine Vermehrung der Nützlinge festzustellen, weswegen auch die Uni Wien mit in das Projekt eingebunden ist.

Energie

Dekarbonisierungsstudie und interner Klimafahrplan

Wien Energie kommt eine entscheidende Rolle für das Erreichen der Klimaneutralität der Stadt Wien bis 2040 und der Reduktion der Treibhausgasemissionen zu. Mit der Dekarbonisierungsstudie wurden 2021 Szenarien für die Dekarbonisierung des Wiener Energiesystems erarbeitet. Die Annahmen der Studie für den Wärmesektor wurden im vierten Quartal 2023 aktualisiert, um präzisere Informationen für eine effiziente Umsetzung der politischen Ziele bereitzustellen. Die aktualisierte Studie projiziert u. a. einen um etwa 3,5 TWh größeren Anstieg des Nutzenergiebedarfs im Wärmesektor bis 2040 im Vergleich zur Dekarbonisierungsstudie 2021, welcher einen verstärkten Ausbau von Fernwärme und Inselnetzen erfordert.

Wien Energie hat aufbauend auf dieser Studie eine detaillierte Klimaschutz-Roadmap mit konkreten Maßnahmen und Zwischenzielen für die unternehmensinterne Erreichung der Klimaneutralität erstellt. Dabei wurden sieben Handlungsfelder für das Erreichen der Klimaziele von Wien Energie definiert.

Folgende Maßnahmen sollen für Netto-Null-Emissionen bis 2040 umgesetzt werden:

- Ausbau des erneuerbaren Stromerzeugungsportfolios.
- Anbieten nachhaltiger, integrierter und bedarfsgerechter Wärme- und Kältelösungen durch die Dekarbonisierung der Fernwärme (u. a. Erschließung von Geothermie und Ausbau der Großwärmepumpen), den Ausbau dezentraler Wärmelösungen sowie den Ausbau hocheffizienter Fernkälte.
- Identifikation von Potenzialen klimafreundlicher Müllverbrennungsanlagen sowie von Möglichkeiten, um abgeschiedenen Kohlenstoff im Rahmen der Kreislaufwirtschaft wiederzuverwerten.

- Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffproduktion und einer dazugehörigen Tankstelleninfrastruktur sowie Sicherstellung der technischen Voraussetzungen für einen Einsatz von grünen Gasen in den Kraftwerken von Wien Energie.
- Ausbau intelligenter Ladeinfrastruktur für E-Mobilität im öffentlichen Bereich, im Wohnbau und bei Gewerbetreibenden.
- Vorantreiben kooperativer Innovations- und Forschungsprojekte zur Emissionsreduktion mit Start-ups und Großunternehmen.
- Kontinuierliche Umsetzung von Digitalisierungs- und Effizienzsteigerungsprojekten, um weiter einen optimalen und ressourcenschonenden Energieeinsatz zu gewährleisten.

Erneuerbare Wärme und Kälteerzeugung

Wien Energie hat im Jahr 2024 den Fernwärmeausbau vorangetrieben und 10.000 Haushalte neu an die Fernwärme angeschlossen. Insgesamt versorgt Wien Energie nun bereits 470.000 Haushalte und rund 8.000 Businesskund*innen mit Fernwärme. 2024 markiert einen Meilenstein im Ausbau der Fernkälte. Im Juni wurde der „Fernkälte-Ring“ um die Wiener Innenstadt ein Jahr früher als geplant fertiggestellt. Damit wurde die Grundlage für eine flächendeckende Versorgung der Innenstadt geschaffen. Neu angeschlossen wurden u. a. das Musicaltheater Ronacher, das Hotel Sacher sowie das Naturhistorische Museum. Zur Unterstützung des steigenden Kühlbedarfs wurde die Fernkältezentrale Hauptbahnhof auf 26 Megawatt erweitert, was der Leistung von rund 7.000 Klimageräten entspricht. Diese Maßnahme sorgt für eine verbesserte Kühlung von Büros, Hotels, Wohnungen und Österreichs meistfrequentiertem Bahnhof.

Netze

Kreislaufwirtschaft

Um das Thema Kreislaufwirtschaft voranzutreiben, wurde im Jahr 2024 in einem Workshop mit zahlreichen Abteilungen eine Potenzialanalyse durchgeführt. Ziel dieser Analyse war es, bestehende sowie potenzielle Initiativen im Kontext der Kreislaufwirtschaft zu erfassen. Bei dieser Analyse wurden Fokusbereiche identifiziert und auf dieser Basis eine erste konzernweite Meta-Kreislaufwirtschaftsstrategie erarbeitet. Diese wird im Jahr 2025 weiter ausgearbeitet.

Rücksichtsvolles Bauen

Bei rund 3.500 Baustellen mit Grabungsarbeiten im Jahr 2024 wird auch hier darauf geachtet, die Auswirkungen auf die Umwelt zu minimieren. Dies setzt eine gute Planung, Koordination sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt Wien, deren Magistratsabteilungen und Behörden voraus. Durch eine verbesserte Abstimmung aller Unternehmen mit baulichen Maßnahmen im öffentlichen Straßennetz werden Arbeiten an im Erdreich befindlichen Kabeln, Kanälen und Rohren sowie am Schienennetz optimiert. Die Nutzung einer Künette für Arbeiten an mehreren Versorgungsleitungen bringt erhebliche Vorteile. Zusätzlich kommen bei den Wiener Netzen neueste Verlegetechniken zur Anwendung. Mit Relining im Erdgasnetz (Rohr-in-Rohr-Verfahren) und Einschwemmen im Stromnetz, bei dem ein Kabel in eine bestehende Leerverrohrung eingebracht wird, wird das Aushubvolumen erheblich reduziert.

Nachhaltiges Mobilitätskonzept

Im Jahr 2024 wurde der Ausbau der eigenen sowie der mitbetreuten Elektrofahrzeugflotte der Wiener Stadtwerke Unternehmen weiter vom Wiener Netze-Fuhrparkmanagement vorangetrieben. Mit der MA 48 wurde eine Rahmenvereinbarung für die Beschaffung von Fahrzeugen abgeschlossen, um Synergien und Preisvorteile nutzen zu können. Trotz der geplanten Umstellung ist es aus aktueller Sicht und nach Erprobung im täglichen Einsatz nicht möglich, die systemkritischen Fahrzeuge (z. B. im Bereich Stördienst) auf Elektroantrieb umzustellen.

Nachhaltiger Energieeinsatz

Im Jahr 2024 wurden am Standort Smart Campus 1.279.298 kWh mittels PV-Anlagen erzeugt. Dies entspricht einem Anteil von 12,1 % des Gesamtenergieverbrauchs. In der Kernzone Leopoldau wurden die fünf bestehenden erdgasbetriebenen Absorptionskältemaschinen gegen einen neuen, effizienteren und elektrisch betriebenen Kaltwassersatz ausgetauscht. Weiters leisten die Wiener Netze einen zusätzlichen Beitrag zum Klimaschutz durch die Einspeisung von Wasserstoff in das Erdgasnetz.

Verkehr

Für die Wiener Linien ist es ein wichtiges Ziel, ihre zukünftigen Baustellen ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Der CO₂-Ausstoß von Baustellen im städtischen Raum soll so weit wie möglich verringert werden. Der Fokus im Jahr 2024 lag im Gleisbaubereich (Neubau und Instandhaltung) auf der Einbringung relevanter Nachhaltigkeitskriterien. Dabei wurden vermehrt Kriterien wie „Reduktion der Umweltbelastungen durch Lkw-Transporte“, „Einsatz von Recycling-Materialien“, „Einsatz von CO₂-reduziertem Zement“ und „Grünstrom“ in die Vergaben integriert. Darüber hinaus wurde im Tunnelbau ein Fokus auf die Wiederverwendung von Bodenaushubmaterial sowie auf die Integration von nachhaltigen Planungsaspekten bei der zweiten Baustufe der U5 gesetzt. Durch die Vorgabe, nur elektrisch betriebene Kleingeräte einzusetzen, konnte eine Reduktion von Treibhausgas-, Feinstaub- und Lärmemissionen erzielt werden.

Für die Umstellung zum Batteriebusbetrieb haben die Wiener Linien einen ehemaligen Busabstellplatz in Siebenbrunn zum hochmodernen E-Kompetenzzentrum umgebaut, wo die Busse geladen, gewartet und repariert werden. Es bietet Platz für 60 Batterienormalbusse und wurde energieeffizient und in ökologischer Bauweise u. a. mit Holz errichtet. Eine Photovoltaikanlage auf den Dächern liefert Strom für die Betriebsgebäude sowie zur Ladung der Busse. Überschüssiger Strom wird ins Wiener-Linien-Netz geleitet, in der Nacht zur Ladung benötigter Strom aus dem Öffi-Netz gespeist. Die Abwärme der Ladegeräte wird für das Beheizen der Aufenthaltsräume und der Werkstätten verwendet. Die begrünten Dächer und Seitenwände wirken kühlend, speichern Regenwasser und filtern Schadstoffe aus der Luft. Das E-Kompetenzzentrum wurde mit dem höchsten österreichischen Qualitätszeichen für nachhaltige Wohn- und Dienstleistungsgebäude ausgezeichnet, dem klimaaktiv-Standard in Gold. Der Kauf der Batterienormalbusse sowie die Errichtung von Schnellladestationen wird aus Mitteln der EU über das Förderprogramm „Emissionsfreie Busse und Infrastruktur“ des Klimaschutzministeriums gefördert.

In Zusammenarbeit mit Wien Energie wurde 2021 die Solar-kraft-Offensive gestartet. Nach der 2020 errichteten innovativen Folien-PV-Anlage am Standort U3 Ottakring wurden 2022 und 2023 acht Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 1.700 Kilowattpeak (kWp) errichtet. Im Jahr 2024 folgten acht weitere Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von insgesamt 2.350 kWp, darunter die 1.400 kWp-Anlage bei

der Busgarage Leopoldau. Damit verfügen die Wiener Linien in Summe über eine Photovoltaikleistung von über 4.100 kWp mit einer erwarteten Jahreserzeugung von 4,3 Mio. kWh Strom. Die Inbetriebnahme von neun weiteren Anlagen ist Anfang 2025 geplant, womit insgesamt 26 Dachflächen für die Erzeugung von Sonnenstrom genutzt werden. Eine dieser neuen Anlagen wird auch die PV-Anlage bei der U6-Station Floridsdorf sein. Hierbei wird die Glasfassade beim Ausgang Rechte Nordbahngasse mit sogenannten Photovoltaik-Wafern ausgestattet.

Durch das Projekt „Brake Energy“ wird Bremsenergie von U-Bahnen in das eigene Wechselstromnetz eingespeist bzw. für anführende Züge verwendet. Aktuell sind sechs Anlagen in Betrieb, womit rund 8,5 GWh Strom pro Jahr in die Stationen zurückgeführt werden können. Das entspricht dem Stromverbrauch von durchschnittlich 2.135 Haushalten. Eine weitere Anlage ist bis 2028 in der Station Matzleinsdorfer Platz geplant und der Ausbau auf den Linien U3 und U6 befindet sich aktuell in Evaluierung.

Mit Inkrafttreten des Straßenfahrzeug-Beschaffungsgesetzes (SFBG) im August 2021 haben die Wiener Lokalbahnen ihre Flotte auf E-Fahrzeuge umgestellt, um den gesetzlichen und EU-Vorgaben zur CO₂-Neutralität gerecht zu werden. In diesem Zuge wurden zwei E-Einsatzfahrzeuge bestellt, die ab Mai 2024 in Betrieb genommen wurden. Zusätzlich konnte das zweite Poolfahrzeug erfolgreich auf ein E-Fahrzeug umgerüstet werden. Ab 2025 werden zudem keine neuen Benzin- oder Diesel-Fahrzeuge mehr angeschafft, sofern für Sonderfahrzeuge CO₂-freie Alternativen verfügbar sind.

Bestattung und Friedhöfe

Seitens der Bestattung Wien werden seit Jahrzehnten, um die Ruhe bei Begräbnissen nicht zu beeinträchtigen, Elektro-Konduktwagen eingesetzt. Auch der restliche Fuhrpark wird sukzessive auf Fahrzeuge mit niedrigem Emissionsausstoß umgestellt.

Seit November 2022 vertreibt die Bestattung den nachhaltigen Pilzsarg des Start-ups Loop Biotech. Der aus Pilzen hergestellte Sarg ist in 45 Tagen biologisch abbaubar und in der Lage, den menschlichen Körper und die darin enthaltenen Giftstoffe in wichtige Nährstoffe für den Boden zu verwandeln.

Für die Friedhöfe Wien sind die wesentlichen Umweltaspekte Biodiversität und Klimaschutz/Mikroklima. Als Bestandteil von Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebieten können Friedhöfe nicht nur einen wichtigen Beitrag zum städtischen Mikroklima leisten, sie sind in urbanen Gebieten auch ein Rückzugsraum von Tier- und Pflanzenarten. So leben am Wiener Zentralfriedhof u. a. Rehe, Dachse, Hamster, Eulen und Fledermäuse sowie zahlreiche Bienenvölker.

Am Friedhof Neustift wurde eine Reihe an landschaftsgärtnerischen Maßnahmen ergriffen, um Lebensräume für Arten zu erweitern. So gibt es jeweils ein Areal, in dem speziell auf die Bedürfnisse von Fledermäusen, Reptilien, Singvögeln und Schmetterlingen eingegangen wird. Dieses Areal ist seit 2019 als Tierlehrpfad sicht- und erkundbar gemacht.

Am Wiener Zentralfriedhof finden sich bereits 120.000 m² Naturwiesen. Auf allen Friedhöfen beläuft sich das Areal der Naturwiesen auf insgesamt 135.000 m². Es konnten bereits auf mehreren Friedhöfen erfolgreich Bienenvölker angesiedelt werden.

Der Wasser- und Energieverbrauch stellt weiterhin ein wesentliches Thema dar. Die Ausweitung von Nutzwasseranlagen wurde nach eingehender Prüfung der Möglichkeiten bereits abgeschlossen. Inzersdorf wurde als letzter Friedhof mit einer Nutzwasseranlage versorgt. Auf mehreren Friedhöfen werden intelligente Wasserzähler montiert, um frühzeitig Wasserverluste etwa durch Rohrbrüche erkennen zu können.

Die relevanten Umweltthemen (Wasser, Müll, Luft und Lärm) wurden in der Kommunikationskampagne „Gemeinsam.SORGSAAM“ aufgearbeitet, die im April 2020 auf den Friedhöfen veröffentlicht wurde. Auf Parkbänken, Mülleimern, Wasserentnahmestellen und Biosammelstellen kommen die Protagonisten Müll, Wasser und Lärm zu Wort, um alle Besucher*innen und Gewerbetreibenden auf deren aktiven Beitrag zum Umweltschutz auf den Friedhöfen hinzuweisen. Kleine Akzente, die jedoch einen großen Beitrag leisten können, werden gesetzt. So wurde in der Gärtnerei der Friedhöfe Wien auf nachfüllbare, gläserne Kerzenbecher umgestellt. Der Baum- und Grünschnitt aller 46 Friedhöfe wird der MA 48 zur Herstellung von Kompost und Rindenmulch zur Verfügung gestellt.

Garagen

Mit über 500 E-Ladestellen gestaltet Wipark schon jetzt die klimafreundliche Mobilitätswende in der Stadt Wien mit. Neue Ladestationen werden sukzessive ausgebaut und alte Ladeinfrastrukturen einem Refurbishment unterzogen. Zudem wird laufend an der Weiterentwicklung multifunktionaler Parkhäuser gearbeitet, um traditionelle und moderne Verkehrsmittel sowie Logistik-Themen an einem Ort miteinander zu bündeln. Auch der Ausbau von Fahrradabstellplätzen in den Garagen wird in Zusammenarbeit mit Kund*innen kontinuierlich evaluiert und weiter vorangetrieben. Ein weiteres wesentliches Thema ist der Bereich Energie. Mit einem intelligenten Energiemanagementsystem konnten bereits deutliche Stromeinsparungen realisiert werden. In Kooperation mit Wien Energie werden insgesamt fünf Photovoltaikanlagen betrieben. Dabei handelt es sich um Dach-PV-Anlagen an den Standorten P+R Siebenhirten sowie zwei Standorten in der Leopoldau, ein PV-Carport am Standort Neulaa und eine Fassaden-PV-Anlage am Standort Westbahnhof. Mit Begrünungsinitiativen leistet Wipark einen weiteren Beitrag zum Klima- und Umweltschutz in der Stadt Wien. Derzeit gibt es eine Fassadenbegrünung am Standort Viktoriagasse sowie ein begrüntes Garagengitter am Standort Enkplatz. Begrünungsprojekte werden zukünftig noch verstärkt auf Umsetzung geprüft und realisiert.

Wipark stellt ihren Kund*innen sicheren, qualitativ hochwertigen und zunehmend barrierefreien Parkraum zur Verfügung. Park+Ride-Einrichtungen sowie der Bau günstiger Wohnsammelgaragen in Stadtentwicklungsgebieten sorgen dafür, den Parkdruck auf Straßen zu verringern. Insbesondere die unterirdischen Parkflächen ermöglichen die Rückgewinnung des öffentlichen Raums, indem dadurch Platz für Grünflächen, Spielplätze und Fußgänger*innenzonen geschaffen wird.

3 Chancen und Risiken

3.1 Risikomanagement und Internes Kontrollsystem

3.1.1 Risikomanagementsystem

Der Wiener Stadtwerke Konzern verfolgt einen proaktiven Ansatz im Risiko- und Chancenmanagement (im Folgenden kurz Risikomanagement), um potenzielle Risiken und Chancen frühstmöglich zu identifizieren, zu bewerten und angemessen zu steuern.

Die Grundlage der konzernweit einheitlichen Risikomanagementstrategie bildet das internationale anerkannte COSO 2017-ERM. Es betont die Integration von Unternehmensstrategie und Risikomanagement, wodurch der Konzern in der Lage ist, Risiken frühzeitig zu erkennen und mit den strategischen Zielen in Einklang zu bringen.

Die Konzernrichtlinie definiert zentrale Vorgaben für das Risikomanagementsystem und etabliert damit einen konzernweiten Mindeststandard. Darüber hinaus orientieren sich einzelne Konzernunternehmen, in Abhängigkeit von den Anforderungen ihrer Geschäftstätigkeit, an spezifischen, tiefergehenden und strengeren Regelungen zum Risikomanagement. Darunter fallen einerseits Regelungen, die ihren Ursprung im Bankensektor haben, andererseits Vorgaben, die sich aus den nach ISO-Systematik betriebenen Managementsystemen ableiten.

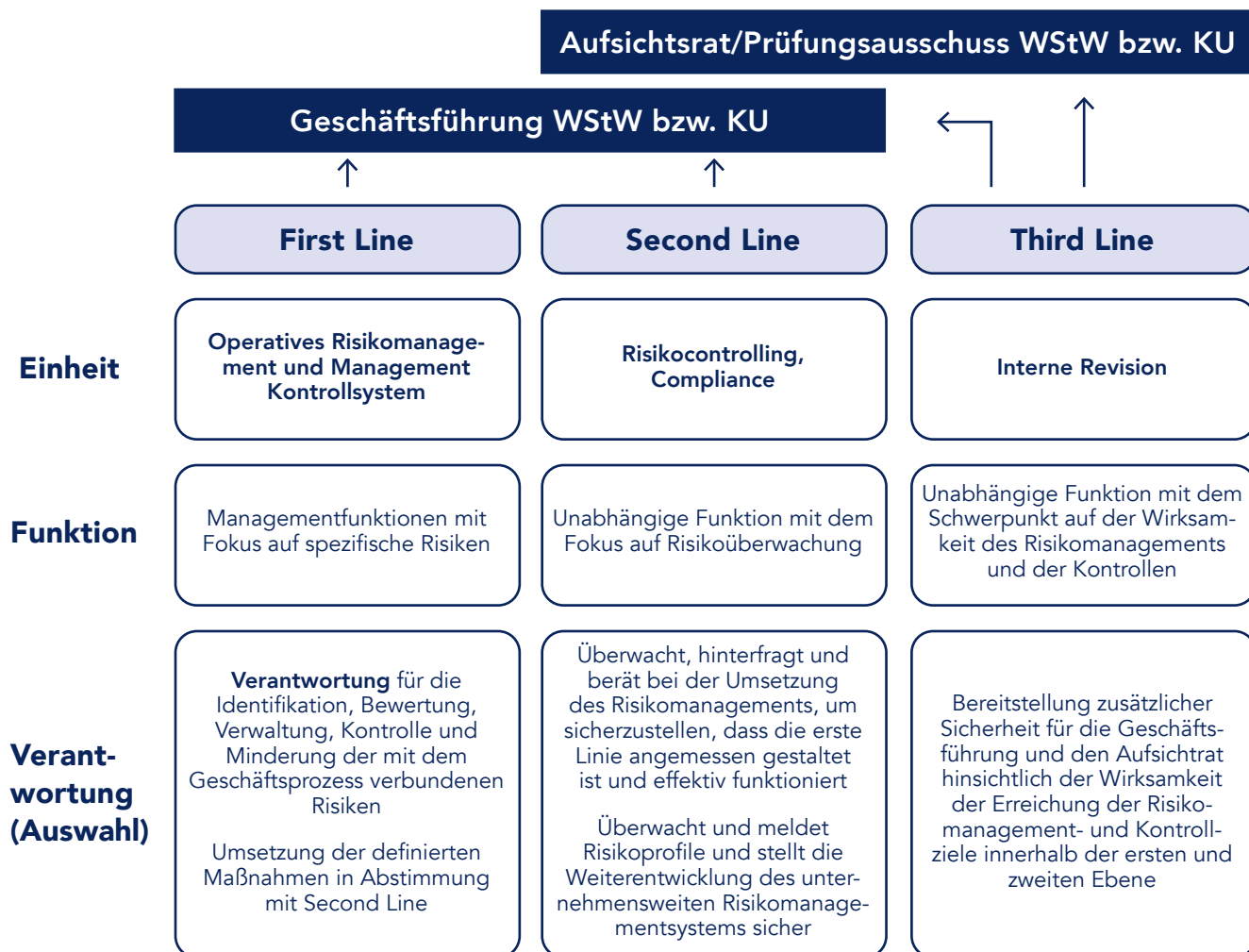
Das Ziel des Risikomanagements des Wiener Stadtwerke Konzerns besteht darin, bestandsgefährdende Entwicklungen frühzeitig und systematisch zu identifizieren. Gleichzeitig sollen unternehmensgefährdende Risiken gezielt gesteuert werden, um den langfristigen Unternehmenserfolg zu sichern und die Erreichung der strategischen Ziele zu gewährleisten. Durch die systematische Analyse potenzieller Risiken können die Wiener Stadtwerke nicht nur mögliche negative Wirkungen auf ihre Finanzen, ihre Reputation und

ihre operativen Abläufe erkennen und steuern, sondern auch Chancen nutzen, um nachhaltiges Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Das Risikomanagement schafft somit einen Rahmen, der es Konzernunternehmen ermöglicht, flexibel auf dynamische Marktbedingungen zu reagieren, ihre Entscheidungsfindung zu verbessern und das Vertrauen von Stakeholder*innen zu stärken.

In diesem Zusammenhang gibt es ein konzernweit einheitliches, mehrdimensionales Risikotragfähigkeitskonzept, welches eine ganzheitliche Perspektive auf das finanzielle Risikoprofil jedes Konzernunternehmens und den gesamten Konzern bietet. Durch die Berücksichtigung verschiedener Dimensionen (Kapitalausstattung, Liquidität und Erfolgskennzahlen) können die Entscheidungsträger*innen eine umfassendere Einsicht in ihre Risikotragfähigkeit gewinnen und fundiertere Entscheidungen über die Optimierung des finanziellen Risikoprofils ihrer Unternehmen treffen. Die Risikotragfähigkeit definiert das maximale Risikoausmaß, welches der Wiener Stadtwerke Konzern in einem Zeitraum ohne Gefährdung des Fortbestands tragen kann. Das erfordert sowohl die Ermittlung und Bewertung der Gesamtrisikoposition als auch die Gegenüberstellung des Gesamtrisikos mit den zur Risikodeckung zur Verfügung stehenden betriebswirtschaftlichen Mitteln. Ein solcher Ansatz schafft die Grundlage, sowohl auf aktuelle als auch auf potenzielle zukünftige Risiken vorbereitet zu sein, und stellt sicher, dass die Risikotragfähigkeit im Einklang mit den übergeordneten Geschäftszielen bleibt. Der Ansatz fördert eine proaktive Haltung im Umgang mit Risiken und Chancen und unterstützt die Konzerngesellschaften dabei, langfristige Stabilität und Resilienz zu gewährleisten.

Angesichts der aktuellen globalen und regulatorischen Entwicklungen gewinnt dieser Ansatz zunehmend an Bedeutung, was sich deutlich in den Anforderungen und Erwartungen widerspiegelt. In diesem Zusammenhang haben die Wiener Stadtwerke ihr Risikoprofil im vergangenen

Three-Lines-of-Defense-Modell



Jahr um Aspekte im Bereich Environmental, Social und Governance ergänzt und werden diese Arbeiten auch im Jahr 2025 fortsetzen.

Das Risikomanagementsystem des Wiener Stadtwerke Konzerns folgt dem Ansatz des Three-Lines-of-Defense-Modells.

Die erste Verteidigungslinie umfasst die operativen Einheiten, die für die Identifikation, Bewertung und Steuerung von Risiken verantwortlich sind. Die zweite Verteidigungslinie umfasst Funktionen und Abteilungen, die für die Entwicklung, Implementierung und Überwachung von risikorelevanten

ten Aktivitäten und Kontrollen verantwortlich sind. Die dritte Verteidigungslinie bildet die interne Revision und diese fungiert als unabhängige Kontrollinstanz, für die Effektivität der ersten beiden Linien.

Die konzernweite Richtlinie zum Risikomanagementsystem des Wiener Stadtwerke Konzerns beschreibt neben den regulatorischen Rahmenbedingungen auch die Risikokultur, die Ziele sowie die Rollen und Verantwortlichkeiten, das Three-Lines-of-Defense-Modell, die Behandlung, die Dokumentation und Kommunikation identifizierter Risiken sowie die Festlegung der Schwellenwerte zur Risikobewertung in Bezug auf Schadensausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit.

Risikoidentifizierung und -bewertung: Risiken und Chancen werden als potenzielle Abweichungen auf festgelegte Ziele und Planwerte definiert und anhand ihrer Auswirkungen auf diverse finanzielle Kennzahlen bewertet. Die Bewertung erfolgt durch Erfahrungswerte, Expert*innen-Know-how und Risikoanalysen, welche möglichst realistische Szenarien abbilden. Für jedes identifizierte Risiko werden die Verantwortlichkeiten für die Bewertung, Steuerung und Überwachung festgelegt. Im Zuge der Analyse und Bewertung werden die Risiken in Szenarien beschrieben. Anschließend werden sie so weit wie möglich gemäß den Dimensionen Auswirkung und Eintrittswahrscheinlichkeit quantifiziert, nicht quantifizierbare Risiken werden als qualitative Risiken geführt. Sowohl quantitative als auch qualitative Risiken samt der Bewertung, Aggregation von Risikoarten und -kategorien werden in einem eigenen Workflow-orientierten Risikomanagementtool mit integrierten statistischen Methoden dokumentiert.

Risikoreporting: Die allgemeinen Vorgaben des Risikomanagements werden in einem Risikogremium diskutiert und beschlossen. Das Risikogremium setzt sich aus den Risikocontroller*innen aus Konzernleitung und Konzernunternehmen zusammen. Die laufende Erhebung, Erfassung und Bewertung der Risiken der Konzernunternehmen bilden die Basis für die regelmäßige interne Risikoberichterstattung. Die Ergebnisse der konzernweiten Risikoaggregation fließen in die Risikoberichterstattung ein, diese erfolgt im Zuge der Finanzberichterstattung des Controllings (integriertes Reporting). Im Zuge der Wirtschafts- und Mehrjahresplanung wird jährlich eine Risiko- und Chancenrückschau anhand eines Plan/Ist-Vergleichs durchgeführt. Die ursprünglichen Risiko- und Chanceneinschätzungen des vergangenen Jahres, die auch der Unternehmensplanung zugrunde gelegt wurden, werden den tatsächlich eingetretenen Werten gegenübergestellt. Die daraus abgeleiteten Erkenntnisse fließen in die Anpassung des Risikokatalogs an neue Gegebenheiten ein. Der aktualisierte Risikokatalog stellt eine Grundlage für die Unternehmensplanung dar.

Die Diskussion und Abstimmung der wichtigsten Chancen und Risiken ist Bestandteil der jährlichen Wirtschaftsplanklausur jedes Konzernunternehmens. Ziel ist es, im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung zu erkennen, welche Chancen und Risiken in den nächsten Jahren zu erwarten sind, um sie in der Unternehmensplanung entsprechend zu berücksichtigen. Daraus werden Maßnahmen abgeleitet und das Monitoring in den entsprechenden Planpositionen verstärkt. Des Weiteren berichten die Risikocontroller*innen der Konzern-

unternehmen laufend und direkt an die Geschäftsführung sowie an das Konzernrisikocontrolling, welches wiederum an die Geschäftsführung der WIENER STADTWERKE GmbH berichtet. Zum Status des Risikomanagements wird der Aufsichtsrat regelmäßig informiert.

Gestaltung der Risikomaßnahmen: Die Risikosteuerung erfolgt durch geeignete Maßnahmen und Kontrollen, um Risiken auf ein akzeptables Niveau zu reduzieren. Dies geschieht durch verschiedene Steuerungsansätze – Vermeiden, Reduzieren, Übertragung auf Dritte – einzeln oder kombiniert. Die Unternehmensbereiche prüfen dafür mittels Kosten-Nutzen-Analysen die infrage kommenden Maßnahmen und Kontrollen und implementieren diese. Die Maßnahmen werden im Zuge der quartalsweisen Analyse überwacht und gegebenenfalls an die neue Risikosituation angepasst. Nicht durch die anderen Steuerungsansätze behandelbare Risiken bzw. darüber hinaus verbleibende Restrisiken werden bewusst abgewogen.

Risikoüberwachung und -kontrolle: Die laufende Erhebung, Erfassung und Bewertung der Risiken der Konzernunternehmen bildet die Basis für die regelmäßige Risikoberichterstattung. Ergänzend wird die Konzeption, die Angemessenheit und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems der Konzernunternehmen und des Konzerns regelmäßig evaluiert, überwacht und kontrolliert. Die Einhaltung aller für den Konzern maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften wird überwacht und kontrolliert. Die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung ist sichergestellt. Der Rechnungslegungsprozess der Wiener Stadtwerke ist durch konzernweite Richtlinien und Vorgaben geregelt.

Verantwortlich für die Einhaltung des dargestellten Risikomanagementprozesses sind die in jedem Konzernunternehmen etablierten Risikocontroller*innen.

3.1.2 Internes Kontrollsystem (IKS)

Das interne Kontrollsystem (IKS) innerhalb der Wiener Stadtwerke Gruppe umfasst die Gesamtheit aller prozessbezogenen Überwachungsmaßnahmen in den Organisationen. Es basiert auf einer systematischen und dokumentierten Erfassung der Ablauforganisation mit Prozessen, der Identifizierung und Bewertung von festgestellten Prozessrisiken, der Definition von kompensierenden Maßnahmen und der Durchführung von Kontrollen auf Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit.

Das IKS ist in der Wiener Stadtwerke Gruppe dezentral in den Konzernunternehmen organisiert und liegt im Verantwortungsbereich der Geschäftsführungen der jeweiligen Gesellschaft.

Eine Konzernrichtlinie legt den Mindeststandard für das IKS fest, um ein einheitliches Verständnis zu den Rollen und Verantwortlichkeiten im IKS zu schaffen und den IKS-Regelablauf zu definieren.

Der IKS-Regelablauf sieht vor, dass die Geschäftsführungen der Konzernunternehmen sicherstellen, dass eine nachvollziehbare Dokumentation über die durchgeführten Kontrollen vorliegt und das IKS somit wirksam und funktionsfähig ist.

Durch eine verpflichtende, periodische Berichterstattung an die Geschäftsführungen und den Aufsichtsrat/Prüfungsausschuss ist ein entsprechend den Vorgaben durchgeführtes IKS gewährleistet.

3.1.3 Steuerkontrollsystem (SKS)

Zusätzlich zum internen Kontrollsystem wurde im Jahr 2021 das Steuerkontrollsystem implementiert. Das Steuerkontrollsystem (SKS) umfasst die Summe aller Maßnahmen (Prozesse und Prozessschritte), die gewährleisten, dass die Besteuerungsgrundlagen für die jeweilige Abgabenart in der richtigen Höhe ausgewiesen und die darauf entfallenden Steuern termingerecht und in der richtigen Höhe abgeführt werden.

Der Aufbau und Inhalt des Steuerkontrollsystems richtet sich nach den Bestimmungen der SKS-Prüfungsverordnung und den Vorgaben des Fachgutachtens der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer über die „Erstellung eines Gutachtens zum Steuerkontrollsystem gemäß §§ 153b Abs 4 Z 4 und 153f Abs 5 BAO“ in der jeweils gültigen Fassung. Das Steuerkontrollsystem erfolgt nach konzerneinheitlichen Vorgaben, welche in einer Konzernrichtlinie definiert sind.

Das Steuerkontrollsystem wird alle drei Jahre von einem externen Gutachter überprüft. Die letztmalige Überprüfung fand 2024 statt.

Das Steuerkontrollsystem trägt dazu bei, finanzielle Risiken, finanzstrafrechtliche Risiken, Reputationsrisiken und Geschäftsrisiken des Konzerns zu reduzieren.

3.2 Erläuterung der wesentlichen Einzelrisiken

Die Risikolandschaft der Wiener Stadtwerke gliedert sich in neun Risikogruppen, wobei die wesentlichsten Risiken in den einzelnen Risikogruppen folgende sind:

Strategie und Markt

Der Wiener Stadtwerke Konzern operiert im Kontext politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen. Diese können sich jederzeit kurzfristig ändern und die getroffenen strategischen Entscheidungen in einen neuen Kontext bzw. den verfolgten strategischen Unternehmenskurs infrage stellen. Dies könnte unerwartete Kosten nach sich ziehen, ungeplante Projektstopps oder -verschiebungen erforderlich machen und das Unternehmen mit neuen strategischen Herausforderungen konfrontieren, die es zu bewältigen gilt.

Um diesen Risiken zu begegnen, betreibt der Wiener Stadtwerke Konzern eine laufende Umfeldanalyse, zusätzlich stehen die Konzernleitung sowie die Konzernunternehmen in einem regelmäßigen Austausch mit den politischen Verantwortungsträgern und regulatorischen Einrichtungen. Auf diese Weise erhält der Wiener Stadtwerke Konzern einen umfassenden Überblick auch über sich anbahnende bzw. potenzielle Veränderungen und kann sich durch die Ableitung entsprechender Risikoszenarien vorbereiten.

Absatz und Performance

Der Wiener Stadtwerke Konzern deckt verschiedene Geschäftsfelder ab. Die Preis- und Wettbewerbsrisiken sind insbesondere in den Bereichen Energie und Mobilität vertreten. Eine Verschärfung der Wettbewerbssituation in diesen Kernsegmenten, aber auch in anderen Geschäftsfeldern, könnte jedoch zu einem erheblichen Anstieg des Leistungs- und Preisdrucks führen und die Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Stadtwerke vor neue Herausforderungen stellen.

Der Wiener Stadtwerke Konzern begegnet vertriebsseitig diesen Risiken durch die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen, durch eine aktive und kund*innenorientierte Verkaufspolitik sowie durch das Eingehen von Kooperationen. Im Einkauf werden mitunter Diversifikationsstrategien umgesetzt, um so den Ausfall von Lieferant*innen kompensieren zu können und darüber hinaus Preisvorteile zu nutzen. Im Rahmen der Beschaffung setzt sich der Konzern

eingehend mit Preisschwankungen von zentral relevanten Ressourcen wie Strom, Gas und CO₂ auseinander. Im Sinne eines professionellen Risikomanagements begegnet der Wiener Stadtwerke Konzern diesen Preisrisiken durch Absicherungsgeschäfte, etwa über den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten.

Finanzmarktrisiken

In dieser Risikoklasse werden insbesondere Risiken der kurz- und langfristigen Finanzveranlagung gemanagt. Im Fokus steht die finanzwirtschaftliche Stabilität inklusive der Sicherung der Liquidität des Konzerns.

Für die effiziente Steuerung der kurzfristigen Liquidität nutzt der Konzern ein konzernweites Cashpooling. Dies gewährleistet, dass der kurzfristige Finanzbedarf innerhalb des Konzerns jederzeit zuverlässig gedeckt wird. Die langfristige Finanzveranlagung erfolgt konservativ und ist an den Regelungen für Pensionskassen ausgerichtet. Die dafür erforderlichen Veranlagungen werden durch eine separate Asset-Management-Einheit betreut, die zentral in der Konzernleitung verortet ist. Ein institutionalisierter Austausch mit der Geschäftsführung im Beisein des Risikomanagements findet monatlich statt.

Der zugrunde liegende Geschäftsprozess der Finanzveranlagung wird jährlich einer externen Revision durch einen Wirtschaftsprüfer unterzogen. Entsprechende Risikokennzahlen werden regelmäßig gemessen. Vorsorglich gesetzte Limits stellen sicher, dass im Bedarfsfall rechtzeitig gegengesteuert werden kann. Das Ausfallsrisiko von Banken, das sich aus deren Rating ergibt, wird durch eine Limit gesteuerte Diversifizierung begrenzt.

Die Beteiligungsrisiken umfassen sämtliche Risiken, die sich aus dem Halten von Beteiligungen ergeben. Dazu zählen beispielsweise das Risiko unerwartet geringer Dividenden oder potenzielle Abwertungen von Beteiligungen. Zur Begrenzung dieser Risiken unterliegen alle Beteiligungen einem kontinuierlichen Monitoring. Bei Anzeichen unerwarteter Entwicklungen tritt das Konzernmanagement in einen direkten Dialog mit den jeweiligen Beteiligungen.

Anlagevermögen und Investitionen

Der Konzern verfügt über umfassende und teils komplexe Betriebsanlagen, deren Funktionsfähigkeit durch verschiedene Umstände in variierendem Ausmaß beeinträchtigt werden kann. Die außerordentlich hohe Zuverlässigkeit der technischen Infrastruktur stellt für die Wiener Stadtwerke einen wesentlichen und kritischen Erfolgsfaktor dar. Aus diesem Grund nimmt dieses Thema im Rahmen des Risikomanagements eine zentrale Rolle ein.

Zur Minimierung der Risiken setzen der Konzern und die einzelnen Unternehmen regelmäßige Instandhaltungs- und Investitionsprogramme um. Im Betriebsalltag wird auf die Einhaltung sehr hoher technischer Standards und exakt geregelter Wartungs- und Qualitätskontrollen geachtet. In kritischen Leistungsbereichen hält der Konzern technische Redundanzen vor. Die mit der Anlagen- und Betriebssicherheit in Verbindung stehenden Risiken sind zudem durch entsprechende Versicherungsverträge abgesichert.

Personal und Soziales

Mit der demografischen Entwicklung wird der Faktor Personal zunehmend zu einer kritischen Erfolgsgröße. Der wachsende Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt könnte dazu führen, dass die Wiener Stadtwerke den stetig steigenden Fachkräftebedarf nicht oder nur teilweise decken können. Das Thema Employer Branding wird daher auch seitens der Wiener Stadtwerke verstärkt forciert.

Als verantwortungsvoller Arbeitgeber legen die Wiener Stadtwerke auf das Monitoring der Personalrisiken ein besonderes Augenmerk. Zu den Konzepten zur Begrenzung der Risiken zählt ein konzernweit implementiertes Mitarbeiter*innen-Entwicklungskonzept (IME), mit dem sich verschiedene Maßnahmen verbinden, wie z. B. das Mitarbeiter*innen-Orientierungsgespräch (MOG), um Mitarbeiter*innen bestmöglich weiterzuentwickeln und eine hohe Mitarbeiter*innenzufriedenheit sicherzustellen.

IT und Digitalisierung

Der reibungslose Ablauf der Geschäftsprozesse im Konzern hängt unmittelbar von der zuverlässigen Arbeit der IT-Systeme ab. Der Ausfall der Systeme, ganz oder in Teilen, könnte zu empfindlichen Beeinträchtigungen in den Betriebsabläufen führen.

Zur technischen Sicherung der Abläufe und zuverlässigen Unterstützung der Geschäftsprozesse gibt es im Konzern eine eigene, sehr leistungsfähige IT-Einheit. Diese sichert über ein differenziertes IT-Management die hohe Verfügbarkeit der IT-Systeme ab. Dazu zählt u. a. ein Ausweichrechenzentrum, das bei einem möglichen Ausfall von IT-Systemen ohne Verzug die erforderlichen Aufgaben übernehmen kann.

Corporate Governance und Compliance

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit ergeben sich für den Konzern verschiedene rechtliche Risiken. Diese können zu juristischen Auseinandersetzungen führen, die den Konzern wirtschaftlich, operativ und auch in Bezug auf die Reputation schädigen können.

Die Rechtsabteilungen des Konzerns sind mit ausgewiesenen Expert*innen besetzt, die sich laufend mit den wesentlichen rechtlichen Themen des Konzerns, der Branche und der Märkte auseinandersetzen. Sie entwickeln auch entsprechende Konzepte zur Begegnung der identifizierten Risiken.

Als Konzern, der sich der gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist, gewährleisten die Datenschutzbeauftragten der Konzernunternehmen in Abstimmung mit allen relevanten Bereichen, dass Datenschutzverletzungen konsequent vermieden werden, indem die Verarbeitung personenbezogener Daten ausschließlich gemäß den Regelungen der DSGVO und den lokal anwendbaren Gesetzen erfolgt.

Gefahren und Hazard – Security

Die globalen Herausforderungen im Sicherheitsbereich wachsen stetig. Geopolitische Konflikte, Terrorgefahren, Cyberangriffe und die Sicherstellung der Versorgungssicherheit stehen zunehmend im Fokus. Angesichts dieser Bedrohungen gewinnt ein ganzheitlicher Sicherheitsansatz entscheidende Bedeutung. Ab 2025 wird die Wiener Stadtwerke Gruppe mit der Einführung eines konzernweiten Security-Risikomanagementsystems einen wegweisenden Schritt setzen, um diesen Herausforderungen systematisch und strategisch zu begegnen.

Das Ziel dieses Projekts ist es, sämtliche Sicherheitsrisiken nach dem All-Gefahren-Ansatz zu identifizieren, zu bewerten und zu priorisieren. Ein solcher Ansatz ermöglicht es, Bedrohungen nicht nur zu minimieren, sondern auch frühzei-

tig zu erkennen und gezielt Maßnahmen zu ergreifen. Die Einführung des Systems schafft eine einheitliche Basis für die Risikosteuerung, stärkt die Koordination zwischen den Konzernunternehmen und sorgt für eine transparente Entscheidungsgrundlage.

Regulatorische und normative Anforderungen, die eine risikobasierte Sicherheitsstrategie fordern, werden durch dieses System umfassend erfüllt. Dies führt zu einer deutlichen Verbesserung der Resilienz unserer kritischen Infrastrukturen und erhöht die Effizienz bei der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben. Gleichzeitig bietet es eine solide Grundlage für Audits und die fortlaufende Optimierung der Sicherheitsmaßnahmen.

Die Einführung des konzernweiten Security-Risikomanagements eröffnet der Wiener Stadtwerke Gruppe nicht nur neue Chancen in der Sicherheitsorganisation, sondern stärkt auch das Vertrauen der internen und externen Stakeholder*innen. Es unterstreicht die Fähigkeit, den gesellschaftlichen Auftrag der Daseinsvorsorge in einer zunehmend komplexen Bedrohungslandschaft nachhaltig zu erfüllen.

Mit der Einführung eines konzernweiten Security-Risikomanagementsystems im Jahr 2025 setzt die Wiener Stadtwerke Gruppe ein starkes Signal für die zukünftige Sicherheitsstrategie des Konzerns. Dieses strategische Projekt adressiert die Herausforderungen einer sich dynamisch verändernden Bedrohungslandschaft und ist ein wesentlicher Bestandteil der langfristigen Sicherheitsplanung.

Die Grundlage des Systems bildet ein integrierter, risikobasierter Ansatz, der auf modernsten Technologien, internationalen Best Practices und den Erkenntnissen aktueller Sicherheitsforschung basiert. Durch diesen Ansatz wird es möglich, Sicherheitsrisiken präzise zu bewerten, systematisch zu priorisieren und nachhaltig zu reduzieren. Das neue System wird konzernübergreifend implementiert und fördert eine einheitliche Sicherheitskultur, die alle Unternehmen der Wiener Stadtwerke Gruppe umfasst.

Ein zentrales Element des Projekts ist die Erfüllung der stetig wachsenden regulatorischen Anforderungen im Bereich der Sicherheits- und Risikosteuerung. Dies betrifft sowohl nationale als auch europäische Normen, die zunehmend auf proaktive Risikoprävention und umfassende Sicherheitsmanagementsysteme setzen. Neben der Sicherstellung der Compliance trägt das neue System wesentlich dazu bei, die Resilienz der Wiener Stadtwerke zu steigern und die kritischen Infrastrukturen wirksam zu schützen.

Darüber hinaus bietet die Einführung des Systems eine Vielzahl an Chancen: Die optimierte Abstimmung und Kooperation zwischen den einzelnen Konzernunternehmen ermöglicht Synergien, die nicht nur die Sicherheitsorganisation effizienter machen, sondern auch das gesamte Risikomanagement auf ein neues Niveau heben. Es stärkt die Innovationskraft des Konzerns und positioniert die Wiener Stadtwerke als Vorreiter im Bereich moderner Sicherheitslösungen.

Dieses Projekt verdeutlicht das langfristige Engagement der Wiener Stadtwerke, als verlässlicher Partner für die Sicherheit und Versorgungssicherheit in Wien zu agieren. Es zeigt, dass die Wiener Stadtwerke in der Lage sind, sich an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen und gleichzeitig einen positiven gesellschaftlichen Beitrag zu leisten.

Gesamtbild: Keine bestandsgefährdenden Risiken bei Wiener Stadtwerken

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 sind für die Konzernleitung, basierend auf den Ergebnissen einer Risikotragfähigkeitsanalyse der Konzernunternehmen, keine Risiken ersichtlich, die entweder isoliert oder in Kombination mit anderen Risiken bestandsgefährdende Auswirkungen auf die Eigenkapitalquote haben könnten.

3.3 Chancen

3.3.1 Chancenmanagement

Der Wiener Stadtwerke Konzern hat einen klaren gesellschaftlichen Auftrag: Seine vorrangige Aufgabe und damit auch sein höchstes Interesse ist die sichere Erfüllung des Versorgungsauftrags gegenüber den Bürger*innen der Stadt Wien und des regionalen Umfelds.

Unabhängig davon ist der Konzern bestrebt, seine unternehmerischen Möglichkeiten im Sinne der Bürger*innen zu nutzen. Auf diese Weise sichert der Konzern seine wirtschaftliche Stabilität und erhöht seinen Handlungsspielraum für die Umsetzung von Konzepten, welche die Lebensqualität der Menschen in der Metropolregion erhöhen und die Erreichung der Klimaneutralität bis 2040 vorantreiben.

3.3.2 Erläuterung der Chancen

Chancen im Bereich Energie

Der Energiesektor steht durch technologische Entwicklungen (z. B. Nutzung von grünem Wasserstoff, Energiespeicherlösungen, Dezentralisierung, Kohlenstoffabscheidung), regulatorische (z. B. novelliertes EU-Marktdesign, Verschärfung des europäischen Emissionshandels) und politische Reformen (u. a. russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine, kriegsrische Auseinandersetzungen im Nahen Osten, zunehmender Protektionismus) noch immer vor starken Veränderungen. Um in diesem sich wandelnden Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, strebt Wien Energie an, durch den Ausbau der eigenen Wettbewerbsvorteile ihre Position in lohnenden Marktsegmenten zu stärken und ihre Position als Partnerin für die Gestaltung der Wärme- und Mobilitätswende in Wien auszubauen. Um die Wettbewerbsvorteile von Wien Energie robust zu gestalten, bedarf es einer Besinnung

auf die eigenen Fähigkeiten und die Investition in Partnerschaften, falls wichtige Wertschöpfungsstufen nicht selbst bespielt werden können. Insbesondere für die Umsetzung der Dekarbonisierung hat Wien Energie dies als Chance erkannt und z. B. das Joint Venture „Venergi“ mit Ramboll oder auch das Joint Venture „deep“ mit OMV gegründet. Den wandelnden Kund*innenbedürfnissen begegnet Wien Energie durch kontinuierliche Marktforschungsstudien und die stetige Anpassung der Produkte und Lösungen, beispielsweise durch die Einführung eines zeitvariablen Stromtarifs im Jahr 2024. Weiters operationalisiert Wien Energie die konzipierte Strategie zur Wärmewende und investiert weiter in innovative Quartierslösungen, während die Fernwärme konsequent, u. a. durch Geothermie, das Nutzbarmachen von Abwärme und Kohlenstoffabscheidung auf Müllverbrennungsanlagen, dekarbonisiert wird. Dem steigenden Bedarf an grünem Strom begegnet das Unternehmen mit dem Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung im In- und Ausland. Die Dekarbonisierung im Verkehrssektor wird durch den Ausbau der Ladeinfrastruktur für elektrische Fahrzeuge und den Aufbau von Wasserstofftankstellen, u. a. für Busse und Schwerlastverkehr, unterstützt. Die Erzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung soll durch die stufenweise Beimischung von grünen Gasen als Ersatz für Erdgas weiter in Richtung Klimaneutralität geführt werden. Die zunehmende Volatilität am Strommarkt adressiert Wien Energie durch eine Flexibilitätsstrategie, welche klare Schwerpunkte setzt, insbesondere in der Sektorkopplung zwischen Wärme und Strom. Zudem wird Wien Energie die Potenziale der Kreislaufwirtschaft gewinnbringend nutzen, insbesondere in den Bereichen Kohlenstoffabscheidung und Phosphorrecycling sowie durch die kreislauffähige Beschaffung und die Verlängerung der Lebensdauer von Erneuerbaren-Anlagen. Um weitere Chancen aus dem volatilen Umfeld identifizieren zu können, hat Wien Energie ein strategisches Zukunftsbild mit mehreren Szenarien erarbeitet. Entlang dieser Szenarien wurden robuste, in jedem Szenario wahrscheinlich eintretende Chancen abgeleitet.

Chancen im Bereich Mobilität

Das Mobilitätsbedürfnis der Menschen steigt. Damit einher geht ein wachsendes Aufkommen im motorisierten Privatverkehr, mit der Konsequenz, dass das Verkehrsaufkommen auf den Straßen zu Überlastungen führt. Damit steigt die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs weiter an.

Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung des österreichweiten Klimatickets, erwirken eine signifikante Attraktivierung des ÖPNV. Um die gestiegene Nachfrage befriedigen zu können, sind Investitionen beispielsweise in das neue Linienkreuz U2xU5, in Straßenbahnverlängerungen sowie in den Ausbau von Wien Mobil erforderlich.

Mit dem derzeitigen Regierungsübereinkommen stellte die Stadt Wien ihre „Smart Klima City Strategie Wien“ vor, welche auch die Mobilität beinhaltet und die Wiener Linien als zentralen Faktor bei der Umsetzung positioniert. Damit eröffnen sich Chancen für neue innovative Geschäftsmodelle (u. a. Datenmanagement und City Logistik als Lösung für das „Last Mile“-Problem). Damit die ambitionierten Modal-Split-Ziele für den Umweltverbund erreicht werden, setzen die Wiener Linien neben dem Netzausbau und der verlässlichen Erbringung auch auf eine qualitative Verbesserung des Mobilitätsangebots und Stakeholder*innenmanagement zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs.

Die Wiener Lokalbahnen setzen auf die Schaffung von höheren Kapazitäten bei der Badner Bahn durch die geplanten Takterhöhungen und den Einsatz von neuen und komfortableren Triebwagen. Die Wiener Lokalbahnen steuern auch den Weg zu einer allumfassenden Mobilitätsdienstleisterin an. Dies geschieht durch einen Aufbau von On-Demand-Dienstleistungen und der dazugehörigen Software.

4 Ausblick

4.1 Allgemein

Der Wiener Stadtwerke Konzern ist weiterhin mit den veränderten Rahmenbedingungen am europäischen Energiemarkt konfrontiert. Im Vordergrund stehen stark schwankende Gas- und Energiepreise und die Notwendigkeit des raschen Umbaus der Energiesysteme. Das erklärte Ziel ist die Schaffung der Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen und der Aufbau eines klimaneutralen Energiesystems für den Großraum Wien, allen voran der schrittweise Ausstieg aus Gas. Der Wiener Stadtwerke Konzern ist der wesentliche Umsetzer, um Wien bis 2040 klimaneutral zu gestalten. Für den dafür erforderlichen Weg hat der Konzern eine klare Unternehmensstrategie formuliert, die sich den drei großen Sektoren Strom, Wärme und Mobilität widmet. Aufgrund der schwierigen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird der Wiener Stadtwerke Konzern seine Bemühungen betreffend Effizienzsteigerungen fortführen, um eine starke finanzielle Basis für zukünftige Herausforderungen gewährleisten zu können. Zudem baut der Konzern seinen Servicecharakter weiter aus und setzt verstärkt auf Digitalisierung. Durch klare Priorisierung der Vorhaben sollen wichtige Wachstums-, Innovations- und Klimaschutzprojekte vorangetrieben werden.

Gleichzeitig widmet sich der Wiener Stadtwerke Konzern in den nächsten Jahren vermehrt dem Fachkräftemangel. Rund ein Drittel der Mitarbeiter*innen wird in den nächsten zehn Jahren die Pension antreten. Gleichzeitig stehen entsprechende Fachkräfte – allen voran im Bereich IT sowie im öffentlichen Personennahverkehr – auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr in dem gewohnten Ausmaß zur Verfügung. Im Vordergrund steht hier die Profilierung der Arbeitgebermarke sowie die direkte Ansprache und Rekrutierung fehlender Fachkräfte.

4.2 Zentrale Projekte

Wesentlich hier zu erwähnende Initiativen auf Konzernebene sind folgende:

Mit Wasserstoff in die Zukunft

Das im Jahr 2020 initiierte Pilotprojekt Wasserstoff wird erfolgreich fortgeführt. Der Wiener Stadtwerke Konzern bietet in puncto Wasserstoff alles aus einer Hand: Wien Energie hat die erste Elektrolyseanlage für Wasserstoff fertiggestellt. Im Kraftwerk Donaustadt findet aktuell ein Betriebsversuch statt, bei dem der umgerüsteten Gasturbine bis zu 15% Wasserstoff beigemischt wird. Die Wiener Linien setzen Wasserstoffbusse testweise auf verschiedenen Linien ein. Somit deckt der Konzern entlang der Wertschöpfungskette alle Prozesse ab und hat bereits wesentliche Schritte gesetzt, um auf diesem Gebiet Vorreiter in Österreich zu werden.

Mit Erdwärme heizen

Die grüne Zukunft findet unter der Erde statt. Hierzu bedient sich Wien Energie Thermalwasservorkommen in über drei Kilometern Tiefe. Den Auftakt zur Geothermie-Offensive macht die Anlage in Aspern, die bereits 2026 ans Netz gehen und rund 20.000 Haushalte mit grüner Erdwärme beheizen soll. Das Thermalwasservorkommen unter der Stadt Wien verfügt über eine Größe, um bis zu 125.000 Wiener Haushalte bis zum Jahr 2030 mit Fernwärme aus Tiefengeothermie versorgen zu können.

SAP S/4HANA

Die Wiener Stadtwerke stellen bis 2027 ihr SAP-System auf neue Beine. Der Konzern macht sich damit zukunftsfit und beschleunigt Organisationsprozesse. Ziel ist es, die Umstellung aller bisherigen SAP ERP-Applikationen auf die neue Datenbank- und Applikationstechnologie S/4HANA konzernweit bestmöglich zu koordinieren und umzusetzen. Im

Oktober 2023 gingen als erstes Unternehmen der Wiener Stadtwerke Gruppe die Wiener Lokalbahnen mit dem neuen System live. Im Jänner 2024 folgten die Konzernleitung und WienIT, Wipark, die Bestattung Wien sowie die Friedhöfe Wien machten den sogenannten Servicecluster im Mai 2024 komplett. Anfang 2025 folgten die Wiener Linien. 2023 wurde außerdem die immOH! ins Programm aufgenommen – sie wird, so wie auch Wien Energie, voraussichtlich 2026 auf S/4HANA umsteigen. Für die Wiener Netze wird derzeit ein neuer Umstellungszeitplan ausgearbeitet.

4.3 Entwicklung in den Konzernbereichen

Die wichtigsten Vorhaben und Ziele der einzelnen Bereiche werden nachstehend erörtert.

Energie

2025 steht für die Energiewirtschaft erneut im Zeichen hoher Volatilität. Das Jahr wird von geopolitischen Spannungen, wirtschaftlichen Herausforderungen, aber auch regulatorischen Neuerungen und technologischen Fortschritten geprägt sein. Trotz einer sich leicht stabilisierenden wirtschaftlichen Lage bleibt es notwendig, flexibel und innovativ zu handeln. Wien Energie wird sich in diesem Kontext weiterhin auf Investitionen in erneuerbare Energien und die digitale Transformation sowie zusätzlich auf die Nutzung von Flexibilitäten im breiten Anlagenportfolio konzentrieren.

Das WIFO prognostiziert, dass die Inflation 2025 weiter auf 2,3% sinken wird, wodurch sich der private Konsum allmählich beleben könnte. Dennoch wird nur ein moderates Wirtschaftswachstum von 0,6% erwartet, bedingt durch die anhaltende strukturelle Schwäche der Industrie. Die Staatsverschuldung steigt 2025 voraussichtlich auf 83%. In den kommenden Jahren drohen daher erhebliche Einsparungen an öffentlichen Ausgaben. Unter einer neuen Bundesregierung könnten insbesondere Förderungen für den Umwelt- und Klimaschutz und somit auch die unternehmerische Tätigkeit von Wien Energie hinterfragt werden. Damit die Wärmewende gelingt und neue Geschäftsfelder verwirklicht werden können, sind Förderungen mitentscheidend.

Die Weltwirtschaft entwickelt sich weiterhin heterogen. Während Spaniens BIP 2024 beispielsweise expandierte, sank Deutschlands Wirtschaftsleistung aufgrund der schwächelnden Industrie ein zweites Jahr in Folge. In den USA trug ein starkes Wirtschaftswachstum zur Vergrößerung der BIP-Lücke gegenüber der EU bei, was größtenteils auf ein höheres Produktivitätswachstum im IT-Sektor und, laut Mario Draghis Bericht zur EU-Wettbewerbsfähigkeit, auf höhere Ausgaben für Forschung und Innovation zurückgeht. Chinas Wachstum fiel 2024 schwächer aus als erwartet. Gleichzeitig prägt die Rivalität zwischen China und den USA die weltwirtschaftlichen Beziehungen. China investiert stark in grüne Technologien, während die neue Trump-Administration die Öl- und Gasproduktion wieder stärker fördern möchte und Erneuerbare kritisch beäugt. Beispielsweise hat Donald Trump angekündigt, dass in seiner Legislaturperiode keine neuen Windparks gebaut werden sollen. Ein möglicher Kurswechsel der USA hin zu einer Lockerung von Umweltauflagen könnte zu Handelskonflikten beitragen. So steht im Raum, dass die USA bestimmte Exporte, wie Flüssigerdgas (LNG), an politische Zugeständnisse knüpfen könnten. Zudem erhöht die Kontrolle über kritische Rohstoffe und vor allem die starke Konzentration ihrer Weiterverarbeitung in China das Risiko von Lieferkettenengpässen und Preisschwankungen bei wichtigen Technologien wie Batterien, Transformatoren, PV-Modulen und Windkraftanlagen. Für die EU bedeutet das möglicherweise zusätzliche Herausforderungen bei der Umsetzung ihrer Klimaziele und für Wien Energie Hindernisse im Ausbau der erneuerbaren Energien. Diese müssen aktiv, z. B. durch gemeinschaftliche Beschaffung und aktives Lieferkettenmanagement, adressiert werden. Es gilt zudem, weiterhin in die Forschungs- und Innovationsarbeit zu investieren und die Lobby-Arbeit für wichtige energie- und umweltpolitische Rahmenbedingungen zu forcieren.

Für den gesamten globalen Energiebedarf wird nur ein moderates Wachstum von etwa 1,6% erwartet. In Europa könnte er aufgrund von Energiesparmaßnahmen infolge des Krieges in der Ukraine stagnieren oder sogar sinken. Der Krieg zwingt Europa zur Diversifizierung, etwa durch LNG-Importe aus den USA und den Golfstaaten. Anhaltende Konflikte im Nahen Osten können hier zu kurzfristigen Preisspitzen beitragen. Wien Energie hat sich seit Herbst 2024 erfolgreich vollständig von russischem Gas gelöst und treibt die Diversifizierung in Richtung erneuerbarer Gasquellen weiter voran.

Die Regulatorik in der EU und in den Mitgliedstaaten treibt die Energiewende weiter voran. 2024 wurde eine umfassende Reform des Strom- und Gasmarktes beschlossen, die neben der Förderung von Wasserstoff als Energieträger auch Verbraucher*innenrechte stärkt. 2025 wird geprüft, ob CO₂-Entnahmen (Carbon Removals), der Abfallsektor und die internationale Luftfahrt ins EU Emissions Trading System (ETS) integriert werden. Zudem wird das EU ETS ab 2027 um die Sektoren Wärme und Verkehr erweitert. Gerade die Aufnahme von CO₂-Entnahmen in den EU ETS kann Einfluss auf die von Wien Energie geplante Kohlenstoffabscheidung auf Müllverbrennungsanlagen haben. Diese Maßnahmen unterstreichen das Ziel, Emissionen zu senken und die Energieeffizienz zu steigern. In Österreich bleibt im Bereich der Wärmewende das Erneuerbare-Wärme-Gesetz ein zentraler Baustein, auch wenn der Umfang bisher geringer ausfällt als erwartet. Ab 2024 dürfen im Neubau keine fossilen Heizsysteme mehr eingebaut werden. Gleichzeitig werden 2025 die Energiepreise für Verbraucher*innen wieder ansteigen, weil die Strompreisbremse ausläuft, Netzentgelte steigen und der nationale CO₂-Preis von 45 EUR auf 55 EUR je Tonne klettert.

Innovationen bilden das Rückgrat der Energiewende. Batteriespeicher und smarte Steuerungssysteme ermöglichen es zunehmend, Schwankungen bei erneuerbaren Energiequellen auszugleichen. Anstelle von Lithium-Ionen-Systemen könnten sich gerade bei langfristiger Speicherung auch Flow-Batterien als zukunftsfähige Alternative etablieren. Weil erwartet wird, dass die Systemkosten für Batteriespeicher stark sinken, wird deren Einsatz für die Netzentlastung und die Bereitstellung flexibler Erzeugungskapazität attraktiver. Wien Energie beabsichtigt, weiter in Pilot-Projekte auf Utility-Scale (größer als 1 MW) zu investieren und die Flächensicherung für Batteriespeicher, vor allem in der Nähe zu relevanter Netzinfrastruktur, voranzutreiben. Auch die nachfrageseitige Flexibilität, z. B. durch smarte Steuerung von Wärmepumpen, Elektromobilität und Heimspeichern, gewinnt an Bedeutung. Beim Wasserstoff rückt der Ausbau der Produktion und Infrastruktur in den Fokus. Die EU fördert diesen Wandel durch die Wasserstoffbank über einen Zeitraum von zehn Jahren und stellte 2024 erstmals 800 Mio. EUR Fördermittel bereit. Die zweite Ausschreibung läuft bis Februar 2025 und bietet finanzielle Unterstützung von 1,2 Mrd. EUR. Langfristig wird grüner Wasserstoff als Schlüsseltechnologie für die Dekarbonisierung der Industrie

und des Energiesektors gesehen. Fehlende Infrastruktur sowie voraussichtlich anhaltend hohe Elektrolyseur- und Gesteungskosten bremsen jedoch derzeit das Tempo des Hochlaufs. Auch unklare politische Rahmenbedingungen und eine Bevorzugung von blauem gegenüber grünem Wasserstoff unter der Trump-Administration könnten zu weiteren Verzögerungen beitragen. Wien Energie glaubt weiter an die Potenziale von Wasserstoff in der Industrie und der Dekarbonisierung der eigenen Kraftwerke.

Carbon Capture, Utilization and Storage (CCUS) macht weltweit Fortschritte, mit starken Investitionen in den USA, China, Australien und Kanada. In Europa entwickelt sich die Nordsee zu einem zentralen Energieökosystem, in dem Offshore-Windkraft, Wasserstoffproduktion und CCUS verbunden werden. Während Norwegen und Schweden mit Projekten voranschreiten, bleibt CCUS in Österreich aufgrund des aktuellen CO₂-Speicherverbots umstritten. Dennoch wird CCUS als notwendige Technologie für die Dekarbonisierung von schwer vermeidbaren Emissionen, in Sektoren wie z. B. der Zement- und Stahlherstellung, gesehen. Langfristig eröffnen sich durch den Verkauf abgechiedener CO₂-Mengen an z. B. die petrochemische und chemische Industrie Geschäftspotenziale. Dies kann auch Wien Energie durch die CO₂-Abscheidung auf Müllverbrennungsanlagen (MVA) nutzen.

Die Internationale Energieagentur (IEA) prognostiziert, dass der weltweite Strombedarf in den nächsten zehn Jahren sechsmal schneller wachsen wird als die gesamte Energienachfrage. Hauptgründe dafür sind die zunehmende Verbreitung von Elektrofahrzeugen, Klimaanlagen, Wärmepumpen, der Ausbau stromintensiver Industrieprozesse sowie der verstärkte Einsatz von künstlicher Intelligenz. 90% des Wachstums des globalen Stromverbrauchs 2025 sollen aus erneuerbaren Energien stammen, während Kernkraft und Gas die verbleibenden 10% ausmachen. Speziell in der Elektromobilität sieht Wien Energie große Potenziale und baut daher das Angebot im Segment Wohnbau weiter aus. Der globale Stromverbrauch von Datacentern könnte sich bis 2026 auf mehr als 1.000 TWh erhöhen und bis 2030 bis zu 23% der globalen Elektrizitätsnachfrage ausmachen. Das bietet Versorgern, auch Wien Energie, das Potenzial zur Nutzung von Abwärme, erfordert aber hohe Investitionen in die Netzinfrastruktur. Die weltweiten Ausgaben für den Ausbau der Netzinfrastruktur werden laut Schätzungen von 400 Mrd. USD

2024 bis 2030 auf 600 Mrd. USD jährlich ansteigen (Preise von 2023). Darüber hinaus bietet der Einsatz von KI vielfältige Möglichkeiten, den Energiesektor effizienter zu gestalten. Autonom agierende KI-Agenten können zu Produktivitätsgewinnen führen und die Kund*innenzufriedenheit erhöhen. Durch den Einsatz von Machine Learning können zudem Erzeugungs- und Verbrauchsschwankungen optimiert sowie Wartungsbedarfe von Anlagen vorausschauend erkannt werden. Auch Wien Energie nutzt künftig, gerade im Kund*innenservice, verstärkt künstliche Intelligenz, z. B. um ihren Kund*innen schnell und unkompliziert passgenaue Lösungen anzubieten.

2024 wurden weltweit etwa 750 GW erneuerbare Stromerzeugungskapazität zugebaut. Davon entfielen u. a. 124 GW auf Wind und 599 GW an Solar-PV; insbesondere bei PV wird 2025 ein weiteres Wachstum von etwa 10% erwartet. Getrieben durch den Ausbau erneuerbarer Energien hat der Ölverbrauch in Europa möglicherweise bereits seinen Höhepunkt erreicht, während Nordamerika diesen bis Ende des Jahrzehnts erreichen dürfte. Der Höhepunkt der globalen Treibhausgasemissionen könnte bereits 2024 erreicht worden sein oder 2025 erreicht werden, wobei das stark vom steigenden Energiebedarf aufstrebender Volkswirtschaften und politischen Kurswechseln abhängt. Auf internationaler Ebene wird die Klimakonferenz COP30 in Brasilien von entscheidender Bedeutung sein. Dabei stehen Themen wie die Anpassung nationaler Klimapläne, internationale Klimafinanzierungen, CO₂-Bepreisungen und Mechanismen für den globalen Emissionshandel im Fokus.

Netze

Smart Metering

Smart Meter sind ein wesentlicher Baustein für den Ausbau und die Modernisierung des Stromnetzes. Die Umsetzung des Smart-Meter-Programms der Wiener Netze begann im Jahr 2017 mit dem Zuschlag an die ARGE „Siemens – Landis+Gyr – Iskraemeco“. Zwischenzeitlich mussten einige Herausforderungen, wie die Corona-Pandemie und die Bauteileknappheit am Weltmarkt, gemeistert werden. Im Jahr 2024 konnte das Ziel, die 95% Roll-out-Quote gemäß IME-VO, erreicht werden. Dies entspricht rund 1,526 Mio. ausgerollten Smart Meter. Das Projekt wird im Laufe des Jahres 2025 abgeschlossen werden.

Stromnetz

In der Sparte Stromnetz schreitet der Betriebsmittel-Digitalisierungsausbau in der Mittel- und Niederspannungsebene weiter voran. Der strategische Mittelspannungsausbau automatisierter, intelligenter Trafostationen sowie fernmeldebbarer Überstromanzeiger an unzugänglichen Freileitungsabschnitten beschleunigt die Entstörungsmaßnahmen im Falle einer Stromnetz-Nichtverfügbarkeit und wird weiter forciert. Die Konzeptumsetzung der Digitalisierung des Niederspannungsnetzes wurde anhand eines Pilotgebiets erörtert und durch die in der ASCR erlangten theoretischen Grundlagen zur mittelfristig flächendeckenden Umsetzung geführt. Der Fokus liegt hierbei auf den Schnittstellen zwischen Messen, Steuern und Kommunizieren. Um den gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen zu genügen, wird das Netzmonitoring somit auch in der Niederspannungsebene umgesetzt.

Die klassischen langfristigen Netzausbauprojekte, wie die Erneuerung alter Mittelspannungs- und Hochspannungsanlagen, der Umbau von Transformatorschutzholzstationen sowie Adaptierungs- und Optimierungs-Maßnahmen gemäß der Zielnetzplanung, laufen weiterhin in vollem Umsetzungsumfang.

Der Neubau von fünf Umspannwerken an strategisch wichtigen Knotenpunkten sowie die gezielte Netzanbindung von erneuerbaren Erzeugungsanlagen wie Wind- und Photovoltaikanlagen sollen die Umsetzung zur Energiewende im Verteilnetz sichern. Störereignisse und diverse Nichtverfügbarkeiten werden durch Umorganisation des Störungsdienstes auf allen Spannungsebenen koordinierter und rascher behoben.

Die praktische Umsetzung der niederohmigen Sternpunktterdung (NOSPE) wurde im Jahr 2018 gestartet und in den Folgejahren schrittweise umgesetzt. Bis 2027 werden 29 Umspannwerke im Bereich der 10kV-Mittelspannung umgestellt. Zusätzlich befinden sich nach durchgeführter Konzepterstellung die ersten Umsetzungsschritte auf der 20kV-Mittelspannungsebene im Laufen. Die Umstellung der Sternpunktbehandlung erhöht die Versorgungssicherheit, indem eine rasche Wiederherstellung bei Versorgungsunterbrechungen gewährleistet ist.

Gasnetz

Die Notwendigkeit für die Erschließung mit Erdgas bleibt vorerst dort bestehen, wo Erdgas als Energieträger noch nicht unmittelbar ersetzt werden kann. Dies betrifft vor allem die Erzeugung höherer Temperaturniveaus für betriebliche Prozessanwendungen in den Sektoren Produktion, Gewerbe und Industrie. Im Wohnbaubereich werden vermehrt alternative Energiesysteme (Fernwärme oder Systeme wie beispielsweise Wärmepumpenanwendungen oder Energienetze) eingesetzt, wodurch gasbasierte Neuanschlüsse grundsätzlich nur mehr in sehr geringem Ausmaß realisiert werden.

Die langfristige Perspektive sieht im Zusammenhang mit der Energiewende Wien einen vollständigen Ausstieg aus der Gasinfrastruktur im Wohngebäudesektor vor. Unter dem von der Stadt Wien lancierten Programmtitel „Raus aus Gas“ sollen mehr als 500.000 Wohnungen bis 2040 auf eine nachhaltige Heizform umgerüstet und das Fernwärmenetz ausgebaut werden. Ein flächendeckender Rückzug aus der Gasversorgung wird vorerst in den „Pioniergebieten“ Rossau (1090), Gumpendorfer Straße (1060), Alliiertenviertel (1020) und Huber-Block (1160) angestrebt.

Mit Blick auf Klimaschutzmaßnahmen prüfen die Wiener Netze im Gasnetzbereich eine mögliche Ausrichtung und Anpassung des Hochdruckverteilersnetzes (Netzebene 2) hinsichtlich des Einsatzes von Wasserstoff. Arbeitsgruppen widmen sich diesem komplexen Thema und prüfen laufend aktuelle Erkenntnisse hinsichtlich der Eignung in Rohrleitungsanlagen.

Zur Sicherstellung der weiterhin notwendigen Netzinfrastruktur im Hochdruckbereich startet mit 2025 die Planung und Umsetzung zur Erneuerung der Gebietsdruckregulation am Standort Wienerberg. Hier werden umfangreiche Maßnahmen koordiniert, um die Leistungsfähigkeit der Anlage mit neuen technischen und steuerungsrelevanten Einrichtungen zu gewährleisten. Die Projektfertigstellung ist für 2027 geplant.

Das Projekt der Gasbeschaffenheitsverfolgung mit dem Ziel, Endkund*innen über spezifische Gas-Qualitäten zu informieren und im Rahmen der Abrechnung entsprechend zu berücksichtigen, wurde erfolgreich abgeschlossen.

Wärmenetz

Die Wiener Netze sind für den Bau und die Instandhaltung des Fernwärmenetzes verantwortlich. Der laufende Ausbau des Wärmenetzes wird hauptsächlich durch die Nachfrage nach Wohnraum und entsprechenden Bildungs- und Dienstleistungseinrichtungen bestimmt. Demgemäß werden Gebietsaufschließungen und Nachverdichtungen bzw. Erweiterungen im Wohnbau an strategisch günstigen Netzanbindungspunkten vorgenommen. Bei Neuanschlüssen ist auf ausreichende Netzkapazitäten zu achten. Auch allfällige Nachentwicklungen zum Zeitpunkt der Erstplanung müssen berücksichtigt werden. Die Simulation der digitalen Netzrechnung unterstützt hierbei sämtliche Vorhaben und prüft hydraulische Netzverdichtungs- und Ausbauvarianten.

Für eine nachhaltige Wärmeversorgung sind Investitionen in potenzielle Anschlussgebiete sowie die vorgelagerte Netzinfrastruktur vorgesehen. Aktuelle Projekte im Auftrag der Wien Energie sind die schon vorher erwähnten „Pioniergebiete“ sowie Neugebietsaufschließungen im Stadtentwicklungsbereich „Donaufeld Ost“. Der Ringschluss Ottakring zur Steigerung der Versorgungssicherheit im Westen Wiens befindet sich aktuell in der Bauphase und wird voraussichtlich 2026 fertiggestellt.

Weitere Netzinvestitionen bleiben zukünftig auch durch die weiterführende Dekarbonisierung der Fernwärme notwendig. Eine weitere wichtige Rolle neben dem Ausbau von erneuerbarer Wärme spielt die Nutzung umweltfreundlicher Geothermie. Mit dem Projekt „Hydros Geothermie“ in der Seestadt Aspern und einhergehender Anbindung an das Primärnetz wird ein weiteres Vorhaben ab 2025 in Angriff genommen.

Die Instandhaltung des Fernwärmenetzes wird durch ein risikoorientiertes Asset-Management festgelegt. Aufgrund der bestehenden Altersstruktur einiger Netzabschnitte soll eine weitere Intensivierung der Wechselraten in den kommenden Jahren erreicht werden.

Die Netzsparten Gas und Wärme erfordern eine besonders abgestimmte Vorgehensweise, sowohl hinsichtlich geeigneter Neulegungen als auch hinsichtlich von Nachverdichtungen mit dem übergeordneten Ziel einer klimaneutralen und nachhaltigen Versorgung Wiens. Unterstützt wird dieses Ziel durch den Wiener Wärmeplan, der 2024 veröffentlicht wurde und die Zielgebiete der Wärmeversorgung bis 2040 darstellt.

Verkehr

Für 2025 sind Investitionen der Wiener Linien in Höhe von rund 850,7 Mio. EUR geplant (exklusive Finanzinvestitionen), wovon rund 416,4 Mio. EUR auf den U-Bahn-Neubau entfallen. Ein Schwerpunkt liegt auf der fortlaufenden Beschaffung von Fahrbetriebsmitteln für alle Betriebszweige. Die Investitionen in den Straßenbahnbetrieb belaufen sich im Jahr 2025 auf 309,3 Mio. EUR, die in den Autobusbetrieb auf 37,2 Mio. EUR und die in den U-Bahnbetrieb auf 81,6 Mio. EUR. Dazu kommen 6,1 Mio. EUR für immaterielle Rechte (exklusive U-Bahn-Neubau).

Im Bereich U-Bahn sollen im Rahmen der ersten Baustufe des Linienkreuzes U2xU5 weitere Tunnelvortriebe für die Stationsröhren fortgeführt werden. Des Weiteren ist geplant, die Tunnelvortriebsarbeiten für die Streckenröhre des ersten Gleises mit Herbst 2025 abzuschließen. Danach erfolgt der Rückzug der Tunnelvortriebsmaschine und der Beginn der Vortriebsarbeiten der zweiten Streckenröhre vom Matzleinsdorfer Platz. In diesem Bereich wird auch mit den ersten Innenausbauarbeiten im Herbst 2025 begonnen. Die Rohbauarbeiten zur Herstellung der Innenschalen in den Schächten und Tunneln werden im Bereich Rathaus fortgeführt.

Im Jahr 2025 werden die Baumeisterarbeiten in der Station Frankhplatz zum Großteil abgeschlossen. Die Ausrüstungsarbeiten in den Streckenröhren sowie die Elektro- und Hausarbeiten und die Stahlbau- und Steinmetzarbeiten in der Station Frankhplatz werden fortgesetzt.

Die eisenbahnrechtlichen Einreichungen für die zweite Baustufe der U5 werden voraussichtlich bis Ende des ersten Quartals 2025 erfolgen. Ebenso beginnt die Ausschreibungsplanung und die ersten Schritte für das Vergabeverfahren der Rohbauarbeiten werden gesetzt. Auch für die U2 werden die Ausschreibungen für die Planungsleistungen und die Gutachter durchgeführt und weitere Verfahren gestartet (Prüfingenieur).

Im Rahmen von NEU4 werden im Zeitraum zwischen Juni und September 2025 zusätzliche Stahlbetonträger in den Bereichen zwischen der Station Schottenring bis zur Station Friedensbrücke eingebaut, weshalb im Juli und August 2025 der Streckenabschnitt zwischen den Stationen Schottenring und Schwedenplatz gesperrt werden muss. Aufgrund eines Widerrufs der Ausschreibung musste der Zeitraum der Bahnsteigsanierung Landstraße von ursprünglich Jänner bis März auf September bis Dezember verschoben werden. Der Widerruf war zur Optimierung der Bauabläufe notwendig. Der Abschluss aller Modernisierungsarbeiten und somit des Projekts NEU4 soll Ende 2025 erfolgen.

Im Bereich Straßenbahn machen die zunehmende Alterung des Gleisnetzes, die Verdichtung der Fahrpläne sowie gewichtigere Fahrzeuggenerationen zusätzliche Gleisbauprojekte unerlässlich – nur so können Langsamfahrstellen im Straßenbahn- und U-Bahn-Netz der Wiener Linien gezielt und effizient behoben werden. Im Jahr 2023 wurde im Rahmen der Finanzierungsverhandlungen von der Stadt Wien ein zusätzliches Budget für die Jahre 2024 und 2025 sowie für die Folgejahre zur Verfügung gestellt, um die benötigte Gleismodernisierungsoffensive ins Rollen zu bringen. Das Jahr 2024 diente dabei vorrangig dem benötigten Aufbau der Personal- und Kapazitätsressourcen, ab dem Jahr 2025 sollen zusätzlich zum regulären Instandsetzungsprogramm großflächige Sanierungsprojekte realisiert werden. Die ersten dieser Maßnahmen werden in der Jörgerstraße und der Schlachthausgasse umgesetzt, 2026 folgen Lerchenfelder Straße, Hernalser Hauptstraße und Aumannplatz.

Im Bereich Bus wird bis Ende 2025 mit der Inbetriebnahme der Schnellladestation in der Schwendergasse (neben der Straßenbahnremise Rudolfsheim) eine weitere Linie (57A) elektrifiziert. Zudem werden in der Remise Rudolfsheim vier Ladestationen für die Linie 57A neu errichtet. Die Umstellung der ersten Buslinie auf Wasserstoffantrieb (39A) mit zehn Normalbussen erfolgt im dritten Quartal 2025. Weiters werden die seit 2013 auf den Linien 2A und 3A eingesetzten Batteriekleinbusse durch zehn neue Batterie/Range Extender-Kleinbusse (REX) ersetzt. Hierzu wird am Smart Campus der Wiener Netze die notwendige Infrastruktur für das Abstellen, Tanken und Laden errichtet. Somit drehen bis Ende 2025 insgesamt 60 Batterienormal-, zehn Wasserstoffnormalbusse und zehn Batterie/Range Extender-Kleinbusse (REX) ihre Runden in Wien. Geladen, gewartet und repariert werden die 60 Batteriebusse im neuen, hochmodernen E-Kompetenzzentrum der Wiener Linien in Siebenhirten, dessen Bauweise mit dem österreichischen klimaaktiv-Standard in Gold ausgezeichnet wurde. Die zehn Wasserstoffnormalbusse werden im H2-Kompetenzzentrum der Garage Leopoldau betankt und gewartet. Wien Energie und Wiener Netze haben dort eine H2-Tankstelle errichtet, die auch von externen Kund*innen genutzt wird.

Zu den strategischen Zielen der Wiener Lokalbahnen zählt nach wie vor der Ausbau des Angebots auf der Badner Bahn (Taktverdichtungen), wobei eine zeitnahe Umsetzung aufgrund budgetärer Einschränkungen der Auftraggeber nicht realistisch ist. Weiters ist die Aufnahme zusätzlicher Verkehre (Stadt-Umland-Verkehre) ein erklärtes Ziel, wobei sich die Wiener Lokalbahnen an der allgemeinen Planung des Stadtentwicklungsgebiets Rothneusiedl aktiv beteiligen.

Um den sicheren Bahnbetrieb weiterhin gewährleisten zu können, muss die Infrastruktur (Gleise, Signaltechnik, Stromversorgung etc.) in den nächsten Jahren umfassend erneuert werden. Die Finanzierung der Infrastruktur durch die Mittelfristigen Investitionsprogramme (MIP) stellt für die Wiener Lokalbahnen aufgrund der budgetären Restriktionen der Fördergeber (Bund, Wien, Niederösterreich) eine große Herausforderung dar.

Zur Verbesserung des Mobilitätsangebots tragen in erster Linie die neuen TW500 bei. Im ersten Quartal 2025 werden voraussichtlich die letzten Fahrzeuge des neuen Typs TW500 in Betrieb genommen. Die neue Abstellhalle Leersdorf wird voraussichtlich ebenfalls im ersten Quartal 2025 in Betrieb genommen. Das Wettbewerbsfeld Vollbahn soll zukünftig weiter forciert und gestärkt werden. Das Geschäftsfeld Bus der Wiener Lokalbahnen muss sich weiterhin in einem herausfordernden Wettbewerbsmarkt behaupten. Im Geschäftsfeld New Services wird im März 2025 ein Werksverkehr für das Industriezentrum Süd mit E-Scootern aufgenommen. Weitere Schwerpunkte liegen in der Digitalisierung von Prozessen, der Verbesserung der Fahrgastinformation sowie der Steigerung der Arbeitgeberattraktivität.

Bei den Verkehrsdiensten startete im Jänner 2025 offiziell das Competence Center „Bedarfsverkehre“, welches sich in einer dreijährigen Entwicklungsphase befindet, bevor es in die Umsetzungsphase übergeht. Der erste Schritt ist die Evaluierung passender IT-Lösungen in Abstimmung mit den Anforderungen der Wiener Stadtwerke Unternehmen. Gemeinsam mit den Konzernunternehmen werden die Anforderungen an ein Tool zur Bestellung diverser Fahrten (Shuttleverkehre, Werksverkehre, Botenfahrten etc.) definiert, um eine passende Softwarelösung zu beschaffen. Das Ziel ist es, den Bedarf an Fahrten zu bündeln, um Emissionen und Kosten zu reduzieren. Zusätzlich wurde das Digitalisierungsprojekt „DIFUS“ (Digitale Fuhrpark Software) gestartet, um die Fuhrparkmitarbeiter*innen in ihren Tätigkeiten zu unterstützen und diese Tätigkeiten zu vereinfachen.

Weiters wurde am 1. Jänner 2025 die neue Buslinie 60A im Auftrag der Wiener Linien in Betrieb genommen. Der Betriebsstart verlief reibungslos, die Linie wird für 5,5 Jahre bis Juni 2030 betrieben. Im ersten Halbjahr 2025 ist eine Kund*innenbefragung geplant, um wertvolles Feedback zu sammeln und die Zufriedenheit der Kund*innen zu evaluieren. Die Vorbereitungen für die Erstellung der Befragung laufen bereits. Für die Erstellung des Fragebogens wird ein externes Beratungsunternehmen hinzugezogen. Des Weiteren wird das Call-Center auf eine 24/7-Erreichbarkeit umgestellt. Damit soll die Erreichbarkeit verbessert und die Kund*innenzufriedenheit noch weiter gesteigert werden.

Bestattung und Friedhöfe

Grundsätzlich orientiert sich die Umsatzentwicklung der Bestattung Wien an den Sterbefällen in Wien, die seit Jahren stagnieren. Die zunehmende Anzahl an Bestattungsunternehmen in einem begrenzten Markt führt zu einem Verdrängungswettbewerb und zu Verringerungen bei der Anzahl der Durchführungen. Die Mehrmarkenstrategie, gepaart mit einer verstärkten Internetaktivität, soll dieser permanenten Reduktion des Marktanteils entgegenwirken. Insbesondere der Digitalisierung kommt in allen Bereichen des Unternehmens ein hoher Stellenwert zu.

Die Geschäftstätigkeit im Bereich Friedhöfe ist von der Anzahl der Verstorbenen sowie von der generellen Bereitschaft, Gräber aufrechtzuerhalten, abhängig. Die Statistik Austria geht – im Widerspruch zu den Prognosen der Vorjahre – in den jüngsten Prognosen von einer sinkenden Sterblichkeit bis 2027 aus. Danach steigt die Zahl erst langsam auf bzw. über das aktuelle Niveau. Dies verstärkt, gemeinsam mit den bereits seit Jahren wachsenden Alternativangeboten im Zusammenhang mit Feuerbestattungen, den Umsatz- und Kostendruck.

Zur Sicherung der Einnahmen wird die starke Positionierung der Friedhöfe Wien als wichtiger Bestandteil der Stadt fortgesetzt. Um die Angebote leistbar zu halten, werden weitere Optimierungen der Organisation realisiert, die sich durch die Möglichkeiten der Digitalisierung ergeben.

Zahlreiche Aktivitäten unterstreichen den Wert als „Mehr als nur Begräbnisstätte!“. Friedhöfe Wien laden ein, die Friedhöfe auch abseits von Verabschiedungen als Lebensraum zu entdecken. 2024 wurde dies im Rahmen des 150. Geburtstages des Wiener Zentralfriedhofes durch zahlreiche Veranstaltungen aus Kunst, Kultur, Bewegung und Gesundheit sowie Nachhaltigkeit unterstrichen. Die Klimarelevanz wird im Rahmen der Möglichkeiten weiter ausgebaut. Entsiegelungen, Baumpflanzungen und Grünraumgestaltung werden vorangetrieben.

Die Digitalisierung eröffnet Friedhöfe Wien und ihren Kund*innen neue Möglichkeiten. Das Digitale Grab wird weiter ausgebaut und die Nutzung forciert. Vorteile durch die Nutzung der digitalen Prozesse werden unterstrichen und weitere ausgebaut.

Für die Geschäftspartner*innen ist ein Partner*innenportal produktiv, das zeit- und ortsunabhängige Servicierung garantiert. Der Informations- und Automatisierungsgrad kann damit deutlich erhöht werden. Außerdem kann dadurch die Organisation an die sich ändernde Nachfrage angepasst werden.

Die Zahl der eigenverwalteten Friedhöfe steigt. 2023 sind drei weitere Friedhöfe in die Eigenverwaltung übernommen worden. Die Zahl der interessierten Gewerbetreibenden – vor allem Gärtnereibetriebe, die einen Friedhof verwalten wollen, sinkt. Daher bereiten sich die Friedhöfe Wien auf weitere Übernahmen vor, die sowohl eine organisatorische Herausforderung als auch eine Chance bedeuten.

Geringere Umsätze durch sinkende Sterbezahlen müssen durch andere, neue Einnahmequellen ansatzweise kompensiert werden. In den letzten Jahren wurden hier bereits einige neue Wege eröffnet, etwa der Verkauf von nützlichen Artikeln im Friedhofshop, das Anbieten von Führungen über die Friedhöfe, die Leihmöglichkeit von E-Bikes, diverse Kooperationen mit Fiakerbetrieben, Musiker*innen und Maler*innen zur Attraktivierung des Angebots oder seit 2024 die Einschränkung von gewerblichen Führungen durch die Einführung eines kostenpflichtigen Akkreditierungsverfahrens, das neue Umsätze zugunsten der Friedhofserhaltung eröffnet.

Garagen

Für das kommende Geschäftsjahr wird weiterhin eine stabile Umsatzentwicklung erwartet. Um die Qualität und Ertragspotenziale der Garagen sicherzustellen, wird in den nächsten Jahren der Fokus weiterhin auf Sanierungsprojekten liegen. Wipark investiert insbesondere in die Modernisierung der innerstädtischen Eigengaragen, liefern diese doch einen wesentlichen Beitrag zum Ergebnis.

Das digitale Produkt „OSCAR“ für Kurzparkkund*innen wurde Ende 2024 von der Einführung einer neuen digitalen Plattform und der „WIPcard“ abgelöst. Zum einen soll die Kund*innenbindung erhöht und zum anderen die Servicierung der Kund*innen optimiert werden. Auch 2025 wird der Ausbau von weiteren digitalen Funktionalitäten für Kund*innen ein Schwerpunkt sein.

Wien, 28. März 2025

Die Geschäftsführung



Dipl.-Ing. Peter Weinelt
Generaldirektor



KommR Mag.ª Monika Unterholzner
Generaldirektor-Stellvertreterin



Mag. Roman Fuchs
Generaldirektor-Stellvertreter

Konzernabschluss 2024

61	1 KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	81	8 GESCHÄFTSVERLAUF DER WIENER STADTWERKE
62	2 KONZERNGESAMT- ERGEBNISRECHNUNG	95	9 LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE UND SCHULDEN
63	3 KONZERNBILANZ	106	10 PERSONAL
64	4 ENTWICKLUNG DES KONZERNEIGENKAPITALS	112	11 FINANZINSTRUMENTE
65	5 KONZERNKAPITALFLUSS- RECHNUNG	134	12 EIGENKAPITAL UND FINANZIERUNG
66	6 ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN	136	13 STEUERN
69	7 DER WIENER STADTWERKE KONZERN	140	14 RISIKOMANAGEMENT
		150	15 SONSTIGE ANGABEN



1 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. EUR	Kapitel	2023	2024
Umsatzerlöse	8.1	6.224	4.973
Sonstige betriebliche Erträge	8.2	758	652
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	8.3	-3.998	-2.711
Personalaufwand	10.1	-1.334	-1.499
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.4	-814	-918
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	7.3	202	111
EBITDA		1.038	609
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	9.4	-377	-439
Wertminderungen und Wertaufholungen	9.5	-1	-179
Operatives Ergebnis (EBIT)		659	-10
Zinserträge	11.1	66	91
Sonstige Finanzerträge	11.1	246	312
Zinsaufwendungen	11.1	-192	-178
Sonstige Finanzaufwendungen	11.1	-16	-15
Finanzergebnis		103	210
Ergebnis vor Steuern		763	201
Laufende Steuern	13	-1	7
Ergebnis nach Steuern		762	208
Jahresüberschuss		762	208

2 Konzerngesamt- ergebnisrechnung

Sonstiges Ergebnis

in Mio. EUR	Kapitel	2023	2024
Jahresüberschuss		762	208
Neubewertung von Personalrückstellungen	10.2	-545	-133
Bewertung von Eigenkapitalinstrumenten	11.1	893	-1.069
Sonstiges Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		0	0
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		348	-1.202
Bewertung von Fremdkapitalinstrumenten	11.1	37	14
Bewertung von Sicherungsgeschäften	11.7	241	30
Recycling Sicherungsgeschäfte	11.7	-46	-233
Sonstiges Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	7.3	-263	105
Posten, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		-31	-84
Sonstiges Ergebnis vor Steuern		317	-1.286
Steuern auf Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden	13	75	90
Steuern auf Posten, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden	13	8	23
Steuereffekte Sonstiges Ergebnis		82	113
Sonstiges Ergebnis nach Steuern		400	-1.173
Gesamtergebnis		1.162	-965

3 Konzernbilanz

Konzernbilanz Vermögenswerte

in Mio. EUR	Kapitel	31.12.2023	31.12.2024
Sachanlagen	9.1	5.084	5.170
Immaterielle Vermögenswerte	9.2	220	229
Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	7.3	177	348
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	11.3	6.936	6.018
Sonstige langfristige Vermögenswerte	8.8	1.068	1.222
Langfristige regulatorische Vermögenswerte	8.5	1.040	966
Langfristige Vermögenswerte		14.525	13.953
Vorräte	8.6	497	455
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.7	375	351
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	11.3	936	311
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	8.8	256	330
Kurzfristige regulatorische Vermögenswerte	8.5	126	153
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	11.2	1.757	1.273
Kurzfristige Vermögenswerte		3.948	2.874
Bilanzsumme		18.473	16.827

Konzernbilanz Eigenkapital und Schulden

in Mio. EUR	Kapitel	31.12.2023	31.12.2024
Eigenkapital	12	8.935	7.970
Langfristige Finanzschulden	11.4	1.174	974
Personalarückstellungen	10.2	4.461	4.699
Sonstige langfristige Rückstellungen	9.6	47	29
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	8.10	842	820
Latente Steuerschulden	13	324	211
Langfristige Schulden		6.848	6.732
Kurzfristige Finanzschulden	11.4	887	420
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.9	756	588
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	9.6	18	28
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	8.10	1.029	1.088
Kurzfristige Schulden		2.691	2.125
Bilanzsumme		18.473	16.827

4 Entwicklung des Konzerneigenkapitals

in Mio. EUR	Nennkapital und Einlagen	Kapital- rücklagen	Rücklage aus Personal- rück- stellungen	Rücklage aus Sicherungs- geschäften	Rücklage aus der Bewertung von Finanz- instrumenten	Rücklage aus sonstigen Ergebnissen aus nach der Equity- Methode bewerteten Unter- nehmen	Gewinn- rücklagen	Gesamt
Stand per 01.01.2023	500	2.327	590	31	2.896	79	1.350	7.773
Periodenergebnis	0	0	0	0	0	0	762	762
Sonstiges Ergebnis	0	0	-420	153	879	-213	0	400
Umgliederung	0	0	0	0	-14	0	14	0
Stand per 31.12.2023	500	2.327	170	184	3.762	-134	2.126	8.935
Stand per 01.01.2024	500	2.327	170	184	3.762	-134	2.126	8.935
Periodenergebnis	0	0	0	0	0	0	208	208
Sonstiges Ergebnis	0	0	-102	-156	-998	84	0	-1.173
Umgliederung	0	0	0	0	-7	0	7	0
Stand per 31.12.2024	500	2.327	68	28	2.756	-49	2.341	7.970

5 Konzernkapitalflussrechnung

in Mio. EUR	Kapitel	2023	2024
Operatives Ergebnis (EBIT)		659	-10
Wertminderungen und Wertaufholungen zu immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	9.1/9.2/9.4	379	618
Nicht zahlungswirksames Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen	7.3	-202	-111
Ergebnis aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten		-6	-7
Veränderung der langfristigen Rückstellungen	9.6/10.2	-148	-170
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge		39	99
Erhaltene Zinsen	11.1	72	89
Erhaltene Dividenden	11.1	249	354
Bezahlte Zinsen	11.1	-77	-64
Bezahlte Steuern	13	-17	-14
Cashflow aus dem Ergebnis		947	785
Veränderung der Vorräte	8.6	-31	44
Veränderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der sonstigen Forderungen	8.7/8.8	1.517	285
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie der sonstigen Verbindlichkeiten	8.9/8.10	70	-205
Veränderung der kurzfristigen Rückstellungen und Abgrenzungen aus Personalverpflichtungen	9.6/8.10	16	-2
Cashflow aus operativer Tätigkeit		2.519	907
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	8.11	-687	-668
Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	8.11	10	6
Auszahlungen für Investitionen in Ausleihungen, sonstige Finanzanlagen und derivative Finanzinstrumente	11.3	-234	-354
Einzahlungen aus Abgängen von Ausleihungen, sonstigen Finanzanlagen und derivativen Finanzinstrumenten	11.3	277	111
Auszahlungen für Investitionen in Beteiligungen und Tochterunternehmen abzüglich dabei erhaltener liquider Mittel	11.3/7.1	-15	-38
Einzahlungen aus Abgängen von Beteiligungen und Tochterunternehmen	11.3/7.1	1	0
Ein-/Auszahlungen für Investitionen in andere Wertpapiere und Finanzinstrumente < 1 Jahr sowie Veranlagung Cashpooling > 3 Monate	11.3	-11	4
Veränderung der vom Finanzmittelfonds ausgeschlossenen liquiden Mittel	11.2	52	-58
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-609	-998
Einzahlungen aus der Aufnahme von langfristigen finanziellen Verbindlichkeiten	8.11/11.4	293	5
Auszahlungen aus der Tilgung von langfristigen finanziellen Verbindlichkeiten	8.11/11.4	-77	-165
Auszahlungen aus Leasing	9.3	-15	-16
Einzahlungen aus kurzfristigen finanziellen Verbindlichkeiten	8.11/11.4	114	28
Auszahlungen aus kurzfristigen finanziellen Verbindlichkeiten	8.11/11.4	-1.723	-303
Gezahlte Dividenden	15.3	0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-1.408	-452
Veränderung der liquiden Mittel		502	-542
Finanzmittelfonds per 01.01.	8.11/11.2	1.247	1.749
Veränderung der liquiden Mittel		502	-542
Finanzmittelfonds per 31.12.	8.11/11.2	1.749	1.207

6 Allgemeine Erläuterungen

6.1 Grundsätze

Die WIENER STADTWERKE GmbH (WSTW GmbH), das Mutterunternehmen des Wiener Stadtwerke Konzerns, ist im Firmenbuch beim Handelsgericht Wien, Österreich, unter der Nummer FN 127783t eingetragen. Die Adresse des eingetragenen Unternehmens lautet Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien.

Der Konzernabschluss des Unternehmens umfasst die WIENER STADTWERKE GmbH und ihre Tochterunternehmen (im Folgenden zusammen „Wiener Stadtwerke Konzern“ oder kurz „WSTW Konzern“ genannt). Der Wiener Stadtwerke Konzern leistet einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren der Stadt Wien. Die verlässliche und umweltverträgliche Versorgung mit Energie liegt ebenso im Verantwortungsbereich des Konzerns wie die Sicherstellung eines leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehrs. Weitere Konzernbereiche bilden Bestattung und Friedhöfe sowie das Angebot von Parkhäusern.

Der Konzernabschluss wurde in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, erstellt. Dabei wurden auch die zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB erfüllt.

Der Konzernabschluss wurde am 28. März 2025 aufgestellt und zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben, welcher die Aufgabe hat, diesen zu prüfen und zu billigen.

Einzelheiten zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden finden sich bei den jeweiligen Anhangangaben. Zur Verbesserung der Klarheit und Aussagefähigkeit werden einzelne Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert aufgegliedert und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Alle Beträge sind, sofern auf Abweichungen nicht besonders hingewiesen wird, auf Millionen Euro (Mio. EUR) gerundet. Bei der Summierung gerundeter Beträge und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen Rundungsdifferenzen auftreten.

6.2 Wesentliche Ermessensentscheidungen, Annahmen und Schätzungen

Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen, die die Höhe der ausgewiesenen Vermögenswerte und Schulden bzw. Erträge und Aufwendungen beeinflussen, sind von der Geschäftsführung im Rahmen der Konzernabschlusserstellung zu treffen. Obwohl diese Schätzungen und Annahmen auf Basis jeweils aktueller Informationen bestmöglich durchgeführt werden, ist aufgrund der inhärenten Unsicherheit nicht auszuschließen, dass die tatsächlichen Ereignisse abweichen. Daraus kann es zu erheblichen Anpassungen der betroffenen Buchwerte kommen. Betroffene Annahmen und Einschätzungen werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls prospektiv korrigiert.

Die getroffenen Ermessensentscheidungen sowie Schätzungsunsicherheiten und Annahmen mit wesentlichem Einfluss bzw. signifikanter Risikobehaftung können im Folgejahr zu einer Anpassung der ausgewiesenen Buchwerte führen. Diese werden bei den jeweiligen Anhangangaben bzw. in den Erläuterungen zur Erfassung und Bewertung der betroffenen Positionen angeführt.

Ermessensentscheidungen betreffen die folgenden Themen:

- Abgrenzung des Konsolidierungskreises – siehe Kapitel 7.2
- Definition der Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss besteht – siehe Kapitel 7.3
- Beteiligungen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten – siehe Kapitel 7.4
- Definition der Schlüsselpositionen in Zusammenhang mit den nahestehenden Personen des Konzerns – siehe Kapitel 7.5
- Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien – siehe Kapitel 8.8
- Definition der wesentlichen Kriterien betreffend Wertminderungstest und Abgrenzung der CGUs – siehe Kapitel 9.5

- Klassifizierung von Beteiligungen als langfristige finanzielle Vermögenswerte, bewertet zu FVOCI – siehe Kapitel 11.3
- Berücksichtigung der Gesetzgebung zu den Pillar II-Regeln – siehe Kapitel 13
- Auswahl betreffend das Bewertungsverfahren der in Zukunft erwarteten Verluste der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – siehe Kapitel 14



Schätzungen betreffen die folgenden Themen:

- Schätzungen in Bezug auf die periodengerechte Ermittlung der Umsatzerlöse – siehe Kapitel 8.1
- Schätzungen des Nettoveräußerungswerts für Vorräte – siehe Kapitel 8.6
- Schätzungen der Nutzungsdauern von Sachanlagen sowie immateriellen Vermögenswerten – siehe Kapitel 9.1 und 9.2
- Schätzungen der Nutzungsdauern von Sachanlagen sowie immateriellen Vermögenswerten – siehe Kapitel 9.1 und 9.2
- Schätzungen in Zusammenhang mit dem Zinssatz sowie der Laufzeit betreffend Leasing – siehe Kapitel 9.3
- Schätzungen in Zusammenhang mit dem Wertminderungstest – siehe Kapitel 9.5
- Schätzungen in Zusammenhang mit Rückstellungen – siehe Kapitel 9.6 und 15.2
- Schätzungen der Parameter für Personalrückstellungen – siehe Kapitel 10.2
- Schätzungen in Zusammenhang mit der Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten – siehe Kapitel 11.5
- Schätzungen in Zusammenhang mit der Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten – siehe Kapitel 11.6
- Schätzungen in Zusammenhang mit der Bewertung der latenten Steuern – siehe Kapitel 13
- Schätzungen der Ausfallrisiken und Wertberichtigungen für finanzielle Vermögenswerte – siehe Kapitel 14

6.3 Änderungen wesentlicher Rechnungslegungsmethoden

Neue Standards und Interpretationen

Neue oder geänderte Standards und Interpretationen, welche zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung bereits vom IASB veröffentlicht wurden, am 1. Jänner 2024 in der Europäischen Union jedoch noch nicht verpflichtend anzuwenden waren, wurden generell nicht freiwillig vorzeitig angewendet. Diese werden im Wiener Stadtwerke Konzern umgesetzt, sobald dies verpflichtend ist. Die in diesem Abschluss noch nicht angewandten Standards werden in der folgenden Tabelle erläutert. Mit Ausnahme der Auswirkungen aus den Änderungen in der Darstellung im Zusammenhang mit IFRS 18 (anzuwenden ab 2027) ist momentan nicht mit einem wesentlichen Effekt auf den Konzernabschluss zu rechnen.

Folgende Standards und Interpretationen sind seit dem letzten Jahresabschluss verpflichtend anzuwenden. Aus den neu angewandten Standards hat sich keine wesentliche Änderung der Bilanzierung ergeben.

Von der EU übernommene und neu angewendete Standards im Geschäftsjahr 2024

Standard bzw. Interpretation	Änderung	Veröffentlichung durch das IASB/IFRS IC	Verpflichtender Anwendungszeitpunkt für den WSTW Konzern	Wesentliche Auswirkung auf den Konzernabschluss
IAS 1	Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig	23.01.2020 15.07.2020 31.10.2022	01.01.2024	Keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss
IFRS 16	Leasingverbindlichkeit in einer Sale-and-Leaseback-Transaktion	22.09.2022	01.01.2024	Keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss
IAS 7 bzw. IFRS 7	Zusätzliche Angabepflichten gemäß IAS 7 und IFRS 7 für Supplier Finance Arrangements (Lieferkettenfinanzierungen)	25.05.2023	01.01.2024	Keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss

Noch nicht anwendbare Standards und Interpretationen

Standard bzw. Interpretation	Änderung	Veröffentlichung durch das IASB/IFRS IC	Verpflichtender Anwendungszeitpunkt für den WSTW Konzern	Wesentliche Auswirkung auf den Konzernabschluss
IAS 21	Effekte bei Änderungen von Fremdwährungskursen	15.08.2023	01.01.2025	Keine wesentliche Auswirkung erwartet
IFRS 7 und IFRS 9*	Änderungen bezüglich der Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten	30.05.2024	01.01.2026	Änderungen werden noch evaluiert
Annual Improvements Volume 11*	Jährliche Verbesserungen an den IFRS	18.07.2024	01.01.2026	Keine wesentliche Auswirkung erwartet
IFRS 7 und IFRS 9*	Verträge, die sich auf naturabhängigen Strom beziehen (Änderungen an IFRS 7 und IFRS 9)	18.12.2024	01.01.2026	Änderungen werden noch evaluiert
IFRS 18*	Darstellung und Angaben im Abschluss	09.04.2024	01.01.2027	Wesentliche Auswirkungen in der Darstellung erwartet. Die Änderungen im Abschluss für das Jahr 2027 werden evaluiert.
IFRS 19*	Tochterunternehmen ohne öffentliche Rechenschaftspflicht: Angaben	09.05.2024	01.01.2027	Keine wesentliche Auswirkung erwartet

* Diese Standards oder Änderungen waren zum Zeitpunkt des Konzernabschlusses noch nicht von der EU übernommen.

7 Der Wiener Stadtwerke Konzern

7.1 Entwicklung des Konsolidierungskreises

Der Konzernabschluss der WIENER STADTWERKE GmbH umfasst jene Unternehmen, die für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von Bedeutung sind. Die Entwicklung des Konsolidierungskreises ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

	Vollkonsolidierte Unternehmen	Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	Quotenkonsolidierte Unternehmen
Stand am 01.01.2023	28	3	0
im Berichtsjahr erstmals einbezogen	3	0	1
im Berichtsjahr verschmolzen	0	0	0
Stand am 31.12.2023	31	3	1
im Berichtsjahr erstmals einbezogen	0	0	0
im Berichtsjahr verschmolzen	0	0	0
Stand am 31.12.2024	31	3	1

Erwerbe und Gründungen 2024

Die logwien GmbH wurde von der WIENER STADTWERKE Vermögensverwaltung GmbH als Alleingesellschafterin gegründet.

Die GPI – I KFT sowie 2nd-GPI KFT wurden von der Vienna Energy Természeti Erő Kft. erworben.

Im Jahr 2024 wurden von der WIENER STADTWERKE GmbH die Anteile an der immOH! Energie und Gebäudemanagement GmbH, und folglich auch der 100%igen Tochtergesellschaft HC immOH! Infrastruktur Services GmbH, von der WIEN ENERGIE GmbH erworben.

Die Venergi GmbH wurde von der WIEN ENERGIE GmbH gemeinsam mit der Ramboll Deutschland GmbH gegründet. Die WIEN ENERGIE GmbH hält 50% der Anteile.

Alle genannten Gesellschaften wurden aufgrund von Unwesentlichkeit nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen.

Verschmelzungen 2024

Die zuvor nicht konsolidierte Smart Inspection GmbH wurde in die WIEN ENERGIE GmbH verschmolzen. Die bisher at-Equity konsolidierte SWITCH Energievertriebsgesellschaft m.b.H. wurde in die ENERGIEALLIANZ Austria GmbH verschmolzen.

Liquidationen 2024

Die bisher nicht konsolidierte Riddle & Code Energy Solutions GmbH, von welcher die WIEN ENERGIE GmbH 50 % der Anteile hielt, wurde im Jahr 2024 liquidiert.

Erwerbe und Gründungen 2023

Die vollkonsolidierte WIENER STADTWERKE Vermögensverwaltung Gamma GmbH wurde von der WIENER STADTWERKE Vermögensverwaltung GmbH zu 100 % erworben.

Erstmals in den Konzernabschluss einbezogen wurden im Geschäftsjahr 2023 die WSTW VIII und WSTW IX Fonds. Beide Fonds sind nur in Anleihen investiert, mit dem Ziel, diese bis zu ihrem Laufzeitende zu halten. Weiters haben sie eine konservative Veranlagung mit einem Anlagehorizont von ca. drei bzw. fünf Jahren.

Die deelep Tiefengeothermie GmbH wurde von der WIEN ENERGIE GmbH und der OMV Austria Geothermal GmbH gegründet, wobei die WIEN ENERGIE GmbH 51 % der Anteile hält. Die Gesellschaft wird als gemeinschaftliche Tätigkeit quotal in den Konzernabschluss einbezogen.

Die WIENER STADTWERKE Vermögensverwaltung GmbH hält 25 % der Anteile an der im Jahr 2023 gegründeten Wohnfonds – Wiener Stadtwerke Entwicklungs GmbH.

Die Vienna Energy Természeti Erő Kft. und die Vienna Energy forta naturala S.R.L. wurden in die WIEN ENERGIE International GmbH eingebracht.

Die Vienna Energy Risorse Rinnovabili SRL wurde von der WIEN ENERGIE International GmbH als Alleingesellschafterin gegründet.

Verkäufe 2023

5 % der Anteile der Aspern City Smart GmbH und der Aspern City Smart GmbH & Co KG wurden im Jahr 2023 verkauft.

7.2 Tochterunternehmen

Folgende Unternehmen werden per 31. Dezember 2024 in den Konsolidierungskreis einbezogen:

Angaben der Anteile

in %	31.12.2023	31.12.2024
WIENER STADTWERKE GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	100	100
WIEN ENERGIE GmbH, Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	100	100
WIENER NETZE GmbH, Erdbergstraße 236, 1110 Wien	100	100
WIENER LINIEN GmbH, Erdbergstraße 202, 1030 Wien	100	100
WIENER LINIEN GmbH & Co KG, Erdbergstraße 202, 1030 Wien	100	100
WIENER LINIEN Verkehrsprojekte GmbH, Erdbergstraße 202, 1030 Wien	100	100
WIENER LINIEN Direktionsgebäude GmbH, Erdbergstraße 202, 1030 Wien	100	100
FRIEDHÖFE WIEN GmbH, Simmeringer Hauptstraße 339, 1110 Wien	100	100
B&F Wien Bestattung und Friedhöfe GmbH, Simmeringer Hauptstraße 339, 1110 Wien	100	100
BFW Gebäudeerrichtungs- und Vermietungs GmbH, Simmeringer Hauptstraße 339, 1110 Wien	100	100
BFW Gebäudeerrichtungs- und Vermietungs GmbH & Co KG, Simmeringer Hauptstraße 339, 1110 Wien	100	100
BESTATTUNG WIEN GmbH, Simmeringer Hauptstraße 339, 1110 Wien	100	100
WIENER LOKALBAHNEN GmbH, Purkytgasse 1b, 1230 Wien	100	100
Wiener Lokalbahnen Cargo GmbH, Freudenauer Hafenstraße 8–10, 1020 Wien	100	100
Wiener Lokalbahnen Verkehrsdienste GmbH, 7. Haidequerstraße 6, 1110 Wien	100	100
WIPARK Garagen GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	100	100
WienIT GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	100	100
Wiener Energiespeicher GmbH (vormals: Wiener Erdgasspeicher GmbH), Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	100	100
WIEN ENERGIE TownTown GmbH, Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	100	100
WIEN ENERGIE TownTown GmbH & Co Energy Tower KG, Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	100	100
WSTW TownTown GmbH & Co Residenz KG, Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	100	100
WIENER STADTWERKE Vermögensverwaltung GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	100	100
WIENER STADTWERKE Finanzierungs-Services GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	100	100
Beteiligungsmanagement IWS Verwaltungs GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	100	100
Wiener Wasserstoff GmbH, Erdbergstraße 236, 1110 Wien	100	100
WIENER STADTWERKE Vermögensverwaltung Gamma GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	100	100
WSTW Fonds IV	100	100
WSTW Fonds VI	100	100
WSTW Fonds VII	100	100
WSTW Fonds VIII	100	100
WSTW Fonds IX	100	100

Folgende 25 (Vorjahr: 23) Unternehmen werden zum Stichtag aufgrund von Unwesentlichkeit nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen:

Angaben der Anteile

in %	31.12.2023	31.12.2024	
immOH! Energie und Gebäudemanagement GmbH, Spittelauer Lände 45, 1090 Wien	100	100	
HC immOH! Infrastruktur Services GmbH, Spittelauer Lände 45, 1090 Wien	100	100	
Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Wiener Stadtwerke Gesellschaft m. b. H., Erdbergstraße 236, 1110 Wien	100	100	
TownTown Infra GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	70	70	
Upstream - next level mobility GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	100	100	
WIEN ENERGIE International GmbH, Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	100	100	
Vienna Energy Természeti Erő Kft., Aradi utca 16, HU-1062 Budapest	100	100	1)
GPI - I KFT, Stefánia út 101-103, HU-1143 Budapest	–	100	3)
2nd-GPI KFT, Stefánia út 101-103, HU-1143 Budapest	–	100	3)
Vienna Energy forta naturala S.R.L., Street Sfanta Vineri 29, Cladirea Bectro Center, RO-030203 Bukarest	100	100	1)
EMK d.o.o.e.l. mali hidroelektrani, Jane Sandanski 113-12, 1000 Skopje	100	100	1)
ERS d.o.o. Male Hidroelektrane, Akademika Petra Mandića 11c, 71123 Istočno Sarajevo	100	100	1)
EBH d.o.o. male hidroelektrane, Zmaja od Bosne 7-7a, 71000 Sarajevo	100	100	1)
Vienna Energy Risorse Rinnovabili SRL, Via Cassa di Risparmio 18, 39100 Bolzano	100	100	1)
KW Sallabach Gesellschaft mbH, Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	85	85	
KW Sallabach Gesellschaft mbH & Co KG, Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	85	85	
Tierfriedhof Wien GmbH, Anton-Mayer-Gasse 5, 1110 Wien	85	85	
WSTW-WSE Entwicklungs GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	51	51	
WIEN ENERGIE Bundesforste Biomasse Kraftwerk GmbH, 1. Haidequerstraße 1, 1110 Wien	66,67	66,67	
WIEN ENERGIE Bundesforste Biomasse Kraftwerk GmbH & Co KG, 1. Haidequerstraße 1, 1110 Wien	66,67	66,67	
WIENER STADTWERKE Planvermögen GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	99,8	99,8	2)
Smartworks Innovation GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	100	100	
Smartworks Innovation GmbH & Co KG, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	100	100	
Smart Inspection GmbH, Praterstraße 1, Space 15, 1020 Wien	100	–	4)
Projektentwicklung KW Pusterwaldbach GmbH, Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	100	100	
logwien GmbH, Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	–	100	

- 1) 100% Tochter der WIEN ENERGIE International GmbH
2) Ein Zwerganteil von 0,2% wird von einem Treuhänder gehalten.
3) 100% Tochter der Vienna Energy Természeti Erő Kft
4) Verschmelzung in die WIEN ENERGIE GmbH

Erfassung und Bewertung

Tochterunternehmen und Unternehmenserwerbe

Im Konzernabschluss werden alle wesentlichen Unternehmen, bei denen die WSTW GmbH unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss auf die Finanz- und Geschäftspolitik ausüben kann (Tochterunternehmen), vollkonsolidiert. Die WSTW GmbH verfügt über beherrschenden Einfluss auf ein Beteiligungsunternehmen, wenn Anrechte auf schwankende Renditen aus dem Unternehmen bestehen, deren Höhe die WSTW GmbH durch ihre Verfügungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen beeinflussen kann.

Dies ist in der Regel bei einem Besitz von mehr als 50 % der Stimmrechte der Fall; es kann sich aber auch aus einer bestehenden wirtschaftlichen Verfügungsmacht an der Tätigkeit der betroffenen Gesellschaften ergeben, die dazu berechtigt, mehrheitlich den wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen bzw. dazu verpflichtet, die Risiken zu tragen. Erstkonsolidierungen erfolgen zum Zeitpunkt der Erlangung eines beherrschenden Einflusses, die Einbeziehung endet mit dessen Wegfall.

Im Zuge von Unternehmenserwerben gemäß IFRS 3 werden Vermögenswerte und Schulden (einschließlich Eventualverbindlichkeiten) unabhängig von der Höhe eventuell bestehender nicht beherrschender Anteile mit ihren vollen beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Die nicht beherrschenden Anteile an Tochterunternehmen werden mit dem anteiligen Wert am Nettovermögen (ohne Berücksichtigung anteiliger Firmenwerte) bewertet. Immaterielle Vermögenswerte sind gesondert vom Firmenwert zu bilanzieren, wenn sie vom Unternehmen trennbar sind oder aus einem gesetzlichen, vertraglichen oder anderen Rechtsanspruch resultieren. Verbleibende aktive Unterschiedsbeträge, die dem Veräußerer nicht näher identifizierbare Marktchancen und Entwicklungspotenziale abgelten, werden als Firmenwert aktiviert. Ergeben sich negative Unterschiedsbeträge, werden diese nach einer erneuten Beurteilung der Bewertung der identifizierten Vermögenswerte und Schulden (einschließlich Eventualverbindlichkeiten) des erworbenen Unternehmens und der Anschaffungskosten erfolgswirksam erfasst. Die aufgedeckten stillen Reserven und Lasten werden im Rahmen der Folgekonsolidierung entsprechend den korrespondierenden Vermögenswerten und Schulden fortgeführt. Eine Veränderung im Anteilsbesitz an einem weiterhin vollkonsolidierten Unternehmen wird erfolgsneutral als Eigenkapitaltransaktion bilanziert.

Konzerninterne Transaktionen

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden eliminiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Bei sämtlichen ergebniswirksamen Konsolidierungsvorgängen werden ertragsteuerliche Auswirkungen berücksichtigt und latente Steuern gegebenenfalls in Ansatz gebracht. Die Kapitalkonsolidierung erfolgt durch Verrechnung der übertragenen Gegenleistung mit dem beizulegenden Zeitwert der übernommenen Vermögenswerte und Schulden.

Funktionale und Darstellungswährung

Die Berichtswährung des Wiener Stadtwerke Konzerns ist der Euro. Die funktionale Währung aller voll- und quotenkonsolidierten Tochterunternehmen sowie nach der Equity-Methode einbezogener Unternehmen ist ebenfalls der Euro.

Ermessensentscheidungen

Im Rahmen der Vollkonsolidierung und im Rahmen der Equity-Bewertung wurde im Konzernabschluss auf die Einbeziehung von diversen Konzernunternehmen verzichtet. Diese werden zu Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet und in den sonstigen Vermögenswerten gezeigt. Die Einbeziehung dieser Gesellschaften ist für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Bei den nicht in den Vollkonsolidierungskreis einbezogenen Tochterunternehmen handelt es sich überwiegend um Gesellschaften mit geringem Geschäftsvolumen, wobei der Anteil dieser Tochtergesellschaften an der Konzernbilanzsumme insgesamt bei rund 2 % liegt. Als Wesentlichkeitskriterium werden hierbei die Umsatzerlöse sowie die Bilanzsumme der Tochterunternehmen herangezogen.

Folgende nicht einbezogene Gesellschaften haben zum Stichtag eine Bilanzsumme von über 20,0 Mio. EUR:

in Mio. EUR	Eigenkapital 31.12.2023	Jahresergebnis 2023	Eigenkapital 31.12.2024*	Jahresergebnis 2024*
immOH! Energie und Gebäudemanagement GmbH (vormals: Facilitycomfort Energie- und Gebäudemanagement), Spittelauer Lände 45, 1090 Wien	20,6	3,5	n.v.	n.v.
Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Wiener Stadtwerke Gesellschaft m.b.H., Erdbergstraße 236, 1110 Wien	27,2	0,8	n.v.	n.v.
Vienna Energy forta naturala S.R.L., Street Sfanta Vineri 29, Cladirea Bectro Center, RO-030203 Bukarest	31,8	6,7	n.v.	n.v.
EVN-WIEN ENERGIE Windparkentwicklungs- und Betriebs GmbH & Co KG, Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	16,1	4,3	16,6	4,7
WIEN ENERGIE International GmbH (vormals: Energy Eastern Europe Hydro Power GmbH), Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	45,4	7,1	n.v.	n.v.
PAMA-GOLS Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG, Kasernenstraße 9, 7000 Eisenstadt	4,2	2,2	5,3	1,2

* Für das Geschäftsjahr 2024 sind noch keine Werte vorhanden.

7.3 Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen

Die Anteile des Konzerns an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen umfassen Anteile an assoziierten Unternehmen und an Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures).

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Anteile an assoziierten Unternehmen	177,3	152,9
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	0,0	195,1
Gesamt	177,3	348,1

Folgende assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden zum Stichtag nach der Equity-Methode einbezogen:

Angaben der Anteile

in %	31.12.2023	31.12.2024
ENERGIEALLIANZ Austria GmbH, Wienerbergstraße 11, 1100 Wien ⁴⁾	45	45
WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG, Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien ⁴⁾	100	100
Naturkraft Energievertriebsgesellschaft m.b.H., Wienerbergstraße 11, 1100 Wien ¹⁾	45	45
SWITCH Energievertriebsgesellschaft m.b.H., Wienerbergstraße 11, 1100 Wien ²⁾	45	–
VERBUND-Innkraftwerke GmbH, Innwerkkanal, 84513 Töging ³⁾	13	13

- 1) 100 % Tochter der ENERGIEALLIANZ Austria GmbH
- 2) Bisher 100 % Tochter der ENERGIEALLIANZ Austria GmbH, Gesellschaft wurde 2024 die ENERGIEALLIANZ Austria GmbH verschmolzen
- 3) Assoziiertes Unternehmen
- 4) Gemeinschaftsunternehmen

Die WIEN ENERGIE GmbH ist als Kommanditist zu 100 % am Vermögen und am Ergebnis der WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG beteiligt, die auf den Vertrieb von Strom und Gas spezialisiert ist. Komplementärin ohne Vermögens-einlage ist die ENERGIEALLIANZ Austria GmbH, deren Tätigkeitsbereich den Elektrizitätshandel betrifft. Die WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG wird gemeinsam geführt, da aufgrund der Verträge zwischen WIEN ENERGIE GmbH und ENERGIEALLIANZ Austria GmbH die WIEN ENERGIE GmbH nicht allein über die wesentlichen Aktivitäten entscheiden kann. Gemäß IFRS 11 wird dieses Gemeinschaftsunternehmen daher at-Equity im Konzernabschluss dargestellt.

Bei der ENERGIEALLIANZ Austria GmbH handelt es sich aufgrund bestehender Verträge zwischen EVN AG, Burgenland Energie AG und WIEN ENERGIE GmbH, die eine gemeinschaftliche Führung der ENERGIEALLIANZ Austria GmbH vorsehen, um ein Gemeinschaftsunternehmen im Sinne des IFRS 11, das ebenfalls at-Equity in den Konzernabschluss einbezogen wird. Der Bilanzstichtag beider

Gesellschaften ist der 30. September. Sowohl die WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG als auch die ENERGIEALLIANZ Austria GmbH werden auf Basis eines IFRS-Packages zum 31. Dezember in den Konzernabschluss einbezogen.

Die WIEN ENERGIE GmbH hält an der VERBUND-Innkraftwerke GmbH (IKW), die im Bereich Elektrizitätserzeugung tätig ist, unverändert zum Vorjahr einen Kapitalanteil von 13 %. Im Rahmen der Gesellschaftsvereinbarung wurden der WIEN ENERGIE GmbH Rechte gewährt, die erheblich über die üblicherweise mit einem Stimmrechtsanteil von 13 % verbundenen Einflussmöglichkeiten hinausgehen. Aufgrund dieser Möglichkeiten, die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen der IKW zu beeinflussen, wird diese als assoziiertes Unternehmen at-Equity in den Konzernabschluss einbezogen.

Folgende 18 (Vorjahr: 18) Unternehmen werden per 31. Dezember 2024 aufgrund von Unwesentlichkeit nicht nach der Equity-Methode einbezogen:

Angaben der Anteile

in %	31.12.2023	31.12.2024
e&i EDV Dienstleistungsgesellschaft m.b.H., Thomas-Klestil-Platz 13, 1030 Wien	50	50
Kraftwerk Nußdorf Errichtungs- und Betriebs GmbH, Am Hof 6a, 1010 Wien	33,33	33,33
Kraftwerk Nußdorf Errichtungs- und Betriebs GmbH & Co KG, Am Hof 6a, 1010 Wien	33,33	33,33
Venergi GmbH, Guglgasse 234/5/3/2 17/Erdbergstraße, 1110 Wien	–	50
EVN-WIEN ENERGIE Windparkentwicklungs- und Betriebs GmbH, Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	50	50
EVN-WIEN ENERGIE Windparkentwicklungs- und Betriebs GmbH & Co KG, Thomas-Klestil-Platz 14, 1030 Wien	50	50
PAMA-GOLS Windkraftanlagenbetriebs GmbH, Kasernenstraße 9, 7000 Eisenstadt	50	50
PAMA-GOLS Windkraftanlagenbetriebs GmbH & Co KG, Kasernenstraße 9, 7000 Eisenstadt	50	50
Wiener Tierkrematorium GmbH, Alberner Hafenzufahrtsstraße 8, 1110 Wien	49	49
EPZ Energieprojekt Zurndorf GmbH & Co KG, Kasernenstraße 9, 7000 Eisenstadt	42,4	42,4
EP Zurndorf GmbH, Kasernenstraße 9, 7000 Eisenstadt	42,4	42,4
Aspern Smart City Research GmbH, Christine-Touaillon-Straße 11/Top 22, 1220 Wien	44,95	44,95
Aspern Smart City Research GmbH & Co KG, Christine-Touaillon-Straße 11/Top 22, 1220 Wien	44,95	44,95
ARGE Parkplatz Verteilerkreis Favoriten, Verteilerkreis Favoriten, 1100 Wien	50	50
TELEREAL Telekommunikationsanlagen GmbH, Mollardgasse 8/19, 1060 Wien	25	25
Riddle & Code Energy Solutions GmbH, Gertrude-Fröhlich-Sandner-Straße 2–4/Tower 9, 1100 Wien	50	– 1)
VID Energie Infrastruktur GmbH, Trabrennstraße 2b, 1020 Wien	50	50
VID Energie Infrastruktur GmbH & Co KG, Trabrennstraße 2b, 1020 Wien	50	50
Wohnfonds - Wiener Stadtwerke Entwicklungs GmbH, Lenaugasse 10, 1082 Wien	25	25

1) Die Gesellschaft wurde 2024 liquidiert.

Die folgende Übersicht zeigt zusammengefasste Finanzinformationen zu den in den Konzernabschluss einbezogenen assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, wobei die VERBUND-Innkraftwerke GmbH ein assoziiertes Unternehmen darstellt und die WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG sowie die ENERGIEALLIANZ Austria GmbH als Gemeinschaftsunternehmen klassifiziert werden.

Bilanz

	ENERGIE- ALLIANZ Austria GmbH	WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG	VERBUND- Inn- kraftwerke GmbH	ENERGIE- ALLIANZ Austria GmbH	WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG	VERBUND- Inn- kraftwerke GmbH
in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2024
Langfristige Vermögenswerte	98,5	3,4	1.241,3	16,4	10,0	1.230,5
Kurzfristige Vermögenswerte (exkl. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente)	458,4	489,1	315,2	358,6	403,6	172,9
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	31,1	0,9	0,0	51,1	1,0	0,0
Langfristige Schulden	10,7	28,3	137,6	10,4	11,1	182,3
Kurzfristige Schulden	702,7	745,5	55,2	350,3	237,8	44,6
Nettovermögen (100%)	-125,3	-280,4	1.363,7	65,4	165,7	1.176,5
Anteil des Konzerns am Nettovermögen in %	45	100	13	45	100	13
Geschäfts- oder Firmenwert	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Buchwert der Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	0,0	0,0	177,3	29,4	165,7	152,9

Gewinn- und Verlustrechnung

	ENERGIE- ALLIANZ Austria GmbH	WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG	VERBUND- Inn- kraftwerke GmbH	ENERGIE- ALLIANZ Austria GmbH	WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG	VERBUND- Inn- kraftwerke GmbH
in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2024
Umsatzerlöse	3.148,5	2.038,6	424,9	1.763,0	1.347,8	279,0
Planmäßige Abschreibungen	-0,4	0,0	-25,8	-0,4	-0,1	-26,0
Zinserträge	5,3	2,1	4,4	2,4	4,6	4,7
Zinsaufwendungen	-1,5	-4,3	0,0	-2,4	-0,1	0,0
Ertragsteuern	2,2	0,0	-100,6	-1,9	0,0	-60,2
Ergebnis nach Ertragsteuern	-23,5	178,0	262,6	11,2	85,1	157,7
Sonstiges Ergebnis	-314,0	-154,1	0,5	179,5	361,1	-1,1
Gesamtergebnis	-337,5	23,9	263,1	190,7	446,2	156,6
Anteiliges Ergebnis nach Ertragsteuern	-10,6	178,0	34,1	5,0	85,1	20,5
Anteiliges sonstiges Ergebnis	-141,3	-154,1	0,1	80,8	361,1	-0,1
Anteiliges Gesamtergebnis	-151,9	23,9	34,2	85,8	446,2	20,4
Anteilige Dividendenausschüttung	0,0	0,0	13,0	0,0	0,0	44,7

Erfassung und Bewertung

Gemeinschaftliche Vereinbarungen (Joint Arrangements) werden abhängig von den sich aus der Vereinbarung ergebenden Rechten und Verpflichtungen der beherrschenden Parteien in den Konzernabschluss der WSTW GmbH einbezogen: Bestehen lediglich Rechte am Nettovermögen des gemeinsam beherrschten Unternehmens, handelt es sich gemäß IFRS 11 um ein Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture), das at-Equity einbezogen wird. Bei gemeinschaftlichen Tätigkeiten verfügt der Konzern über Rechte an deren Vermögenswerten und Schulden. Es erfolgt eine anteilige Erfassung der Vermögensgegenstände und Schulden bzw. Aufwendungen und Erträge im Abschluss der Partner der Joint Operation. Assoziierte Unternehmen sind Unternehmen, bei denen der Konzern einen maßgeblichen Einfluss, jedoch keine Beherrschung oder gemeinschaftliche Führung in Bezug auf die Finanz- und Geschäftspolitik hat. Diese werden at-Equity einbezogen.

Anteile an assoziierten Unternehmen und dem Gemeinschaftsunternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert. Sie werden zunächst mit den Anschaffungskosten angesetzt, wozu auch Transaktionskosten zählen. Nach dem erstmaligen Ansatz wird der Buchwert entsprechend dem Anteil des Konzerns an der Änderung des Eigenkapitals des assoziierten Unternehmens oder Gemeinschaftsunternehmens spiegelbildlich fortgeführt. Im Fall eines Anzeichens einer möglichen Wertminderung wird ein Wertminderungstest durchgeführt.

Die WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG wies per 31. Dezember 2023 ein negatives Eigenkapital von 280,4 Mio. EUR auf. Das Eigenkapital der ENERGIEALLIANZ Austria GmbH war mit 125,3 Mio. EUR ebenfalls negativ. Gemäß IAS 28.38 ist die Einbeziehung von Verlusten einzustellen, soweit der Anteil an den Verlusten des assoziierten Unternehmens zu einem negativen Equity-Wert führen würde. Die nicht berücksichtigten überschießenden Verluste betrafen das sonstige Ergebnis. Per 31. Dezember 2024 weisen alle genannten Gesellschaften wieder ein positives Eigenkapital auf.

7.4 Beteiligungen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten

Der Konzern hat eine wesentliche gemeinschaftliche Tätigkeit, die deeep Tiefengeothermie GmbH mit Hauptschäftssitz in Wien. Die WIEN ENERGIE GmbH hält 51 % der Gesellschaft. Der Zweck der Unternehmung besteht einerseits in der Erschließung, Entwicklung und Nutzung von

geothermischer Energie im Wiener Becken und andererseits in der Produktion, Speicherung und dem Verkauf von Wärme aus geothermischer Energie. Da laut Gesellschaftervertrag der wirtschaftliche Gesamtnutzen aus den Vermögenswerten der Gesellschaft den Vertragspartnern zufließt und die Fähigkeit der Gesellschaft ihre Schulden zu begleichen abhängig ist von deren Zahlungsströmen, ist die Gesellschaft als gemeinsame Tätigkeit einzustufen und im Konzernabschluss der WIENER STADTWERKE GmbH als quotenkonsolidiertes Unternehmen einzubeziehen.

Erfassung und Bewertung


Die Einstufung als gemeinschaftliche Tätigkeit ist wie in Kapitel 7.3 beschrieben abhängig von den vertraglichen Rechten und Pflichten der Vertragspartner. Die WSTW GmbH erfasst ihre direkten Rechte an den Vermögenswerten, Verbindlichkeiten, Erlösen und Aufwendungen von gemeinschaftlichen Tätigkeiten anteilig im Konzernabschluss. Diese werden in den jeweils entsprechenden Konzernabschlussposten ausgewiesen.

7.5 Nahestehende Unternehmen und Personen

Nahestehende Unternehmen und Personen

Grundsätzlich entsteht gemäß IAS 24 eine nahestehende Beziehung zu Unternehmen und Personen durch direkte oder indirekte Beherrschung, maßgeblichen Einfluss oder gemeinschaftliche Führung. Zusätzlich zählen Personen im Management in Schlüsselpositionen dazu. Im Kreis der nahestehenden Personen ebenso eingeschlossen sind Familienangehörige der betroffenen natürlichen Personen.

Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen des Wiener Stadtwerke Konzerns zählen somit sämtliche, nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen sowie die Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen und Personen in Schlüsselpositionen.

 Als Personen in Schlüsselposition werden die Geschäftsführungen und Aufsichtsrät*innen der WIENER STADTWERKE GmbH, der Wien Energie, der Wiener Netze und der Wiener Linien definiert.

Die Stadt Wien hält als Gesellschafter 100 % an der WIENER STADTWERKE GmbH. Damit zählen die Stadt Wien und die unter ihrem beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss stehenden oder gemeinsam geführten Unternehmen zu den nahestehenden Unternehmen und Personen des Wiener Stadtwerke Konzerns. Da es sich bei der Stadt Wien um eine öffentliche Stelle gemäß IAS 24 handelt, wird

die Befreiung nach IAS 24.25, wonach Geschäftsvorfälle und ausstehende Salden mit nahestehenden Unternehmen und Personen nicht anzugeben sind, wenn eine öffentliche Stelle das berichtende Unternehmen beherrscht, es sei denn, sie sind signifikant, in Anspruch genommen.

Geschäftsfälle mit Unternehmen, die unter beherrschendem bzw. maßgeblichem Einfluss der Stadt Wien stehen, betreffen im Wesentlichen Strom-, Gas-, Netz- sowie Facilitydienstleistungen.

Vergütung des Managements in Schlüsselpositionen

Leistungen an Mitglieder der Geschäftsführungen und des Aufsichtsrats beinhalten insbesondere Gehälter, Abfertigungen, Pensionen und Aufsichtsratsvergütungen.

Die folgenden Tabellen zeigen die Bezüge der aktiven Geschäftsführungsmitglieder in Schlüsselpositionen sowie jene der Geschäftsführung der WIENER STADTWERKE GmbH als Mutterunternehmen des Konzerns und die Aufsichtsratsvergütungen.

	Management in Schlüssel- positionen	davon Geschäftsführung der WIENER STADTWERKE GmbH	Management in Schlüssel- positionen	davon Geschäftsführung der WIENER STADTWERKE GmbH
in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2024
Kurzfristig fällige Leistungen	3,69	0,92	4,48	1,23
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,15	0,04	0,23	0,10
Gesamt	3,84	0,96	4,71	1,33

	Aufsichts- rät*innen in Schlüssel- positionen	davon Aufsichtsrät*in- nen der WIENER STADTWERKE GmbH	Aufsichts- rät*innen in Schlüssel- positionen	davon Aufsichtsrät*in- nen der WIENER STADTWERKE GmbH
in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2024
Aufsichtsratsvergütungen gesamt	0,15	0,07	0,15	0,07

In der Berichtsperiode, wie auch in den Vorperioden, wurden keine Darlehen an die Geschäftsführung vergeben oder ausbezahlt. In den Pensionsaufwendungen sind laufende Pensionszahlungen an ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung der WIENER STADTWERKE GmbH in Höhe von 0,7 Mio. EUR (Vorjahr: 0,6 Mio. EUR) enthalten.

Geschäftsfälle mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Die folgenden Tabellen stellen eine Übersicht der Geschäftsfälle mit nahestehenden Unternehmen und Personen dar. Es handelt sich dabei um den Kauf/Verkauf von Gütern und Dienstleistungen sowie Finanzierungen:

31.12.2024				
in Mio. EUR	Aufwendungen	Erträge	Verbindlichkeiten	Forderungen
Stadt Wien und deren Tochterunternehmen	-165,7	396,4	-52,4	26,2
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen/assoziierte Unternehmen	-113,8	22,7	-45,6	37,6
Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen (WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG, ENERGIEALLIANZ Austria GmbH, VERBUND Innkraftwerke GmbH)	-709,8	1.706,9	-167,6	151,4
Gesamt	-989,2	2.126,0	-265,5	215,1

31.12.2023				
in Mio. EUR	Aufwendungen	Erträge	Verbindlichkeiten	Forderungen
Stadt Wien und deren Tochterunternehmen	-125,0	347,6	-35,7	22,8
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen/assoziierte Unternehmen	-92,7	20,0	-38,8	21,5
Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen (WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG, ENERGIEALLIANZ Austria GmbH, VERBUND Innkraftwerke GmbH)	-1.073,3	2.947,6	-134,8	245,5
Gesamt	-1.291,0	3.315,2	-209,4	289,7

Sämtliche Forderungen gegenüber nahestehenden Personen werden als werthaltig angesehen, weshalb weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr wesentliche Wertberichtigungen vorgenommen wurden.

Zusätzlich zu den in den Tabellen ersichtlichen Werten gab es Zuschüsse der Stadt Wien. Die korrespondierenden Zahlen werden in den übrigen sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. in den kurzfristigen sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Zu weiteren Informationen dazu wird auf Kapitel 8.2 Sonstige betriebliche Erträge sowie Kapitel 8.10 Sonstige Verbindlichkeiten verwiesen.

In der Folge werden wesentliche in der Tabelle dargestellte Transaktionen erläutert:

Stadt Wien und deren Tochterunternehmen

Es gibt Verträge mit der Stadt Wien bzw. deren Magistratsabteilungen und anderen direkten oder indirekten Tochterunternehmen der Stadt Wien über die Abnahme von Fernwärme bzw. über den Zukauf von Müll der MA 48 zur Wärmeerzeugung. Aus diesen Geschäften wurden Umsatzerlöse in der Höhe von 172,0 Mio. EUR (Vorjahr: 146,1 Mio. EUR) bzw. Aufwendungen in Höhe von 66,7 Mio. EUR (Vorjahr: 62,5 Mio. EUR) erzielt. Die ausständigen Forderungen stehen mit einem Betrag von 8 Mio. EUR auch mit diesen Transaktionen im Zusammenhang.

Die Erlöse aus dem Leistungsausgleich Wiener Linien und Wiener Lokalbahnen, welcher mit der Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) Gesellschaft m.b.H. durchgeführt wird, ergaben in Summe 155,2 Mio. EUR (Vorjahr: 157,4 Mio. EUR). Aus diesen Transaktionen ergeben sich ausständige Forderungen in Höhe von 6 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr gab es außerdem Aufwendungen aus Bereitstellungsgebühren für Kreditlinien der Stadt Wien (Finanzwesen MA 5) in Höhe von 4,1 Mio. EUR (Vorjahr: 6,4 Mio. EUR). Weiters gibt es u. a. noch wesentliche Abgaben an die Stadt Wien (Rechnungs- und Abgabenwesen MA 6) in Höhe von insgesamt 57,4 Mio. EUR (Vorjahr: 49,4 Mio. EUR). Seitens der Wiener Lokalbahnen besteht auch ein Vertrag mit der Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) Gesellschaft m.b.H. über ein Darlehen zur Finanzierung der TW500 Triebfahrzeuge. Der Stand der Verbindlichkeit betrug zum Abschlussstichtag 28,7 Mio. EUR (Vorjahr: 25,2 Mio. EUR).

Nicht konsolidierte Tochterunternehmen/ assoziierte Unternehmen

Der ausstehende Verbindlichkeitssaldo resultiert im Wesentlichen aus einem Cashpooling-Vertrag im Wiener Stadtwerke Konzern, welcher auch von nicht konsolidierten Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen in Anspruch genommen wird. Die Forderungen stammen größtenteils aus drei Darlehen, welche nicht konsolidierten Tochterunternehmen gewährt wurden. Die Aufwendungen entstanden hauptsächlich aus Energiebezugsleistungen gegenüber der WIEN ENERGIE Bundesforste Biomasse Kraftwerk GmbH & Co KG, IT-Dienstleistungen (Lizenzgebühren) und der Inanspruchnahme von Facilitydienstleistungen des Wiener Stadtwerke Konzerns bei immOH! Energie und Gebäudemanagement GmbH bzw. HC immOH! Infrastruktur Services GmbH.

Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen

Die wesentlichen Transaktionen betreffen u. a. einen Dienstleistungsvertrag, nach welchem die Wien Energie im Namen und Auftrag der WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG die Strom- und Gasverrechnung bzw. die Beschaffung vornimmt. Weiters sind die für die WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG tätigen Mitarbeiter*innen seitens der Wien Energie überlassen. Das Weisungsrecht gegenüber diesen Mitarbeiter*innen steht der WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG zu. Für den gesamten Wiener Stadtwerke Konzern ergeben sich aus allen Leistungen Erträge in Höhe von 1.052,5 Mio. EUR (Vorjahr: 1.852,1 Mio. EUR) mit der WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG. Die Aufwendungen daraus betragen 485,1 Mio. EUR (Vorjahr: 844,1 Mio. EUR).

Im Konzernabschluss sind zusätzlich aktive und passive derivative Finanzinstrumente für die WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG erfasst. Diese betragen in Summe -19,5 Mio. EUR (aktive 31,2 Mio. EUR und passive 50,7 Mio. EUR).

Da die ENERGIEALLIANZ Austria GmbH auch den seitens der Wien Energie produzierten Strom vertreibt, erfolgt ein Teil des Stromhandels durch die ENERGIEALLIANZ Austria GmbH. Darüber hinaus wurden auch die Herkunftsnachweise für Strom über die ENERGIEALLIANZ Austria GmbH gehandelt. Die Erlöse (inklusive der Netzleistungen für die Wiener Netze) betragen dabei 654,4 Mio. EUR (Vorjahr: 1.092,7 Mio. EUR), und die Aufwendungen 192,9 Mio. EUR (Vorjahr: 171,3 Mio. EUR). Aus diesen Geschäften stammt auch ein Teil des Forderungssaldos gegenüber der WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG sowie der ENERGIEALLIANZ Austria GmbH mit insgesamt 150,8 Mio. EUR (Vorjahr: 244,1 Mio. EUR). Auch der Verbindlichkeitensaldo ergibt sich zum Teil aus den vorgenannten Geschäften mit WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG sowie der ENERGIEALLIANZ Austria GmbH, welche in Summe 23,8 Mio. EUR (Vorjahr: 7,8 Mio. EUR) ausmachen. Der Großteil der Verbindlichkeiten resultiert jedoch aus dem Cashpooling-Vertrag gegenüber der WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG in Höhe von 128,1 Mio. EUR (Vorjahr: 111,3 Mio. EUR).

Im Konzernabschluss sind zusätzlich aktive und passive derivative Finanzinstrumente für die ENERGIEALLIANZ Austria GmbH erfasst. Diese betragen in Summe 17,3 Mio. EUR (aktive 27,3 Mio. EUR und passive 9,9 Mio. EUR).

8 Geschäftsverlauf der Wiener Stadtwerke

8.1 Umsatzerlöse

Der Konzern erzielt Umsätze in den folgenden Bereichen:

Zeitpunkt der Umsatzrealisierung

in Mio. EUR	2023			2024		
	zeitraum-bezogen	zeitpunkt-bezogen	gesamt	zeitraum-bezogen	zeitpunkt-bezogen	gesamt
Umsätze gemäß IFRS 15	2.809,3	3.369,0	6.178,2	2.662,6	2.260,7	4.923,4
Energie und Netze	1.805,2	3.170,3	4.975,5	1.662,7	2.051,2	3.713,9
Verkehr	658,9	115,6	774,5	660,3	119,7	780,0
Bestattung und Friedhöfe	5,0	49,5	54,5	5,5	52,3	57,8
Parken	29,7	0,0	29,7	31,6	0,0	31,6
Sonstige	310,5	33,6	344,1	302,4	37,7	340,1
Umsätze gemäß IFRS 16	45,8	0,0	45,8	50,0	0,0	50,0
Gesamt	2.855,1	3.369,0	6.224,0	2.712,6	2.260,7	4.973,4

Folgende Tabellen zeigen die Entwicklung der Vertragsvermögenswerte sowie der Vertragsverbindlichkeiten:

Entwicklung von Vertragsvermögenswerten

in Mio. EUR	2023	2024
Stand am 01.01.	9,9	6,0
Aktivierung	0,0	1,9
Amortisation	-4,0	0,0
Stand am 31.12.	6,0	7,9

Die Vertragsvermögenswerte betreffen im Wesentlichen noch nicht abgerechnete Leistungen der Wiener Netze.

Entwicklung von Vertragsverbindlichkeiten

in Mio. EUR	2023	2024
Stand am 01.01.	704,6	746,7
Änderung Leistungsfortschritt	-140,7	-158,6
Erhaltene Zahlungen	182,8	173,3
Stand am 31.12.	746,7	761,4

Die Vertragsverbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Baukostenzuschüsse der Wiener Netze und Wien Energie (siehe dazu auch nachfolgende Anmerkungen).

Im Geschäftsjahr wurden Erlöse in Höhe von 145,3 Mio. EUR (Vorjahr: 136,0 Mio. EUR) erfasst, welche in den Vertragsverbindlichkeiten des Vorjahresstichtages enthalten waren.

Noch nicht erbrachte Leistungsverpflichtungen

in Mio. EUR	2023	2024
Innerhalb von weniger als einem Jahr	138,1	172,8
innerhalb von einem bis fünf Jahre	288,1	317,5
Nach mehr als fünf Jahren	224,3	271,0
Gesamt	650,5	761,4

Es bestehen keine Gegenleistungen aus Verträgen mit Kund*innen, die in den oben dargestellten Umsatzerlösen nicht erfasst sind.

Erfassung und Bewertung

Allgemein

Der wesentliche Teil der Umsatzerlöse stammt aus Verträgen mit Kund*innen und wird gemäß IFRS 15 erfasst. Dieser Standard sieht ein fünfstufiges Modell zur Erlösrealisierung vor. Im ersten Schritt sind Verträge mit Kund*innen zu identifizieren, um dann die darin enthaltenen eigenständigen Leistungsverpflichtungen zu lokalisieren. Anschließend ist der Transaktionspreis zu bestimmen und auf die identifizierten Leistungsverpflichtungen zu verteilen. Im letzten Schritt wird die Art der Erlöserfassung (zeitraum- oder zeitpunktbezogen) ermittelt. Umsatzerlöse werden realisiert, wenn die Kund*innen Kontrolle über die erbrachten Dienstleistungen oder verkauften Güter erhalten.

Energie

Der größte Teil der Umsatzerlöse entfällt auf den Konzernbereich Energie. Das Haupttätigkeitsfeld der Konzernunternehmen aus dem Teilkonzern der Wien Energie ist die Lieferung von Wärme bzw. Kälte an ihre Kund*innen. Dabei handelt es sich einerseits um Großkund*innen, wie Genossenschaften, Bauträger*innen und Hauseigentümer*innen oder den Krankenanstaltsverbund, andererseits aber auch um einzelne Privatpersonen, welche Wärme bzw. Kälte beziehen.

Verträge zur Lieferung von Wärme oder Kälte gliedern sich grundsätzlich in zwei Preiskomponenten: einen sogenannten Grund- oder Leistungspreis und einen Arbeitspreis.

Die Lieferung von Wärme bzw. Kälte (im Zuge eines Fernwärme- oder Fernkältevertrags) erfolgt im Rahmen eines Versorgungsvertrags, d. h. die Kund*innen erhalten so viel Wärme bzw. Kälte, wie sie benötigen. Der Preis pro kWh, d. h. der Arbeitspreis, entspricht dabei dem Einzelveräußerungspreis. Jede abgerufene Mengeneinheit an Wärme bzw. Kälte (gemessen in kWh) ist somit als separate Leistungsverpflichtung zu betrachten. Die Leistungserbringung erfolgt bei Abruf der Wärme/Kälte. Die Zurechnung der Gegenleistung erfolgt auf Basis des Preises je kWh und der tatsächlich verbrauchten Menge an Wärme bzw. Kälte. Die Erfassung des Umsatzes erfolgt zeitraumbezogen, da den Kund*innen der Nutzen aus der Wärme bzw. Kälte zufließt, während die Leistung erbracht wird. Die Kund*innen begleichen im Nachhinein die Forderungen im Wesentlichen über eine monatliche Zahlung, die auf einer Vorschreibung basiert. Einmal jährlich wird eine Endabrechnung erstellt, in der die tatsächlich verbrauchten Mengen mit den erfolgten Zahlungen abgeglichen und Guthaben bzw. Nachzahlungen ermittelt und verrechnet werden.

Eine weitere eigenständige Leistungskomponente ist die Bereitstellung des Zugangs zum Fernwärme- bzw. Fernkälte-netz. Die Kund*innen haben während der Mindestvertragslaufzeit jederzeit einen Anspruch auf Lieferung der vereinbarten Wärme- oder Kälteleistung und Wien Energie hat für diese Leistungsabrufe bereitzustehen. Die Leistungserbringung der Wien Energie erfolgt also über die Vertragslaufzeit. Für diese Bereitstellungsleistung haben die Kund*innen einen von der tatsächlichen Inanspruchnahme unabhängigen Grund- oder Leistungspreis zu bezahlen. Die Zahlung erfolgt im Wesentlichen zu Vertragsbeginn oder vor dem Start der Baumaßnahmen; der Umsatzerlös wird zeitraumbezogen realisiert.

Wenn erforderlich, errichtet die Wien Energie für die Kund*innen die Hausanschlussleitung ab der Grundgrenze sowie die Hausstation bzw. die Hausanlage für die Lieferung von Fernwärme und Fernkälte. Dies erfolgt auf dem Grundstück der Kund*innen. Durch die Leistung von Wien Energie wird somit ein Vermögenswert erstellt, über den die Kund*innen die Verfügungsgewalt bereits während der Erstellung erhalten. Die Leistungsverpflichtung wird somit grundsätzlich über einen bestimmten Zeitraum im Sinne des IFRS 15.35b erbracht. Aufgrund der regelmäßig kurzen Errichtungszeit wird gemäß IFRS 15.63 keine Anpassung um eine möglicherweise vorhandene Finanzierungskomponente vorgenommen. Darüber hinaus erfolgt aus Vereinfachungsgründen die Umsatzrealisierung mit Übergabe der fertiggestellten Anlage an die Kund*innen.

Wien Energie erzielt außerdem Umsätze aus der Verwertung von Müll und Klärschlamm. Dieser wird von den Entsorgungsbetrieben angeliefert und durch Verbrennung wird Wärme erzeugt. Die Umsatzrealisierung erfolgt zeitraumbezogen, da die Annahme der angelieferten Abfälle laufend erfolgt, wenn diese entstehen. Die gesamte Gegenleistung umfasst hierbei sowohl jährliche Pauschalbeträge als auch mengenabhängige variable Entgeltbestandteile. Die Abrechnungsperiode entspricht dabei dem Kalenderjahr und erfolgt auf Basis der tatsächlichen thermisch verwerteten Abfallmenge. Da diese Entgeltbestandteile daher am Periodenende feststehen, erfolgt die Berücksichtigung der variablen Entgeltbestandteile in Höhe des tatsächlichen Anfalls während der jeweiligen Abrechnungsperiode.

Bei den Erlösen aus Strom- und Gasverkauf besteht die Leistungsverpflichtung in der Lieferung einer im Einzelvertrag festgelegten Menge an Strom bzw. Erdgas. Die Erlöserfassung erfolgt hierbei zum Zeitpunkt der physischen Lieferung des Stroms bzw. Gas. Die Umsatzerlöse werden gemäß IFRS 15.B16 in jener Höhe realisiert, in der ein Recht auf Verrechnung besteht, da dieser Betrag die an die Kund*innen erbrachte Leistung widerspiegelt.

Netze


Die Umsatzerlöse der Wiener Netze bestehen im Wesentlichen aus Netznutzungsentgelten für Strom und Gas, Bereitstellungsgebühren für das Fernwärme/-kältenetz und aus Umsatzerlösen aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen für Netzzutritt und Netzbereitstellung.

Die Wiener Netze erstellen für Kund*innen den Netzananschluss bzw. schließen bei einem bereits vorhandenen Netzananschluss neue Kund*innen an das bestehende Netz an. Weiterhin sind die Wiener Netze während der Laufzeit des Netznutzungsvertrags für den Betrieb und die Instandhaltung des Netzes zur Sicherstellung der jederzeitigen Netzbereitschaft zwecks Abrufmöglichkeit von Energie durch die Kund*innen verantwortlich. Die angeführten Leistungen sind als einheitliche Leistungsverpflichtung zu sehen.

Der Netzpreis für die Nutzung des Strom- und Gasnetzes setzt sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammen. Er wird von der Energie-Control Austria per Verordnung festgesetzt. Er gilt als Festpreis und kann in seiner Höhe nicht verändert werden.

Die Kund*innen nutzen die erbrachte Leistung gleichzeitig mit ihrer Erbringung über die Laufzeit des Netznutzungsvertrags. Die Leistungsverpflichtung wird somit gemäß IFRS 15.35a über einen bestimmten Zeitraum erfüllt und entsprechend realisiert. Die Zahlung der Kund*innen erfolgt monatlich.

Das im Eigentum der Wiener Netze stehende Fernwärme-Primärnetz wird auf der Grundlage eines Kommissionsvertrags mit der Wien Energie betrieben. Die Wiener Netze als Kommittent sind dabei für Betrieb, Instandhaltung und Ausbau des Netzes zuständig, während der Verkauf der Fernwärme an die Endkund*innen ausschließlich durch die Wien Energie als Kommissionär erfolgt. Die Wiener Netze erhalten dafür von Wien Energie ein vom Instandhaltungsaufwand und Ausbauvolumen abhängiges Kommissionsentgelt, das in die Umsatzerlöse der Wiener Netze einfließt.

 Für die periodengerechte Erfassung der Umsatzerlöse aus Lieferungen von Fernwärme und -kälte, Strom und Gas sowie aus den Netznutzungsentgelten, die in Abhängigkeit von der gelieferten Energiemenge abgerechnet werden, müssen die verkauften Mengen ermittelt und bewertet werden. Da zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses nicht alle Kund*innen abgerechnet sind, müssen die Umsatzerlöse geschätzt und bilanziell abgegrenzt werden. Besonders bei rollierender Abrechnung sind die Ablesetermine für Kund*innen über das ganze Jahr verteilt. Bei Kund*innen, bei denen nicht monatlich abgelesen wird, fehlen die Verbrauchsdaten des Zeitraums zwischen der letzten Abrechnung und dem Bilanzstichtag. Diese werden durch das Individualverfahren ermittelt, bei dem alle Verträge einzeln analysiert werden. Für die noch nicht abgerechneten Verträge erfolgt eine Abrechnungssimulation. Das Individualverfahren hat den Vorteil, dass alle Änderungen bei Tarifen, Preisen, Ableseergebnissen, Zählwerken etc. mit maximaler Genauigkeit in die Berechnung einfließen.

Als Bestandteil des Netzpreises werden auch Steuern und Abgaben eingehoben, bei denen die Wiener Netze als Agent handeln, da bei diesen Preisbestandteilen

- eine andere Partei (öffentliche bzw. staatliche Stelle) an der Lieferung von Gütern oder der Erbringung von Dienstleistungen beteiligt ist,
- die Wiener Netze keine Verfügungsgewalt über diese Leistungen besitzen,
- sie weiters keine signifikante Integrationsleistung erbringen,
- kein Bestandsrisiko tragen und
- nicht über einen Ermessensspielraum bei der Festlegung der in den Netzerlösen enthaltenen Steuern und Abgaben verfügen.

Dies führt unter IFRS 15 zu einem Nettoausweis der in den Netzerlösen enthaltenen Steuern und Abgaben.

Von Kund*innen und Projektpartner*innen erhaltene Baukostenzuschüsse sind einmalig entrichtete Beiträge für die Gewährung und Errichtung von Netzzugängen. Bei den von den

Wiener Netzen in Form von Netzzutritts- und Netzbereitstellungsentgelten eingehobenen Baukostenzuschüssen handelt es sich um einen regulierten Bereich, sodass die Entgelte von den Wiener Netzen nur nach Maßgabe der geltenden Gesetze bzw. des Regulators festgelegt werden können. Erhaltene Baukostenzuschüsse werden als Vertragsverbindlichkeit abgegrenzt und über die Nutzungsdauer der getätigten Investitionen zeitraumbezogen über die Umsatzerlöse gemäß IFRS 15 aufgelöst. Bei der Wien Energie wird jährlich eine Finanzierungskomponente berechnet, aufgrund der Unwesentlichkeit jedoch nicht angesetzt. Bei den Wiener Netzen liegt keine Finanzierungskomponente vor.

Verkehr

Im Konzernbereich Transport sind die Wiener Linien und die Wiener Lokalbahnen Gruppe zusammengefasst. Diese stellen öffentlichen Nahverkehr im Großraum Wien zur Verfügung und bieten darüber hinaus sonstige Transportdienstleistungen in geringerem Ausmaß an.

Bei Zeitkarten und Jahreskarten wird der Umsatz über die Laufzeit der Beförderungsvereinbarung, eine Woche, ein Monat oder eben ein Jahr, zeitraumbezogen realisiert. Das Beförderungsentgelt stellt eine fixe Gegenleistung dar und entspricht den aktuellen Tarifbestimmungen.

Erlöse aus Fahrschein- und Streifenkartenverkauf sowie aus Kurzzeitstreckenkartenverkauf werden im Zeitpunkt des Verkaufs erfasst, auch wenn Fahrkarten womöglich erst später entwertet werden. Diese Vorgehensweise führt insofern nicht zu einer verzerrten Darstellung, da es sich hierbei um eine Periodenverschiebung handelt, die sich über den Zeitablauf verteilt ausgleicht. Die Mehrerlöse bei den Wiener Linien aus „Fahrgästen ohne gültiges Ticket“ werden nach den Regeln des Cash Accounting bilanziert.

Die dem Umsatz zugrundeliegenden Verträge bei den Wiener Lokalbahnen enthalten renditeabhängige variable Umsatzkomponenten und sind über mehrere Jahre preis-

deziert abgeschlossen. Vorauszahlungen von Kund*innen sind nicht als Finanzierungskomponente zu berücksichtigen, da diese stets nur maximal für ein Jahr geleistet werden.

Bestattung

Bestattungserlöse sind im Wesentlichen zeitpunktbezogen zu realisieren. Die Umsatzrealisierung erfolgt für alle zugesagten Güter und Dienstleistungen nach erfolgter Leistungserbringung. Das Leistungsdatum ist der Tag der Beisetzung.

Parken

Parkerlöse betreffen Kurzparker*innen und Dauerparker*innen. Diese sind im Wesentlichen nicht gemäß IFRS 16, sondern nach IFRS 15 zu erfassen, da die Kund*innen kein Anrecht auf einen bestimmten Parkplatz haben und die Erlöse zeitraumbezogen realisiert werden.

Sonstiges

Die sonstigen Erlöse betreffen u. a. Erlöse aus der Personalbeistellung.

Umsatzerlöse gemäß IFRS 16 (Leasing)

Umsätze gemäß IFRS 16 betreffen die Vermietung und Verpachtung und resultieren großteils aus den Einnahmen der Friedhöfe sowie aus Vermietungsentgelten der Wiener Linien für Werbe- und Gewerbeflächen (siehe dazu Kapitel 9.3). Die Friedhöfe verschaffen den „Graberwerber*innen“ gegen Zahlung eines Grabentgelts ein befristetes (meist für zehn oder mehr Jahre geltendes) Benützungsrecht für eine bestimmte Grabstelle. Das Grabentgelt wird in der Regel am Beginn der Vertragsdauer von den Grabnutzer*innen vorausbezahlt und in den sonstigen Verbindlichkeiten erfasst. Die Realisierung des Umsatzes aus der Grabbenützung erfolgt durch lineare Verteilung der erhaltenen Zahlung über die Vertragsdauer (siehe dazu auch Kapitel 8.10).

8.2 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	2023	2024
Erträge aus Zuschüssen gemäß IAS 20	588,7	471,6
Erträge aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten exkl. Finanzanlagevermögen	9,0	6,1
Bestandsveränderung	0,3	1,9
Andere aktivierte Eigenleistungen	88,1	107,7
Übrige sonstige betriebliche Erträge	71,9	65,0
Gesamt	758,0	652,3

Die Erträge aus Zuschüssen gemäß IAS 20 enthalten erfolgsbezogene Zuwendungen der öffentlichen Hand. Ein Großteil davon bezieht sich auf die Wiener Linien.

Die aktivierten Eigenleistungen resultieren im Wesentlichen aus dem Netzbereich.

Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Erträge aus der Zuschreibung von Beteiligungen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, die zu Anschaffungskosten bilanziert werden sowie Dividendenerträge von verbundenen Unternehmen, die nicht konsolidiert werden, in Höhe von insgesamt 11,2 Mio. EUR (Vorjahr: 16,9 Mio. EUR) sowie übrige betriebliche Erträge überwiegend der Wiener Linien hauptsächlich aus Schadenersatz, Pönlzahlungen sowie diverse Förderungen und Subventionen.

Erfassung und Bewertung

Die Erträge aus Zuschüssen gemäß IAS 20 beinhalten im Wesentlichen jene Zuschüsse, welche die Wiener Linien von der Stadt Wien basierend auf dem zum 1. Jänner 2017 in Kraft getretenen „Öffentliche Personennahverkehrs- und Finanzierungsvertrag-Neu“ (ÖPNV-Neu) erhalten. Dieser Ver-

trag wurde erstellt, um nach der Ausgliederung der Wiener Stadtwerke aus der Stadt Wien das Betriebsgeschehen und die Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Wien sicherzustellen. Wie bisher übernimmt die Stadt Wien die Verpflichtung zur Finanzierung des jährlichen Geldfehlbetrags der Gesellschaft. Der benötigte Geldbedarf wird der Gesellschaft in Form eines finanziellen Ausgleichs für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen zur Verfügung gestellt. Die im Rahmen dieses Vertrags von der Stadt Wien gewährten Zuschüsse werden gemäß IAS 20 als Aufwandszuschuss nach der Bruttomethode bilanziert.

8.3 Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen

Der Materialaufwand sowie der Aufwand für bezogene Leistungen stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	2023	2024
Gasverbrauch	1.345,8	1.048,2
Strom	1.102,6	697,1
CO ₂ -Zertifikate	104,1	112,4
Material für Schienenfahrzeuge	26,0	29,4
Sonstiger Aufwand inkl. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	887,7	368,1
Summe Materialaufwand	3.466,3	2.255,2
Netznutzungsentgelte	88,4	63,6
Transporte durch Dritte	76,6	84,1
Sonstiger Aufwand für bezogene Leistungen	366,7	308,5
Summe Aufwand für bezogene Leistungen	531,7	456,2
Gesamt	3.997,9	2.711,4

In der Position Gasverbrauch ist sowohl Gas zur Energiegewinnung als auch eingekauftes Gas zum Weiterverkauf enthalten. Die Position Strom beinhaltet großteils Fremdstrombezug von Bezugsrechten.

Zu Details zur Bilanzierung der CO₂-Zertifikate siehe Kapitel 8.6.

8.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	2023	2024
Instandhaltungsaufwand	323,9	393,9
Regulatorische Aufwendungen	20,6	47,3
Übrige Steuern	93,6	75,4
Miet- und Pachtaufwand/Leasing	52,8	60,5
Reinigungsaufwand	49,1	58,5
Rechts-, Beratungs- und Prüfungsaufwand	45,2	49,1
EDV-Aufwendungen	30,2	45,2
Marketing- und PR-Aufwand	20,1	22,5
Versicherungsaufwand	19,4	16,8
Gebühren	18,9	11,7
Nachrichtenaufwand	17,4	18,4
Bereitgestelltes Personal	15,0	22,2
Energiebezug	14,9	9,1
Forderungswertberichtigung und Forderungsausfälle	11,3	9,8
Sonstige übrige betriebliche Aufwendungen	81,5	77,5
Gesamt	814,0	917,9

Die sonstigen übrigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten u. a. Abschreibungen von sonstigen Vermögenswerten in Höhe von 14,2 Mio. EUR (Vorjahr: 5,8 Mio. EUR) sowie Aufwendungen für Aus- und Fortbildung in Höhe von 11,3 Mio. EUR (Vorjahr: 8,9 Mio. EUR). Die oben angeführten Aufwendungen aus Energiebezug sind aufgrund der Geschäftstätigkeit der meldenden Gesellschaft nicht als Materialaufwand bzw. Aufwand für sonstige bezogene Leistungen zu klassifizieren.

Die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthaltenen Aufwendungen für die Konzernabschlussprüfung setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2023	2024
Aufwendungen für Prüfungsleistungen	0,1	0,1
Aufwendungen für andere Bestätigungsleistungen	0,9	0,8
Aufwendungen für Steuerberatungsleistungen	0,5	0,4
Aufwendungen für sonstige Leistungen	1,3	0,4
Gesamt	2,9	1,7

8.5 Regulatorische Posten

Die folgende Tabelle stellt die regulatorischen Erträge und Aufwendungen dar, welche saldiert in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen werden:

in Mio. EUR	2023	2024
Erträge aus regulatorischen Geschäftsaktivitäten des laufenden Jahres	92,4	78,9
die zukünftig zu Mehrerlösen führen werden	81,2	70,2
die aus Mehrerlösen der Vergangenheit resultieren	11,2	8,7
Aufwendungen aus regulatorischen Geschäftsaktivitäten des laufenden Jahres	-113,0	-126,2
die aus Mindererlösen der Vergangenheit resultieren	-113,0	-126,2
Gesamt	-20,6	-47,3

Erträge aus regulatorischen Geschäftsaktivitäten resultieren aus Zugängen zu den regulatorischen Vermögenswerten bzw. Abgängen bei den regulatorischen Schulden. Demgegenüber führen Abgänge bei den regulatorischen Vermögenswerten und Zugänge bei den regulatorischen Schulden zu Aufwendungen aus regulatorischen Geschäftsaktivitäten.

Die folgenden Tabellen zeigen die Zusammensetzung der regulatorischen Vermögenswerte und Schulden sowie deren Entwicklung im Geschäftsjahr bzw. im Vorjahr:

Regulatorische Vermögenswerte

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Gas	402,4	407,8
davon Mindererlöse	44,6	68,8
davon außerordentliche Aufwendungen	357,8	339,0
Strom	763,8	711,2
davon Mindererlöse	99,7	91,3
davon außerordentliche Aufwendungen	664,1	619,9
Gesamt	1.166,2	1.119,0

Regulatorische Vermögenswerte

in Mio. EUR	Strom	Gas	Gesamt
Stand am 01.01.2023	791,9	398,7	1.190,6
Zugänge	99,7	44,6	144,3
Abgänge	-127,8	-40,9	-168,7
Stand am 31.12.2023	763,8	402,4	1.166,2
Zugänge	91,3	68,8	160,1
Abgänge	-144,0	-63,4	-207,4
Stand am 31.12.2024	711,2	407,8	1.119,0

Regulatorische Schulden

in Mio. EUR	Strom	Gas	Gesamt
Stand am 01.01.2023	0,0	3,7	3,7
Abgänge	0,0	-3,7	-3,7
Stand am 31.12.2023	0,0	0,0	0,0
Abgänge	0,0	0,0	0,0
Stand am 31.12.2024	0,0	0,0	0,0

Die regulatorischen Vermögenswerte aufgrund von außerordentlichen Aufwendungen resultieren aus der Neubewertung der Pensionsverpflichtungen der Wiener Netze im Zuge der Übertragung im Jahr 2016 auf die WIENER STADTWERKE GmbH.

Die regulatorischen Vermögenswerte weisen folgende Fälligkeiten auf:

in Mio. EUR	Buchwert 31.12.2024	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre
Regulatorische Vermögenswerte	1.119,0	153,0	322,6	643,3

in Mio. EUR	Buchwert 31.12.2023	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre
Regulatorische Vermögenswerte	1.166,2	126,2	333,6	706,4

Erfassung und Bewertung

Sowohl im Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010 (EIWOG 2010) als auch im Gaswirtschaftsgesetz 2011 (GWG 2011) wurde mit der Einführung des Regulierungskontos eine neuartige Ex-Post-Erlösregulierung verankert. Das Regulierungskonto dient hierbei der Berücksichtigung von Sachverhalten, die bei den vorangegangenen Kosten- und Entgeltermittlungsverfahren nicht berücksichtigt werden konnten.

Das IASB hat Sachverhalte für Unternehmen, die im regulierten Bereich tätig sind, bisher lediglich für Erstanwender in IFRS 14 Regulatorische Abgrenzungsposten geregelt. Aufgrund der Beschränkung auf Erstanwender der IFRS hat die EU-Kommission im Oktober 2015 jedoch beschlossen, IFRS 14 nicht in europäisches Recht zu übernehmen.

Das IASB hat IFRS 14 unabhängig von der nicht erfolgten Übernahme in europäisches Recht immer nur als Übergangstandard betrachtet und beschäftigt sich im Rahmen des Projekts „Rate-regulated Activities“ mit der Bilanzierung von preisregulierten Geschäftsaktivitäten. Ziel dieses Projekts ist es, auf Grundlage des ab dem 1. Jänner 2020 verpflichtend anzuwendenden Conceptual Framework, einheitliche Regelungen für die Bilanzierung und Bewertung von Vermögenswerten und Schulden im Zusammenhang mit preisregulierten Geschäftsaktivitäten zu schaffen. Ein Entwurf des neuen Standards ist Anfang des Jahres 2021 erschienen. Die Anwendung dieses Standards hat keine Auswirkung auf den Ansatz oder die Höhe der derzeit im Konzern bilanzierten regulatorischen Posten. Die Darstellung der regulatorischen

Erträge und Aufwendungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung wird aus Stetigkeitsgründen unverändert zum Vorjahr belassen. Die im Entwurf des neuen Standards geforderte Darstellung wird vorerst nicht übernommen.

Die WIENER STADTWERKE GmbH stellte erstmalig zum 31. Dezember 2019 einen Konzernabschluss nach den Regelungen der IFRS auf. Aus diesem Grund wurde auf Grundlage des im Konzern vorzeitig angewendeten Conceptual Framework eine Bilanzierungsmethode zur Bilanzierung von regulatorischen Vermögenswerten und regulatorischen Schulden entwickelt, die sich weitestgehend an den bis dahin veröffentlichten Verlautbarungen des IASB und den Empfehlungen des IASB Staff im Projekt „Rate-regulated Activities“ orientiert. Ziel dieser Vorgehensweise war es, die Auswirkungen der Bilanzierung von regulatorischen Vermögenswerten und regulatorischen Schulden bereits im ersten Konzernabschluss nach IFRS darzustellen, da der Verzicht auf den Ansatz von regulatorischen Vermögenswerten und regulatorischen Schulden zur Vermittlung von unvollständigen Informationen über die Vermögens- und Ertragslage von preisregulierten Unternehmen und zudem zu einer künstlichen Ergebnisvolatilität führen würde.

Die vom Konzern angesetzten regulatorischen Vermögenswerte und regulatorischen Schulden betreffen den preisregulierten Bereich der Wiener Netze. Diese erbringen als Netzbetreiber für das Strom- und Gasnetz in Wien Leistungen, deren Preise durch einen Regulator, in diesem Fall die E-Control Austria (E-Control), festgelegt werden und für beide Seiten bindend sind. Die dieser Preisfestsetzung zugrunde liegenden Gesetze, das EIWOG und das GWG, re-

geln die Erfassung von Differenzbeträgen zwischen den tatsächlich erzielten und den dem vorangegangenen Kosten- und Entgeltermittlungsverfahren zugrunde liegenden Erlösen, die Berücksichtigung von außergewöhnlichen Aufwendungen und Erlösen im Rahmen des Regulierungskontos sowie die Bilanzierung von Differenzbeträgen, die sich aus einem Zeitverzug bei der Abgeltung der den Entgelten zugrunde liegenden Kosten aufgrund der angewandten Regulierungssystematik durch die Systemnutzungsentgelte ergeben.

Die sich aus den Regelungen des EIWOG sowie des GWG ergebenden Regelungen sind ebenfalls Grundlage für den Ansatz der regulatorischen Vermögenswerte und regulatorischen Schulden im Konzernabschluss nach IFRS. Jedoch sind die im EIWOG und im GWG enthaltenen Ansatzwahlrechte dahingehend auszuüben, dass ein Ansatz erfolgt, da nur so die Vermittlung vollständiger Informationen über die Vermögens- und Ertragslage der Wiener Netze im preisregulierten Bereich möglich ist.

Der erstmalige Ansatz der regulatorischen Vermögenswerte und regulatorischen Schulden erfolgte zu den historischen Anschaffungskosten. Diese entsprechen in der Regel dem auf dem Regulierungskonto erfassten (bzw. bei Ausübung

aller Ansatzwahlrechte gemäß EIWOG und GWG zu erfassenden) Barwert der zukünftigen Rechte und Verpflichtungen. Dabei wird der Ermittlung des Barwerts grundsätzlich der vom Regulator verwendete Diskontierungzinssatz zugrunde gelegt. Nur wenn dieser Diskontierungzinssatz nicht als angemessen angesehen wird und die Differenz zu einem angemessenen Zinssatz auf eine identifizierbare Transaktion oder ein sonstiges Ereignis zurückgeführt werden kann, erfolgt die Diskontierung mit einem vom regulierten Unternehmen definierten Zinssatz. In einem über die Zeit gesehenen eingeschwungenen Zustand ist davon auszugehen, dass die angemessenen Kapitalkosten vom Regulator abgegolten werden und der regulatorische Zins das Niveau der kapitalmarktorientierten Kapitalkosten erreicht. Daher ergibt sich auch bei schwankenden Kapitalkosten kein Wertminderungsbedarf: Der Ansatz der regulatorischen Vermögenswerte und regulatorischen Schulden erfolgt ohne Abzinsung mit den auf den Regulierungskonten für Strom und Gas erfassten bzw. sich aus den entsprechenden Bescheiden ergebenden Beträgen.

Die Auflösung der als regulatorische Vermögenswerte sowie regulatorische Schulden angesetzten Beträge erfolgt unter Berücksichtigung der jeweiligen Beträge aus den Tarifierungsverfahren.

8.6 Vorräte

Die Aufgliederung der Vorräte stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
CO ₂ -Zertifikate	244,1	212,7
Gas	107,9	92,6
Heizöl	16,0	10,5
Material für Schienenfahrzeuge	29,4	33,1
Sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	87,7	94,0
Summe Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	485,0	443,0
Unfertige Erzeugnisse und Leistungen	0,0	0,0
Fertige Erzeugnisse	0,2	0,1
Handelswaren	11,6	11,7
Gesamt	496,8	454,8

Im Geschäftsjahr wurden Wertberichtigungen in Höhe von 7,3 Mio. EUR (Vorjahr: 7,2 Mio. EUR) erfolgswirksam erfasst. Darüber hinaus wurden Wertaufholungen als Verminderung des Materialaufwands in Höhe von 0,1 Mio. EUR (Vorjahr: 0,0 Mio. EUR) dargestellt. Es haben keine Verpfändungen von Vorräten stattgefunden.

Erfassung und Bewertung

Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Sofern die Nettoveräußerungswerte am Abschlussstichtag – z. B. aufgrund gesunkener Börsen-, Markt- oder Verkaufspreise – niedriger sind, werden diese angesetzt. Der Nettoveräußerungswert stellt den geschätzten Verkaufspreis abzüglich der noch erforderlichen Aufwendungen für Fertigstellung und Vertriebskosten dar. Für Bestandsrisiken, die aus der Lagerdauer bzw. aus verminderter Verwertbarkeit resultieren, werden angemessene Abschläge berücksichtigt.

Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Vorräten basieren auf dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren. Nur für unwesentliche Bestände werden auch andere Verfahren, wie das gewogene Durchschnittspreisverfahren, angewendet. Bestandteile der Herstellungskosten sind direkt zurechenbare Kosten (Fertigungsmaterial, Fertigungslöhne), anteilige Material- und Fertigungsgemeinkosten unter der Annahme einer Vollausslastung (wobei die Vollausslastung einer momentanen Normalauslastung entspricht), angemessene Anteile an den auf der normalen Betriebskapazität basierenden Produktionsgemeinkosten sowie Aufwendungen für freiwillige soziale Leistungen und für betriebliche Altersversorgung. Fremdkapitalzinsen werden aufgrund von Unwesentlichkeit nicht aktiviert.

CO₂-Zertifikate

CO₂-Zertifikate werden am Tag der Zuteilung bzw. Anschaffung bilanziert. Unentgeltlich zugeteilte Zertifikate werden nach der Nettomethode (IAS 20) bilanziert und daher mit Null angesetzt. Entgeltlich erworbene Zertifikate werden mit ihren tatsächlichen Anschaffungskosten in den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen erfasst. Falls der beizulegende Zeitwert der Zertifikate zum Bilanzstichtag die Anschaffungskosten unterschreitet, werden sie mit diesem bewertet. Bei CO₂-Ausstoß wird für die Verpflichtung der Rückgabe der CO₂-Zertifikate eine Rückstellung über den Materialaufwand gebildet. Diese wird mit dem Buchwert (Durchschnittspreis) der erworbenen CO₂-Zertifikate bewertet und in den sonstigen Rückstellungen gezeigt. Im Fall einer Unterdeckung erfolgt eine zusätzliche Rückstellung, die mit dem beizulegenden Zeitwert zum Bilanzstichtag bewertet wird.

8.7 Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (brutto)	156,9	239,7
Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Unternehmen aus Beteiligungsverhältnissen (brutto)	248,6	146,4
Wertberichtigungen	-30,5	-35,1
Gesamt	375,0	351,1

Die folgende Tabelle zeigt die Wertberichtigungen aufgliederung nach Zeitbändern:

in Mio. EUR	31.12.2023			31.12.2024		
	Bruttobuchwert	Wertberichtigung	Nettobuchwert	Bruttobuchwert	Wertberichtigung	Nettobuchwert
Nicht überfällig	317,7	-1,8	315,8	277,7	-1,8	275,8
30 Tage überfällig	52,4	-3,0	49,4	59,3	-4,0	55,3
31–60 Tage überfällig	4,8	-0,1	4,7	7,6	-0,4	7,2
61–90 Tage überfällig	1,6	-0,6	1,0	5,5	-0,6	4,8
Mehr als 90 Tage überfällig	29,1	-25,0	4,1	36,1	-28,3	7,8
Gesamt	405,5	-30,5	375,0	386,1	-35,1	351,1

Die Wertberichtigungen auf kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Stand am 01.01.	24,4	30,5
Zugänge	10,4	8,1
Verbrauch	-0,2	-2,8
Auflösung	-4,2	-0,8
Stand am 31.12.	30,5	35,1

Erfassung und Bewertung

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden zum Transaktionspreis bewertet und ab dem Zeitpunkt, zu dem sie entstanden sind, angesetzt. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden in einem Geschäftsmodell gehalten, dessen Zielsetzung darin besteht, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme zu halten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Details zur Schätzung der Wertberichtigung finden sich in Kapitel 14.

8.8 Sonstige Vermögenswerte und Vertragsvermögenswerte

Die sonstigen kurz- und langfristigen Vermögenswerte sind aus den folgenden Tabellen ersichtlich:

Sonstige langfristige Vermögenswerte

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	46,4	45,9
Geleistete Anzahlungen auf langfristige Vermögenswerte	29,6	0,6
Sonstige Forderungen Dritte	47,6	46,6
Anspruch an Planvermögen	817,3	972,3
Sonstige Vermögenswerte	127,2	157,0
Gesamt	1.068,1	1.222,4

Sonstige kurzfristige Vermögenswerte

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Vertragsvermögenswerte (IFRS 15)	6,0	7,9
Forderungen aus Ertragsteuern	26,1	46,6
Abgegrenzte Aufwände	49,3	38,7
Sonstige Vermögenswerte	174,9	236,8
Gesamt	256,2	330,0

Vertragsvermögenswerte und -schulden (IFRS 15)

Abgegrenzte Erlöse aus Verträgen mit Kund*innen sind getrennt von den sonstigen Erlösquellen anzugeben. Sie werden in den sonstigen Vermögenswerten als Vertragsvermögenswerte und in den sonstigen Verbindlichkeiten als Vertragsverbindlichkeiten bezeichnet.

Ein Vertragsvermögenswert stellt ein Recht auf eine spätere Gegenleistung (z. B. das Recht auf künftige Vereinnahmung einer höheren Grundgebühr aufgrund der Lieferung einer Ware) und somit eine Vorstufe zur Forderung dar. Es kommt somit zu einer Umsatzrealisierung. Ein aktiver Vertragsposten wird zur Forderung, wenn ein bedingungsloser Zahlungsanspruch entsteht.

Eine Vertragsverbindlichkeit entsteht aus der Verpflichtung eines Unternehmens, einer Kund*in Güter oder Dienstleistungen zu übertragen, für die es von dieser/m eine Gegenleistung empfangen hat.

Anspruch an Planvermögen

In den sonstigen Vermögenswerten ist eine Forderung aus Erstattungsansprüchen gegenüber dem Planvermögen in Höhe von 972,3 Mio. EUR (Vorjahr: 817,3 Mio. EUR) enthalten.

Wie in Kapitel 10.2 Personalrückstellungen beschrieben wurde im Geschäftsjahr 2018 ein Teil des Fondsvermögens zur Besicherung der Pensionsersatzpflicht in das Sicherungseigentum der treuhändischen Gesellschaft WIENER STADTWERKE Planvermögen GmbH übertragen.

Nach IAS 19 ist es zulässig, Teile des als Planvermögen gewidmeten Vermögens als Ersatz für bereits gezahlte Leistungen an die Pensionsberechtigten vorzusehen, ohne dadurch den Status als Planvermögen zu gefährden. Der so entstehende Erstattungsanspruch steht dabei dem vorhandenen Planvermögen wertmindernd gegenüber und reduziert diesen entsprechend. Er wird in dieser Höhe als Forderung gegenüber dem Planvermögen erfasst. Die Bewertung erfolgt nach IAS 19 zum beizulegenden Zeitwert, welcher aufgrund der täglichen Fälligkeit grundsätzlich dem Nominalbetrag entspricht.

Obwohl dadurch ein Teil des als Planvermögen gewidmeten Vermögens nicht mehr ausschließlich besteht, um Leistungen an Arbeitnehmer*innen zu finanzieren, stehen die Erträge, die durch den Anteil des Planvermögens, das auf den Ersatzanspruch entfällt, erwirtschaftet werden, weiterhin dem Planvermögen zu. Bis zur tatsächlichen Fälligkeit des Anspruchs hat daher der Erstattungsanspruch keine Auswirkung auf die Bilanzierung der Erträge aus dem Planvermögen. Diese werden, abzüglich des Zinsertrags wie gewohnt im sonstigen Ergebnis erfasst. Auch eventuelle Wertminderungen sind gemäß IAS 19 erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis zu erfassen.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die Entwicklung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, welche in der Bilanz unter den langfristigen Vermögenswerten ausgewiesen sind, zeigt sich wie folgt:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Stand am 01.01.	45,7	46,4
Laufende Abschreibungen	-0,5	-0,5
Umbuchungen	1,1	0,1
Stand am 31.12.	46,4	45,9

Die Anschaffungs- und Herstellungskosten der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden nach dem Abzug von Zuschüssen dargestellt (Anwendung der Nettomethode). Diese betrugen 8,8 Mio. EUR (Vorjahr: 8,9 Mio. EUR). Die Abschreibungen wurden dadurch im Geschäftsjahr 2024 um 0,1 Mio. EUR (Vorjahr: 0,1 Mio. EUR) gekürzt.


Der Fair Value der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien entspricht 191,3 Mio. EUR (Vorjahr: 187,9 Mio. EUR). Die Mieterlöse betragen 21,4 Mio. EUR (Vorjahr: 21,1 Mio. EUR) und die operativen Aufwendungen für vermietete Immobilien betragen 5,5 Mio. EUR (Vorjahr: 6,0 Mio. EUR).

Erfassung und Bewertung

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umfassen Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden und nicht für die Erbringung von Dienstleistungen, für Verwaltungszwecke oder für den Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit genutzt werden. Dieser Posten wird nach dem Anschaffungskostenmodell bewertet. Somit werden sie wie Sachanlagen bilanziert und bewertet (siehe Kapitel 9.1).

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Immobilien werden im Konzern folgende Bewertungsverfahren herangezogen:

- Ertragswertverfahren und
- Sachwertverfahren.

 Hauptsächlich wird im Wiener Stadtwerke Konzern das Ertragswertverfahren angewendet. Hierbei wird der Wert basierend auf den künftigen Erträgen aus den Immobilien ermittelt (Level 3). Das Sachwertverfahren wird im Wesentlichen für unbebaute Grundstücke angewandt. Der Wert wird basierend auf vergleichbaren Transaktionen ermittelt (Level 2).

Sonstige langfristige Vermögenswerte

Die sonstigen langfristigen Vermögenswerte enthalten die Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen in Höhe von 142,2 Mio. EUR (Vorjahr: 112,4 Mio. EUR) bzw. langfristige Abgrenzungsposten der Friedhöfe Wien.

Sonstige kurzfristige Vermögenswerte

Die sonstigen kurzfristigen Vermögenswerte beinhalten im Wesentlichen sonstige Forderungen aus sonstigen Steuern, Forderungen aus Subventionen und Förderungen, geleistete Anzahlungen und übrige sonstige Forderungen gegen Dritte.

8.9 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	707,2	543,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Unternehmen aus Beteiligungsverhältnissen	49,2	45,0
Gesamt	756,3	588,5

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Unternehmen aus Beteiligungsverhältnissen beinhalten Abrechnungen der WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG sowie der ENERGIEALLIANZ Austria GmbH.

8.10 Sonstige Verbindlichkeiten

Die kurz- und langfristigen sonstigen Verbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:

Sonstige langfristige Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Vertragsverbindlichkeiten (IFRS 15)	602,0	588,6
Übrige Verbindlichkeiten	239,6	231,4
Gesamt	841,5	820,0

Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Vertragsverbindlichkeiten (IFRS 15)	144,7	172,8
Übrige Verbindlichkeiten	883,9	915,5
Abgrenzungen aus Personalverpflichtungen	201,7	213,9
Sonstige Verbindlichkeiten	664,1	682,7
Abgegrenzte Erlöse	18,1	18,9
Gesamt	1.028,6	1.088,3

Die langfristigen Vertragsverbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Baukostenzuschüsse der Wiener Netze und Wien Energie. Nähere Erläuterungen zu den Vertragsverbindlichkeiten sind unter Kapitel 8.1 Umsatzerlöse sowie unter Kapitel 8.8 Sonstige Vermögenswerte und Vertragsvermögenswerte aufgeführt.

In den übrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten sind großteils Verbindlichkeiten gegenüber der Finanzverwaltung der Stadt Wien enthalten. Diese zeigen vorübergehende Finanzierungsüberschüsse sowie kurzfristige Abgrenzungen aus dem Personalbereich. Weiters sind in den übrigen langfristigen Verbindlichkeiten Abgrenzungen aus im Voraus bezahlten Grabnutzungsentgelten der Friedhöfe enthalten (siehe dazu Kapitel 8.1).

Ebenfalls in der Position kurzfristige übrige Verbindlichkeiten enthalten ist die Abgrenzung für Vordienstzeiten in Höhe von 46,7 Mio. EUR (Vorjahr: 53,0 Mio. EUR). Von Juni bis Dezember 2024 erfolgten bei 1.200 Bediensteten bereits die entsprechenden Nachzahlungen in Höhe von 6,3 Mio. EUR.

8.11 Erläuterungen zur Konzernkapitalflussrechnung

Die Konzernkapitalflussrechnung stellt die Veränderung des Zahlungsmittelfonds des Konzerns im Laufe des Berichtsjahres durch Mittelzu- und -abflüsse dar. Dabei werden Zahlungsströme aus dem Ergebnis, aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeiten und Finanzierungstätigkeiten separat ausgewiesen. Im Wiener Stadtwerke Konzern wird die Darstellung nach der indirekten Methode gewählt. Hierbei werden zum Ergebnis vor Steuern zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge hinzugezählt bzw. in Abzug gebracht.

Die Zusammensetzung des Finanzmittelfonds ist in Kapitel 11.2 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu finden.

Cashflow aus operativer Tätigkeit

Ausgehend von einem deutlich schlechteren operativen Ergebnis liegt der Cashflow aus dem Ergebnis mit 785,5 Mio. EUR auch nach Bereinigung um unbare Effekte leicht unter dem Vorjahresniveau. Erhöhte Dividenden konnten den Ergebnismrückgang nur teilweise kompensieren. Die Entwicklungen im Working Capital führen 2024 in Summe zu einem leichten Mittelzufluss.

Cashflow aus Investitionstätigkeit

Die Investitionen werden im Cashflow nach Abzug der erhaltenen Investitionszuschüsse dargestellt. Erhaltene Investitionszuschüsse, für die noch keine Investitionen getätigt wurden, vermindern den Mittelabfluss für Investitionen in langfristige Vermögenswerte. Die erhaltenen Zuschüsse betragen im Geschäftsjahr 668,8 Mio. EUR (Vorjahr: 546,3 Mio. EUR). Die noch nicht zahlungswirksamen Zugänge zu immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen verringerten sich um 8,1 Mio. EUR (Vorjahr: Erhöhung um 32,7 Mio. EUR).

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von -451,7 Mio. EUR (Vorjahr: -1.408,3 Mio. EUR) beinhaltet im Wesentlichen Tilgungen kurzfristiger finanzieller Verbindlichkeiten in Höhe von 302,8 Mio. EUR (Vorjahr: 1.722,2 Mio. EUR) sowie Tilgungen langfristiger Finanzierungen in Höhe von 164,9 Mio. EUR (Vorjahr: 76,6 Mio. EUR). Im Zusammenhang mit lang- und kurzfristigen Leasingverbindlichkeiten ergeben sich nicht zahlungswirksame Finanzierungstransaktionen in Höhe von 18,9 Mio. EUR (Vorjahr: 21,2 Mio. EUR). Im Finanzierungscashflow wurden in der Berichtsperiode Zahlungsmittelabflüsse für Leasingverhältnisse in Höhe von 16,2 Mio. EUR (Vorjahr: 15,2 Mio. EUR) erfasst. Die Zinskomponente betreffend Leasing in Höhe von 3,1 Mio. EUR (Vorjahr: 2,4 Mio. EUR) ist im Cashflow aus dem Ergebnis enthalten. Die Zusammensetzung der Finanzierungen ist in Kapitel 11.4 Finanzschulden zu finden.

9 Langfristige Vermögenswerte und Schulden

9.1 Sachanlagen

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	Bauten einschl. Bauten auf fremdem Grund	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Anlagen in Bau	Nutzungsrechte an Leasinggegenständen	Gesamt
Anschaffungs- und Herstellungskosten							
Stand am 01.01.2023	316,4	2.273,4	9.046,3	492,3	413,9	164,8	12.707,2
Zugänge	0,3	45,4	272,1	31,4	299,4	19,9	668,6
Abgänge	0,0	-0,9	-51,7	-6,5	0,0	-6,9	-66,0
Umbuchungen	0,0	9,2	142,7	20,8	-174,3	0,0	-1,6
Zugang aus Verschmelzung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Stand am 31.12.2023	316,7	2.327,2	9.409,5	538,1	539,0	177,8	13.308,2
Zugänge	26,2	19,0	322,4	38,3	237,3	17,2	660,4
Abgänge	0,0	-0,5	-42,6	-17,2	0,6	-4,6	-64,3
Umbuchungen	0,1	26,2	253,3	24,9	-303,7	0,0	0,9
Zugang aus Verschmelzung	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,2
Stand am 31.12.2024	343,0	2.371,9	9.942,6	584,3	473,2	190,4	13.905,4
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen							
Stand am 01.01.2023	-0,2	-1.270,8	-6.301,7	-339,4	0,0	-44,7	-7.956,7
Planmäßige Abschreibung	-0,1	-37,7	-239,1	-34,6	0,0	-14,9	-326,4
Wertminderung	0,0	-0,8	-0,3	0,0	0,0	0,0	-1,2
Abgänge	0,0	0,6	51,2	6,3	0,0	1,7	59,8
Stand am 31.12.2023	-0,2	-1.308,8	-6.489,9	-367,7	0,0	-57,9	-8.224,5
Planmäßige Abschreibung	-0,1	-38,6	-301,7	-36,4	0,0	-16,4	-393,2
Wertminderung	0,0	-43,0	-135,4	-0,1	-0,9	0,0	-179,4
Zuschreibung	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5
Abgänge	0,0	0,5	40,9	16,8	0,0	3,0	61,1
Stand am 31.12.2024	-0,3	-1.389,4	-6.886,2	-387,5	-0,9	-71,3	-8.735,5

in Mio. EUR	Grund- stücke und grundstücks- gleiche Rechte	Bauten einschl. Bauten auf fremden Grund	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Anlagen in Bau	Nutzungs- rechte an Leasing- gegen- ständen	Gesamt
Buchwert lt. Bilanz zum 31.12.2023	316,4	1.018,4	2.919,6	170,3	539,0	119,9	5.083,7
Bruttobuchwert	419,3	4.529,6	4.664,7	227,3	1.707,7	129,9	11.678,5
darin enthaltene Zuschüsse	102,9	3.511,2	1.745,1	57,0	1.168,6	10,0	6.594,8
Buchwert lt. Bilanz zum 31.12.2024	342,7	982,6	3.056,5	196,8	472,3	119,1	5.170,0
Bruttobuchwert	452,2	4.468,9	4.829,5	254,1	1.919,1	129,6	12.053,4
darin enthaltene Zuschüsse	109,5	3.486,3	1.773,0	57,3	1.446,8	10,5	6.883,4

Investitionszuschüsse

Die Anschaffungs- und Herstellungskosten der oben angeführten Bilanzpositionen werden nach dem Abzug von Zuschüssen dargestellt (Anwendung der Nettomethode). Diese betrugen zum 31. Dezember 2024 6.883,4 Mio. EUR (Vorjahr: 6.594,8 Mio. EUR). Die Abschreibungen wurden dadurch im Geschäftsjahr 2024 um 321,7 Mio. EUR (Vorjahr: 312,3 Mio. EUR) gekürzt.

Verpfändung von Sachanlagen und andere Sicherheiten oder Verfügungsbeschränkungen

Der Buchwert von Sachanlagen, die zur Sicherheit für Schulden verpfändet wurden, beträgt 44,6 Mio. EUR (Vorjahr: 48,0 Mio. EUR). Des Weiteren sind Sachanlagen mit beschränkten Verfügungsrechten mit einem Buchwert von 5,4 Mio. EUR (Vorjahr: 6,6 Mio. EUR) in der Bilanz enthalten.

In Bau befindliche Sachanlagen

Der Buchwert von in Bau befindlichen Anlagen beträgt 472,3 Mio. EUR (Vorjahr: 539,0 Mio. EUR). Davon fallen 275,1 Mio. EUR (Vorjahr: 277,0 Mio. EUR) auf in Bau befindliche Anlagen der Wiener Netze.

Konsolidierungskreisänderungen

Zu den Konsolidierungskreisänderungen im Geschäftsjahr 2024 sowie im Vorjahr siehe Kapitel 7.1.

Erfassung und Bewertung

Sachanlagen werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, einschließlich aktivierter Fremdkapitalkosten, erfasst. Im Konzernabschluss wurden sowohl im Geschäftsjahr 2024 als auch im Vorjahr keine Fremdkapitalkosten nach IAS 23 aktiviert. Die Folgebewertung erfolgt im Konzern nach dem Anschaffungskostenmodell und somit mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und Wertminderungen.

Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Konzern daraus ein künftiger wirtschaftlicher Nutzen zufließen wird und die Kosten zuverlässig ermittelt werden können. Aufwendungen für Reparaturen und Wartungen, die keine wesentlichen Ersatzinvestitionen darstellen, werden in der Periode ihres Anfalls aufwandswirksam erfasst. Regelmäßig anfallende größere planmäßige Wartungen werden als eigene Komponente behandelt und über das Wartungsintervall abgeschrieben. In diesem Fall werden die Kosten der Wartung aktiviert.

Investitionskostenzuschüsse werden im Wesentlichen von der Stadt Wien bzw. dem Bund erhalten. Diese sind gemäß IAS 20 als öffentliche Hand einzustufen, welcher daher auf diese Zuschüsse anwendbar ist. Investitionszuschüsse werden als Minderung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Vermögenswerte, für die sie gewährt worden sind, dargestellt. Sie werden erfasst, sofern die Voraussetzungen für die Gewährung des Zuschusses mit hinreichender Sicherheit erfüllt werden.



Die planmäßige Abschreibung der abnutzbaren Sachanlagen erfolgt linear entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Treten bei Vermögenswerten Hinweise für Wertminderungen auf und liegen die Barwerte der zukünftigen Einzahlungsüberschüsse unter den Buchwerten, erfolgt gemäß IAS 36 eine Abwertung auf den niedrigeren erzielbaren Betrag. Sind die Gründe für eine zuvor erfasste Wertminderung entfallen, werden diese Vermögenswerte erfolgswirksam zugeschrieben. Dabei darf jener Buchwert nicht überschritten werden, der sich ergeben hätte, wenn in den früheren Perioden keine Wertminderung erfasst worden wäre.

Der planmäßigen Abschreibung der Sachanlagen werden die folgenden Nutzungsdauern zugrunde gelegt:

	2023	2024
Bereichsspezifische Sachanlagen	Jahre	Jahre
Großbauten (Tunnelröhren, Betonkanäle etc.)	40–99	40–99
Energieversorgungsanlagen	7–25	7–25
Versorgungsanlagen (Netze, Leitungen etc.)	2–50	2–50
Telekommunikationsnetze	5–33	5–33
Beförderungsmittel (Straßenbahn, Autobus etc.)	5–30	5–30
Sonstige Sachanlagen		
Produktions- bzw. Verwaltungsgebäude	6–50	6–50
Sonstige technische Anlagen	2–50	2–50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2–30	2–30

Abschreibungsmethoden, Nutzungsdauern und Restwerte werden an jedem Abschlussstichtag überprüft und gegebenenfalls angepasst. Grundstücke werden nicht abgeschrieben.

Wertminderung von Sachanlagen

Zur Überprüfung von Vermögenswerten im Zuge des Wertminderungstests gemäß IAS 36 siehe Kapitel 9.5.

9.2 Immaterielle Vermögenswerte

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Kon- zessionen und Rechte	Software und Lizenzen	Aktivierte Entwick- lungskosten	In Ent- wicklung befindliche immaterielle Vermögens- werte	Geschäfts- oder Firmenwert	Gesamt
Anschaffungs- und Herstellungskosten						
Stand am 01.01.2023	261,3	281,0	0,0	50,9	14,8	608,0
Zugänge	6,3	21,3	0,2	43,7	0,0	71,6
Abgänge	-0,4	-9,3	0,0	-0,4	0,0	-10,1
Umbuchungen	3,3	8,2	0,0	-11,1	0,0	0,5
Stand am 31.12.2023	270,5	301,3	0,2	83,2	14,8	670,0
Zugänge	5,0	24,7	0,0	26,4	0,0	56,1
Abgänge	-0,5	-10,3	0,0	-0,2	0,0	-11,0
Umbuchungen	3,2	32,2	0,0	-36,3	0,0	-0,9
Stand am 31.12.2024	278,3	347,9	0,2	73,0	14,8	714,2
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen						
Stand am 01.01.2023	-196,7	-203,6	0,0	0,0	-6,8	-407,1
Planmäßige Abschreibung	-10,8	-39,6	0,0	0,0	0,0	-50,5
Wertminderung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Abgänge	0,4	7,0	0,0	0,0	0,0	7,4
Stand am 31.12.2023	-207,2	-236,1	0,0	0,0	-6,8	-450,1
Planmäßige Abschreibung	-10,7	-34,9	-0,1	0,0	0,0	-45,6
Wertminderung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Abgänge	0,5	9,9	0,0	0,0	0,0	10,4
Stand am 31.12.2024	-217,4	-261,1	-0,1	0,0	-6,8	-485,3
Buchwert lt. Bilanz zum 31.12.2023						
Buchwert lt. Bilanz zum 31.12.2023	63,4	65,1	0,2	83,2	8,0	219,9
Bruttobuchwert	107,9	73,9	0,2	97,3	8,0	287,4
darin enthaltene Zuschüsse	44,5	8,8	0,0	14,2	0,0	67,5
Buchwert lt. Bilanz zum 31.12.2024	60,9	86,8	0,1	73,0	8,0	228,8
Bruttobuchwert	105,0	93,3	0,1	97,7	8,0	304,1
darin enthaltene Zuschüsse	44,1	6,5	0,0	24,7	0,0	75,3


Die Anschaffungs- und Herstellungskosten der immateriellen Vermögenswerte werden nach dem Abzug von Zuschüssen dargestellt (Anwendung der Nettomethode). Diese betrugen 75,3 Mio. EUR (Vorjahr: 67,5 Mio. EUR). Die Abschreibungen wurden dadurch im Geschäftsjahr 2024 um 4,0 Mio. EUR (Vorjahr: 5,3 Mio. EUR) gekürzt.

In den Konzessionen und Rechten sind Servitute mit einem Buchwert vor Zuschüssen von 40,4 Mio. EUR (Vorjahr: 40,4 Mio. EUR) enthalten, die eine unbestimmte Nutzungsdauer haben. Weiters beinhalten diese im Wesentlichen Strombezugsrechte sowie ähnliche Nutzungsrechte im Energiebereich.


Im Geschäftsjahr wurden Entwicklungsaufwendungen in Höhe von 27,1 Mio. EUR (Vorjahr: 38,5 Mio. EUR) aktiviert und Forschungsaufwendungen in Höhe von 3,5 Mio. EUR (Vorjahr: 4,0 Mio. EUR) als Aufwand erfasst.

Erfassung und Bewertung

Immaterielle Vermögenswerte, die eine begrenzte Nutzungsdauer haben, werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Amortisation und kumulierten Wertminderungsaufwendungen bewertet. Es wurden keine Fremdkapitalkosten nach IAS 23 in den Geschäftsjahren 2024 und 2023 aktiviert. Zur Überprüfung von Vermögenswerten im Zuge des Wertminderungstests gemäß IAS 36 siehe Kapitel 9.5.

 Der planmäßigen Abschreibung der immateriellen Vermögenswerte werden die folgenden Nutzungsdauern zugrunde gelegt.

	2023	2024
	Jahre	Jahre
Konzessionen, Lizenzen u. Ä.	2–40 bzw. Vertragslaufzeit	2–20 bzw. Vertragslaufzeit
Strombezugsrechte, Nutzungsrechte im Energiebereich	2–99	2–99
Software	3–15	3–15
Servitute	15–80 oder unbestimmt	20–80 oder unbestimmt

 Abschreibungsmethoden, Nutzungsdauern und Restwerte werden an jedem Abschlussstichtag überprüft und gegebenenfalls angepasst. Servitute mit einer einmaligen Anschaffungszahlung werden unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Jene Servitute, die sich auf Energieversorgungsanlagen beziehen, werden über deren Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Servitute der Wiener Linien haben hingegen eine unbestimmte Nutzungsdauer, da sie sich auf Grundstücke beziehen und in der Regel im Grundbuch eingetragen sind.

Geschäfts- oder Firmenwert

Zur Bewertung des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie Details zum Wertminderungstest siehe Kapitel 9.5.

Aktiviert Entwicklungskosten

Ausgaben für Forschungstätigkeiten werden nicht aktiviert, sondern im Gewinn oder Verlust erfasst, wenn sie anfallen. Entwicklungsausgaben werden gemäß IAS 38 nur aktiviert, wenn die Entwicklungskosten verlässlich bewertet werden können, das Produkt oder das Verfahren technisch und kommerziell geeignet ist, ein künftiger wirtschaftlicher Nutzen wahrscheinlich ist und der Konzern sowohl beabsichtigt als auch über genügend Ressourcen verfügt, die Entwicklung abzuschließen und den Vermögenswert zu nutzen oder zu verkaufen. Sonstige Entwicklungsausgaben werden im Gewinn oder Verlust erfasst, sobald sie anfallen. Aktiviert Entwicklungsausgaben werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Amortisationen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Aktiviert Entwicklungskosten betreffen im Konzern im Wesentlichen selbst erstellte Software.

Nachträgliche Ausgaben

Nachträgliche Ausgaben werden nur aktiviert, wenn sie den künftigen wirtschaftlichen Nutzen des Vermögenswerts, auf den sie sich beziehen, erhöhen.

9.3 Leasing

Leasingnehmerangaben

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte der Nutzungsrechte:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Grundstücke und Bauten	116,7	117,1
Technische Anlagen und Maschinen	11,4	10,4
Andere Anlagen	1,8	2,1
Abzüglich Zuschüsse an Nutzungsrechten	-10,0	-10,5
Gesamt	119,9	119,1

Die Entwicklung der Nutzungsrechte ist im Anlagespiegel unter den Sachanlagen (Kapitel 9.1) dargestellt.

Aus Wesentlichkeitsgründen enthält die obige Tabelle nicht die Nutzungsrechte für Baukanzleien, die während der Bauphase von Streckenabschnitten der Wiener U-Bahn gemietet werden, da die Abschreibungen in voller Höhe als Teil der Anschaffungskosten der Sachanlagen aktiviert werden. Diese werden mit einem Buchwert in Höhe von 8,3 Mio. EUR (Vorjahr: 6,5 Mio. EUR) in den Anlagen in Bau gezeigt (siehe Kapitel 9.1). Die Nutzungsdauern betragen ein bis sieben Jahre.

Folgende Beträge wurden in der Berichtsperiode im Gewinn oder Verlust erfasst:

in Mio. EUR	2023	2024
Zinsaufwendungen für Leasingverbindlichkeiten	-2,4	-3,1
Aufwendungen für variable Leasingzahlungen, welche nicht in die Bewertung von Leasingverbindlichkeiten einbezogen wurden	-1,8	-2,8
Aufwendungen für kurzfristige Leasingverhältnisse	-12,9	-6,6
Aufwendungen für Leasingverhältnisse mit geringem Wert	-1,8	-4,2

Der Großteil aus den Aufwendungen für kurzfristige Leasingverhältnisse bzw. Leasingverhältnisse mit geringem Wert stammt aus Short-Term-Leases der Wiener Lokalbahnen Gruppe.

Für Details zu den Leasingverbindlichkeiten siehe auch Kapitel 11.4. Ein Überblick über die zukünftigen vertraglichen Cashflows aus den Leasingverbindlichkeiten ist in Kapitel 14 Risikomanagement zu finden.

Informationen zu wesentlichen Leasingverträgen

Die Nutzungsrechte an Grundstücken und Bauten enthalten im Wesentlichen Mietverträge für Büroflächen, andere Betriebsgebäude (z. B. Stationsgebäude der Wiener Linien) und die Miet- und Pachtgaragen der Wipark. Letztere Verträge beinhalten in vielen Fällen auch umsatzabhängige Anteile der Miete, die in den Aufwendungen für variable Leasingzahlungen enthalten sind.

Die Nutzungsrechte an technischen Anlagen und Maschinen enthalten im Wesentlichen E-Lokomotiven der Wiener Lokalbahnen Cargo, mit denen Transportleistungen angeboten werden. Die Nutzungsrechte an anderen Anlagen enthalten im Wesentlichen Pkws, die zur Nutzung für Mitarbeiter*innen gemietet werden. Die Mietverträge enthalten teilweise variable Zahlungen, die basierend auf der Kilometer-Nutzung anfallen. Es sind keine Restwertgarantien enthalten, die im Fall von erwarteten Zahlungen in der Leasingverbindlichkeit zu berücksichtigen sind.

Erfassung und Bewertung

Leasingverträge sind Verträge, bei denen der Wiener Stadtwerke Konzern einen Vermögenswert für ein bestimmtes Entgelt über einen bestimmten Zeitraum kontrollieren und nutzen kann. Nutzungsrechte an immateriellen Vermögenswerten werden nicht als Leasingverhältnisse bilanziert.

Nutzungsrecht und Leasingverbindlichkeit

Ab Bereitstellungsdatum des Vermögenswerts werden ein Nutzungsrecht, das das Recht auf Nutzung des Vermögenswerts über die Leasinglaufzeit widerspiegelt, und eine Leasingverbindlichkeit in der Bilanz erfasst. Die Leasingverbindlichkeit ergibt sich aus dem Barwert der Leasingzahlungen. Da es sich bei einem Leasingvertrag um eine Art Finanzierungsvertrag handelt, werden die Leasingverbindlichkeiten in den Finanzschulden erfasst und nach der Effektivzinsmethode folgebewertet. Leasingzahlungen stellen in der Folge eine Tilgung der Leasingverbindlichkeit dar. Das Nutzungsrecht setzt sich aus der Leasingverbindlichkeit zuzüglich anfänglicher direkter Kosten, erhaltener Anreize und etwaiger Kosten, die als Rekultivierungsrückstellung (siehe Kapitel 9.6) erfasst sind, zusammen. Es wird analog zu den Sachanlagen bewertet und linear über die Leasinglaufzeit abgeschrieben bzw. im Falle einer Wertminderung wird ein Wertminderungsaufwand erfasst.

Leasingzahlungen

Die Leasingzahlungen beinhalten feste Zahlungen, annähernd feste Zahlungen und etwaige Ausübungspreise von Kaufoptionen und Strafzahlungen von Kündigungsoptionen, mit deren Ausübung gerechnet wird, sowie etwaige Zahlungen aus Restwertgarantien. VPI-Anpassungen oder ähnliche Preiserhöhungen werden erst bei Eintreten berücksichtigt. Im Fall von Vertragsveränderungen oder einer Neueinschätzung der Laufzeit wird die Leasingverbindlichkeit neu geschätzt und das Nutzungsrecht wird erfolgsneutral um die Differenz angepasst. Nutzungs- und umsatzabhängige Zahlungen sind nicht in der Leasingverbindlichkeit enthalten, sondern werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst. Aus Wesentlichkeitsgründen werden Kleinstzahlungen, die regelmäßig für Nutzungsrechte von Grundstücken anfallen, in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.



Zinssatz

Der Zinssatz, der der Abzinsung der Leasingzahlungen zugrunde gelegt wird, ist ein Grenzfremdkapitalzinssatz des Wiener Stadtwerke Konzerns, da die Finanzierung auf Konzernebene erfolgt. Negativzinssätze werden nicht berücksichtigt, da diese auch bei einer Refinanzierung der Wiener Stadtwerke nicht zum Tragen kommen würden. Die Zinssätze werden laufzeitkongruent für jeden Vertrag ermittelt. Prinzipiell wird der Grenzfremdkapitalzinssatz jedoch nur dann angewendet, wenn der interne Zinsfuß des zugrunde liegenden Leasinggeschäfts nicht bekannt ist.



Laufzeit

Die Laufzeit wird unter Berücksichtigung von Verlängerungs- und Kündigungsoptionen, mit deren Ausübung gerechnet wird, geschätzt. Im Fall von Leasingverhältnissen mit unbestimmter Laufzeit wird wie folgt vorgegangen: Bei unbebauten Grundstücken wird die Leasinglaufzeit aus Wesentlichkeitsgründen mit 40 Jahren festgelegt. Bei bebauten Grundstücken wird die Leasinglaufzeit basierend auf der Restnutzungsdauer des Gebäudes und bei Maschinen und technischen Anlagen basierend auf der Restnutzungsdauer der Anlage festgelegt. Diese Methoden sind Orientierungshilfen, falls eine andere Festlegung der Nutzungsdauer nicht möglich ist. Die Leasinglaufzeit wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Abschreibung

Das Nutzungsrecht wird auf die festgelegte Laufzeit abgeschrieben. Im Geschäftsjahr betrug die Abschreibung an Nutzungsrechten 16,4 Mio. EUR (Vorjahr: 14,9 Mio. EUR).

in Mio. EUR	2023	2024
Summe Abschreibung Nutzungsrechte Leasing	14,9	16,4
davon Grundstücke und Gebäude	9,7	10,9
davon Technische Anlagen und Maschinen	4,4	4,7
davon Andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,8	0,8

Erleichterungen

Die Wiener Stadtwerke wenden folgende praktische Erleichterungen an:

- Leasingzahlungen für Leasingverhältnisse mit einer Laufzeit von unter zwölf Monaten und für Leasingverhältnisse zu Leasinggegenständen von geringem Wert (ca. unter 5.000 EUR) werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst. Darunter fallen im Wesentlichen Mieten von Handys, Laptops sowie Kopier- und Kaffeemaschinen.
- Etwaige, in den Leasingzahlungen enthaltene Servicekomponenten werden nicht herausgetrennt, sondern als Teil der Leasingzahlungen bilanziert.

Leasinggeberangaben

Der Wiener Stadtwerke Konzern ist auch als Leasinggeber tätig. Alle Leasingverträge sind als Operating Leasingverträge klassifiziert. Der Großteil der Leasingerträge entfällt auf die Einnahmen der FRIEDHÖFE WIEN GmbH sowie auf Vermietungsentgelte der Wiener Linien für Werbe- und Gewerbefläche, wobei die Einnahmen der FRIEDHÖFE WIEN GmbH für Grabmietverlängerungen bereits für die komplette Laufzeit im Voraus bezahlt und jährlich aufgelöst werden. Eine genauere Aufgliederung sowie Details zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind unter Kapitel 8.1 zu finden.

in Mio. EUR	2023	2024
Leasingerträge	44,6	48,8
Erträge aus variablen Leasingzahlungen, die nicht von einem Index oder (Zins-)Satz abhängen	1,2	1,2

Die folgende Tabelle stellt die Bruttomindestleasingzahlungen dar.

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Fällig in Geschäftsjahr + 1 Jahr	15,3	15,8
Fällig in Geschäftsjahr + 2 Jahre	10,0	10,3
Fällig in Geschäftsjahr + 3 Jahre	9,7	10,0
Fällig in Geschäftsjahr + 4 Jahre	9,8	10,0
Fällig in Geschäftsjahr + 5 Jahre	9,9	1,4
Fällig nach Geschäftsjahr + 5 Jahre	7,1	5,9
Gesamt	61,9	53,5

Erfassung und Bewertung

Klassifizierung

Jedes Leasingverhältnis wird zu Vertragsbeginn entweder als Operating oder Finanzierungsleasingverhältnis eingestuft. Ein Finanzierungsleasingverhältnis liegt vor, wenn die Wiener Stadtwerke die wesentlichen Chancen und Risiken des Vermögenswerts durch den Leasingvertrag auf den Leasingnehmer übertragen haben. Das ist z. B. der Fall, wenn die Vertragslaufzeit die wesentliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts umfasst oder wenn eine günstige Kaufoption des Leasingnehmers vorliegt, wenn der Barwert der Mindestleasingzahlungen im Wesentlichen dem Fair Value des Vermögenswerts entspricht oder wenn Spezialleasing vorliegt. Derzeit liegen im Wiener Stadtwerke Konzern keine Finanzierungsleasingverhältnisse vor.

Bilanzierung von Operating Leasingverhältnissen

Leasingzahlungen aus Operating Leasingverhältnissen sind vom Leasinggeber entweder linear oder auf einer anderen systematischen Basis als Ertrag zu erfassen, sofern diese das Muster des Nutzenverlaufs aus der Verwendung des Vermögenswerts korrekter abbildet. Dies hat unabhängig vom zeitlichen Anfall der Miet-/Leasingzahlungen zu erfolgen. Kosten, einschließlich Abschreibungen, die bei der Erzielung der Leasingerträge anfallen, sind vom Leasinggeber als Aufwand zu erfassen. Der zugrunde liegende Vermögenswert bleibt nach wie vor in den Sachanlagen oder im Fall einer Immobilie in den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien bilanziert und wird dementsprechend bewertet.

9.4 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Die planmäßigen Abschreibungen stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	2023	2024
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	50,5	45,6
Abschreibungen auf Sachanlagen inkl. IAS 40 Anlagen	312,0	377,2
Abschreibungen auf Nutzungsrechte	14,9	16,4
Gesamt	377,3	439,3

9.5 Wertminderungen und Wertaufholungen

Allgemeine Vorgehensweise


Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte einschließlich Firmenwerte werden bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer und Firmenwerte werden zumindest jährlich auf Werthaltigkeit überprüft.

§ Mögliche Anhaltspunkte für Wertminderungen im Wiener Stadtwerke Konzern ergeben sich vor allem aus Änderungen im Bereich der Cashflow-Annahmen (Kostenänderungen bzw. Erlösänderungen) oder Änderungen aus regulatorischen und versorgungspolitischen Entscheidungen.

Eine Wertminderung liegt dann vor, wenn der erzielbare Betrag unter dem Buchwert liegt. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und Nutzungswert (Value in Use – Barwert zukünftiger Zahlungsüberschüsse). Liegt der Buchwert über dem erzielbaren Betrag, wird ein Wertminderungsaufwand in Höhe der sich ergebenden Differenz in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Fällt die Ursache für einen in der Vergangenheit erfassten Wertminderungsaufwand für Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit Ausnahme von Firmenwerten weg, wird eine Wertaufholung auf die fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten vorgenommen. Die vorzunehmende Wertaufholung erfolgt erfolgswirksam.

Im Falle von Wertminderungen für eine zahlungsmittelgenerierende Einheit (CGU), die einen Firmenwert enthält, wird zunächst der bestehende Firmenwert reduziert. Übersteigt der Wertberichtigungsbedarf den Buchwert des Firmenwerts, wird die Differenz anteilig auf die verbleibenden langfristigen materiellen und immateriellen Vermögenswerte der CGU verteilt. Effekte aus Werthaltigkeitsprüfungen auf Ebene von CGUs werden in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesen.


Liegt ein Anhaltspunkt für eine Wertminderung eines konkreten Vermögenswerts vor (Triggering Event), erfolgt eine Werthaltigkeitsprüfung nur für diesen konkreten Vermögenswert. Ein etwaiger Wertminderungsaufwand wird im operativen Ergebnis erfasst.

 Zur Berechnung des Nutzungswerts werden Cashflow-Prognoserechnungen der einzelnen CGU nach den Regeln des IAS 36 verwendet. Die Unternehmensplanung umfasst prinzipiell eine Detailplanung von fünf Jahren. Für einzelne CGUs inklusive Firmenwerte schließt sich danach eine Grobplanungsphase an, welche aufgrund der vertraglichen Laufzeit oder der Restnutzungsdauer bestimmt werden kann. Im Anschluss wird von einer ewigen Rente ausgegangen, bzw. wenn diese kürzer ist, von der restlichen Vertragslaufzeit bzw. Restnutzungsdauer der Vermögenswerte. In der Planung wird von keiner automatischen Wachstumsrate ausgegangen, die Planungsparameter werden jedoch mit einem Verbraucherpreisindex indexiert.

Als Abzinsungssatz wird ein Kapitalkostensatz unter Berücksichtigung von Ertragsteuern (WACC) verwendet. Die Eigenkapitalkosten des WACC setzen sich aus dem risikolosen Zinssatz, einem Länderzuschlag sowie einer Risikoprämie zusammen, die die Marktrisikoprämie und den Beta-Faktor auf Basis von Peer-Group-Kapitalmarktdaten umfasst. Die Fremdkapitalkosten setzen sich aus dem Basiszinssatz, einem potenziellen Länderzuschlag und einem bonitätsabhängigen Risikozuschlag zusammen. Für die Gewichtung der Eigenkapital- und Fremdkapitalkosten wird auf Basis von Peer-Group-Daten eine für die betreffende CGU adäquate Kapitalstruktur zu Marktwerten unterstellt. Mit dem so ermittelten WACC werden die Zahlungsströme der jeweiligen CGU/Vermögenswerte abgezinst. Die Auswahl der Peer Group wird jährlich im Konzern überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Anhand des WSTW WACC-Tools wird die Werthaltigkeitsprüfung im Wiener Stadtwerke Konzern umgesetzt und dokumentiert.


Abgrenzung der CGUs

 Maßgebliches Kriterium zur Qualifikation als CGU ist die technische und wirtschaftliche Eigenständigkeit bei der Erzielung von Mittelzuflüssen. Bei den Wiener Stadtwerken betrifft dies das Fernwärmesystem, Kraftwerkparks (Kraft-Wärme-Kopplung und Heißwasserkessel), Wasserkraftwerke, Windparks und Strombezugsrechte bei der Wien Energie, Garagen- bzw. Garagenkonglomerate bei der Wipark, Strom- und Gasnetz bei den Wiener Netzen, bzw., wenn keine andere Differenzierung möglich ist, einzelne Gesellschaften, welche Assets zur Gewinnerzielung beinhalten (einzelne Unternehmen der Wiener Lokalbahnen Gruppe, Wiener Linien, einzelne Unternehmen der Gruppe Bestattung und Friedhöfe).

Alle zu bewertenden CGUs liegen in Österreich.

Wien Energie

Die Wien Energie berechnet zur Ermittlung eines etwaigen Wertminderungsbedarfs einen Nutzungswert (Value in Use).

 Für die Berechnung der Windkraftanlagen Pottendorf, welche einen Firmenwert inkludiert, liegt eine Planung bis 2029 vor, der WACC beträgt 4,93 %. Der erzielbare Betrag liegt 8,4 Mio. EUR über dem Buchwert. Erst eine Veränderung des WACC auf ca. 8,12 % würde die Angleichung des Buchwerts mit dem Nutzungswert bewirken.

Wipark

Die Wipark berechnet einen Nutzungswert für alle CGUs im Falle eines Triggering Events. Die Cashflow-Planung ist dabei auf die Restnutzungsdauer der Garagen bzw. Garagenkonglomerate oder die vertragliche Restlaufzeit bei anderen Rechten beschränkt.

Wiener Netze

In der derzeitigen Regulierungssystematik ist eine Anerkennung von Vermögenswerten der Netzbereiche in den Sparten Gas und Strom sichergestellt. Die Vorgangsweise zur Ermittlung des verzinslichen Kapitals hat sich zum Unterschied zu den vergangenen Regulierungsperioden in der 4. Regulierungsperiode im Gasnetzbereich (1. Jänner 2023 bis 31. Dezember 2027) bzw. in der 5. Regulierungsperiode im Stromnetzbereich (1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2028) insofern geändert, als dass zwischen „Grundvermögen“ und „Neuinvestitionen“ unterschieden wird. Da die Kostenanerkennung auch weiterhin gesetzlich gegeben ist, wurde im Geschäftsjahr 2024 kein Triggering Event festgestellt. In Folge der außerordentlichen Abschreibung Gasnetz (Anpassung der regulierten Anlagenbasis auf die Buchwerte der Regulierungsbehörde) wurde der Werthaltigkeitstest Gasnetz mit 1. Jänner 2024 aktualisiert. Dabei wurde der Buchwert überprüft und kein Impairmentbedarf festgestellt.

Wiener Linien

Auf der Grundlage des Öffentlichen Personennahverkehrs- und -finanzierungsvertrags erhalten die Wiener Linien die erforderlichen Finanzmittel für die Anschaffung bzw. Herstellung von zur Erbringung ihrer Dienstleistungen erforderlichen Vermögenswerten durch die Stadt Wien. Auf der Basis des IAS 20 kommt es zur Saldierung der Vermögenswerte mit den Zuschüssen (Nettodarstellung). Die verbleibenden Vermögenswerte werden bei Vorliegen eines Anhaltspunkts für eine Wertminderung auf Werthaltigkeit überprüft. Im Geschäftsjahr gab es keinen Anhaltspunkt für das Vorliegen einer Wertminderung.

Wiener Lokalbahnen Gruppe

Bei den Wiener Lokalbahnen gab es im laufenden Geschäftsjahr keine Anzeichen für ein Triggering Event und daher auch keinen Abwertungsbedarf. In den anderen Gesellschaften der Lokalbahnen Gruppe (Wiener Lokalbahnen Cargo und Wiener Lokalbahnen Verkehrsdienste) ergab sich ebenfalls kein Abwertungsbedarf, wobei bei der Wiener Lokalbahnen Cargo ein Triggering Event identifiziert und zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts ein externes Gutachten beauftragt wurde, um die Verkehrswerte der Vermögenswerte der Gesellschaft zu bestimmen. Dieses Gutachten zeigte stille Reserven innerhalb der Gesellschaft auf, welche, nach Abzug von Verkaufskosten, ausreichend waren, um den Buchwert der CGU zu bestätigen, womit kein Abwertungsbedarf vorlag. Für die Wiener Lokalbahnen Verkehrsdienste wurde aufgrund des fehlenden Triggering Events von einer Berechnung in diesem Geschäftsjahr abgesehen.

Bestattung und Friedhöfe

Mangels eines Anhaltspunkts für das Vorliegen einer Wertminderung bei den Gesellschaften der Gruppe Bestattung und Friedhöfe wurden keine Werthaltigkeitstests durchgeführt.

Bei allen Gesellschaften wird bei einer Wertminderungsrechnung der Nutzungswert bestimmt.

Wertminderungen und Wertaufholungen im Wiener Stadtwerke Konzern

Die Wertminderungen und Wertaufholungen des Wiener Stadtwerke Konzerns werden in einer eigenen Position saldiert in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt.

in Mio. EUR	2023	2024
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte (inkl. Firmenwert)	0,0	0,0
Wertminderung auf Sachanlagen inkl. IAS 40 Anlagen	-1,2	-179,4
Wertaufholung auf Sachanlagen	0,0	0,5
Gesamt	-1,2	-178,9

Die wesentlichen Beträge beziehen sich auf die folgenden CGUs:

CGUs der Wien Energie

Unter Zugrundelegung des Dekarbonisierungspaths der Wien Energie und des damit einhergehenden Umstiegs auf alternative Brennstoffe (Fuel Switch auf Biomethan) kommt es durch die erwartete Verlängerung der Laufzeit zu einer Wertminderung der KWK-Anlagen in Simmering sowie in der Donaustadt (-176,6 Mio. EUR).

CGUs der Wipark

Bei den Garagen der Wipark ergibt sich für 2024 ein Abschreibungsbedarf von insgesamt 1,8 Mio. EUR (Vorjahr: 0,9 Mio. EUR). Dieser resultiert aus aktuellem Umsatz- und/oder Kostendruck bei drei Garagen und steht im Zusammenhang mit einer Kaufpreisnachforderung für eine eventuelle Bauvolumenüberschreitung bei einem Grundstück. Insgesamt verzeichnen die Garagen jedoch sehr stabile Parkumsätze.

Aufgrund dieser stabilen Parkumsätze, zeigt sich in einigen Garagen auch ein leichter Aufwärtstrend. Daraus ergibt sich im Geschäftsjahr ein Zuschreibungsbedarf zweier Garagen von insgesamt 0,5 Mio. EUR (Vorjahr: 0,0 Mio. EUR).

9.6 Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Garantie, Gewährleistung und Produkt- haftung	Drohende Verluste und sonstige Wagnisse	Rechts- streitig- keiten	Rekulti- vierung	Sonstige Rück- stellungen	Gesamt
Stand am 01.01.2023	0,0	5,8	27,4	7,0	23,9	64,0
Dotierung	0,0	0,8	1,2	0,0	19,4	21,4
Verbrauch	0,0	-5,5	-0,3	-0,4	-9,2	-15,4
Auflösung	0,0	-0,1	-3,4	0,0	-1,2	-4,7
Aufzinsung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2
Stand am 31.12.2023	0,0	0,9	25,0	6,6	33,0	65,5
Dotierung	0,0	1,0	2,2	0,0	18,2	21,4
Verbrauch	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-7,6	-7,8
Auflösung	0,0	-0,1	-20,1	0,0	-1,5	-21,7
Stand am 31.12.2024	0,0	1,8	7,0	6,6	42,2	57,5
davon kurzfristig 31.12.2023	0,0	0,8	0,8	1,1	15,8	18,5
davon langfristig 31.12.2023	0,0	0,1	24,2	5,5	17,2	47,0
davon kurzfristig 31.12.2024	0,0	1,8	7,0	1,4	18,3	28,5
davon langfristig 31.12.2024	0,0	0,0	0,0	5,1	23,9	29,0

Die Rekultivierungsrückstellungen beziehen sich vor allem auf Rückbauverpflichtungen aus Kraftwerksanlagen.

Die Dotierung der sonstigen Rückstellungen betrifft einerseits die Wiener Lokalbahnen, welche eine Rückstellung betreffend eine mögliche Umsatzrückzahlung im Geschäftsjahr 2026 gegenüber der Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) GmbH gebildet hat. Andererseits wurde von der Wipark eine Rückstellung für Kaufpreisnachforderungen für eine eventuelle Bauvolumenüberschreitung dotiert. Weiters haben die Wiener Linien, aufgrund ihrer Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Nahverkehrs, die Kosten für die vollständige Wiederherstellung der durch den Brand an der U1 beschädigten Infrastruktur und Stationsbereiche angesetzt.

Die Rückstellung der Wiener Linien aus dem Vorjahr bezüglich eines Gerichtsverfahrens in Zusammenhang mit der Ungleichbehandlung bei Ticketverkäufen wurde im Geschäftsjahr großteils aufgelöst.

Erfassung und Bewertung



Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, wenn rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten bestehen, die auf zurückliegenden Geschäftsvorfällen oder Ereignissen beruhen und wahrscheinlich zu Vermögensabflüssen führen, die zuverlässig ermittelbar sind. Sie werden unter Berücksichtigung aller daraus erkennbaren Risiken zum voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und nicht mit etwaigen Rückgriffsansprüchen verrechnet.

Bei langfristigen Rückstellungen werden die erwarteten künftigen Cashflows mit einem Zinssatz vor Steuern abgezinst, der die aktuellen Markterwartungen in Hinblick auf den Zinseffekt sowie die für die Schuld spezifischen Risiken widerspiegelt. Da die Schätzungen zukünftiger Cashflows an die Risiken angepasst wurden, erfolgt die Abzinsung mit einem risikolosen Zinssatz.

Die Rückstellungen für Rekultivierung werden als Teil der Anschaffungskosten der jeweiligen Anlage aktiviert und abgeschrieben. Etwaige Neuschätzungen, die den rückzustellenden Betrag verändern, werden ebenfalls in den langfristigen Vermögenswerten aktiviert.

10 Personal

10.1 Personalaufwand

Folgende Tabelle zeigt die Aufgliederung des Personalaufwands:

in Mio. EUR	2023	2024
Löhne	190,9	170,8
Gehälter	831,4	985,6
Summe soziale Aufwendungen	311,8	342,1
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben	230,7	269,3
Aufwendungen für Altersversorgung	60,2	46,9
Aufwendungen für Abfertigungen	12,7	15,7
Sonstige soziale Abgaben und Aufwendungen	8,2	10,2
Gesamt	1.334,0	1.498,5

Die sozialen Aufwendungen enthalten einen Aufwand von 31,6 Mio. EUR (Vorjahr: 31,2 Mio. EUR) für beitragsorientierte Pensionspläne sowie einen Aufwand von 11,1 Mio. EUR (Vorjahr: 9,0 Mio. EUR) für Beiträge an die Mitarbeiter*innen-vorsorgekasse („Abfertigung neu“). Zu den Angaben gemäß IAS 24 siehe Kapitel 7.5.

Der durchschnittliche Mitarbeiter*innenstand (FTE) exklusive Karenzierte, Präsenz- und Zivildienstler des WSTW Konzerns stellt sich wie folgt dar:

FTE	2023	2024
Gemeindebedienstete (Beamt*innen und Vertragsbedienstete)	4.350,2	3.950,3
Dienstnehmer*innen der Gesellschaften (KV)	11.178,9	12.495,5
Wiener Stadtwerke Konzern	15.529,0	16.445,9
Lehrlinge	467,5	546,9
Summe Wiener Stadtwerke Konzern	15.996,5	16.992,8

10.2 Personalarückstellungen


Folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Personalarückstellungen:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Pensionsrückstellungen	4.242,5	4.484,0
Abfertigungsrückstellungen	108,3	113,2
Rückstellungen für Deputate	42,4	36,4
Rückstellungen für Jubiläumsgeld	48,5	46,4
Rückstellungen für Treuegeld	19,0	18,7
Gesamt	4.460,6	4.698,6

Die Entwicklung der leistungsorientierten Verpflichtung aus **Pensionen** sowie des Planvermögens stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Brutto-Pensionsrückstellung		Marktwert Planvermögen	
	2023	2024	2023	2024
Stand am 01.01.	3.780,5	4.413,8	919,6	988,6
Lfd. Dienstzeitaufwand/Einzahlungen in Planvermögen	19,6	22,5	0,0	0,0
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	14,3	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen von Mitarbeiter*innen	10,4	10,4	0,0	0,0
Zinsaufwand	155,5	154,2	0,0	0,0
Zinsertrag	0,0	0,0	38,7	35,3
Erfolgte Auszahlungen an Pensionist*innen	-182,5	-199,7	0,0	0,0
Neubewertung der leistungsorientierten Verpflichtung/des Planvermögens	615,9	156,9	30,3	22,4
davon Effekte aufgrund der Änderung demografischer Annahmen	0,3	-38,6	0,0	0,0
davon Effekte aufgrund der Änderung finanzmathematischer Annahmen	432,6	203,8	0,0	0,0
davon Effekte aufgrund erfahrungsbedingter Anpassungen	183,0	-8,3	0,0	0,0
Stand am 31.12.	4.413,8	4.558,1	988,6	1.046,4
Abzgl. Marktwert Planvermögen/Erstattungsanspruch	-171,3	-74,1	-817,3	-972,3
Netto-Pensionsrückstellungen/Netto-Planvermögen am 31.12.	4.242,5	4.484,0	171,3	74,1

Zur Erläuterung des Erstattungsanspruchs siehe Kapitel 8.8.

 Für das Jahr 2025 betragen die erwarteten Pensionszahlungen 210,4 Mio. EUR. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Pensionsverpflichtung (durchschnittliche Kapitalbindungsdauer) beträgt 14,14 Jahre (Vorjahr: 14,15 Jahre).

Folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Planvermögens:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Aktien	219,2	224,2
Renten	695,1	739,2
Gelder	55,4	66,1
Sonstiges	18,9	16,9
Gesamt	988,6	1.046,4

Der Berechnung der Pensionsrückstellungen wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen zugrunde gelegt:

Versicherungsmathematische Annahmen zu Pensionsverpflichtungen

in %	31.12.2023	31.12.2024
Rechnungszinssatz	3,57	3,33
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen	3,06–5,07*	2,97–4,06*
Zukünftige Pensionssteigerungen	2024: 3,90 ab 2025: 1,95	2025: 2,85 ab 2026: 2,00
Erwartete Fluktuation	0,00	0,00
Pensionseintrittsalter Frauen/Männer (Jahre)	65	65
Lebenserwartung	AVÖ 2018–P modifiziert**	AVÖ 2018–P modifiziert**

* Zusätzlich zu den zukünftigen Lohn- und Gehaltssteigerungen wird der Todesfallbeitrag mit 2,85 % für 2025 und 2,00 % für das Jahr 2026 (Vorjahre: 3,90 % für 2024, 1,95 % für 2025) valorisiert.

** Seit dem Geschäftsjahr 2018 kommen die Sterbetafeln der AVÖ 2018-P modifiziert nach der Wiener Stadtwerke Personalstruktur zur Anwendung.

Die nachfolgende Sensitivitätsanalyse zeigt, welche Auswirkungen eine Änderung von zukunftsbezogenen Annahmen auf den Buchwert der Brutto-Pensionsrückstellung hat:

Sensitivitätsanalyse für Pensionsverpflichtungen

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Rechnungszinssatz		
Erhöhung des Rechnungszinssatzes um 0,1 %	-59,71	-61,80
Minderung des Rechnungszinssatzes um 0,1 %	61,05	63,19
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen		
Erhöhung der Lohn- und Gehaltssteigerung um 0,1 %	6,84	6,75
Minderung der Lohn- und Gehaltssteigerung um 0,1 %	-6,80	-6,71
Zukünftige Pensionssteigerungen		
Erhöhung der Pensionssteigerungen um 0,1 %	54,67	56,79
Minderung der Pensionssteigerungen um 0,1 %	-53,66	-55,74

Die Entwicklung der Verpflichtung aus **Abfertigungen** stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Stand am 01.01.	100,7	108,3
Dienstzeitaufwand	3,7	3,9
Zinsaufwand	3,5	3,8
Erfolgte Zahlungen	-6,7	-6,0
Neubewertung der leistungsorientierten Verpflichtung	7,0	3,2
davon Effekte aufgrund der Änderung finanzmathematischer Annahmen	1,9	4,3
davon Effekte aufgrund erfahrungsbedingter Anpassungen	5,1	-1,1
Stand am 31.12.	108,3	113,2

Für das Jahr 2025 betragen die erwarteten Abfertigungszahlungen 3,1 Mio. EUR. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Abfertigungsverpflichtung (durchschnittliche Kapitalbindungsdauer) beträgt 10,85 Jahre (Vorjahr: 11,07 Jahre).

Der Berechnung der Abfertigungsrückstellungen wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen zugrunde gelegt:

Versicherungsmathematische Annahmen zu Abfertigungsverpflichtungen

in %	31.12.2023	31.12.2024
Rechnungszinssatz	3,49	3,21
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen	3,06–5,10	2,97–4,20
Erwartete Fluktuation	0,00	0,00
Pensionseintrittsalter Frauen/Männer (Jahre)	60–65/65	60–65/65

Die nachfolgende Sensitivitätsanalyse zeigt, welche Auswirkungen eine Änderung von zukunftsbezogenen Annahmen auf den Buchwert der Abfertigungsverpflichtungen hat:

Sensitivitätsanalyse für Abfertigungsverpflichtungen

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Rechnungszinssatz		
Erhöhung des Rechnungszinssatzes um 0,1 %	-1,15	-1,19
Minderung des Rechnungszinssatzes um 0,1 %	1,17	1,20
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen		
Erhöhung der Lohn- und Gehaltssteigerung um 0,1 %	1,16	1,19
Minderung der Lohn- und Gehaltssteigerung um 0,1 %	-1,15	-1,18

Die Entwicklung der Verpflichtung aus Deputaten stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Stand am 01.01.	89,8	42,4
Dienstzeitaufwand	0,6	0,2
Zinsaufwand	3,1	1,4
Erfolgte Zahlungen	-3,7	-2,4
Neubewertung der leistungsorientierten Verpflichtung	-47,4	-5,3
davon Effekte aufgrund erfahrungsbedingter Anpassungen	-47,6	-6,2
davon Effekte aufgrund der Änderung demografischer Annahmen	-0,2	-0,3
davon Effekte aufgrund der Änderung finanzmathematischer Annahmen	0,4	1,2
Stand am 31.12.	42,4	36,4

Für das Jahr 2025 betragen die erwarteten Zahlungen für Deputate 2,1 Mio. EUR. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Deputatsverpflichtungen (durchschnittliche Kapitalbindungsdauer) beträgt 12,61 Jahre (Vorjahr: 12,34 Jahre).

Der Berechnung der Verpflichtung aus **Deputaten** wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen zugrunde gelegt:

Versicherungsmathematische Annahmen zu Deputatsverpflichtungen

in %	31.12.2023	31.12.2024
Rechnungszinssatz	3,49	3,21
Laufende Valorisierung	0,00	0,00
Erwartete Fluktuation	0,00	0,00



Sensitivitäten

Die obigen Sensitivitätsanalysen stellen Auswirkungen aus hypothetischen Änderungen von wesentlichen Parametern auf den Barwert der Verpflichtungen dar, die sich bei vernünftiger Betrachtungsweise am Bilanzstichtag hätten ergeben können. Die Berechnung der Verpflichtung anhand geänderter Parameter erfolgte analog zur Berechnung der in der Bilanz ausgewiesenen Verpflichtung. Es wurde jeweils ein Parameter verändert, während die übrigen Parameter konstant gehalten wurden. Dadurch können keine Interdependenzen zwischen den einzelnen versicherungsmathematischen Parametern berücksichtigt werden. In der Realität ist es jedoch wahrscheinlich, dass Veränderungen wesentlicher Parameter auch weitere Parameteränderungen nach sich ziehen.

Erfassung und Bewertung

IAS 19 definiert Leistungen an Arbeitnehmer*innen als alle Formen von Entgelt, die ein Unternehmen im Austausch für die von Arbeitnehmer*innen erbrachte Arbeitsleistung oder aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses gewährt. Der Standard gilt damit für alle Leistungen an Arbeitnehmer*innen, insbesondere nach formalen Plänen oder anderen formalen Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmer*innen bzw. Arbeitnehmervertreter*innen inklusive der auf diese Leistungen entfallenden Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Im Konzern bestehen leistungsorientierte Verpflichtungen aus Pensionsplänen, gesetzlichen Abfertigungen und Jubiläums- bzw. Treuegeldern und Deputaten.

Pensionen

Beitragsorientierte Pensionspläne

Aufgrund von Betriebsvereinbarungen gibt es beitragsorientierte Pensionszusagen, für die der Konzern Beiträge an eine Pensionskasse leistet. Diese werden im Personalaufwand erfasst. Vorausgezahlte Beiträge werden als Vermögenswert erfasst, soweit ein Anrecht auf Rückerstattung oder Verringerung künftiger Zahlungen besteht.

Leistungsorientierte Pensionspläne

Die Höhe der aus den leistungsorientierten Plänen resultierenden Verpflichtungen wird unter Anwendung der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) ermittelt, wobei die Berechnung jährlich von einem anerkannten Versicherungsmathematiker durchgeführt wird. Der beizulegende Zeitwert eines etwaigen Planvermögens wird zur Ermittlung der bilanzierten Rückstellung hiervon abgezogen. Im Gegensatz dazu werden Erstattungsansprüche

gegenüber dem Planvermögen in den sonstigen Vermögenswerten gezeigt.

Der Dienstzeitaufwand, einschließlich des laufenden und des nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands sowie der Gewinne und Verluste aus Plankürzungen und außerordentlichen Planabgeltungen, wird im Personalaufwand ausgewiesen. Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand wird zum jeweils früheren der folgenden Zeitpunkte erfolgswirksam im Personalaufwand erfasst: der Zeitpunkt, zu dem die Anpassung oder Kürzung des Plans eintritt, oder der Zeitpunkt, zu dem der Konzern verbundene Restrukturierungskosten ansetzt.

Die Nettozinsen werden durch Anwendung des Abzinsungssatzes auf den Saldo aus leistungsorientierter Verpflichtung und Planvermögen aus dem leistungsorientierten Plan ermittelt. Der Nettozinsaufwand oder -ertrag wird im Finanzergebnis erfasst.

Neubewertungen der Nettopensionsverpflichtung werden im sonstigen Ergebnis in der Rücklage aus Personalarückstellungen erfasst. In Folgeperioden werden sie nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert. Sie umfassen versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, etwaige Auswirkungen einer Vermögenswertobergrenze sowie Erträge und Aufwendungen aus der Bewertung des Planvermögens exklusive der Verzinsung, die im Finanzergebnis erfasst wird.

Wesentliche Pensionspläne und Pensionsansprüche gegenüber der Gemeinde Wien

Im Zuge der Ausgliederung der Unternehmen der Wiener Stadtwerke im Jahr 1999 wurden die Mitarbeiter*innen den ausgegliederten Dienststellen zugewiesen, ohne das Dienstverhältnis mit der Gemeinde Wien aufzukündigen oder anderwärtig zu adaptieren. Die Pensionsansprüche bestehen seitens der relevanten Dienstnehmer*innen unverändert gegenüber der Gemeinde Wien.

Die Unternehmen der Wiener Stadtwerke sind aufgrund des Wiener Stadtwerke Zuweisungsgesetzes verpflichtet, die Pensionsaufwendungen für die ihnen zugewiesenen Mitarbeiter*innen zu ersetzen (Pensionsersatzpflicht). Die Pensionsersatzpflicht umfasst sowohl die laufenden Pensionsauszahlungen als auch die zukünftigen Pensionsaufwendungen. Durch die Übernahme der Pensionsersatzpflicht für die zugewiesenen Mitarbeiter*innen bestehen für die betroffenen Konzerngesellschaften mittelbare Pensionsverpflichtungen, wobei den einzelnen Mitarbeiter*innen eine bestimmte Leistungshöhe zugesagt ist. Demzufolge sind diese Pensionsverpflichtungen als leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen nach IAS 19 zu bewerten.

Nach den Regelungen der IFRS sind die dadurch betroffenen Konzerngesellschaften zur Bildung einer Pensionsrückstellung für die zukünftige Leistung verpflichtet. Die laufenden Gehalts- und Pensionszahlungen erfolgen selbst im Fall der Existenz von Planvermögen unmittelbar durch die Wiener Stadtwerke. In diesen Fällen entsteht ein Rückerstattungsanspruch gegenüber dem Planvermögen. Dieser wird als Forderung in den sonstigen langfristigen Vermögenswerten dargestellt.

Nicht betroffen sind die Wiener Linien, die aufgrund einer bestehenden Nettopensionslastregelung mit der Gemeinde Wien nicht dazu verpflichtet sind, eine Rückstellung zu bilden. Stattdessen werden laufende Zahlungen an die Stadt Wien geleistet, die im Personalaufwand erfasst sind.

Für die Beamt*innen der FRIEDHÖFE WIEN GmbH wurde im Zuge der Eingliederung in die Wiener Stadtwerke eine Sondervereinbarung mit der Stadt Wien getroffen, wodurch die Wiener Stadtwerke kein Risiko mehr tragen und daher keine Rückstellung angesetzt werden muss. Die FRIEDHÖFE WIEN GmbH leistete eine Einmalzahlung, die in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten gezeigt wird und über den Zeitraum der Tätigkeit der betroffenen Beamt*innen im Personalaufwand aufgelöst wird.

Planvermögen

Einzelne Unternehmen der Wiener Stadtwerke (WIEN ENERGIE GmbH, WIENER STADTWERKE GmbH und B&F Wien – Bestattung und Friedhöfe GmbH) haben im Geschäftsjahr 2018 zur Besicherung ihrer Pensionsersatzpflicht einen Teil ihrer Fondsanteile in das Sicherungseigentum eines Treuhänders übertragen, einer neu gegründeten Gesellschaft (WIENER STADTWERKE Planvermögen GmbH), die für die treuhändische Verwaltung der Fonds gegründet wurde. Das Planvermögen folgt einer langfristigen Anlagestrategie, welche die Deckung der zukünftigen Pensionsauszahlungen gewährleisten soll.

Die treuhändische Gesellschaft WIENER STADTWERKE Planvermögen GmbH ist zivilrechtlicher Eigentümer dieser übertragenen WSTW Fonds, wirtschaftliche Eigentümer bleiben die einzelnen Unternehmen der Wiener Stadtwerke.

Dieses für die Besicherung der Pensionsersatzpflicht zweckgebundene Vermögen steht den leistungsorientierten Verpflichtungen des Wiener Stadtwerke Konzerns gegenüber. Es wird als Planvermögen gemäß IAS 19 klassifiziert. Die als Planvermögen definierten Vermögenswerte werden nicht auf der Aktivseite in der Bilanz dargestellt, sondern saldiert mit den Pensionsrückstellungen gezeigt.

Die laufenden administrativen Aufwendungen und Steuern des Planvermögens kürzen den Ertrag aus dem Planvermögen und sind als Teil der Neubewertungen der Nettoschuld und entsprechend im sonstigen Ergebnis zu erfassen.

Etwaige zusätzliche Erstattungsansprüche verkürzen den Bruttowert des Planvermögens (siehe Kapitel 8.8).

Abfertigungen

Abhängig von der Dienstzugehörigkeit haben österreichische Dienstnehmer*innen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Anspruch auf eine Einmalzahlung bei Pensionsantritt bzw. Kündigung durch den Arbeitgeber („Abfertigung Alt“). Für diese zukünftige Verpflichtung werden Rückstellungen für Abfertigungen gebildet. Dabei handelt es sich um einen leistungsorientierten Plan gemäß IAS 19, der analog zu den leistungsorientierten Pensionsplänen bilanziert wird. Es besteht kein Planvermögen. Für österreichische Arbeitnehmer*innen, deren Dienstverhältnis nach dem 31. Dezember 2002 begann, bezahlt der Arbeitgeber einen monatlichen Beitrag von 1,53% des Bruttoentgelts in eine Vorsorgekasse ein. Hierbei handelt es sich gemäß IAS 19 um einen beitragsorientierten Plan. Die Zahlungen des Arbeitgebers werden im Personalaufwand erfasst.

Deputate

Zusätzlich zu den oben beschriebenen Plänen stehen einzelnen Beamt*innen sowohl während ihrer Tätigkeit als auch wenn sie in Pension sind, bestimmte Kontingente an Energieleistungen zu. Jene Leistungen, die während ihrer Tätigkeit anfallen, werden im laufenden Gehaltsaufwand erfasst. Für jene Leistungen, die nach ihrer Pensionierung anfallen, wird eine Rückstellung gebildet. Da es sich der Natur nach um einen leistungsorientierten Pensionsplan handelt, wird die Rückstellung analog zu diesen bilanziert und bewertet.

Jubiläums- und Treuegelder

Einige Mitarbeiter*innen des Wiener Stadtwerke Konzerns haben abhängig von ihrer Dienstzugehörigkeit Anspruch auf Jubiläumsgeldzahlungen und Treuegelder. Für diese Verpflichtungen werden Rückstellungen nach der Projected Unit Credit Method berechnet. Die Bewertung erfolgt im Wesentlichen analog zu den leistungsorientierten Pensionsplänen. Allerdings werden etwaige versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste nicht im sonstigen Ergebnis, sondern in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

11 Finanzinstrumente

11.1 Auswirkung der Finanzinstrumente auf die Ertragslage

Die Finanzerträge stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	2023	2024
Beteiligungserträge	235,7	309,2
aus Eigenkapitalinstrumenten, bewertet zu FVOCI*	235,7	309,2
Nach der Effektivzinsmethode ermittelte Zinsen und ähnliche Erträge	66,4	91,2
aus finanziellen Vermögenswerten, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten	60,3	75,6
aus finanziellen Vermögenswerten, bewertet zu FVOCI	6,1	15,7
Nettoveränderung des beizulegenden Zeitwerts, bewertet zu FVPL**	4,7	2,1
aus finanziellen Vermögenswerten, zwingend bewertet zu FVPL (zu Handelszwecken gehalten)	1,0	0,1
aus finanziellen Vermögenswerten, zwingend bewertet zu FVPL (Sonstige)	3,7	2,0
Nettoerträge aus der Fremdwährungsbewertung	0,0	0,7
Übrige sonstige Finanzerträge	5,2	0,1
Gesamt	312,0	403,3

* FVOCI = Fair Value through Other Comprehensive Income, Bewertung zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis

** FVPL = Fair Value through Profit and Loss, Bewertung erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert.

Die Finanzaufwendungen stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	2023	2024
Zinsaufwendungen	192,2	177,7
Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	126,0	126,3
Finanzielle Verbindlichkeiten, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten	63,8	48,3
Leasingverbindlichkeiten	2,4	3,1
Nettoveränderung des beizulegenden Zeitwerts, bewertet zu FVPL	0,3	1,6
Finanzielle Vermögenswerte, zwingend bewertet zu FVPL (zu Handelszwecken gehalten)	0,3	1,6
Verluste aus der Ausbuchung	5,2	1,1
aus finanziellen Vermögenswerten, bewertet zu FVOCI	5,2	1,1
Nettoverluste aus der Fremdwährungsbewertung	0,4	0,0
Sonstige Finanzierungsaufwendungen	10,5	12,7
Gesamt	208,6	193,1

Die Nettoveränderungen der zwingend zu FVPL bewerteten finanziellen Vermögenswerte beziehen sich im Wesentlichen auf die Devisentermingeschäfte der Wiener Linien.

Nettoergebnis aus Finanzinstrumenten

Das Nettoergebnis aus Finanzinstrumenten für das aktuelle Geschäftsjahr sowie das Vorjahr stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Zinsen und Ausschüttungen	Fair Value Bewertung	Fremdwährungsumrechnung	Ergebnis aus Abgang	Sonstiges	31.12.2024 Gesamt
Eigenkapitalinstrumente						
FVOCI	309,2	-1.068,7	0,0	0,0	0,0	-759,6
Schuldinstrumente						
FVPL	0,0	2,0	0,0	0,0	0,1	2,1
FVOCI	15,7	13,9	0,0	-1,0	0,0	28,5
At Cost	75,6	0,0	0,7	-0,1	0,0	76,2
Derivate						
FVPL	0,0	-1,5	0,0	0,0	0,0	-1,5
Hedging OCI	0,0	30,0	0,0	-232,9	0,0	-202,9
Verbindlichkeiten						
At Cost	-48,3	0,0	0,0	0,0	-12,7	-61,0
Gesamt	352,1	-1.024,4	0,7	-234,0	-12,7	-918,2

in Mio. EUR	Zinsen und Ausschüttungen	Fair Value Bewertung	Fremdwährungsumrechnung	Ergebnis aus Abgang	Sonstiges	31.12.2023 Gesamt
Eigenkapitalinstrumente						
FVOCI	235,7	893,1	0,0	0,0	0,0	1.128,8
Schuldinstrumente						
FVPL	0,0	3,7	0,0	0,0	1,2	4,8
FVOCI	6,1	36,8	0,0	-5,2	0,0	37,8
At Cost	60,3	0,0	-0,4	0,0	0,0	59,9
Derivate						
FVPL	0,0	0,7	0,0	0,0	0,0	0,7
Hedging OCI	0,0	241,0	0,0	-45,7	4,0	199,3
Verbindlichkeiten						
At Cost	-63,8	0,0	0,0	0,0	-10,5	-74,4
Gesamt	238,3	1.175,3	-0,4	-50,8	-5,4	1.357,0

Im aktuellen Geschäftsjahr sind in den sonstigen Finanzierungsaufwendungen Bereitstellungsgebühren in Höhe von 12,4 Mio. EUR (Vorjahr: 9,7 Mio. EUR) enthalten.

11.2 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten Schecks, Kassenbestände, täglich fällige Guthaben bei Kreditinstituten sowie kurzfristige Veranlagungen mit einer statischen Laufzeit von unter drei Monaten und sind mit den jeweiligen Nennwerten bewertet.

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Kassenbestand	2,3	2,4
Guthaben bei Kreditinstituten	1.755,2	1.270,9
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.757,5	1.273,3
davon nicht dem Finanzmittelfonds zuzurechnen ¹	8,8	66,8
Für die Kapitalflussrechnung relevanter Finanzmittelfonds	1.748,7	1.206,4

¹ Als Restricted-Cash einzustufen

In den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten sind 66,8 Mio. EUR enthalten, die in beherrschten Investmentfonds gehalten werden. Auf diese Beträge besteht kein direkter und sofortiger Zugriff, daher sind sie nicht dem Finanzmittelfonds zuzurechnen. Die Bindungsdauer dieser Fonds darf jedoch zum Zeitpunkt der Veranlagung drei Monate nicht überschreiten. Bei den verbleibenden Zahlungsmitteläquivalenten handelt es sich um kurzfristige Veranlagungen aus dem Cashpooling, ebenfalls mit einer Laufzeit von unter drei Monaten.

11.3 Finanzielle Vermögenswerte

Die folgenden Tabellen zeigen die kurz- und langfristigen finanziellen Vermögenswerte:

Langfristige finanzielle Vermögenswerte

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Beteiligungen (FVOCI)	6.003,8	4.915,0
Ausleihungen	46,9	32,7
Sonstige Finanzanlagen	824,1	1.047,3
Anteile an Investmentfonds (FVPL)	36,3	68,8
Aktien (FVOCI)	100,9	165,3
Anleihen (FVOCI)	686,8	813,2
Andere Wertpapiere	0,1	0,0
Derivative Finanzinstrumente	52,3	13,5
Sicherungsinstrumente	52,3	13,5
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	9,2	9,7
Gesamt	6.936,3	6.018,2

Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Ausleihungen	414,1	129,9
Anleihen (FVOCI)	68,6	137,4
Termingelder bei Kreditinstituten	0,0	0,0
Derivative Finanzinstrumente	442,2	36,7
Sicherungsinstrumente	442,0	36,7
Sonstige derivative Finanzinstrumente	0,1	0,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	375,0	351,1
Wertpapiere aus Cross Border Lease (FVOCI)	11,4	7,4
Gesamt	1.311,3	662,5

Klassifizierung der finanziellen Vermögenswerte

Folgende Tabelle zeigt die Klassifizierung der finanziellen Vermögenswerte für das Geschäftsjahr sowie das Vorjahr:

in Mio. EUR	Zu fortgeführten Anschaffungskosten	Bewertet zu FVOCI – Schuldinstrumente	Bewertet zu FVOCI – Eigenkapitalinstrumente	Zwingend bewertet zu FVPL	31.12.2024 Gesamt
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	31,7	813,2	5.080,3	83,3	6.008,5
Eigenkapitalinstrumente	0,0	0,0	5.080,3	0,0	5.080,3
Schuldinstrumente	31,7	813,2	0,0	69,8	914,7
Derivative Finanzinstrumente*	0,0	0,0	0,0	13,5	13,5
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	129,9	144,8	0,0	36,7	311,4
Schuldinstrumente	129,9	144,8	0,0	0,0	274,7
Derivative Finanzinstrumente*	0,0	0,0	0,0	36,7	36,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**	360,8	0,0	0,0	0,0	360,8
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.273,3	0,0	0,0	0,0	1.273,3
Gesamt	1.795,6	958,0	5.080,3	120,1	7.954,0

in Mio. EUR	Zu fortgeführten Anschaffungskosten	Bewertet zu FVOCI – Schuldinstrumente	Bewertet zu FVOCI – Eigenkapitalinstrumente	Zwingend bewertet zu FVPL	31.12.2023 Gesamt
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	46,1	686,8	6.104,7	89,6	6.927,1
Eigenkapitalinstrumente	0,0	0,0	6.104,7	0,0	6.104,7
Schuldinstrumente	46,1	686,8	0,0	37,3	770,1
Derivative Finanzinstrumente*	0,0	0,0	0,0	52,3	52,3
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	414,1	80,0	0,0	442,2	936,2
Schuldinstrumente	414,1	80,0	0,0	0,0	494,1
Derivative Finanzinstrumente*	0,0	0,0	0,0	442,2	442,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**	384,2	0,0	0,0	0,0	384,2
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.757,5	0,0	0,0	0,0	1.757,5
Gesamt	2.601,8	766,8	6.104,7	531,7	10.005,0

* Die Effekte aus der Bewertung der Sicherungsinstrumente werden größtenteils im sonstigen Ergebnis gezeigt. Zu näheren Informationen siehe Kapitel 11.7 Hedge Accounting.

** Die hier angeführten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten lang- und kurzfristige Forderungen.


Zusatzangaben zu Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Die Wiener Stadtwerke halten zum 31. Dezember 2024 Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente, für die aufgrund der langfristigen Halteabsicht gemäß IFRS 9 unwiderlich die Option ausgeübt wurde, bei der Folgebewertung die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts im sonstigen Ergebnis zu erfassen. Diese Eigenkapitalinstrumente teilen sich wie folgt auf:

Sonstige Beteiligungen (FVOCI)

Die Wiener Stadtwerke sind mit einem Anteil von 13,44% (Vorjahr: 13,44%) an der VERBUND AG beteiligt. Bei dieser Beteiligung handelt es sich um ein strategisches Investment. Der beizulegende Zeitwert dieser Beteiligung beträgt zum 31. Dezember 2024 3.267,9 Mio.EUR (Vorjahr: 3.923,8 Mio.EUR). Im Geschäftsjahr 2024 wurden insgesamt Dividenden in Höhe von 193,7 Mio.EUR (Vorjahr: 168,1 Mio.EUR) aus dieser Beteiligung vereinnahmt.

Die Wiener Stadtwerke halten zum 31. Dezember 2024 insgesamt rund 28,36% (Vorjahr: 28,36%) an der EVN AG. Obwohl auf Basis der Anteilshöhe ein maßgeblicher Einfluss zu vermuten wäre, führte die Analyse der in IAS 28.6 aufgelisteten Indikatoren zu der Schlussfolgerung, dass die WIENER STADTWERKE GmbH keinen maßgeblichen Einfluss gemäß IAS 28 auf die EVN AG ausüben kann.

 Dies resultiert im Wesentlichen aus der durch die Satzung der EVN AG noch zusätzlich gestärkten Position des mehrheitlich beteiligten Hauptaktionärs. Der Ausweis erfolgt daher unter den langfristigen finanziellen Vermögenswerten bewertet zu FVOCI. Der Konzern sieht diesen Erwerb als langfristige Investition und als Finanzbeteiligung.

Der beizulegende Zeitwert dieser Beteiligung beträgt zum 31. Dezember 2024 1.122,3 Mio.EUR (Vorjahr: 1.451,4 Mio.EUR). Im Geschäftsjahr 2024 wurden insgesamt Dividenden in Höhe von 58,2 Mio.EUR (Vorjahr: 26,5 Mio.EUR) aus dieser Beteiligung vereinnahmt. Das Eigenkapital der EVN AG beträgt per 30. September 2024 6,7 Mrd.EUR (Vorjahr: 6,5 Mrd.EUR). Das Jahresergebnis beläuft sich auf 0,5 Mrd.EUR (Vorjahr: 0,6 Mrd.EUR).

Über die Wien Energie sind die Wiener Stadtwerke an der VERBUND Hydro Power GmbH mit 2,80% (Vorjahr: 2,80%) beteiligt. Der beizulegende Zeitwert dieses aus strategischen Gründen gehaltenen Investments beträgt zum 31. Dezember 2024 510,7 Mio.EUR (Vorjahr: 613,2 Mio.EUR). Im Geschäftsjahr 2024 wurden insgesamt Dividenden in Höhe von 53,2 Mio.EUR (Vorjahr: 36,4 Mio.EUR) aus dieser Beteiligung vereinnahmt.

Die Wiener Stadtwerke halten über die WIEN ENERGIE GmbH aus strategischen Gründen eine Beteiligung an der Burgenland Holding AG von 6,59% (Vorjahr: 6,59%). Der beizulegende Zeitwert dieser Beteiligung beträgt zum 31. Dezember 2024 13,8 Mio.EUR (Vorjahr: 15,2 Mio.EUR). Im Geschäftsjahr 2024 wurden insgesamt Dividenden in Höhe von 0,8 Mio.EUR (Vorjahr: 0,7 Mio.EUR) aus dieser Beteiligung vereinnahmt.

Über die oben aufgeführten Beteiligungen hinaus bestehen weitere kleinere Beteiligungen mit beizulegenden Zeitwerten von weniger als 0,5 Mio.EUR. Aus diesen Beteiligungen wurden im Geschäftsjahr 2024 Dividenden und sonstige Ausschüttungen in Höhe von 0,1 Mio.EUR (Vorjahr: 0,1 Mio.EUR) vereinnahmt.

Aktien (FVOCI)

Die Wiener Stadtwerke halten zum 31. Dezember 2024 in insgesamt neun (Vorjahr: neun) Spezialfonds Wertpapiere zur langfristigen Wertanlage. Ende 2018 wurden die Spezialfonds WSTW I bis WSTW III und WSTW V gemäß IAS 19 als Planvermögen gewidmet. Die verbleibenden Spezialfonds WSTW IV, WSTW VI, WSTW VII, WSTW VIII und WSTW IX werden zum 31. Dezember 2024 nach wie vor gemäß IFRS 10 in den Konzernabschluss der Wiener Stadtwerke einbezogen.

Ein Teil der in diesen Spezialfonds gehaltenen Finanzinvestitionen betrifft Eigenkapitalinstrumente. Ziel des Managements dieser Eigenkapitalinstrumente ist es, einen weltweiten Aktienindex zu replizieren. Aufgrund der grundsätzlich auf den langfristigen Kapitalerhalt und nicht auf die Realisierung von kurzfristigen Kursergebnissen ausgerichteten Strategie wurden die gehaltenen Eigenkapitalinstrumente sämtlich als erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Aus Steuerungsgesichtspunkten kann es jedoch innerhalb des Portfolios zu Umschichtungen kommen.

Der beizulegende Zeitwert der gehaltenen Finanzinvestitionen, die als erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet designiert wurden, beträgt zum 31. Dezember 2024 insgesamt 165,3 Mio.EUR (Vorjahr: 100,9 Mio.EUR) und betrifft insgesamt 156 Einzeltitel (Vorjahr: 160 Einzeltitel). Diese teilen sich für 2023 bzw. 2024 wie folgt auf einzelne Regionen bzw. Länder auf:

Region	Land	31.12.2023	31.12.2024
		Anteil in %	Anteil in %
Americas (developed)	USA	53,5	53,1
	Kanada	2,7	2,0
Americas (emerging)	Brasilien	0,2	0,0
	Mexiko	0,8	0,6
	Peru	0,0	0,0
	Chile	0,4	0,5
Europe (developed)	Großbritannien	2,6	3,8
	Frankreich	3,2	2,0
	Deutschland	2,6	3,4
	Österreich	0,2	0,4
	Niederlande	2,5	2,3
	Irland	1,0	0,7
	Norwegen	0,7	0,5
	Schweden	1,4	2,1
	Dänemark	1,9	1,4
	Spanien	0,7	0,5
	Schweiz	1,4	1,3
	Belgien	0,8	0,0
	Ungarn	0,4	0,5
	Jersey	0,0	0,4
Europe (emerging)	Rumänien	0,0	0,0
Middle East & Africa (developed)	Israel	0,9	0,9
Middle East & Africa (emerging)	Südafrika	0,4	1,1
	Ägypten	0,0	0,0
Asia/Pacific (developed)	Japan	12,5	10,7
	Hong Kong	0,4	0,4
	Australien	0,6	0,3
	Kaimaninseln	0,3	0,4
Asia/Pacific (emerging)	China	3,2	4,7
	Indien	1,8	2,4
	Südkorea	1,2	1,2
	Taiwan	1,6	2,6
Gesamt		100,0	100,0

Im Geschäftsjahr 2024 wurden insgesamt Dividendenerträge aus Aktien (FVOCI) in Höhe von 3,3 Mio.EUR (Vorjahr: 4,0 Mio.EUR) erfasst. Da aufgrund der Diversifizierung des Portfolios ein weltweiter Aktienindex abgebildet werden soll, kommt es zu vereinzelt Käufen und Verkäufen von Einzeltiteln (FVOCI).

Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Im Rahmen der Liquiditätssteuerung wurden zur Reduktion der Marginzahlungen Sicherheiten bei der Clearing Bank hinterlegt. Bei der gewählten Hinterlegung verbleiben die ökonomischen Benefits (z. B. Stimmrecht, Dividenden) beim Aktieninhaber und daher wurde die Hinterlegung in den sonstigen finanziellen Forderungen und der im Ausfallsfall in Cash auszugleichende Betrag als sonstige finanzielle Verbindlichkeit bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten in Höhe von 60,4 Mio.EUR (Vorjahr: 121,1 Mio.EUR) gebucht.

Erfassung und Bewertung

Finanzielle Vermögenswerte, die gemäß IFRS 9 Finanzinstrumente zu bilanzieren sind, werden erstmals am Handelstag erfasst, wenn das Unternehmen Vertragspartei nach den Vertragsbestimmungen des Instruments wird. Ein finanzieller Vermögenswert wird beim erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Bei einem Posten, der nicht zu FVPL bewertet wird, kommen hierzu noch die Transaktionskosten, die direkt seinem Erwerb oder seiner Ausgabe zurechenbar sind.

Für die Folgebewertung wird ein finanzieller Vermögenswert entsprechend dem Geschäftsmodell, in dem er gehalten wird, sowie der Eigenschaften seiner vertraglichen Zahlungsströme einer der folgenden Bewertungskategorien zugeordnet:

- zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet,
- Schuldinstrumente zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewertet (FVOCI),
- Eigenkapitalinstrumente zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewertet (FVOCI),
- erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (FVPL).

Der Konzern hat für die gemäß IFRS 9 zu bilanzierenden sonstigen Beteiligungen sowie die innerhalb der vom Konzern unterhaltenen Spezialfonds von der Möglichkeit des IFRS 9 Gebrauch gemacht, bei der Folgebewertung die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts im sonstigen Ergebnis zu erfassen. Bei diesen Eigenkapitalinstrumenten handelt es sich zum einen um Beteiligungen, die der Konzern langfristig zu halten beabsichtigt, zum anderen um Anlagen in Aktien und aktienähnlichen Finanzinstrumenten, die von den Spezialfonds für Zwecke der langfristigen Wertsteigerung gehalten werden.

Die Anteile an nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen fallen nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 9 und werden zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls reduziert um Wertminderungen, bewertet und in den sonstigen Vermögenswerten ausgewiesen.

Ausleihungen sowie kurzfristige Veranlagungen werden im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung darin besteht, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme zu halten. Die Bewertung dieser finanziellen Vermögenswerte erfolgt daher zu mittels der Effektivzinsmethode ermittelten fortgeführten Anschaffungskosten. Sofern die Vertragsbedingungen jedoch dazu führen, dass die vertraglichen Zahlungsströme nichtausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen, ist unabhängig vom Geschäftsmodell eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten nicht mehr zulässig. In diesem Fall erfolgt die Bewertung erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert.

Die innerhalb der Spezialfonds gehaltenen Anleihen und sonstigen Schuldinstrumente werden im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung sowohl in der Vereinnahmung von vertraglichen Zahlungsströmen als auch im Verkauf finanzieller Vermögenswerte besteht. Die Bewertung erfolgt daher erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis, sofern die Vertragsbedingungen ausschließlich zu Zahlungsströmen führen, die Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen. Ist dieses Kriterium nicht erfüllt, so erfolgt eine erfolgswirksame Bewertung zum beizulegenden Zeitwert. Aus diesem Grund werden Anteile an Investmentfonds der Kategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet zugeordnet.

Finanzielle Vermögenswerte werden nach der erstmaligen Erfassung grundsätzlich nicht reklassifiziert, es sei denn, der Konzern ändert sein Geschäftsmodell zur Steuerung dieser finanziellen Vermögenswerte. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sowie im Vorjahr kam es zu keiner Änderung des Geschäftsmodells.

Derivative Finanzinstrumente sind gemäß den Regelungen des IFRS 9 immer ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Werden derivative Finanzinstrumente als Sicherungsinstrument im Rahmen eines Sicherungsgeschäfts gemäß IFRS 9 designiert, so ist der Gewinn oder Verlust aus dem Sicherungsinstrument bei einer Absicherung des beizulegenden Zeitwerts in Abhängigkeit vom gesicherten Grundgeschäft entweder erfolgswirksam oder im sonstigen Ergebnis zu erfassen. Der Gewinn oder Verlust aus einem Sicherungsinstrument, das der Absicherung von Zahlungsströmen dient, ist hingegen mit dem Teil, der als wirksame Absicherung bestimmt wird, im sonstigen Ergebnis zu erfassen. Ein etwaiger verbleibender Gewinn oder Verlust aus dem Sicherungsinstrument ist als unwirksamer Teil erfolgswirksam zu erfassen.

Der Konzern hat zum 31. Dezember 2018 einen Teil der Spezialfonds als Planvermögen zur Absicherung der Pensionsverpflichtungen gewidmet. Planvermögen ist grundsätzlich der Verfügungsmacht des Konzerns entzogen. Allerdings erlaubt IAS 19, Rückzahlungen an das zur Pensionsleistung verpflichtete Unternehmen, um Leistungen an Arbeitnehmer*innen, die bereits gezahlt wurden, zu erstatten, als Vermögenswert anzusetzen. Die unter den langfristigen finanziellen Vermögenswerten ausgewiesenen Ansprüche an Planvermögen stellen Forderungen an das Planvermögen für bereits ausbezahlte Leistungen an Arbeitnehmer*innen dar, die jedoch bisher vom Konzern noch nicht fällig gestellt wurden. Diese Forderungen fallen nicht unter IFRS 9, sondern werden gemäß IAS 19 grundsätzlich erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis bewertet. Lediglich der sich rechnerisch unter Verwendung des Abzinsungszinssatzes für die Pensionsverpflichtung ergebende Zinsertrag wird erfolgswirksam erfasst.

11.4 Finanzschulden

Die folgenden Tabellen zeigen die kurz- und langfristigen finanziellen Verbindlichkeiten:

Langfristige finanzielle Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Schuldscheindarlehen	356,9	329,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	594,9	431,4
Leasingverbindlichkeiten	124,2	124,5
Verbindlichkeiten aus Derivaten	31,1	11,7
Sicherungsinstrumente	29,3	11,7
Sonstige derivative Finanzinstrumente	1,8	0,0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	67,5	76,1
Gesamt	1.174,4	973,7

Kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Schuldscheindarlehen	2,6	29,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	408,3	104,8
Leasingverbindlichkeiten	19,0	21,4
Verbindlichkeiten aus Derivaten	187,8	23,4
Sicherungsinstrumente	187,8	20,1
Sonstige derivative Finanzinstrumente	0,0	3,2
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	756,3	588,5
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	148,7	180,7
Zur Besicherung verwendete Vermögenswerte	121,1	60,4
Gesamt	1.643,8	1.008,6

Klassifizierung der finanziellen Verbindlichkeiten

Folgende Tabellen zeigen die Klassifizierung der finanziellen Verbindlichkeiten für das Geschäftsjahr sowie das Vorjahr:

in Mio. EUR	Zu fortgeführten Anschaffungskosten	Zwingend bewertet zu FV	IFRS 16	31.12.2024 Gesamt
Langfristige Finanzschulden	837,5	11,7	124,5	973,7
Schuldscheindarlehen und Anleihen	329,9	0,0	0,0	329,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	431,4	0,0	0,0	431,4
Leasingverbindlichkeiten	0,0	0,0	124,5	124,5
Derivative Finanzinstrumente	0,0	11,7	0,0	11,7
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	76,1	0,0	0,0	76,1
Kurzfristige Finanzschulden	963,8	23,4	21,4	1.008,6
Schuldscheindarlehen und Anleihen	29,5	0,0	0,0	29,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	104,8	0,0	0,0	104,8
Leasingverbindlichkeiten	0,0	0,0	21,4	21,4
Derivative Finanzinstrumente	0,0	23,4	0,0	23,4
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	241,0	0,0	0,0	241,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	588,5	0,0	0,0	588,5
Gesamt	1.801,2	35,1	145,9	1.982,3

in Mio. EUR	Zu fortgeführten Anschaffungskosten	Zwingend bewertet zu FV	IFRS 16	31.12.2023 Gesamt
Langfristige Finanzschulden	1.019,2	31,1	124,2	1.174,4
Schuldscheindarlehen und Anleihen	356,9	0,0	0,0	356,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	594,9	0,0	0,0	594,9
Leasingverbindlichkeiten	0,0	0,0	124,2	124,2
Derivative Finanzinstrumente	0,0	31,1	0,0	31,1
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	67,5	0,0	0,0	67,5
Kurzfristige Finanzschulden	1.437,0	187,8	19,0	1.643,8
Schuldscheindarlehen und Anleihen	2,6	0,0	0,0	2,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	408,3	0,0	0,0	408,3
Leasingverbindlichkeiten	0,0	0,0	19,0	19,0
Derivative Finanzinstrumente	0,0	187,8	0,0	187,8
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	269,8	0,0	0,0	269,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	756,3	0,0	0,0	756,3
Gesamt	2.456,2	218,9	143,2	2.818,3

Folgende Tabellen zeigen die Entwicklung der Verbindlichkeiten im Geschäftsjahr sowie im Vorjahr:

in Mio. EUR	Schuld- verschrei- bungen und Anleihen	Verbindlich- keiten gegenüber Kredit- instituten	Leasing- verbindlich- keiten	Sonstige langfr. finanzielle Verbindlich- keiten	Sonstige kurzfr. finanzielle Verbindlich- keiten	Gesamt
Stand am 01.01.2024	359,5	1.003,1	143,2	98,5	1.214,0	2.818,3
Einzahlungen aus der Aufnahme langfristiger Kreditverbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	4,5	0,0	4,5
Tilgung langfristiger Kreditverbindlichkeiten	0,0	-163,4	-19,2	-1,4	0,0	-184,1
Zinszahlung langfristiger Kredite	-14,9	-13,5	0,0	-0,6	0,0	-29,0
Veränderungen von kurzfristigen Verbindlichkeiten	0,0	-302,3	-0,9	0,0	-189,6	-492,8
Nicht zahlungswirksame Aufnahme von Verbindlichkeiten	0,0	0,0	20,6	0,0	0,0	20,6
Auswirkungen von Wechselkursänderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1
Änderungen des beizulegenden Zeitwerts	0,0	0,0	0,0	-17,5	-167,7	-185,2
Sonstige Änderungen aus der GuV	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erhöhung aufgrund von Aufzinsung	14,8	12,3	3,1	0,7	0,0	30,8
Umgliederungen	0,0	0,0	0,0	3,7	-3,7	0,0
Sonstige Änderungen	0,0	0,0	-0,7	0,0	0,0	-0,7
Stand am 31.12.2024	359,4	536,3	145,9	87,8	852,9	1.982,3

in Mio. EUR	Schuld- verschrei- bungen und Anleihen	Verbindlich- keiten gegenüber Kredit- instituten	Leasing- verbindlich- keiten	Sonstige langfr. finanzielle Verbindlich- keiten	Sonstige kurzfr. finanzielle Verbindlich- keiten	Gesamt
Stand am 01.01.2023	169,5	2.700,6	141,2	107,5	876,0	3.994,8
Einzahlungen aus der Aufnahme langfristiger Kreditverbindlichkeiten	260,0	28,0	0,0	4,5	0,0	292,5
Tilgung langfristiger Kreditverbindlichkeiten	-71,1	-3,4	-14,5	-2,1	0,0	-94,8
Zinszahlung langfristiger Kredite	-2,9	-13,9	0,0	-0,5	0,0	-17,4
Veränderungen von kurzfristigen Verbindlichkeiten	0,0	-1.722,6	0,0	0,0	102,8	-1.619,8
Nicht zahlungswirksame Aufnahme von Verbindlichkeiten	0,0	0,0	19,9	0,6	121,1	145,3
Auswirkungen von Wechselkursänderungen	0,0	0,0	0,0	-0,2	-0,6	-0,8
Änderungen des beizulegenden Zeitwerts	0,0	0,0	0,0	-9,4	112,6	103,2
Sonstige Änderungen aus der GuV	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,4	-0,4
Erhöhung aufgrund von Aufzinsung	4,0	14,5	2,4	0,7	0,0	21,5
Umgliederungen	0,0	0,0	0,0	-2,5	2,5	0,0
Sonstige Änderungen	0,0	0,0	-5,8	0,0	0,0	-5,8
Stand am 31.12.2023	359,5	1.003,1	143,2	98,5	1.214,0	2.818,3

Die Veränderungen im kurzfristigen Bereich der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultieren aus der Rückzahlung kurzfristiger Kredite bzw. Barvorlagen bei verschiedenen Kreditinstituten sowie Zinsen.

Erfassung und Bewertung

Finanzielle Verbindlichkeiten werden erstmals am Handelstag erfasst, wenn das Unternehmen Vertragspartei nach den Vertragsbestimmungen des Instruments wird.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (FVPL) eingestuft und bewertet. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird zu FVPL eingestuft, wenn sie zu Handelszwecken gehalten wird, ein Derivat ist oder beim Erstansatz als ein solches designiert wird.

Finanzielle Verbindlichkeiten zu FVPL werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet und Nettogewinne oder -verluste, einschließlich Zinsaufwendungen, werden im Gewinn oder Verlust erfasst.

Andere finanzielle Verbindlichkeiten werden bei der Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten mittels der Effektivzinsmethode bewertet. Zinsaufwendungen und Fremdwährungsumrechnungsdifferenzen werden im Gewinn oder Verlust erfasst. Gewinne oder Verluste aus der Ausbuchung werden ebenfalls im Gewinn oder Verlust erfasst.

Mit Ausnahme von derivativen Finanzinstrumenten, welche zwingend zu FVPL bewertet werden, werden finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

11.5 Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten

Eine Verrechnung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten und eine Darstellung als Nettobetrag ist gemäß IAS 32 durchzuführen, wenn auch ein rechtlich durchsetzbarer Anspruch auf die Saldierung der erfassten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorliegt und die Absicht besteht, den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Realisierung des betreffenden Vermögenswerts die entsprechende Verbindlichkeit zu begleichen.

Im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs der Wien Energie werden diverse Saldierungsvereinbarungen abgeschlossen, für die eine Saldierung in der Bilanz gemäß IAS 32 zu prüfen ist. Laut IAS 32 darf das Aufrechnungsrecht nicht von einem zukünftigen Ereignis abhängig sein und muss in allen Situationen rechtlich durchsetzbar sein. Die ISDA (International Swaps and Derivatives Association) sieht die Rechtslage in Österreich für eine Aufrechnung gegeben. Somit besteht zum Stichtag ein Rechtsanspruch, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen und zukünftig diese entweder gleichzeitig zu verwerten oder auf Basis einer saldierten Betrachtung auszugleichen.

Folgende Positionen werden für die Saldierung herangezogen:

- Derivative Finanzinstrumente (Differenz zwischen Vertrags- und Marktpreis)
- Forderungen/Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (monatliche Ein- bzw. Ausgangsrechnungen)
- Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Variation Margins)

Die Variation Margins werden nur bis zur Höhe des maximal saldierbaren Betrags bei der jeweiligen Börse saldiert.

Aus der folgenden Tabelle sind die Auswirkungen der Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2024 und das Vergleichsjahr 2023 ersichtlich.

in Mio. EUR	31.12.2023			31.12.2024		
	Brutto	Saldierung	Netto	Brutto	Saldierung	Netto
Aktivseitig						
Stromderivate – Sicherungsgeschäfte	68,0	-19,4	48,6	15,5	-15,1	0,4
Gasderivate – Sicherungsgeschäfte	33,2	-29,8	3,5	25,9	-12,9	13,1
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	101,2	-49,1	52,1	41,4	-28,0	13,4
Stromderivate – Sicherungsgeschäfte	820,2	-413,7	406,6	104,6	-78,2	26,3
Gasderivate – Sicherungsgeschäfte	224,6	-189,1	35,4	96,7	-86,3	10,4
Sonstige finanzielle Forderungen/Ausleihungen	427,4	-13,3	414,1	129,9	0,0	129,9
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	1.472,2	-616,1	856,1	331,1	-164,5	166,6
Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	408,6	-33,6	375,0	431,1	-80,0	351,1
Gesamt	1.982,0	-698,8	1.283,2	803,6	-272,5	531,1
Passivseitig						
Stromderivate – Sicherungsgeschäfte	-19,4	19,4	0,0	-24,9	15,1	-9,7
Gasderivate – Sicherungsgeschäfte	-59,0	29,8	-29,3	-14,9	12,9	-2,0
Langfristige finanzielle Verbindlichkeiten	-78,4	49,1	-29,3	-39,7	28,0	-11,7
Stromderivate – Sicherungsgeschäfte	-422,7	422,3	-0,4	-78,7	71,0	-7,6
Gasderivate – Sicherungsgeschäfte	-381,2	193,8	-187,4	-88,5	76,0	-12,5
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten < 1 J.	-148,7	0,0	-148,7	-198,1	17,5	-180,7
Kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten	-952,6	616,1	-336,5	-365,3	164,5	-200,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-789,9	33,6	-756,3	-683,2	80,0	-588,5
Gesamt	-1.820,9	698,8	-1.122,1	-1.088,3	272,5	-801,0

In den folgenden Tabellen sind die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten dargestellt, welche Aufrechnungsvereinbarungen unterliegen:

Saldierung von finanziellen Vermögenswerten

in Mio. EUR	Finanz- instrumente (brutto)	Saldierte Beträge in der Bilanz	Finanz- instrumente in der Bilanz (netto)	Verbindlich- keiten mit Saldierungs- rechten (nicht saldiert)	Netto 31.12.2024
Derivative Finanzinstrumente	242,6	-192,5	50,1	0,0	50,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	431,1	-80,0	351,1	0,0	351,1
Sonstige finanzielle Forderungen/Ausleihungen	129,9	0,0	129,9	-60,4	69,5
Gesamt	803,6	-272,5	531,1	-60,4	470,7

Saldierung von finanziellen Vermögenswerten

in Mio. EUR	Finanz- instrumente (brutto)	Saldierte Beträge in der Bilanz	Finanz- instrumente in der Bilanz (netto)	Verbindlich- keiten mit Saldierungs- rechten (nicht saldiert)	Netto 31.12.2023
Derivative Finanzinstrumente	1.146,0	-651,9	494,1	0,0	494,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	408,6	-33,6	375,0	0,0	375,0
Sonstige finanzielle Forderungen/Ausleihungen	427,4	-13,3	414,1	-106,8	307,2
Gesamt	1.982,0	-698,8	1.283,2	-106,8	1.176,4

11.6 Fair-Value-Angaben

Der folgende Abschnitt erläutert die Bestimmung beizulegender Zeitwerte von Finanzinstrumenten im Wiener Stadtwerke Konzern. Die Finanzinstrumente sind in die drei in den IFRS vorgeschriebenen Stufen eingeteilt. Diese geben Auskunft über die Verlässlichkeit der zur Bewertung verwendeten Inputfaktoren:

Level 1: Diese Kategorie umfasst Vermögenswerte und Schulden, die an aktiven Märkten gehandelt werden, und deren beizulegender Zeitwert daher den notierten Marktpreisen zum Stichtag entspricht.

Level 2: Für Finanzinstrumente, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungstechniken ermittelt. Ein Finanzinstrument wird in Level 2 eingestuft, wenn alle dafür erforderlichen signifikanten Inputfaktoren beobachtbar sind.

Level 3: Sind ein oder mehrere der signifikanten Inputfaktoren nicht beobachtbar, wird das Finanzinstrument in Level 3 gegliedert.

Umgruppierungen innerhalb dieser Stufen der Fair-Value-Hierarchie und aus Stufen heraus werden am Ende der Berichtsperiode vorgenommen. Während der aktuellen und vorangegangenen Berichtsperiode sind keine Umgruppierungen erfolgt.

Einstufungen und beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Die nachstehenden Tabellen zeigen die Buchwerte und beizulegenden Zeitwerte finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten, die zum Fair Value bewertet werden, einschließlich ihrer Einordnung in der Fair-Value-Hierarchie für das Geschäftsjahr und das Vorjahr:

in Mio. EUR	31.12.2024 Buchwert	31.12.2024 Fair Value	Level 1	Level 2	Level 3
Eigenkapitalinstrumente	5.080,3	5.080,3	4.569,4	0,0	510,9
Beteiligungen	4.915,0	4.915,0	4.404,1	0,0	510,9
Aktien	165,3	165,3	165,3	0,0	0,0
Schuldinstrumente	1.027,8	1.027,8	1.026,8	0,0	1,0
Investmentfonds	68,8	68,8	68,8	0,0	0,0
Anleihen	958,0	958,0	958,0	0,0	0,0
Andere Wertpapiere (at FV)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausleihungen (at FV)	1,0	1,0	0,0	0,0	1,0
Derivative Finanzinstrumente*	15,1	32,5	38,9	-6,4	0,0
Forderungen aus derivativen Finanzinstrumenten	50,3	242,6	155,5	87,1	0,0
Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten	-35,1	-210,2	-116,7	-93,5	0,0

* Der Fair Value der derivativen Finanzinstrumente wird vor Saldierung dargestellt, in der Bilanz werden die Buchwerte der Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten zum Teil saldiert (siehe Kapitel 11.5). Diese Saldierung beinhaltet auch Variation Margins, die in den sonstigen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten enthalten sind. Daraus ergibt sich die Differenz zwischen den summierten Nettobuchwerten derivativer Finanzinstrumente und deren Fair Values.

Die Fair Values der derivativen Finanzinstrumente aus dem Energiebereich sind im Geschäftsjahr 2024 auf Bruttobasis, vor Saldierung, angegeben, während der Buchwert, analog zum Ausweis in der Bilanz, saldiert dargestellt ist.

in Mio. EUR	31.12.2023 Buchwert	31.12.2023 Fair Value	Level 1	Level 2	Level 3
Eigenkapitalinstrumente	6.104,7	6.104,7	5.491,3	0,0	613,4
Beteiligungen	6.003,8	6.003,8	5.390,4	0,0	613,4
Aktien	100,9	100,9	100,9	0,0	0,0
Schuldinstrumente	804,0	804,0	803,2	0,0	0,8
Investmentfonds	36,3	36,3	36,3	0,0	0,0
Anleihen	766,8	766,8	766,8	0,0	0,0
Andere Wertpapiere (at FV)	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Ausleihungen (at FV)	0,8	0,8	0,0	0,0	0,8
Derivative Finanzinstrumente	275,6	262,0	-228,0	490,0	0,0
Forderungen aus derivativen Finanzinstrumenten	494,5	1.146,2	546,5	599,7	0,0
Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten	-218,9	-884,1	-774,5	-109,6	0,0

Finanzinstrumente, die nicht zum Fair Value bilanziert werden

Folgende Tabellen zeigen die Finanzinstrumente des Konzerns, die nicht zum Fair Value bilanziert werden, für das aktuelle Geschäftsjahr sowie das Vorjahr:

in Mio. EUR	31.12.2024 Buchwert	31.12.2024 Fair Value	Level 1	Level 2	Level 3
Ausleihungen (at Cost)	161,5	161,5	0,0	126,9	34,6
Schuldscheindarlehen und Anleihen	-359,4	-356,6	0,0	0,0	-356,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-536,3	-538,9	0,0	0,0	-538,9

in Mio. EUR	31.12.2023 Buchwert	31.12.2023 Fair Value	Level 1	Level 2	Level 3
Ausleihungen (at Cost)	460,1	460,0	0,0	434,3	25,7
Schuldscheindarlehen und Anleihen	-359,5	-359,6	0,0	0,0	-359,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-1.003,1	-1.015,6	0,0	0,0	-1.015,6

Kurzfristige Termingelder sowie Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind nicht in den Tabellen enthalten, da bei diesen der Buchwert aufgrund ihrer Kurzfristigkeit dem Fair Value entspricht.



Die folgende Tabelle zeigt die Bewertungsverfahren und Inputfaktoren für die Ermittlung der beizulegenden Werte der Finanzinstrumente:

Level	Finanzinstrumente	Bewertungsverfahren	Inputfaktoren
1	Sonstige Beteiligung an der Verbund AG, der EVN AG, der Burgenland Holding AG und weitere sonstige Beteiligungen	Marktwertorientiert	Börsenpreis
3	Beteiligung an der VERBUND Hydro Power AG und weitere sonstige Beteiligungen	Kapitalwertorientiert	Mit den Finanzinstrumenten verbundene Zahlungen, Kapitalkostensatz
1	Aktien im Rahmen der Veranlagung der Spezialfonds	Marktwertorientiert	Börsenpreis
1	Investmentfonds im Rahmen der Veranlagung der Spezialfonds	Marktwertorientiert	Errechneter Marktwert auf Basis der Börsenpreise der gehaltenen Investments
1	Anleihen im Rahmen der Veranlagung der Spezialfonds	Marktwertorientiert	Börsenpreis
1	Andere Wertpapiere (at FV)	Marktwertorientiert	Börsenpreis
3	Ausleihungen (at FV)	Kapitalwertorientiert	Mit den Finanzinstrumenten verbundene Zahlungen, Zinsstrukturkurve
1	Energietermingeschäfte (Gas- und Stromtermingeschäfte)	Marktwertorientiert	An der Börse festgestellter Abrechnungspreis
2	Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten	Marktwertorientiert	Abgeleitet von Börsenpreisen, Zinsstrukturrisiko, Kreditrisiko der Vertragspartner
3	Ausleihungen (at Cost)		Anschaffungskosten als beste Schätzung des beizulegenden Zeitwerts
1, 2	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		Mit den Finanzinstrumenten verbundene Zahlungen, Zinsstrukturkurve
–	Termingelder bei Kreditinstituten		Buchwerte als beste Schätzung des beizulegenden Zeitwerts
–	Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, liquide Mittel		Buchwerte als beste Schätzung des beizulegenden Zeitwerts



Für sonstige Beteiligungen (FVOCI), für die weder der beizulegende Zeitwert noch zur Bewertung erforderliche Inputfaktoren an einem aktiven Markt beobachtbar sind und die dementsprechend Stufe 3 der Fair-Value-Hierarchie zuzuordnen sind, wird ein Discounted-Cashflow-Verfahren eingesetzt, um den Barwert des erwarteten Nutzens aus den Beteiligungen zu ermitteln. Wesentliche Parameter hierfür sind einerseits der verwendete Kapitalkostensatz (WACC), ermittelt unter Verwendung des Capital-Asset-Pricing-Modells, von 5,1 % (Vorjahr: 5,1 %) und andererseits die erwarteten Umsatzwachstumsraten, welche im Wesentlichen von der prognostizierten Strompreisveränderung abhängig sind.

Eine Erhöhung oder Verminderung des Kapitalkostensatzes um 10 % würde, isoliert betrachtet, zu einer Verminderung von 9 % (Vorjahr: 8 %) des beizulegenden Zeitwerts respektive einer Erhöhung von 11 % (Vorjahr: 9 %) führen. Eine Erhöhung oder Verminderung der erwarteten Strompreise um 10 % würde, isoliert betrachtet, zu einer Erhöhung bzw. Verminderung von 12 % (Vorjahr: 12 %) des beizulegenden Zeitwerts führen.

Sowohl im Geschäftsjahr 2024 als auch im Vergleichszeitraum 2023 resultiert die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der als Level 3 erfassten nicht notierten Eigenkapitalinstrumente ausschließlich aus Bewertungsergebnissen, die im sonstigen Ergebnis erfasst wurden und sich aus den unterschiedlichen Ergebnissen der Discounted-Cashflow-Verfahren von Periode zu Periode ergeben.

11.7 Derivative Finanzinstrumente und Hedge Accounting

Der Konzern benötigt Gas im Wesentlichen zum Einsatz in den thermischen Kraftwerken und Fernwärmekesseln. Zur Sicherstellung der jederzeitigen Versorgung mit Gas unterhält der Konzern darüber hinaus Gasspeicher, die aktiv bewirtschaftet werden.

Die Absicherung gegen Marktpreisschwankungen aufgrund der Volatilität des Gaspreises erfolgt im Rahmen verschiedener Strategien gebündelt durch den Energiehandel der WIEN ENERGIE GmbH. Dieser fasst den von den einzelnen Bereichen gemeldeten Bedarf zusammen und platziert ihn unter Berücksichtigung der mit der WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG im Zusammenhang mit deren Gaslieferverpflichtungen an Kund*innen abgeschlossenen Geschäfte am Markt. Durch diese Absicherungsstrategien wird sichergestellt, dass der für die Zukunft gemeldete Gasbedarf in einem Umfang abgesichert ist, dass keine wesentlichen Fehlmengen beschafft oder Zusatzmengen vermarktet werden müssen. Die mit der WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG für Gaslieferungen abgeschlossenen Fixpreisverträge erfüllen aus Sicht des Konzerns die Voraussetzungen für Own Use nicht und werden daher als Derivate bilanziert. Zur Vermeidung von Ergebnisschwankungen wendet die Wien Energie seit 1. Juli 2024 sogenannte All-in-One Hedges an.

Als Sicherungsinstrumente kommen sowohl Forwards als auch Futures in Betracht. Produkte können dabei an den Handelspunkten Deutschland, Niederlande und Österreich (CEGH, THE und TTF) abgeschlossen werden. Dabei ist es zulässig, Produkte zunächst am jeweils liquiden Markt abzuschließen, bei zunehmender Liquidität die abgesicherte Menge zu verkaufen und am zutreffenden Handelspunkt wieder einzudecken.

Der Konzern sichert darüber hinaus die Vermarktung des in den Kraftwerken produzierten Stroms ab. Der Abschluss von Sicherungsgeschäften erfolgt durch den Energiehandel der WIEN ENERGIE GmbH auf Grundlage der vom Portfoliomanagement geplanten Produktion. Ebenso wie bei der Gaspreisabsicherung werden auch bei der Strompreisabsicherung die von der WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG im Zusammenhang mit deren Stromlieferverpflichtungen an Kund*innen abgeschlossenen Geschäfte in die Absicherungsstrategie miteinbezogen. Um sicherzustellen, dass die designierten Grundgeschäfte auch hochwahrscheinlich eintreten, wird nur ein Teil der Produktion vermarktet und als Grundgeschäft designiert.

Als Absicherungsinstrumente werden sowohl börsennotierte Futures als auch OTC-Forwards eingesetzt. Die Absicherungen der Grundgeschäfte erfolgen aufgrund der Liquidität der Märkte zunächst auf Märkten, die für das benötigte Volumen liquide sind (Deutschland). Die Strukturierung von Stromgeschäften und Drehung auf den österreichischen Markt erfolgt in der Regel über den Abschluss gegenläufiger Termingeschäfte – das bedeutet im Wesentlichen Stromkäufe bzw. Gasverkäufe.

Bei der Absicherung der Strompreise wurde bis zum 30. Juni 2024 gemäß IFRS 9 nicht die Wertänderung des Grundgeschäfts in Bezug auf alle Risiken berücksichtigt, sondern nur eine bestimmte Risikokomponente als Sicherungsbeziehung designiert. Die abgesicherte Risikokomponente ist in diesem Fall das Strompreisrisiko in Deutschland. Die verbleibende, nicht designierte, Risikokomponente ist der Preisunterschied zum österreichischen Markt. Die veränderte Marktsituation im aktuellen Wirtschaftsjahr, die zu Änderungen in der Struktur der Strompreise zwischen Deutschland und Österreich geführt hat, bewirkte mit Wirkung zum 1. Juli 2024 eine Änderung der bisherigen Risikomanagementstrategie, sodass Absicherungen bereits früher als bisher auf dem österreichischen Markt erfolgen können. Daher wurde der bisherige Cash Flow Hedge per 30. Juni 2024 beendet und mit 1. Juli 2024 ein neuer Cash Flow Hedge designiert.

Ineffektivitäten können sich insbesondere daraus ergeben, dass zum Zeitpunkt der Absicherung am Markt nur Produkte mit von der Bestellung abweichenden Lieferperioden (zu Beginn Kalenderjahre mit anschließender Strukturierung) verfügbar sind, die nachfolgend entsprechend dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Weiterhin können sich Ineffektivitäten daraus ergeben, dass der von den einzelnen Bereichen gemeldete Bedarf nicht mit den am Markt abschließbaren Losgrößen übereinstimmt. Darüber hinaus können aus der Strategie, Produkte, wenn möglich am liquiden Markt abzuschließen, ebenfalls Ineffektivitäten resultieren. Außerdem kann sich während der Laufzeit der Absicherungen das Preisgefüge zwischen dem deutschen und dem österreichischen Strommarkt ändern, was wiederum bei Wechsel in den österreichischen Markt zu Ineffektivitäten führen kann.

Konzernweit wurden alle wesentlichen Derivate ins Hedge Accounting einbezogen. Diese betreffen ausschließlich die Absicherung von zukünftigen Transaktionen. Bei den nicht als Sicherungsbeziehung designierten Derivaten handelt es sich um Währungsswaps im Zusammenhang mit dem Cross Border Lease (siehe Kapitel 15.2).

Zum 31. Dezember 2024 hielt der Konzern die folgenden Instrumente, um sich gegen Gas- und Strompreisrisiken abzusichern:

in Mio. EUR	MWh	Nominalwert (in Mio. EUR)	Durchschnittlicher Ausübungspreis EUR/MWh	Bruttobuchwert (in Mio. EUR)
Bestand Gastermingeschäfte am 31.12.2024				
Gesamt	5.844.305,4	250,4	42,8	19,2
Kauf	19.716.826,8	803,6	40,8	108,2
Futures	16.023.147,0	651,9	40,7	80,7
davon 2025	11.374.501,0	489,1	43,0	57,6
davon nach 2025	4.648.646,0	162,7	35,0	23,1
Forwards	3.693.679,8	151,7	41,1	27,5
davon 2025	3.272.674,8	135,1	41,3	25,0
davon nach 2025	421.005,0	16,6	39,4	2,5
Verkauf	13.872.521,5	553,2	39,9	-89,0
Futures	8.446.013,0	336,1	39,8	-49,0
davon 2025	6.210.240,0	259,6	41,8	-38,8
davon nach 2025	2.235.773,0	76,6	34,3	-10,2
Forwards	5.426.508,5	217,1	40,0	-40,0
davon 2025	4.536.522,3	184,1	40,6	-35,6
davon nach 2025	889.986,2	33,0	37,0	-4,4
Bestand Stromtermingeschäfte am 31.12.2024				
Gesamt	-4.469.302,0	507,2	113,5	16,5
Kauf	4.448.538,4	402,2	90,4	15,1
Futures	4.133.138,0	371,3	89,8	14,9
davon 2025	3.356.747,0	307,6	91,6	10,3
davon nach 2025	776.391,0	63,7	82,1	4,6
Forwards	315.400,4	30,9	98,0	0,2
davon 2025	285.988,4	28,6	100,2	-0,2
davon nach 2025	29.412,0	2,2	76,4	0,4
Verkauf	8.917.840,4	909,4	102,0	1,4
Futures	3.132.420,0	321,5	102,6	-7,7
davon 2025	2.423.083,0	260,8	107,6	-1,3
davon nach 2025	709.337,0	60,7	85,5	-6,4
Forwards	5.785.420,4	587,9	101,6	9,1
davon 2025	4.300.883,3	456,9	106,2	17,1
davon nach 2025	1.484.537,1	131,0	88,2	-8,0

Die in der Tabelle angegebenen Buchwerte entsprechen den Bruttobuchwerten vor Saldierung gemäß Kapitel 11.5. Die langfristigen Termingeschäfte betreffen im Wesentlichen das Kalenderjahr 2026.

Zum 31. Dezember 2023 hielt der Konzern die folgenden Instrumente, um sich gegen Gas- und Strompreisrisiken abzusichern:

in Mio. EUR	MWh	Nominalwert (in Mio. EUR)	Durchschnittlicher Ausübungspreis EUR/MWh	Bruttobuchwert (in Mio. EUR)
Bestand Gastermingeschäfte am 31.12.2023				
Gesamt	7.214.249,9	430,6	59,7	-182,4
Kauf	21.525.795,0	1.161,0	53,9	-432,6
Futures	17.489.500,0	990,0	56,6	-395,1
davon 2025	13.255.787,0	783,6	59,1	-341,9
davon nach 2025	4.233.713,0	206,4	48,8	-53,2
Forwards	4.036.295,0	171,0	42,4	-37,5
davon 2025	3.726.625,0	155,1	41,6	-32,9
davon nach 2025	309.670,0	15,9	51,4	-4,7
Verkauf	14.311.545,0	730,4	51,0	250,2
Futures	9.022.493,0	479,8	53,2	175,7
davon 2025	7.006.977,0	383,7	54,8	151,4
davon nach 2025	2.015.516,0	96,1	47,7	24,3
Forwards	5.289.052,0	250,6	47,4	74,5
davon 2025	4.651.587,9	219,7	47,2	66,7
davon nach 2025	637.464,1	30,9	48,5	7,8
Bestand Stromtermingeschäfte am 31.12.2023				
Gesamt	-5.402.796,1	986,3	182,5	446,1
Kauf	6.530.687,7	1.016,4	155,6	-430,4
Futures	5.395.388,0	852,6	158,0	-368,5
davon 2025	4.748.613,0	776,8	163,6	-354,0
davon nach 2025	646.775,0	75,8	117,2	-14,5
Forwards	1.135.299,7	163,7	144,2	-62,0
davon 2025	1.047.815,9	152,4	145,5	-59,2
davon nach 2025	87.483,8	11,3	129,1	-2,8
Verkauf	11.933.483,8	2.002,6	167,8	876,6
Futures	4.537.535,0	783,7	172,7	359,8
davon 2025	3.734.917,0	684,2	183,2	338,7
davon nach 2025	802.618,0	99,5	124,0	21,1
Forwards	7.395.948,8	1.218,9	164,8	516,8
davon 2025	5.704.497,0	1.005,7	176,3	471,9
davon nach 2025	1.691.451,8	213,2	126,0	44,8

Die Reduktion der Termingeschäfte ist auf die geringere erwartete Produktionsmenge aufgrund der wirtschaftlichen Situation zurückzuführen.

Zum 31. Dezember 2024 stellen sich die Beträge, die sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auf erwartete Transaktionen beziehen, die als gesichertes Grundgeschäft designiert sind, wie folgt dar (Angabe vor Berücksichtigung latenter Steuern):

in Mio. EUR	31.12.2023		31.12.2024		
	Wertänderung zur Berechnung der Ineffektivität der Sicherungsbeziehung	Cashflow-Hedge-Rücklage	Wertänderung zur Berechnung der Ineffektivität der Sicherungsbeziehung	Cashflow-Hedge-Rücklage	OCI RL Endstand für beendete CF Hedges
Gaskäufe	182,4	181,5	-48,2	-48,1	15,1
Gasverkäufe an at-Equity-Unternehmen	0,0	0,0	13,2	13,2	0,0
Stromverkäufe	-446,1	-420,5	-47,2	38,1	-54,5
Sonstiges	0,2	-0,3	0,0	-0,1	0,0

Nachfolgend werden jene Beträge dargestellt, die sich auf Posten, die als Sicherungsinstrumente designiert sind, sowie die Ineffektivitäten der Sicherungsbeziehungen beziehen:

Gasterningeschäfte

Buchwert (nach Saldierung) 31.12.2024 (in Mio. EUR)		Wertänderung Geschäftsjahr 2024 (in Mio. EUR)		
Vermögenswerte	Schulden	Im sonstigen Ergebnis erfasst	Als Ineffektivität erfasst	Umgliederung in Materialaufwand
23,5	-14,5	-51,1	-0,7	-150,3

Buchwert 31.12.2023 (in Mio. EUR)		Wertänderung Geschäftsjahr 2023 (in Mio. EUR)		
Vermögenswerte	Schulden	Im sonstigen Ergebnis erfasst*	Als Ineffektivität erfasst	Umgliederung in Materialaufwand
38,9	-216,7	179,3	-0,6	-263,2

* Darstellung angepasst

Stromtermingeschäfte

Buchwert (nach Saldierung) 31.12.2024 (in Mio. EUR)		Wertänderung Geschäftsjahr 2024 (in Mio. EUR)		
Vermögenswerte	Schulden	Im sonstigen Ergebnis erfasst	Als Ineffektivität erfasst	Umgliederung in Materialaufwand
26,7	-17,3	20,8	12,6	383,4

Buchwert 31.12.2023 (in Mio. EUR)		Wertänderung Geschäftsjahr 2023 (in Mio. EUR)		
Vermögenswerte	Schulden	Im sonstigen Ergebnis erfasst*	Als Ineffektivität erfasst	Umgliederung in Materialaufwand
455,2	-0,4	420,5	19,3	217,6

* Darstellung angepasst

Die Sicherungsinstrumente werden in der Konzernbilanz in den Posten derivative Finanzinstrumente – Hedge Accounting Aktiva und Passiva (lang- und kurzfristig) ausgewiesen. Zur besseren Veranschaulichung werden Beträge hier nach Saldierung dargestellt. Der Ausweis der Ineffektivitäten erfolgt im Posten Materialaufwand der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Cashflow-Hedge-Rücklage hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Gas	Strom	Sonstiges	Latente Steuer	Gesamt
Stand am 01.01.2023	-261,0	217,6	-0,4	12,5	-31,4
Veränderung im beizulegenden Zeitwert	179,3	-420,5	0,2	53,0	-188,0
Betrag, der in den Gewinn oder Verlust umgegliedert wurde – Materialaufwand	263,2	-217,6	0,0	-10,5	35,2
Stand am 31.12.2023	181,5	-420,5	-0,3	55,0	-184,2
Veränderung im beizulegenden Zeitwert	-15,4	-17,3	0,0	7,5	-25,1
Betrag, der in den Gewinn oder Verlust umgegliedert wurde – Materialaufwand – beendeter CF Hedge	-117,4	263,3	0,0	-33,5	112,2
Stand am 30.06.2024	48,7	-174,5	-0,3	29,0	-97,1
Veränderung im beizulegenden Zeitwert	-35,7	38,1	0,2	-0,6	2,0
Betrag, der in den Gewinn oder Verlust umgegliedert wurde – Materialaufwand – beendeter CF Hedge	-32,9	120,1	0,0	-20,1	67,1
Stand am 31.12.2024	-19,9	-16,3	-0,1	8,3	-28,0

12 Eigenkapital und Finanzierung

Das Nennkapital und die Einlagen der Gesellschaft betragen 500,0 Mio. EUR (Vorjahr: 500,0 Mio. EUR). Die Kapitalrücklagen enthalten Zuschüsse des Eigentümers.

In den im sonstigen Ergebnis erfassten Posten werden bestimmte erfolgsneutrale Veränderungen des Eigenkapitals sowie die jeweils darauf entfallenden latenten Steuern erfasst. Dies betrifft etwa die unrealisierten Gewinne bzw. Ver-

luste aus der Marktbewertung von Finanzinstrumenten, den effektiven Teil der Marktwertänderung von Sicherungsgeschäften sowie sämtliche Neubewertungen gemäß IAS 19. Weiters ist in dieser Position die anteilige Übernahme der Bewertungsrücklage der at-Equity einbezogenen Unternehmen enthalten.

Sie haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Rücklage aus Personalrückstellungen	Rücklage aus Sicherungsgeschäften	Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten – Eigenkapitalinstrumente	Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten – Fremdkapitalinstrumente	Rücklage aus sonstigen Ergebnissen aus nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen	Gesamt
Stand am 01.01.2023	589,8	31,4	2.968,4	-71,7	78,7	3.596,7
OCI vor Steuern	-545,0	195,3	893,1	36,8	-262,8	317,4
Steuereffekte	125,3	-42,5	-50,5	0,0	50,1	82,4
Umgliederungen in Gewinnrücklagen	0,0	0,0	-14,3	0,0	0,0	-14,3
Stand am 31.12.2023	170,2	184,2	3.796,7	-34,8	-134,1	3.982,2
OCI vor Steuern	-133,0	-202,9	-1.068,7	13,9	104,9	-1.285,9
Steuereffekte	30,6	46,7	59,6	-3,0	-20,5	113,4
Umgliederungen in Gewinnrücklagen	0,0	0,0	-7,2	0,0	0,0	-7,2
Stand am 31.12.2024	67,8	28,0	2.780,4	-24,0	-49,7	2.802,5

Kapitalmanagement

Das Eigenkapital des Wiener Stadtwerke Konzerns reduzierte sich im Geschäftsjahr 2024 um 10,8 % auf 7.969,6 Mio. EUR (Vorjahr: 8.934,7 Mio. EUR). Eine stabile Eigenkapitalquote ist das Ziel der Geschäftsführung des Wiener Stadtwerke Konzerns. Somit wird diese laufend überwacht. Die Eigenkapitalquote zum Stichtag betrug 47,4 % (Vorjahr: 48,4 %), was eine leichte Reduktion im Vergleich zum Vorjahr darstellt.

13 Steuern

Die Steueraufwendungen stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	2023	2024
Laufende Steuern	-0,9	0,6
Gruppensteuerumlage	0,2	6,4
Gesamt	-0,8	7,0

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überleitung vom rechnerischen Steueraufwand auf den gesamten nach IFRS ergebniswirksam erfassten Steueraufwand:

in Mio. EUR	2023	2024
Ergebnis vor Steuern (EBT)	762,5	200,6
Steuersatz in %	24	23
Erwarteter Steueraufwand	-183,0	-46,1
Steuerfreie Zuschüsse	134,1	105,5
Steuerfreie Beteiligungserträge	65,9	97,9
Nichtansatz von Verlustvorträgen	-95,4	-129,5
Bewertungsänderungen aktiver latenter Steuern	75,2	-29,3
Übernahme anteiliges steuerliches Ergebnis aus Beteiligungsgemeinschaften	0,0	7,0
Sonstige Effekte	2,5	1,5
Ertragsteuern gesamt	-0,8	7,0
Effektiver Steuersatz in %	0,1	-3,5

Steuerabgrenzung

Die aktiven und passiven Steuerlatenzen stellen sich wie folgt dar:


in Mio. EUR	31.12.2023		31.12.2024	
	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Vermögenswerte				
Sachanlagen	0,0	-59,3	6,5	-27,7
Immaterielle Vermögenswerte	0,1	-3,0	0,0	-2,2
Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	47,3	0,0	9,0	-1,9
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	42,9	-1.025,1	21,3	-769,9
Sonstige langfristige Vermögenswerte	0,7	-4,4	5,2	-4,5
Langfristige regulatorische Vermögenswerte	0,0	-220,5	0,0	-206,0
Vorräte	0,0	-10,5	0,0	-7,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1,7	-0,1	1,4	-0,1
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	0,0	-98,6	0,0	-9,1
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	0,2	-1,2	0,4	-2,7
Kurzfristige regulatorische Vermögenswerte	0,0	-14,5	0,0	-14,5
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0,0	0,0	0,0	0,0
Aktivierte Verlustvorträge	743,3	0,0	555,5	0,0
Summe	836,2	-1.437,2	599,2	-1.045,7
Schulden				
Langfristige Finanzschulden	28,0	-0,2	21,5	-0,1
Personalarückstellungen	185,4	0,0	191,9	0,0
Sonstige langfristige Rückstellungen	0,7	0,0	0,7	0,0
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	19,6	0,0	14,9	-0,1
Kurzfristige Finanzschulden	38,0	0,0	5,0	0,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,1	-0,2	0,0	0,0
Sonstige kurzfristige Schulden	9,2	-3,6	5,4	-3,3
Summe	280,9	-4,0	239,3	-3,5
Saldierung	-1.117,1	1.117,1	-838,5	838,5
Gesamt	0,0	-324,1	0,0	-210,7

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der passiven latenten Steuern:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Stand der latenten Steuern (netto) am 01.01.	-406,5	-324,1
Im sonstigen Ergebnis erfasste latente Steuern	82,4	113,4
Stand der latenten Steuern (netto) am 31.12.	-324,1	-210,7

Erfassung und Bewertung

Die Ermittlung latenter Steuern erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 12. Danach werden für temporäre Unterschiede zwischen den im Konzernabschluss angesetzten Buchwerten und den steuerlichen Wertansätzen von Vermögenswerten und Schulden zukünftig wahrscheinlich eintretende Steuerent- und -belastungen bilanziert.

 Erwartete Steuerersparnisse aus der Nutzung von als zukünftig realisierbar eingeschätzten Verlustvorträgen werden aktiviert. Aktive latente Steuern aus abzugsfähigen temporären Unterschieden und steuerlichen Verlustvorträgen, die die passiven latenten Steuern aus zu versteuernden temporären Unterschieden übersteigen, werden nur in dem Umfang angesetzt, in dem mit hinreichender Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass ausreichend steuerpflichtiges Einkommen zur Realisierung des entsprechenden Nutzens erzielt wird.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden saldiert, sofern diese ertragsteuerlichen Ansprüche und Schulden gegenüber der gleichen Steuerbehörde bestehen und sich auf dasselbe Steuersubjekt oder eine Gruppe unterschiedlicher Steuersubjekte beziehen, die ertragsteuerlich gemeinsam veranlagt werden.

Die angesetzten Verlustvorträge wurden zur Verrechnung mit passiven latenten Steuern auf die Bewertung von Finanzinstrumenten aktiviert. Diese passiven latenten Steuern werden erst bei Verkauf des Finanzinstruments schlagend. Da diese als langfristige Investments gehalten werden und ein Verkauf und damit das Entstehen von zu versteuernden Gewinnen nicht absehbar ist, ist eine Verrechnung mit aktiven latenten Steuern aus temporären Differenzen nicht möglich.

Der Konzern hat Verlustvorträge in Höhe von 8.847,6 Mio. EUR (Vorjahr: 7.121,0 Mio. EUR) nicht angesetzt. Diese sind unbegrenzt vortragsfähig. Zusätzlich wurden auf abzugsfähige temporäre Differenzen in Höhe von 144,6 Mio. EUR (Vorjahr: 115,3 Mio. EUR) keine aktiven latenten Steuern angesetzt.

Latente Steuerschulden, die aus Anteilen an Tochterunternehmen resultieren, sogenannte Outside Basis Differences, werden nicht angesetzt, da deren Umkehrung durch den Konzern gesteuert werden kann und diese in absehbarer Zeit nicht wahrscheinlich ist. Daher wurden für temporäre Differenzen in Höhe von 2.907,1 Mio. EUR (Vorjahr: 3.044,4 Mio. EUR) keine passiven latenten Steuern im Abschluss erfasst.

Für abzugsfähige temporäre Siebentelabschreibungen in Höhe von 1,4 Mio. EUR (Vorjahr: 1,5 Mio. EUR) wurden in der Bilanz keine latenten Steuern angesetzt.

Angaben zur globalen Mindestbesteuerung für Unternehmensgruppen (Pillar II)

Der Konzern hat die vom IASB im Mai 2023 veröffentlichte vorübergehende Ausnahme von den Rechnungslegungsvorschriften für latente Steuern in IAS 12 angewendet. Dementsprechend werden keine latenten Steuern in Bezug auf Ertragsteuern der Pillar II-Regeln ausgewiesen und keine diesbezüglichen Informationen angegeben.

Am 19. Dezember 2023 hat die österreichische Regierung die Pillar II-Regeln in nationales Steuerrecht mit Wirkung vom 1. Jänner 2024 übernommen. Das Mindestbesteuerungsgesetz (MinBestG) soll sicherstellen, dass Konzerne mit weltweiten Umsätzen von mindestens 750 Mio. EUR in allen Staaten, in denen sie tätig sind, einer effektiven Steuerbelastung von mindestens 15% unterliegen. Zu diesem Zweck wird zunächst der Effektivsteuersatz sämtlicher, in einem Steuerhoheitsgebiet ansässiger Geschäftseinheiten ermittelt und mit dem Mindeststeuersatz von 15% verglichen. Liegt der Effektivsteuersatz unter dem Mindeststeuersatz und steht kein ausreichender Substanzfreibetrag zur Verfügung, wird eine Ergänzungssteuer erhoben, die für das Erreichen der Mindestbesteuerung erforderlich ist. Der Wiener Stadtwerke Konzern ist mit überwiegender Mehrheit in Österreich tätig. Die allenfalls für die Auslandstätigkeiten anfallende Mindestbesteuerung ist als unwesentlich anzusehen.

Mit Stand 31. Dezember 2024 liegt der effektive Steuersatz für den Wiener Stadtwerke Konzern in Österreich unter 15%. Für die Unternehmensgruppe in der Jurisdiktion Österreich ist dennoch keine nationale Ergänzungssteuer für die kommenden Jahre zu erwarten, da der für Österreich erwartete Substanzfreibetrag den erwarteten Mindeststeuer-Gewinn übersteigt, sodass sich kein einer Besteuerung zu unterwerfender Übergewinn ergibt. Zudem wird mit der Anwendbarkeit des temporären CbCR Safe Harbours gerechnet. Die Gesellschaft prüft weiterhin die Auswirkungen der Gesetzgebung zu den Pillar II-Regeln auf die zukünftige Ertragskraft des Konzerns.

Diese Angaben beruhen auf den im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses ermittelten Gewinnen und Steuer-aufwendungen.

Angaben zur Steuergruppe

Die wesentlichen in den Konzernabschluss der Wiener Stadtwerke einbezogenen Unternehmen bilden eine Unternehmensgruppe gemäß § 9 Körperschaftsteuergesetz (KStG).

Gruppenträgerin ist die WIENER STADTWERKE GmbH. Zwischen den Gruppenmitgliedern und der Gruppenträgerin besteht eine Steuerumlagevereinbarung. Diese schreibt vor, dass die vom einzelnen Gruppenmitglied zu leistende Steuerumlage mit 23% (Vorjahr: 24%) jenes Teils seines Einkommens, der in ein positives zusammengefasstes Ergebnis der Gruppenträgerin mündet, zu bemessen ist. Für den Teil seines Einkommens, der in ein negatives zusammengefasstes Ergebnis der Gruppenträgerin einfließt, hat das Gruppenmitglied zur Vergütung der ihm ermöglichten Steuerentlastung eine Steuerumlage in Höhe von 2,3% (Vorjahr: 2,4%) an die Gruppenträgerin zu leisten. Ist die Gruppenträgerin unmittelbar oder mittelbar mit weniger als 95% am Grund- oder Stammkapital des Gruppenmitglieds beteiligt, beträgt der Prozentsatz der Steuerumlage 11,5% (statt 2,3%) (Vorjahr: 12%).

Diese Prozentsätze beruhen auf dem jeweils gültigen Steuersatz gemäß § 22 Abs. 1 KStG. Bei negativen steuerlichen Ergebnissen von Gruppenmitgliedern wird keine Verrechnung einer negativen Steuerumlage durchgeführt. Die der Gruppenträgerin vom Gruppenmitglied zugerechneten negativen Einkommen sind jedoch evident zu halten und mit allfälligen, in nachfolgenden Geschäftsjahren der Gruppen-

trägerin zugerechneten positiven Einkommen des Gruppenmitglieds zu verrechnen.

Mit 23. September 2021 hat die WIENER STADTWERKE GmbH mit der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH einen Gruppen- und Steuerausgleichsvertrag geschlossen, in welchem die NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH als hauptbeteiligte Gesellschaft und die WIENER STADTWERKE GmbH als minderbeteiligte Gesellschaft einbezogen wird. Dieser erlaubt es der WIENER STADTWERKE GmbH, das anteilige steuerliche Ergebnis der EVN AG mit ihren eigenen steuerlichen Verlusten gegenzurechnen und ermöglicht so allen Investoren einen reduzierten steuerlichen Aufwand ihres EVN-Anteils.

Die abgeschlossene Steuerumlagevereinbarung sieht vor, dass die EVN AG in einem Wirtschaftsjahr, in dem sie einen steuerpflichtigen Gewinn erwirtschaftet, eine Steuerumlage in Höhe von 11,5% (Vorjahr: 12%) an die WIENER STADTWERKE GmbH für den anteilig laut Beteiligungsverhältnis zugerechneten steuerlichen Gewinn zu entrichten hat. Diese ist auf Basis des jeweils gültigen Körperschaftsteuersatzes zu ermitteln. Erzielt die EVN AG jedoch einen steuerlichen Verlust, wird dieser evident gehalten, um mit steuerlichen Gewinnen aus darauffolgenden Jahren verrechnet zu werden.

14 Risikomanagement

Grundsätze des Risikomanagements

Der Wiener Stadtwerke Konzern hat ein umfassendes Risikomanagementsystem implementiert, welches die frühzeitige Erkennung von Chancen und Risiken ermöglicht. Chancen und Risiken werden als potenzielle Abweichungen von Planwerten, betreffend bestimmte Kennzahlen, allen voran Jahresüberschuss, Ergebnis-Cashflow, Eigenkapital sowie Liquiditätskennzahlen, definiert. Das interne Kontrollsystem (IKS) beinhaltet und basiert auf den vom Management eingeführten Grundsätzen, Verfahren und Vorgaben, die darauf ausgerichtet sind, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit sowie die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung zu sichern und die Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften zu gewährleisten.

Der Risikomanagementprozess folgt den international anerkannten Ansätzen des überarbeiteten COSO-Frameworks (Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission) sowie ISO 31000 und punktuell den MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kreditinstituten). Die laufende Erhebung, Erfassung und Bewertung der Risiken der Konzernunternehmen bildet die Basis für die regelmäßige Risikoberichterstattung. Es wird grundsätzlich in qualitativ und quantitativ bewertete Risiken unterschieden. Im Folgenden wird der Schwerpunkt auf der quantitativen Berichterstattung liegen. Zu den qualitativen Risiken wird auf den Lagebericht verwiesen.

Die Berichterstattung der Risiken aus dem Konzernrisikoccontrolling ist in die Finanzberichterstattung des Konzerncontrollings eingebettet (integriertes Reporting). Es werden für die zukünftige Entwicklung wesentlicher finanzieller Kennzahlen der Konzernunternehmen aus dem Risikomanagement Bandbreiten abgeleitet und im Reporting dargestellt. Ein wesentliches Ziel ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der einzelnen Gesellschaften des Konzerns. Es wird jährlich im Rahmen des Plan/Ist-Vergleichs ein Risiko- und Chancenreview durchgeführt, d. h. es werden die ursprünglichen Risiko- und Chanceneinschätzungen des vergangenen Jahres, die auch der Unternehmensplanung zugrunde

gelegt wurden, den tatsächlich eingetretenen Werten gegenübergestellt. Die daraus abgeleiteten Erkenntnisse fließen in die Anpassung des Risikokatalogs an neue Gegebenheiten ein. Der aktualisierte Risikokatalog stellt eine Grundlage für die Unternehmensplanung dar.

Die Diskussion und Abstimmung der wichtigsten Chancen und Risiken ist auch Bestandteil der jährlichen Wirtschaftsplanklausur jedes Konzernunternehmens. Ziel ist es, im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung zu erkennen, welche Chancen und Risiken in den nächsten Jahren schlagend werden können. Daraus werden Maßnahmen abgeleitet und das Monitoring in den entsprechenden Planpositionen verstärkt.

Verantwortlich für die Einhaltung des dargestellten Risikomanagementprozesses sind zum einen die in jedem Unternehmen etablierten Risikocontroller*innen, die laufend und direkt an die Geschäftsführung berichten, und zum anderen das Konzernrisikomanagement, das an die Geschäftsführung der WIENER STADTWERKE GmbH berichtet.

Das IKS umfasst alle prozessbezogenen Überwachungsmaßnahmen und basiert auf einer systematischen Erfassung der Ablauforganisation. Darunter fallen dokumentierte Prozesse, die Identifizierung und Bewertung der inhärenten Prozessrisiken, die Definition von risikomitigierenden Maßnahmen und internen Kontrollen sowie eine regelmäßige Überprüfung von deren Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit. Das IKS ist dezentral in den Konzernunternehmen organisiert und liegt im Verantwortungsbereich der jeweiligen Geschäftsführungen. Eine Konzernrichtlinie definiert den Mindeststandard für das IKS, um ein einheitliches Verständnis der Rollen und Verantwortlichkeiten zu schaffen.

Es ist Aufgabe des IKS, die Sicherstellung einer nachvollziehbaren Dokumentation der durchgeführten Kontrollen, eine verpflichtende, periodische Berichterstattung an die Geschäftsführungen bzw. den Prüfungsausschuss und die Konzern-IKS-Koordination und eine stetige Weiterentwicklung beispielsweise durch interne Abstimmungen mit den Bereichen Risikomanagement, Compliance, IT-Sicherheit sowie den Konzernunternehmen zu gewährleisten.

Die Einhaltung aller für den Konzern maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften wird überwacht und kontrolliert. Die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung ist sichergestellt. Der Rechnungslegungsprozess der Wiener Stadtwerke ist durch konzernweite Richtlinien und Vorgaben geregelt.

Die Risikolandschaft der Wiener Stadtwerke teilt sich in folgende Risikogruppen:

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass der Konzern möglicherweise nicht in der Lage ist, seine finanziellen Verbindlichkeiten durch Lieferung von Zahlungsmitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten zu erfüllen. Die Steuerung der Liquidität im Konzern soll sicherstellen, dass stets ausreichend liquide Mittel verfügbar sind, um unter normalen wie auch unter angespannten Bedingungen den Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit nachkommen zu können.

Die kurzfristige Liquiditätssteuerung erfolgt optimiert durch ein konzernweites Cashpooling und kurzfristige Bankdarlehen. Im Jahr 2023 wurde, um die Liquidität zu sichern,

eine syndizierte Kreditlinie aufgenommen, für die der Wiener Stadtwerke Konzern keine finanziellen Covenants hat. Darüber hinaus hat die WIENER STADTWERKE GmbH im Geschäftsjahr 2024 die im Jahr 2023 abgeschlossene syndizierte Kreditlinie in Höhe von bis zu 2 Mrd. EUR mit dem bestehenden Konsortium von acht Banken refinanziert. Die neue Laufzeit beträgt nunmehr drei Jahre bis Juni 2027. Es besteht die Option, diese Kreditlinie zweimal für jeweils ein Jahr zu verlängern, falls sowohl Kreditgeber*in als auch Kreditnehmer*in zustimmen. Diese neue Kreditlinie (RCF II) ersetzt die bisher vorhandene Kreditlinie (RCF I). Die langfristige Finanzveranlagung der Unternehmen erfolgt in enger Abstimmung mit der WIENER STADTWERKE GmbH.

Folgende Tabellen zeigen die Verpflichtung aus vertraglichen Cashflows für das kommende Jahr, die nächsten ein bis fünf Jahre sowie Verpflichtungen nach fünf Jahren für das aktuelle und vergangene Geschäftsjahr:


in Mio. EUR	31.12.2024 Buchwert	31.12.2024 Vertrag- licher Cashflow	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre
Schuldscheindarlehen und Anleihen	359,4	417,8	40,2	253,0	124,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	536,3	589,0	113,5	108,6	366,9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	590,7	590,7	588,4	2,3	0,0
Leasingverbindlichkeiten	145,9	178,4	21,9	63,0	93,5
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten aus Beteiligungsverhältnissen	314,8	324,4	241,7	25,8	56,9
Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten	35,1	35,1	23,4	11,7	0,0


in Mio. EUR	31.12.2023 Buchwert	31.12.2023 Vertrag- licher Cashflow	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre
Schuldscheindarlehen und Anleihen	359,5	443,4	15,1	295,8	132,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.003,1	1.086,6	425,9	282,4	378,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	760,1	760,1	756,3	3,8	0,0
Leasingverbindlichkeiten	143,2	174,3	19,3	59,0	95,9
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten aus Beteiligungsverhältnissen	333,5	341,9	270,5	18,2	53,2
Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten	218,9	218,9	187,8	31,1	0,0

Die im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr dienen zur Sicherstellung der oben beschriebenen Liquidität.

Ausfallrisiko

Das Ausfallrisiko ist das Risiko von finanziellen Verlusten, falls ein*e Kund*in oder die Vertragspartei eines Finanzinstruments seinen bzw. ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Das Ausfallrisiko entsteht grundsätzlich aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Vertragsvermögenswerten sowie aus den als Finanzanlagen gehaltenen Anleihen und Ausleihungen. Darüber hinaus sind auch Bankguthaben und Termingelder grundsätzlich einem Ausfallrisiko ausgesetzt. Die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte und Vertragsvermögenswerte entsprechen dem maximalen Ausfallrisiko.

 Gemäß IFRS 9 werden für finanzielle Vermögenswerte, die nicht ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wie z. B. für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Anleihen, sowie für Vertragsvermögenswerte nicht nur die eingetretenen, sondern auch die für die Zukunft erwarteten Verluste (Expected Credit Loss) abgebildet. Hierbei wird für jede Risikogruppe überlegt, welches Risiko zum Abschlussstichtag besteht, und auf dieser Basis, unabhängig vom tatsächlichen Eintritt eines Verlusts, vorgesorgt.

 Für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie für Vertragsvermögenswerte wird im Konzern hierbei das vereinfachte Verfahren zur Bemessung der Wertberichtigung angewendet und der über die Laufzeit erwartete Verlust ermittelt. Die in diese Bewertung einfließende Ausfallwahrscheinlichkeit wird auf Basis der Altersstruktur der jeweiligen Forderung festgelegt. Für bereits fällige Forderungen wird diese Quote aus Erfahrungswerten und historischen Ausfallquoten des jeweiligen Konzernbereichs ermittelt. Die Ausfallquote von noch nicht fälligen Forderungen wird, soweit wesentlich, separat bewertet. Die Vorgehensweise entspricht der im nächsten Absatz beschriebenen.

Für alle übrigen finanziellen Vermögenswerte werden die erwarteten Verluste zunächst auf Grundlage der für die nächsten zwölf Monate erwarteten Verluste ermittelt. Sofern sich das Ausfallrisiko signifikant erhöht, werden die über die gesamte Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts erwarteten Verluste ermittelt und die Wertminderung entsprechend angepasst. Bei der Ermittlung des Ausfallrisikos werden im Wesentlichen das individuelle Kreditrisiko-Rating der Schuldner*in sowie marktrelevante zukunftsbezogene Informationen und von S&P Global veröffentlichte historische Ausfallquoten berücksichtigt.

Die Treasury- und Asset-Management-Abteilung verantwortet im WSTW-Konzern kurz- und langfristige Veranlagungen. Sie steuert das Ausfallrisiko aus Guthaben bei Banken und Finanzinstituten. Um eine möglichst geringe Risikokonzentration zu haben, dürfen Veranlagungen (im Rahmen des Cashpooling wie auch im Rahmen langfristigerer Veranlagungen) ausschließlich bei genehmigten Banken unter Berücksichtigung der für die jeweiligen Banken zum Veranlagungszeitpunkt gültigen Limits erfolgen.

Nachfolgende Tabellen zeigen die Bruttobuchwerte der in dieser Klassifizierung relevanten finanziellen Vermögenswerte gegliedert nach Risikoklassen für das Geschäftsjahr sowie für das Vorjahr:

in Mio. EUR	Äquivalent Moody's Rating/ Zeitbänder für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Anleihen (OCI)	Aus- leihungen (at Cost)	Vertrags- forde- rungen	Forde- rungen aus Lieferungen und Leistungen*	Sonstige Forde- rungen	Cash und Termin- gelder	Gesamt
Risikoklasse A	bis Aa3/nicht über- fällig bzw. 30 Tage überfällig	443,6	15,4	7,9	334,3	121,3	1.172,9	2.095,4
Risikoklasse B	bis A3/31–60 Tage überfällig	253,5	0,0	0,0	20,0	0,2	100,0	373,7
Risikoklasse C	bis Baa3/61–90 Tage überfällig	175,5	0,0	0,0	11,9	0,0	0,0	187,5
Risikoklasse D	unter Baa3/ mehr als 90 Tage überfällig	1,2	0,0	0,0	3,8	5,6	0,0	10,6
Ohne Rating		84,2	146,2	0,0	25,8	3,9	0,4	260,4
Bruttobuchwert		958,0	161,5	7,9	395,8	131,0	1.273,3	2.927,5
Wertberichtigung für den erwarteten Zwölf-Monats- Kreditverlust (Stufe 1)		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wertberichtigung für den über die Laufzeit erwarteten Kreditverlust (Stufe 2)		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wertberichtigung auf individueller Basis (Stufe 3)		0,0	0,0	0,0	-12,4	-0,6	0,0	-13,0
Wertberichtigung vereinfachtes Verfahren		0,0	0,0	0,0	-22,7	0,0	0,0	-22,7
Buchwert am 31.12.2024		958,0	161,5	7,9	360,8	130,3	1.273,3	2.891,8

* Die hier angeführten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten langfristige Forderungen i. H. v. 9,6 Mio. EUR, die unter den sonstigen finanziellen Vermögenswerten (siehe Kapitel 11.3) ausgewiesen sind.

in Mio. EUR	Äquivalent Moody's Rating/ Zeitbänder für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Anleihen (OCI)	Aus- leihungen (at Cost)	Vertrags- forde- rungen	Forde- rungen aus Lieferun- gen und Leistun- gen*	Sonstige Forde- rungen	Cash und Termin- gelder	Gesamt
Risikoklasse A	bis Aa3/nicht überfällig bzw. 30 Tage überfällig	303,1	13,9	6,0	370,9	86,2	1.655,8	2.435,8
Risikoklasse B	bis A3/ 31–60 Tage überfällig	226,8	0,0	0,0	14,1	0,1	100,0	340,9
Risikoklasse C	bis Baa3/ 61–90 Tage überfällig	192,9	0,0	0,0	9,7	0,0	0,0	202,6
Risikoklasse D	unter Baa3/ mehr als 90 Tage überfällig	1,1	0,0	0,0	4,0	15,8	0,0	21,0
Ohne Rating		42,9	446,3	0,0	16,0	2,0	1,7	508,8
Bruttobuchwert		766,8	460,2	6,0	414,7	104,2	1.757,5	3.509,2
Wertberichtigung für den erwarteten Zwölf-Monats-Kredit- verlust (Stufe 1)		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wertberichtigung für den über die Laufzeit erwarteten Kredit- verlust (Stufe 2)		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wertberichtigung auf individueller Basis (Stufe 3)		0,0	0,0	0,0	-9,9	-0,4	0,0	-10,3
Wertberichtigung vereinfachtes Verfahren		0,0	0,0	0,0	-20,7	0,0	0,0	-20,7
Buchwert am 31.12.2023		766,8	460,1	6,0	384,2	103,7	1.757,5	3.478,2

* Die hier angeführten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten langfristige Forderungen i. H. v. 9,2 Mio. EUR, die unter den sonstigen finanziellen Vermögenswerten (siehe Kapitel 11.3) ausgewiesen sind.

Bei der Zuordnung zu den einzelnen Risikoklassen werden einerseits das Moody's-Äquivalent und andererseits die Zeitbänder für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bzw. Debitoren, für die keine Ratings vorhanden sind, herangezogen.

Die Entwicklung der Wertberichtigungen für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Wertberichtigung auf individueller Basis (Stufe 3)	Wertberichtigung vereinfachtes Verfahren	Gesamt
Stand am 01.01.2023	9,0	15,6	24,6
Neubewertung	2,4	8,4	10,8
Abschreibung	0,0	-0,2	-0,2
Auflösung	-1,1	-3,2	-4,3
Stand am 31.12.2023	10,3	20,7	31,0
Neubewertung	2,9	5,6	8,5
Abschreibung	0,0	-2,8	-2,8
Auflösung	-0,2	-0,8	-1,0
Stand am 31.12.2024	13,0	22,7	35,7

Auf Anleihen und Tagesgelder wurde aus Wesentlichkeitsgründen keine Wertminderung gebildet.

Finanzielle Vermögenswerte sind auszubuchen, sobald ihre Uneinbringlichkeit feststeht (Forderungsausfall). Dies ist dann der Fall, wenn im Zuge eines Konkurs- bzw. Ausgleichsverfahrens die Quote festgesetzt bzw. das Verfahren mangels Masse abgewiesen wurde. Ebenso steht die Uneinbringlichkeit bei Verzicht (beispielsweise bei Verzicht nach erfolgloser Betreibung), erfolgloser Pfändung oder bei Vorliegen eines gerichtlichen Urteils fest. Nach Ablauf der Verjährungsfrist, die in der Regel drei Jahre beträgt, sollte die Forderung, abgesehen von wenigen Ausnahmen (z. B. Insolvenzverfahren), ebenfalls ausgebucht werden.

Aufgrund der Kund*innenstruktur der Wiener Stadtwerke bestehen keine wesentlichen Risikokonzentrationen.

Zinsänderungsrisiko

Zinsänderungsrisiken können sich zum einen aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von festverzinslichen Instrumenten und zum anderen aus der Änderung von Zahlungsströmen für variabel verzinsliche Instrumente ergeben. Der Konzern ist darüber hinaus bei der Wiederanlage von Mitteln aus auslaufenden Anleihen sowie Termingeldern einem Wiederanlagerisiko aufgrund schwankender Marktzinssätze ausgesetzt.

Die folgenden Tabellen zeigen die Art der Verzinsung der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Schulden zum 31. Dezember 2024 und 2023:

Buchwert 31.12.2024

in Mio. EUR	Festverzinsliche Instrumente	Variable verzinsliche Instrumente
Finanzielle Vermögenswerte	1.946,4	447,4
Finanzielle Verbindlichkeiten	-798,4	-497,7
Gesamt	1.148,0	-50,3

Buchwert 31.12.2023

in Mio. EUR	Festverzinsliche Instrumente	Variable verzinsliche Instrumente
Finanzielle Vermögenswerte	2.017,2	963,6
Finanzielle Verbindlichkeiten	-813,4	-904,7
Gesamt	1.203,8	58,9

Bei den im Konzern gehaltenen Anleihen und getätigten Ausleihungen handelt es sich im Wesentlichen um festverzinsliche Instrumente. Anleihen werden dabei ergebnisneutral zum beizulegenden Zeitwert über das sonstige Ergebnis bewertet, während Ausleihungen zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden. Das Risiko einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Marktzinsänderungen besteht daher lediglich bei den von den WSTW Fonds gehaltenen Anleihen.

Anleihenveranlagungen erfolgen überwiegend in in Euro denominierten Anleihen, die sich am Euro-Investmentgrade-Anleihengesamtmarkt orientieren. Das Zinsrisiko wird bestimmt durch die durchschnittliche Anleihenduration der jeweiligen Kapitalmärkte. Per ultimo 2024 beträgt die durchschnittliche Duration des Euro-Marktes 3,7 Jahre (Vorjahr: 3,9 Jahre). Da rund ein Viertel des Konzern-Portfolios kein Zinsrisiko aufweist (z. B. liquide Mittel, Aktien), ergibt sich wie im Vorjahr eine Portfolioduration von etwa drei Jahren.

Eine Änderung der Zinssätze von 100 Basispunkten hätte das Eigenkapital aufgrund der Änderung der beizulegenden Zeitwerte der Anleihen um 35,6 Mio. EUR (Vorjahr: 29,5 Mio. EUR) vor Steuern erhöht oder vermindert. Bei dieser Analyse wird unterstellt, dass alle anderen Variablen, insbesondere die Fremdwährungswechselkurse, unverändert bleiben.

Termingelder werden überwiegend kurzfristig zu fixen Zinssätzen angelegt. Da die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt, ergeben sich aus Änderungen des Marktzinssatzes keine Auswirkungen auf das Eigenkapital oder den Gewinn oder Verlust.

Langfristige finanzielle Verbindlichkeiten werden überwiegend zu festen Zinssätzen abgeschlossen. Da finanzielle Verbindlichkeiten grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, haben Änderungen des Marktzinssatzes, die zu einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts von festverzinslichen finanziellen Verbindlichkeiten führen, keine Auswirkungen auf das Eigenkapital oder den Gewinn oder Verlust.

Variabel verzinsliche finanzielle Vermögenswerte und variabel verzinsliche Schulden betreffen im Wesentlichen Forderungen aus Cashpooling von verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen und assoziierten Unternehmen sowie Gemeinschaftsunternehmen sowie entsprechende Verbindlichkeiten, kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten sowie einzelne langfristig abgeschlossene Finanzierungen. Eine für möglich gehaltene Veränderung der Zinssätze von 100 Basispunkten zum Abschlussstichtag hätte das Eigenkapital und den Gewinn oder Verlust daher nur unwesentlich verändert.

Fremdwährungsrisiko

Fremdwährungsrisiken entstehen im Konzern überwiegend im Zusammenhang mit den von den WSTW Fonds gehaltenen Wertpapieren.

In den gemischten Portfolios der WSTW Fonds haben die Bargeld- und die Anleihenquote, abgesehen von einer geringen Toleranzgrenze, entsprechend den strategischen Zielvorgaben nur ein geringes Währungsrisiko. Fremdwährungspositionen werden dabei überwiegend in JPY und USD und in geringem Umfang in anderen Währungen, insbesondere in CHF, gehalten.

Die Investments in Aktien orientieren sich am Benchmark-Index „MSCI World All Countries“, der die weltweit größten, börsennotierten Unternehmen beinhaltet. Für gewöhnlich notieren diese Wertpapiere in der Währung des Handelsplatzes des Unternehmenssitzes. Ein überwiegender Teil des globalen Aktienportfolios ist entsprechend nicht in Euro denominiert und wird aufgrund der spezifischen Eigenschaften des Aktienmarktes auch nicht gegen den Euro währungsseitig abgesichert. Die Aufteilung des globalen Aktienindex MSCI AC ist zu rund 66 % in USD, zu rund 7 % in EUR und zu 27 % in den residualen Währungen.

Weiters halten die Wiener Linien im Zusammenhang mit den US-Lease-Transaktionen verzinsliche Wertpapiere, die in USD denominiert sind. Diese werden durch Fremdwährungs-Swaps abgesichert. Auf die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften wird in diesem Zusammenhang verzichtet. Nähere Details hierzu sind in Kapitel 15.2 Cross Border Lease ersichtlich.

Aus den folgenden Tabellen sind jene Finanzinstrumente ersichtlich, deren Buchwerte zum Teil in Fremdwährung notieren.

in Mio. EUR	31.12.2024 Buchwert	EUR-Buchwert, wenn Nominale EUR	EUR-Buchwert, wenn Nominale USD	EUR-Buchwert, wenn Nominale JPY	EUR-Buchwert, wenn Nominale CHF	EUR-Buchwert, wenn Nominale Übrige
Ausleihungen langfristig	32,7	32,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	1.966,1	1.794,3	126,7	17,8	2,1	25,2
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.270,9	1.269,1	0,6	0,2	0,0	0,9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-588,5	-586,5	-1,9	0,0	0,0	0,0

in Mio. EUR	31.12.2023 Buchwert	EUR-Buchwert, wenn Nominale EUR	EUR-Buchwert, wenn Nominale USD	EUR-Buchwert, wenn Nominale JPY	EUR-Buchwert, wenn Nominale CHF	EUR-Buchwert, wenn Nominale Übrige
Ausleihungen langfristig	46,9	36,2	10,7	0,0	0,0	0,0
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	1.924,8	1.821,8	75,7	12,7	1,5	13,1
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.755,2	1.752,9	0,6	0,2	0,0	1,4

Abgesehen von Derivaten (Währungsswaps, siehe Kapitel 15.2) sowie den angeführten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen keine weiteren Verbindlichkeiten, die in Fremdwährung notieren.

Zum 31. Dezember 2024 bzw. zum 31. Dezember 2023 wurden folgende Fremdwährungskurse angewandt:

	31.12.2023	31.12.2024
USD	1,1050	1,0389
JPY	156,33	163,06
CHF	0,9260	0,9412

Eine für möglich gehaltene Stärkung (Schwächung) von USD, JPY oder CHF gegenüber dem Euro hätte die Bewertung der Finanzinstrumente in fremder Währung beeinflusst und sich mit den unten dargestellten Beträgen auch auf das Eigenkapital und den Gewinn oder Verlust ausgewirkt. In der Analyse wird unterstellt, dass alle übrigen Einflussfaktoren, vor allem Zinssätze, konstant bleiben.

Effekte in Mio. EUR	Gewinn oder Verlust		Eigenkapital vor Steuern	
	Stärkung	Schwächung	Stärkung	Schwächung
31.12.2024				
USD (5 %-Bewegung)	-0,1	0,1	6,6	-6,0
JPY (5 %-Bewegung)	0,0	0,0	1,0	-0,9
CHF (5 %-Bewegung)	0,0	0,0	0,1	-0,1
31.12.2023				
USD (5 %-Bewegung)	0,6	-0,6	4,6	-4,2
JPY (5 %-Bewegung)	0,0	0,0	0,7	-0,6
CHF (5 %-Bewegung)	0,0	0,0	0,1	-0,1

Rohstoffpreisrisiko

Der Konzern ist ausschließlich im Bereich Energie einem Rohstoffpreisrisiko ausgesetzt. Risiken im Zusammenhang mit Werttreibern wie Öl-, Gas-, Strom- und CO₂-Preisen betreffen das Energiegeschäft und können wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis haben. Diese Preisrisiken werden durch Termingeschäfte und sonstige derivative Finanzinstrumente wie Futures, Swaps, Lieferverträge mit Leistungsoptionen etc., welche ausschließlich zur Risikoabsicherung zum Einsatz kommen, minimiert.

Durch die Implementierung eines gemeinsamen Marktzugangs für den Vertriebs- und Erzeugungsbereich können Synergien genutzt und sämtliche relevanten Risiken im Bereich Energie im Handelsbereich (z. B. Marktliquiditätsrisiko und

Kontrahentenrisiko) zentral gesteuert und überwacht werden. Temperaturschwankungen führen zu Mehr- oder Minderabsatz im Wärmebereich. Ein ausgereiftes Portfoliomanagement beobachtet laufend die Marktsituation und optimiert die Erzeugung entsprechend. Die Werthaltigkeit von Bezugsverträgen wird ebenfalls laufend beobachtet. Darüber hinaus werden Kontrahenten im energiewirtschaftlichen Bereich bewertet, einem Monitoring unterzogen und das potenzielle Risiko mit einem Limitsystem begrenzt.

Die folgenden Tabellen stellen die Ergebnisauswirkungen auf die Konzerngewinn- und Verlustrechnung für die Geschäftsjahre 2024 und 2023 dar, die sich ergeben hätten, wenn die Lieferverträge zu um 10 % höheren oder geringeren Preisen abgeschlossen worden wären:

31.12.2024				
Bezeichnung	Rohstoffpreis pro Volumeneinheit zum Stichtag (in EUR)	Volumen 2024 Einkauf/(Verkauf) in MWh	Ergebnisänderung, wenn Rohstoffpreis +10% (in Mio. EUR)	Ergebnisänderung, wenn Rohstoffpreis -10% (in Mio. EUR)
Gas	50,0	8.875.633,7	-44,4	44,4
Strom	117,7	-5.242.812,4	61,7	-61,7
CO ₂	70,0	1.084.068,0	-7,6	7,6
31.12.2023				
Bezeichnung	Rohstoffpreis pro Volumeneinheit zum Stichtag (in EUR)	Volumen 2023 Einkauf/(Verkauf) in MWh	Ergebnisänderung, wenn Rohstoffpreis +10% (in Mio. EUR)	Ergebnisänderung, wenn Rohstoffpreis -10% (in Mio. EUR)
Gas	32,4	9.874.135,2	-31,9	31,9
Strom	55,2	-6.076.832,2	33,5	-33,5
CO ₂	77,3	1.346.500,0	-10,4	10,4

Wie oben erwähnt wird dieses Risiko durch das Halten von Derivaten bzw. teilweise durch Hedge Accounting gesteuert. Aus den folgenden Tabellen sind die Marktwertänderungen dieser Derivate zum 31. Dezember 2024 sowie 2023 bei einer Veränderung des Rohstoffpreises von +/- 10% ersichtlich:

in Mio. EUR	Brutto-Buchwert 31.12.2024	Volumen Sicherung Einkauf (in TWh)	Volumen Sicherung Verkauf (in TWh)	Marktwert- änderung, wenn Rohstoffpreis +10%	Marktwert- änderung, wenn Rohstoffpreis -10%
Finanzielle Vermögenswerte					
Stromderivate – Hedge Accounting (OCI)	120,05	2,90	3,77	10,25	-10,25
Gasderivate – Hedge Accounting (OCI)	122,60	17,20	1,52	-78,44	78,44
Finanzielle Verbindlichkeiten					
Stromderivate – Hedge Accounting (OCI)	-103,55	1,55	5,15	42,36	-42,36
Gasderivate – Hedge Accounting (OCI)	-103,39	2,52	12,36	49,20	-49,20

in Mio. EUR	Brutto-Buchwert 31.12.2023	Volumen Sicherung Einkauf (in TWh)	Volumen Sicherung Verkauf (in TWh)	Marktwert- änderung, wenn Rohstoffpreis +10%	Marktwert- änderung, wenn Rohstoffpreis -10%
Finanzielle Vermögenswerte					
Stromderivate – Hedge Accounting (OCI)	888,24	0,45	11,39	60,36	-60,36
Gasderivate – Hedge Accounting (OCI)	257,80	0,58	14,00	43,43	-43,43
Finanzielle Verbindlichkeiten					
Stromderivate – Hedge Accounting (OCI)	-442,10	6,08	0,55	-30,53	30,53
Gasderivate – Hedge Accounting (OCI)	-440,23	20,95	0,31	-66,76	66,76

Für Details zu Hedge Accounting siehe Kapitel 11.7.

15 Sonstige Angaben

15.1 Eventualverbindlichkeiten, Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Eventualverbindlichkeiten betragen zum Stichtag 49,9 Mio. EUR (Vorjahr: 43,3 Mio. EUR). Ein Großteil davon betrifft eine Eventualschuld gegenüber der American International Group, Inc. (AIG) aus dem Cross Border Leasing Deal der Wiener Linien in Höhe von 34,3 Mio. EUR (Vorjahr: 33,1 Mio. EUR). Für weitere Informationen siehe Kapitel 15.2. Weitere wesentliche Eventualverbindlichkeiten bestehen aus möglichen Verpflichtungen der Wiener Lokalbahnen Cargo gegenüber dem Zollamt Wien in Höhe von 12,0 Mio. EUR und diversen Eventualverbindlichkeiten der Wiener Stadtwerke Vermögensverwaltung und der Wipark mit in Summe 3,6 Mio. EUR (Vorjahr: 3,6 Mio. EUR).

Demgegenüber stehen diverse Eventualforderungen der Wiener Netze in Höhe von 4,1 Mio. EUR (Vorjahr: 2,7 Mio. EUR).

Die im Vorjahr bestehende Eventualverbindlichkeit sowie die Eventualforderung in Höhe von 6,5 Mio. EUR gegenüber der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Wiener Stadtwerke Gesellschaft m.b.H sind nicht mehr vorhanden.

15.2 Cross Border Lease

Im Zeitraum von 1998 bis 2003 haben die Wiener Linien verschiedene US-Lease-Transaktionen abgeschlossen. Dabei wurden U-Bahn-Fahrzeuge bzw. Straßenbahn-Fahrzeuge in Form einer „Lease-in-Lease-out“-Struktur in ein Leasingverhältnis eingebracht. Die Fahrzeuge wurden unter einem Head-Lease („Hauptmietverhältnis“) an einen US-Trust, verwaltet durch einen US-amerikanischen Treuhänder, vermietet und zeitgleich von den Wiener Linien unter einem

Sub-Lease („Untermietverhältnis“) vom Trust wieder zurückgemietet. Für das Head-Lease leistete der US-Trust eine Mietvorauszahlung in voller Höhe. Zur Finanzierung dieser Mietvorauszahlung wurde der Trust mit Eigenkapital von einem Investor und mit Fremdkapital von mehreren Banken ausgestattet. Die Mietvorauszahlung des US-Trusts wurde von den Wiener Linien verwendet, um in Höhe des auf den Eigenkapitalanteil entfallenden Betrags ein Equity- und in Höhe des von den Banken finanzierten Betrags ein Debt-Depot zu eröffnen. Die durch die Wiener Linien zu leistenden Leasingzahlungen aus dem Sub-Lease werden aus den Zahlungsströmen der Depots erbracht. Die Differenz zwischen der erhaltenen Mietzahlung und der notwendigen Dotierung der Depots wird als Nettobarwertvorteil in den Vertragsverbindlichkeiten ausgewiesen und entsprechend der Laufzeit aufgelöst. Zum Ende des Geschäftsjahres waren noch das US-Lease VI und das US-Lease IIIa offen.

IFRS 16 sieht gemäß IFRS 16.B2 eine Zusammenfassung von zwei oder mehr Verträgen vor, sofern bestimmte Kriterien erfüllt sind. Mehrere Transaktionen, die wirtschaftlich miteinander zusammenhängen, sind auf ihren wirtschaftlichen Gehalt hin zu überprüfen und unter Umständen als eine einheitliche Transaktion zu behandeln. Nachdem alle Verträge im Rahmen der US-Leases als Paket mit einem einzigen wirtschaftlichen Zweck ausgehandelt wurden, der ohne Bezugnahme auf die Gesamtheit der Verträge nicht verständlich ist, sind die Transaktionen daher nach IFRS 16 als einheitliche Transaktion zu behandeln. Daher liegt nach IFRS 16 kein Leasingverhältnis vor und die U-Bahnfahrzeuge und Straßenbahnen, die Gegenstand der US-Leases sind, sind weiterhin gemäß IAS 16 in den Sachanlagen der WIENER LINIEN GmbH & Co KG zu bilanzieren.

Zum Stichtag werden die folgenden Vermögenswerte und Schulden im Zusammenhang mit den US-Cross Border Leases in der Konzernbilanz der Wiener Stadtwerke ausgewiesen:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Wertpapiere (FVOCI)	11,4	7,4
Sonstige Ausleihungen	10,7	12,2
Devisentermingeschäfte (kein Hedge Accounting)	-1,7	-3,2
Rückstellungen für drohende Verluste und sonstige Wagnisse	-0,1	-0,1
Langfristige Vertragsverbindlichkeiten aus Cross Border Lease	-0,3	0
Kurzfristige Vertragsverbindlichkeiten aus Cross Border Lease	-0,3	-0,3

Wertpapiere (FVOCI)

Die Wertpapiere (FVOCI) betreffen das Depot aus Nachbesicherung. Die AIG deckt als Versicherer mögliche Ausfallrisiken der Wiener Linien gegenüber dem Investor ab. Sinkt das Rating unter ein bestimmtes Mindestrating, so ist gemäß Vertrag eine Nachbesicherung erforderlich. Da es im Jahr 2008 zu einer Herabstufung des Ratings der AIG kam, wurde die Errichtung eines Depots zur Nachbesicherung notwendig.

Das Depot deckt die Differenz zwischen dem sogenannten Termination Value, d. h. dem Betrag, der bei einer Beendigung des Vertrags zur Abdeckung des Eigenkapitalanteils erforderlich wäre, und dem Equity-Depot ab und verringert sich im Zeitablauf. Das Depot wurde zugunsten des Investors verpfändet. Das Depot ist dem Geschäftsmodell „Halten und Verkaufen“ zugeordnet und wird erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Sonstige Ausleihungen

Die sonstigen Ausleihungen betreffen eine Forderung gegen die Bank Austria, die erstmalig im März 2015 aktiviert wurde und bei Fälligkeit des den Eigenkapitalanteil betreffenden Anteils der Leasingverbindlichkeit durch die Bank Austria getilgt wird.

Devisentermingeschäfte (kein Hedge Accounting)

Zur Absicherung der in USD denominierten Ausleihungen an die Bank Austria gegen Währungskursschwankungen wurden Devisentermingeschäfte abgeschlossen. Zwischen der Ausleihung und den abgeschlossenen Devisentermingeschäften wurde keine Sicherungsbeziehung designiert. Die

Bewertung der Devisentermingeschäfte erfolgt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert.

Aus der Umrechnung der in USD denominierten Ausleihung ergab sich im aktuellen und vergangenen Geschäftsjahr ein Fremdwährungsergebnis in folgender Höhe:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Sonstige finanzielle Erträge	1,0	0,7
Sonstige finanzielle Aufwendungen	0,4	1,6



Rückstellungen für drohende Verluste und sonstige Wagnisse

Für Vertragspartner ohne Gewährträgerhaftung der öffentlichen Hand gilt, dass bei einer wesentlichen Ratingverschlechterung eine Wertberichtigung bzw. Vorsorge für das Rest-Ausfallrisiko zu erfolgen hat. Diesem Risiko wird mittels einer Rückstellung Rechnung getragen. Zum 31. Dezember 2024 und zum 31. Dezember 2023 war es aufgrund des Ratings der AIG zur Abdeckung dieses Risikos erforderlich, entsprechende Rückstellungen für drohende Verluste und sonstige Wagnisse zu bilden.

Vertragsverbindlichkeiten aus Cross Border Lease

Aus den oben beschriebenen Cross Border Lease Transaktionen ergab sich aus der Differenz zwischen den Mietvorauszahlungen des US-Trusts und der notwendigen Dotierung der Depots zur Abdeckung der abgezinsten Verpflichtungen der Wiener Linien aus dem Sub-Lease-Vertrag ein Nettobarwertvorteil für die Wiener Linien. Dieser Nettobarwertvorteil steht im Zusammenhang mit dem dem Investor über die Laufzeit des jeweiligen Vertrags zustehenden Steuervorteil. Da der Nutzen aus dem abgeschlossenen Vertrag dem Investor laufend während der Laufzeit des Vertrags zufließt, erfolgt die Realisierung des Nettobarwertvorteils zeitraumbezogen. Der auf die Restlaufzeit entfallende Betrag wird als Vertragsverbindlichkeit erfasst und erfolgswirksam linear über die Restlaufzeit des jeweiligen Vertrags aufgelöst. Gemäß IFRS 15.116 hat sich der Nettobarwertvorteil folgendermaßen entwickelt:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Vertragsverbindlichkeiten aus Cross Border Lease per 01.01.	0,9	0,6
Abzüglich erfasster Erlöse	-0,4	-0,3
Vertragsverbindlichkeiten aus Cross Border Lease per 31.12.	0,6	0,2

Der Nettobarwertvorteil wird zukünftig ertragsmäßig folgendermaßen aufgelöst werden:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2024
Im nächsten Jahr	0,3	0,3
In den nächsten fünf Jahren	0,6	0,3

Zum 31. Dezember 2024 bestehen darüber hinaus die nachfolgenden nicht in der Konzernbilanz erfassten Vermögenswerte und Schulden:

in Mio. EUR	Vermögenswert	Verbindlichkeit
US-Lease IIIa	12,8	-12,8
US-Lease VI (R)	61,2	-61,2
US-Lease VI (AIG)	28,7	-28,7

Die Anleihen im Zusammenhang mit US-Lease IIIa und US-Lease VI (R) sowie die Ausleihung betreffend US-Lease VI wurden der dazugehörigen Verbindlichkeit gegengerechnet. Die mit diesen Vermögenswerten und Schulden zusammenhängenden Zinserträge und Zinsaufwendungen in Höhe von jeweils 5,4 Mio. EUR (Vorjahr: 6,4 Mio. EUR) per 31. Dezember 2024 werden saldiert dargestellt.

15.3 Vorgeschlagene Dividende

Für das Jahr 2024 ist eine Ausschüttung in Höhe von 16,0 Mio. EUR an die Alleingesellschafterin Stadt Wien vorgesehen.

15.4 Angaben über Organe

Die Geschäftsführung besteht aus folgenden Mitgliedern:

- Dipl.-Ing. Peter Weinelt
(Generaldirektor seit 1. Jänner 2024)
- Mag. Roman Fuchs
(Generaldirektor-Stellvertreter, seit 1. Jänner 2024)
- KommR Mag.^a Monika Unterholzner
(Generaldirektor-Stellvertreterin, seit 1. Jänner 2024)

Im Geschäftsjahr waren folgende Mitglieder als Aufsichtsrät*innen tätig:

- Mag. Dietmar Griebler, MBA
(Vorsitzender)
- Mag. Christoph Maschek
(1. Stellvertreter des Vorsitzenden, ausgeschieden am 13. März 2025)
- Dipl.-Ing. Andrea Faast
(2. Stellvertreterin des Vorsitzenden)
- Andreas Bauer
- Mag.^a Elfriede Baumann
- Michael Dedic
- Alexander Hauser
- Mag.^a Jutta Löffler
- Dr. Karin Rest, MBA
- Mag. Thomas Ritt
- Michael Sprengnagl
- Dr. Andreas Staribacher

Den Mitgliedern der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat wurden keine Vorschüsse und Kredite gewährt.

15.5 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Bis zum Zeitpunkt der Aufstellung der Bilanz ist es zu keinen wesentlichen wertbeeinflussenden Ereignissen gekommen.

Wien, 28. März 2025

Die Geschäftsführung



Dipl.-Ing. Peter Weinelt
Generaldirektor



KommR Mag.ª Monika Unterholzner
Generaldirektor-Stellvertreterin



Mag. Roman Fuchs
Generaldirektor-Stellvertreter

Informationen

155 BESTÄTIGUNGSVERMERK

158 GLOSSAR

162 KONTAKT UND IMPRESSUM



Bestätigungsvermerk

Bericht zum Konzernabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Konzernabschluss der

WIENER STADTWERKE GmbH, Wien,

und ihrer Tochtergesellschaften („der Konzern“), bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzernkapitalflussrechnung und der Entwicklung des Konzerneigenkapitals für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2024 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen er-

füllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise bis zum Datum dieses Bestätigungsvermerks ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir planen die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftsbereiche innerhalb des Konzerns zu erlangen als Grundlage für die Bildung eines Prüfungsurteils zum Konzernabschluss. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss u. a. über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Bericht zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist aufgrund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Konzernlagebericht festgestellt.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Michael Nayer.

Wien

31. März 2025

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Michael Nayer
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Konzernabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Konzernabschluss samt Konzernlagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

Glossar

Biodiversität

Biodiversität oder biologische Vielfalt bezeichnet die Variabilität unter lebenden Organismen jeglicher Herkunft.

CAPEX-Ratio

Die CAPEX-Ratio als Indikator für die Investitionsneigung sagt aus, wie viel Prozent des Umsatzes ein Unternehmen in seine immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert.

Cashflow

Wirtschaftliche Messgröße, die die Finanzkraft und Fähigkeit eines Unternehmens ausdrückt, die Mittel für Dividendenzahlungen, Schuldentilgungen und Investitionsfinanzierungen aus eigener Kraft aufzubringen.

CGU – Cash Generating Unit

Eine zahlungsmittelgenerierende Einheit ist im Zusammenhang mit dem Wertminderungstest als kleinste Gruppe von Vermögensgegenständen definiert, die Mittelzu- und Mittelabflüsse unabhängig von der Nutzung anderer Vermögenswerte oder anderer Cash Generating Units generiert.

CO₂-Emissionszertifikate

Die Zertifikate berechtigen zur Emission einer bestimmten Menge CO₂. Sie sind frei handelbar, der Preis für die Zertifikate wird durch die Nachfrage bestimmt.

CSRD

Die Corporate Sustainability Reporting Directive ist eine Richtlinie der Europäischen Union, welche die Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung von großen und börsennotierten Unternehmen der bisherigen EU-Richtlinie (NFRD) erweitert und grundlegend reformiert. Im Sinne der Richtlinie müssen die betroffenen Unternehmen aufzeigen, wie sich Nachhaltigkeitsaspekte auf ihre Geschäftstätigkeit auswirken und welchen Einfluss das Unternehmen auf Mensch und Umwelt hat.

Dekarbonisierung

Unter dem Begriff Dekarbonisierung oder auch Entkarbonisierung versteht man die Reduzierung von Kohlendioxidemissionen. Um die Dekarbonisierung voranzutreiben, muss der Einsatz fossiler Brennstoffe reduziert werden, indem kohlenstoffarme Energie genutzt wird. Hierfür eignen sich erneuerbare Energiequellen wie Windkraft, Sonnenenergie, Geothermie und Biomasse. Langfristig wird auch daran gearbeitet, Erdgas durch grünen Wasserstoff (Wasserstoff, welcher durch erneuerbare Energien hergestellt wird) zu ersetzen, um so CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Derivate

Dabei handelt es sich um ein Termingeschäft auf der Grundlage von bestimmten Basiswerten (Underlyings). Der Begriff Derivate bezieht sich somit auf Finanzinstrumente, deren Preis bzw. Kurs von einem ihnen jeweilig zugrunde liegenden Marktgegenstand als Basiswert abgeleitet wird. Zur Absicherung finanzieller Risiken können Unternehmen die Risiken eines Grundgeschäfts durch den Abschluss eines gegenläufigen Derivats minimieren. Man spricht hierbei von einem Sicherungsgeschäft, das als Hedge Accounting bilanziert werden kann. Grundgeschäfte können dabei u. a. bilanzierte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten oder erwartete künftige Geschäfte sein. Unter Hedge Accounting versteht man die bilanzielle Behandlung gegenläufiger Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft bei zu Absicherungszwecken („hedging“) eingesetzten derivativen Finanzinstrumenten.

DSGVO

Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist eine Verordnung der Europäischen Union, mit der die Regeln zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch private Unternehmen und öffentliche Stellen EU-weit vereinheitlicht werden. Ziel ist der Schutz personenbezogener Daten innerhalb der Europäischen Union sowie die Gewährleistung des freien Datenverkehrs innerhalb des europäischen Binnenmarktes.

EBIT

Earnings Before Interest and Taxes (Ergebnis vor Zinsen und Steuern).

EBITDA

Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization (Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände).

EBITDA bereinigt

Der Wert entspricht dem EBITDA, bereinigt um das ausländische Bezugsrecht sowie sonstige einmalige bzw. seltene Aufwendungen und Erträge. Der Wert ist eine zentrale Berichtskennzahl.

Energieeffizienz

Energieeffizienz bezeichnet das Verhältnis von erzieltm Nutzen und eingesetzter Energie. (Bei der Erzeugung von Strom in Kraftwerken wird unvermeidbar auch ein großer Anteil der eingebrachten Primärenergie in Wärme umgewandelt. Diese Wärme wird in kalorischen Kraftwerken durch die Kraft-Wärme-Kopplung zur Erzeugung von Fernwärme genutzt.)

Environmental Social Governance

ESG – zu Deutsch: Umwelt, Soziales und Unternehmensführung – wird als weiter Begriff für CSR (Corporate Social Responsibility) verwendet. Hierbei handelt es sich um die Evaluierung der unternehmerischen Sozialverantwortung oder, in anderen Worten ausgedrückt, um den freiwilligen Beitrag der Wirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung, der über die gesetzlichen Anforderungen hinausgeht.

Erneuerbare-Wärme-Gesetz

Mit dem am 29. Februar 2024 in Kraft getretenen Bundesgesetz über die erneuerbare Wärmebereitstellung in neuen Baulichkeiten soll der Einbau von Wärmebereitstellungsanlagen auf Basis fossiler Brennstoffe zur Raumheizung und/oder Warmwasseraufbereitung generell im Gebäudeneubau (mit entsprechenden Übergangsbestimmungen für im Bau befindliche Projekte) untersagt werden.

European Green Deal

Die Europäische Kommission hat im Dezember 2019 mit dem „Green Deal“ ein weitreichendes Programm für mehr Klima- und Umweltschutz in der EU vorgelegt. Im Zentrum des Green Deals stehen die Ziele, die EU bis zum Jahr 2050 zum ersten treibhausgasneutralen Staatenbund zu machen, die Schadstoffemissionen deutlich zu reduzieren und die Kreislaufwirtschaft in Europa weiter zu fördern.

EU-Taxonomie

Unter EU-Taxonomie ist ein von der EU definierter Kriterienkatalog zu verstehen, der für eine einheitliche Beurteilung der Nachhaltigkeit von Wirtschaftstätigkeiten sorgen soll. Zusammen mit der Offenlegungsverordnung soll die Liste den Akteur*innen des Finanzsystems wie beispielsweise Anleger*innen helfen, ein umweltfreundliches Finanzprodukt auszuwählen, und Greenwashing verhindern. In der Taxonomie-Verordnung werden dabei konkrete Umweltziele wie z.B. Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel oder Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung definiert.

Fernkälte

Bezeichnung für eine „Kältelieferung“ zur Klimatisierung von Gebäuden. Hierbei wird entweder in einer Kältezentrale die erforderliche Kälte erzeugt und über wärmegeämmte Kältenetze an die Verbraucher*innen geliefert, oder die Kälte wird bei dem/der Verbraucher*in in einer Kältezentrale mittels Absorber aus über die Fernwärmeleitungen geliefertem Heißwasser erzeugt.

„Fit for 55“-Paket

Das Paket der EU umfasst eine Reihe von Vorschlägen für Rechtsvorschriften, die darauf abzielen, die Treibhausgasemissionen der EU bis 2030 um mindestens 55 % zu senken und die EU bis 2050 klimaneutral zu machen.

FVOCI, FVPL

Nach IFRS 9 werden alle finanziellen Vermögenswerte in zwei Klassifizierungskategorien aufgeteilt – diejenigen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, und diejenigen, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Wenn finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, so können Aufwendungen und Erträge entweder vollständig im Periodenergebnis (at fair value through profit or loss, FVPL) oder im sonstigen Ergebnis (at fair value through other comprehensive income, FVOCI) erfasst werden.

Heizgradsumme

Die Temperaturdifferenz zwischen einer bestimmten konstanten Raumtemperatur (gemessen in Grad Celsius) und der durchschnittlichen Lufttemperatur eines Tages wird als Gradtagszahl bezeichnet. Die Summe aller Gradtagszahlen eines Jahres ergibt die Heizgradsumme. Die Heizgradsumme ist der Heizwärmebedarf innerhalb eines Jahres und somit eine wesentliche Kennzahl für die Geschäftsentwicklung der Energieversorger.

IFRS/IAS

International Financial Reporting Standards, International Accounting Standards (Internationale Grundsätze zur Finanzberichterstattung).

Jahresüberschuss bereinigt

Der bereinigte Jahresüberschuss eliminiert Sondereffekte, wesentliche einmalige Aufwendungen/Erträge betreffend Dienstgeberbeitrag im Wiener Stadtwerke Konzern, Effekte aus Anlagenbewertung, Effekte aus Drohverlustrückstellung für ein ausländisches Strombezugsrecht sowie Effekte aus Anlagen- und Grundstücksverkäufen. Der Wert ist eine zentrale Berichtskennzahl.

Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung stellt Bewegungen von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten während eines Geschäftsjahres mit einer Gliederung in drei Bereiche dar: laufende Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit, Finanzierungstätigkeit. Ziel ist es, Informationen über die Finanzkraft des Unternehmens zu erhalten.

Klima-Fahrplan der Stadt Wien

Der Klima-Fahrplan ist Teil der neuen Klima-Governance-Struktur und legt alle Ziele der Stadt Wien im Klima- und Energiebereich fest. Darüber hinaus wurde mit dem Plan auch ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgelegt, mit dem u. a. folgende Ziele erreicht werden sollen: Reduktion der Treibhausgasemissionen pro Kopf um 55 % (bis 2030), Klimaneutralität der Stadt Wien bis 2040.

Konsolidierung

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses durch das Mutterunternehmen werden der Jahresabschluss des Mutterunternehmens und die Jahresabschlüsse der Tochterunternehmen zusammengefasst sowie eine Vereinheitlichung der Rechnungslegung vorgenommen. Dabei werden konzerninterne Kapitalverbindungen, Zwischenergebnisse, Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen saldiert.

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

Bei der gleichzeitigen Gewinnung von Strom und Wärme (Kraft-Wärme-Kopplung) werden die eingesetzten Brennstoffe am effizientesten genutzt.

Margins

Transaktionen in Derivaten, die nicht der Clearingpflicht unterfallen, müssen in der EU besichert werden. Als Besicherungsinstrumente sind Variation Margins und Initial Margins vorgesehen. Eine Variation Margin dient dem regelmäßigen Ausgleich von Wertschwankungen der Derivatekontrakte. Eine Initial Margin dagegen soll aktuelle und künftig zu erwartende Wertschwankungen abdecken, die zwischen dem letzten Austausch von Margins und der Wiederabdeckung des Risikos oder der Veräußerung der Position entstehen können, wenn eine der Gegenparteien den vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, also ausfällt.

Modal Split

Maßzahl in Prozent für die Verteilung der einzelnen Verkehrsarten am gesamten Verkehrsaufkommen.

OCI – Other Comprehensive Income

Das Other Comprehensive Income (Sonstiges Ergebnis) umfasst Ertrags- und Aufwandsposten, die gemäß IFRS nicht im Gewinn oder Verlust erfasst werden. Es handelt sich somit um erfolgsneutrale Wertveränderungen von Vermögens- oder Schuldenposten, die direkt im Eigenkapital gebucht werden und weder aus Transaktionen mit Anteilseignern noch aus den in der GuV enthaltenen Posten resultieren.

Omnibus-Verordnung

Die EU hat am 26. Februar 2025 im Rahmen dieser Verordnung weitreichende Erleichterungen für Unternehmen in Hinblick auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung angekündigt. Die neuen Regelungen betreffen vor allem die CSRD, die CSDDD und die EU-Taxonomie-Verordnung.

ÖPNV

Öffentlicher Personennahverkehr.

Photovoltaikanlagen

Anlagen, in denen das Sonnenlicht zur Gewinnung von Strom eingesetzt wird. Wird Wärme gewonnen, handelt es sich um Solarthermieranlagen.

Platzkilometer

Der Platzkilometer ist eine Recheneinheit im öffentlichen Personenverkehr. Er bezeichnet das Produkt der von einem Verkehrsunternehmen angebotenen Fahrgastplätze und dem vom jeweiligen Verkehrsmittel zurückgelegten Weg. Dabei bleibt unberücksichtigt, ob dieses Angebot auch genutzt wurde.

PUC

Der Begriff Projected Unit Credit Method (PUC) bezeichnet ein versicherungsmathematisches Bewertungsverfahren für Verpflichtungen aus betrieblicher Altersversorgung.

Rating

Rating meint die skalierte Einstufung der Bonität eines Schuldners (Staaten, Unternehmen etc.), die häufig durch darauf spezialisierte Ratingagenturen vorgenommen wird (z.B. Standard and Poor's).

RCF

Eine revolvingierende Kreditfazilität (Revolving Credit Facility, RCF) ist eine Kreditvereinbarung, bei der das Unternehmen nach Bedarf Beträge abrufen, zurückzahlen und erneut abrufen kann – vergleichbar mit einem Dispokredit für Firmen, aber in deutlich größerem Maßstab. Dient etwa der Liquiditätssicherung (z. B. für unerwartete Ausgaben oder kurzfristige Finanzierungslücken), der Betriebsmittelfinanzierung oder der Finanzierung saisonaler Schwankungen.

Risikomanagement

Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Bewertung von Risiken sowie die Steuerung von Reaktionen auf festgestellte Risiken. Dieses Verfahren findet in vielfältigen Bereichen Anwendung, z. B. bei Unternehmensrisiken, Kreditrisiken, Finanzanlagerisiken, Umweltrisiken, versicherungstechnischen Risiken und technischen Risiken.

Schuldscheindarlehen

Schuldscheindarlehen sind eine Form der langfristigen Fremdfinanzierung von Unternehmen. Einem Kreditnehmer wird durch große Kapitalsammelstellen ein Darlehen gewährt, ohne den organisierten Kapitalmarkt in Anspruch nehmen zu müssen. Nur für Unternehmen mit einwandfreier Bonität zugängliches Finanzierungsinstrument.

Smart City

Der Begriff „Smart City“ bezeichnet eine Stadt, in der systematisch Informations- und Kommunikationstechnologien sowie ressourcenschonende Technologien eingesetzt werden, um den Verbrauch von Ressourcen zu verringern, die Lebensqualität der Bürger*innen und die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft zu erhöhen und letztlich die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu verbessern. Dabei werden zumindest die Bereiche Energie, Mobilität, Stadtplanung und Governance berücksichtigt. Die Erweiterung „Smart Klima City Strategie Wien“ soll in diesem Zusammenhang die Handlungserfordernisse im Hinblick auf Klimaschutz und Klimaanpassung in den Fokus rücken.

Smart Metering

Smart Metering verbindet hochmoderne Zählertechnologie mit IT und Kommunikationstechnologien und ermöglicht die zeitnahe Feststellung des Energieverbrauchs durch die Verbraucher*innen, die elektronische Übermittlung des Zählerstands an den Netzbetreiber und die Preisgestaltung in Abhängigkeit des aktuellen Stromangebots.

VOR

Die Verkehrsverbund Ost-Region Gesellschaft m.b.H. ist ein Dienstleister im öffentlichen Nahverkehr in der Ost-Region Österreichs. Seine Aufgabe ist die Fahrplan- und Tariffkoordination sowie Leistungsbestellung der in diesem Bereich verkehrenden Nahverkehrszüge und Regionalbuslinien.

WACC

Der WACC (Weighted Average Cost of Capital) ist ein gewichteter Gesamtkapitalkostensatz, der in der Unternehmensbewertung und im Zusammenhang mit wertorientierten Steuerungskennzahlen zur Anwendung kommt. Er setzt sich zusammen als gewichtetes arithmetisches Mittel der Eigen- und Fremdkapitalkostensätze eines Unternehmens, wobei die Gewichte in den jeweiligen Anteilen des Eigen- bzw. Fremdkapitals am Gesamtkapital bestehen.

Kontakt und Impressum

Impressum

Herausgeber

WIENER STADTWERKE GmbH
Thomas-Klestil-Platz 13
A-1030 Wien

Konzept & Umsetzung

Berichtsmanufaktur GmbH, Hamburg

Foto

Titel: Wiener Stadtwerke/Jolly Schwarz
S.2-5: Wiener Stadtwerke/Ehm

Stand: Mai 2025

© WIENER STADTWERKE GmbH

Hinweis

Der Finanzbericht erscheint in deutscher und in englischer Sprache. Maßgeblich ist die deutsche Fassung.
Den Finanzbericht finden Sie auch auf der Internetseite unter <https://www.wienerstadtwerke.at/berichte>.

Ansprechpartner

Bei Fragen sprechen Sie uns gerne an:

Konzernkommunikation

Mag. Thomas Geiblinger
+43 (664) 8848 1020
thomas.geiblinger@wienerstadtwerke.at
Konzernpressesprecher

